



Barbara Frischmuth schreibt über ihre Mutter im ALBUM

Arnulf Rainer, Künstler von Weltrang: Altersmilde mit 80

Seite 26



SA./SO., 5./6. DEZEMBER 2009 | ÖSTERREICHS UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG | HERAUSGEGEBEN VON OSCAR BRONNER | € 1,80



Kofi Annan

Connie Hedegaard

Rajendra Pachauri

Achim Steiner

Björn Lomborg

Klimagipfel

Klimaatlas Österreich

Doppelseitige Grafik

Energie-Check

HEUTE

Kopf des Tages Die künftige EU-Klimakommissarin Connie Hedegaard ist Gastgeberin des Kopenhagener Klimagipfels. **Seiten 16 und 32**

Minarett-Debatte Der Europäische Menschenrechtsgerichtshof kann den Schweizer Volksentscheid nicht kippen. Ein Kläger müsste den Instanzenweg durchlaufen. **Seite 8**

Folgen des Hypo-Debakels Österreichs Hypothekenbanken haften füreinander. Kärntens Hypo könnte den Sektor mit sich reißen. **Seite 17**

Job-Initiative 2010 sollen rund 100.000 Menschen beim AMS zusätzliche Qualifizierungsangebote bekommen. **Seite 20**

Fußball-WM ausgelost Gastgeber Südafrika und Mexiko eröffnen am 11. Juni in Johannesburg die Endrunde 2010. **Seite 28**

STANDARDS

Sport 28, 29
Kommunikation, Blattsalat . . . 33
TV, Switchlist 34, 35
Veranstaltungen, Kino . . . 40-42
NetBusiness, Wissenschaft 43-45
Bridge, Schach, Rätsel K 24
Sudoku K 25

WETTER

Im Westen und auf den Bergen scheint häufig die Sonne. Im Osten überwiegen Wolken und Nebel. Die Maxima liegen bei 10 Grad. **Seite 42**

derStandard.at



Diese Klima-Schwerpunkt-Ausgabe beleuchtet vor dem UN-Gipfel viele Facetten: Wir befragten internationale Experten, zeigen den Klimawandel in Österreich. **Johanna Ruzicka** hat Fakten recherchiert, die sich durch das Blatt ziehen. Die Künstlerin **Meina Schellander** hat Postkarten entworfen, Studenten der Graphischen Lehranstalt haben Fotografien beigezeichnet. **Bettina Stimeder** war für die Koordination verantwortlich, **Rudi Reiterer** für die Gestaltung. Diese Ausgabe zeigt: Es ist Zeit zu handeln.

Alexandra Förderl-Schmid
Chefredakteurin
derStandard.at/Klima

Europäer senden mehr als 7000 Soldaten nach Afghanistan

US-Präsident weitet Drohnenkrieg in Pakistan aus

Brüssel/Washington/Kabul – Auf Druck der USA haben die europäischen Verbündeten in der Nato deutlich mehr Truppen für Afghanistan zugesagt. Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen kündigte am Freitag in Brüssel mindestens 7000 zusätzliche Soldaten für die von der Allianz geführte Internationale Afghanistan-Truppe (Isaf) an.

Zusagen von 500 bis 1000 Soldaten kamen vor allem von Italien, Polen und Großbritannien. Deutschland und Frankreich lehnten zunächst ab und verwiesen auf die Größe ihrer Kontingente. In der südlichen Provinz Helmand be-

gann in Afghanistan Freitag eine neue Offensive mit 1000 Soldaten.

Als Teil der neuen Afghanistan-Strategie ordnete US-Präsident Barack Obama eine Ausweitung geheimer Drohneinsätze auf pakistanischem Gebiet an. Dort feuern die unbemannten Flugzeuge Raketen auf mutmaßliche Kämpfer der Taliban und Al-Kaida, treffen aber immer wieder auch Zivilisten. (red) **Seite 7, Kommentar Seite 32**

Claudia Schmied will „komplett neues Lehrerbild“

Unterrichtsministerin im Interview: Neues Dienstrecht, höhere Einstiegsgehälter

Wien – Unterrichtsministerin Claudia Schmied (SPÖ) kündigt im Interview mit dem STANDARD ein neues Dienstrecht für Lehrer an. „Es wird ein komplett neues Lehrerbild geben“, sagt sie. „Sie werden mehr Zeit bei den Kindern verbringen.“ Außerdem soll es attraktivere Einstiegsgehälter geben. „Und wir brauchen ganz klar mehr Verantwortung am Schulstandort, was das Setzen von pädagogischen Maßnahmen betrifft: Teamteaching, Förderunterricht, Tagesbetreuung“, so Schmied.

Das neue Dienstrecht will sie im kommenden Jahr mit der Unterstützung von Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) und Finanzminister Josef Pröll (ÖVP) umsetzen. Die von Faymann geforderten 200.000 Ganztagsplätze an Schulen hält Schmied noch für zu gering, der Bedarf sei höher. Den El-

tern will sie sowohl Nachmittagsbetreuung mit Sport und Förderkursen als auch eine „echte“ Ganztagschule anbieten. Die Eltern sollen auswählen können.

Um bei Pröll mehr Neue Mittelschulen durchsetzen zu können, will Schmied den Druck auf die ÖVP verstärken. Sie hofft auch auf einen Initiativantrag ihrer Partei im Parlament. Wenn der interne Druck in der ÖVP groß genug ist, könnte auch Pröll seine Meinung ändern, glaubt die Ministerin.

Schmied hält Wissenschaftsminister Johannes Hahn (ÖVP) vor, bei der Universitätspolitik „schon recht langsam“ gewesen zu sein. Für den Protest der Studierenden hat sie Verständnis, die von der ÖVP geforderte polizeiliche Räumung des Audimax hält die Unterrichtsministerin für „Unsinn“.

Auf Politik statt auf die Polizei setzt auch der Rektor der Uni Wien. Georg Winckler appellierte am Freitag nicht nur an die Nichtbesetzer unter den Studierenden – „Seien Sie keine schweigende Mehrheit“ –, er stellte sich erstmals auch offiziell einer Diskussion mit den Besetzern im Audimax. (red)

Seiten 9 und 10

Frauenkarrieren

Uni-Diskussion zur Frage, wie Frauen zu beruflichem Erfolg kommen können.

BILDUNG & KARRIERE
Seite K 26

KARRIERENSTANDARD
Seiten K 1 – K 25

IMMOBILIENSTANDARD
Seiten I 1 – I 6

Schweigende Mehrheit

„In der Demokratie sind schweigende Mehrheiten manchmal ein Problem“, sagte Uni-Rektor Georg Winckler zu den Jus-Studenten, die im Austria Center in Transdanubien ihre Einführungsvorlesung hören müssen, weil das Audimax im Hauptgebäude besetzt ist. Winckler forderte die ausgesperrten Studenten damit subtil auf, sich für ein Ende der Besetzung auszusprechen.

Die Anmietung des Ausweichquartiers kostet Geld. Das ist das Problem mit schweigenden Mehrheiten. Sie nehmen es entweder hin und ballen die Faust in der Tasche, oder sie

stimmen vielleicht sogar innerlich zu (die *derStandard.at*-Umfrage, ob das Audimax polizeilich geräumt werden soll, ging 71:24 dagegen aus). Unter den Studenten wird es so sein, dass eine Mehrheit das Anliegen der

Protestierenden unterstützt, aber wahrscheinlich gleichzeitig eine Mehrheit für ein Auslaufen der Besetzung wäre.

Wincklers Aufruf an die schweigende Mehrheit wurde im Austria Center beklatscht, aber es entwickelte sich keine Diskussion und offenbar auch keine Aktion. Sie schwiegen lieber. Für ein Ende der Besetzung will niemand demonstrieren.

RAU



Das Fitnessbike von Mercedes-Benz.
27 Gänge, Scheibenbremsen, Federgabel.

Mercedes-Benz

Ab Montag wird Kopenhagen zur Hauptstadt der Erwartungen

„Wir würden in einer anderen Welt leben“

Der Mensch sterbe zwar nicht aus, die Folgen der Erderwärmung um mehr als zwei Grad wären aber drastisch: Der Klimaforscher Ulrich Foelsche plädiert im Gespräch mit Thomas Trenkler für sofortige Maßnahmen zur CO₂-Reduktion.

STANDARD: Wissenschaftler schlagen Alarm, das Magazin „Profil“ stellte als Cover-Geschichte sogar die reißerische Frage: „Stirbt der Mensch aus?“ Andere tun die Warnungen als Panikmache ab. Was also?

Foelsche: Der Mensch stirbt nicht aus. Das ist reiner Alarmismus. Und wir werden nicht die Erde verlassen müssen, weil wir ein Klima wie auf der Venus bekommen – wie Stephen Hawking behauptet hat. Das ist Unsinn. Auch die Pole werden wir nicht schmelzen, wie manche Zeitungen behaupten – schon eher das Polareis. Bei ungebremstem Klimawandel würden wir aber in einer anderen Welt leben, an die wir und unsere Wirtschaft in keiner Weise angepasst sind. Denn es steht völlig außer Zweifel, dass wir die Zusammensetzung der Atmosphäre drastisch verändern, dass Kohlendioxid und andere Treibhausgase, darunter Methan, die Temperaturen erhöhen.

STANDARD: Wirklich zu spüren ist das aber nicht, oder?

Foelsche: Es ist nicht jedes Jahr wärmer als das vorhergegangene, weil es selbstverständlich auch natürliche Klimaschwankungen gibt – schon seit mehr als 4,5 Milliarden Jahren der Erdgeschichte. Wenn man sich zum Beispiel nur den Trend für den Zeitraum 1998 bis 2008 herauspicks, würde man feststellen, dass die globalen Temperaturen kaum gestiegen sind, weil 1998 besonders warm, 2008 relativ kühl war. Aber wenn man sich größere Zeiträume anschaut, dann sieht man sehr wohl, dass die Tendenz ganz klar nach oben geht. Und diesen Temperaturanstieg, insbesondere seit 1975, können wir nicht mehr ohne den menschlichen Einfluss erklären. Da wir die Zusammensetzung der Atmosphäre laufend weiter verändern, ist es klar, dass auch die Temperaturen weiter steigen werden. Das Klima war selten so stabil wie in den letz-

ten 10.000 Jahren, in denen unsere Zivilisation entstanden ist. Und da haben schon sehr kleine Veränderungen sehr drastische Auswirkungen. Im Moment stören wir dieses Gleichgewicht so schnell, dass die natürlichen Regelprozesse nicht mehr mitkommen.

STANDARD: Was passiert schlimmstenfalls, wenn wir nicht aufhören, fossile Brennstoffe zu verbrennen?

Foelsche: Irgendwann werden wir aufhören müssen: Wenn es kein Erdöl mehr gibt. Und wir werden freiwillig aufhören, wenn es kein billiges Öl mehr gibt. Das könnte bereits 2030 sein. Schon seit längerer Zeit wurde kein großes Erdölfeld mehr gefunden. Das schlimmste Szenario wird daher wohl gar nicht erreicht werden.

STANDARD: Und wenn doch genügend Öl gefunden werden sollte?

Foelsche: Wenn wir den Verbrauch nicht drastisch reduzieren, müssen wir gegen Ende des 21. Jahrhunderts mit Temperaturen rechnen, die drei bis vier Grad höher sind als heute. Zum Vergleich: Am Höhepunkt der letzten Eiszeit war es weltweit um etwa fünf Grad kälter als heute. Und ein Großteil Österreichs lag damals unter Eis. Das Problem ist aber nicht die Zieltemperatur – auch bei sieben Grad höheren Temperaturen ist Leben selbstverständlich möglich: Es hat lange Phasen der Erdgeschichte gegeben, in denen es so warm war. Aber das Leben hat sich in Millionen Jahren an die damaligen Bedingungen angepasst. Wenn man hingegen binnen zweier Jahrhunderte die Temperaturen um sieben Grad hinaufdreht, erreicht man bei sehr vielen Arten die Grenze der Toleranz. Erinnern wir uns nur an den Sommer 2003, der – noch – ein extremer Ausreißer war: Aufgrund der tagelang anhaltenden Hitze kam es allein in Frankreich zu mehr als zehntausend Todesfällen.



Das Grönland-Eis dürfe, so Ulrich Foelsche, nicht schmelzen: „Der Prozess wäre nicht mehr umkehrbar und würde den Meeresspiegel um sechs bis sieben Meter anheben. Das hätte massive Folgen.“ Foto: Jungwirth

STANDARD: Was ist nun mit dem schmelzenden Polareis?

Foelsche: Wenn alles Eis auf der Erde schmelzte, würde der Meeresspiegel um 70 Meter ansteigen. Das ist eine Menge. Aber der Großteil des Eises liegt in der Ostantarktis, wo extrem niedrige Temperaturen herrschen. Auch ein Anstieg um fünf Grad würde nicht dazu führen, dass dieses Eis abschmilzt.

STANDARD: Aber das Eis der Arktis schmilzt bereits.

Foelsche: Ja. Es ist sehr wahrscheinlich, dass es in zwei Jahrzehnten im Sommer praktisch kein Meereis mehr gibt. Das hat natürlich Konsequenzen – nicht nur für die Eisbären. Denn Eis reflektiert Sonnenstrahlung. Eine dunkle Wasseroberfläche hingegen nimmt viel Sonnenstrahlung auf. Dadurch würde sich das Polarmeer schnell weiter erwärmen. Einen Anstieg des Meeresspiegels dieses Eises ist allerdings aus physikalischen Gründen ausgeschlossen. Weil das Eis ohnehin schon auf dem Meer schwimmt.

Auf der Insel Grönland gibt es aber einen mächtigen Eisschild, der bis zu 3000 Meter dick ist. Er ist ein Relikt aus der Eiszeit: In den letzten Jahrtausenden hätte keine Eisschicht dieser Dicke entstehen können. Wenn die Temperaturen langfristig mehr als zwei bis drei Grad höher sind als heute, ist es sehr wahrscheinlich, dass dieses Eis schmilzt. Natürlich nicht von heute auf morgen, das dauert zumindest zwei bis drei Jahrhunderte. Aber der Prozess wäre nicht mehr umkehrbar und würde den Meeresspiegel um sechs bis sieben Meter anheben. Das hätte wirklich massive Folgen: All die Metropolen, die am Meer liegen, müssten umgesiedelt werden. Und das wäre wahnsinnig teuer. Also: Man hätte genügend Zeit, sich in Sicherheit bringen – wenn es den Raum dafür gäbe. Denn ein Großteil von Bangladesch würde überschwemmt werden, das restliche Land für die vielen Menschen nicht ausreichen.

STANDARD: Marie Antoinette würde sagen: Dann sollen sie doch Deiche bauen!

Foelsche: Natürlich gibt es die Strategie, sich anzupassen. Die Niederlande sind reich genug, sich höhere Dämme zu leisten. Aber Bangladesch ist es wohl kaum.

STANDARD: Würde sich die Natur nicht selbst helfen?

Foelsche: Höchstwahrscheinlich. Aber sie braucht dazu ihre Zeit. Vor 55 Millionen Jahren war es schon einmal sieben Grad wärmer als heute: In relativer kurzer Zeit wurden riesige Mengen an Treibhausgasen wohl aus Reservoiren am Meeresgrund freigesetzt. Das hat dazu geführt, dass es Palmen in Kamtschatka und Alligatoren auf Ellesmere Island gab, wo heute Polarfüchse leben. Die Temperatur hat sich danach wieder eingerenkt – wahrscheinlich durch die Ankurbelung des Pflanzenwachstums in den Ozeanen. Die Erde brauchte dafür allerdings 120.000 Jahre. Haben wir diese Zeit?

STANDARD: Algen binden aber auch schon heute Kohlendioxid.

Foelsche: Ja, genau. Nur etwa die Hälfte der Treibhausgase, die wir derzeit freisetzen, reichert sich in der Atmosphäre an. Die andere Hälfte wird von der Biosphäre und von den Ozeanen aufgenommen. Das führt aber auch dort zu Problemen, weil der Säuregrad des Wassers steigt. In manchen Gewässern wurde bereits der Punkt erreicht, an dem Kalkschalen nicht mehr stabil sind – und sich daher Korallen auflösen beginnen.

STANDARD: Die Malediven wären, wie Atlantis, versunken. Gäbe es aber nicht auch Gewinner?

Foelsche: Sicher: Man kann im November durchaus gut mit 18 Grad plus leben und Heizkosten sparen. Mit den zunehmenden Temperaturen steigt aber auch die Gefahr von Hitzewellen und Trockenheit an. In den Rocky Mountains gibt es eine Fläche größer als Österreich mit abgetöteten Wäldern. Da es keine klirrende Kälte mehr gibt, überleben die Borkenkäfer den Winter.

Die Wahrscheinlichkeit für positive Konsequenzen ist deutlich geringer als für negative. Und wir sind als Menschheit insgesamt dafür verantwortlich. Die Frage ist, ob wir diese Verantwortung tragen wollen. Daher plädiert man, den Wert von etwa zwei Grad Erwärmung nicht zu überschreiten.

STANDARD: Wir müssen also die Emission der Treibhausgase radikal reduzieren. Ist das ein Plädoyer für den Bau von Atomkraftwerken?

Foelsche: Nein. Es ist nicht sinnvoll, auf eine Energiequelle zu setzen, die derartige negative Konsequenzen nach sich zieht – wir wissen ja noch immer nicht, was wir mit dem Atom Müll tun sollen. Am sinnvollsten wäre es, die Energie zu nutzen, die von der Sonne gratis geliefert wird und unser gesamtes Leben auf der Erde antreibt.

STANDARD: In Österreich wird relativ viel Strom aus Wasserkraft gewonnen, der Pro-Kopf-Ausstoß von CO₂ ist im Vergleich gar nicht so hoch. Warum schaffen wir es nicht, das Kioto-Ziel zu erreichen?

Foelsche: Am wenigsten weh tut es, Emissionen einzusparen, die durch Energievergeudung produziert wurden. Den USA fällt es daher viel leichter, den derzeit noch enorm hohen CO₂-Ausstoß zu verringern. Der Pro-Kopf-Ausstoß in Kalifornien ist bereits auf europäisches Niveau gesunken. Damals, als wir unser Versprechen abgegeben haben, waren die CO₂-Emissionen relativ niedrig. Aber wir haben uns nicht verbessert, ganz im Gegenteil: Die Hauptursache für den Anstieg der Emissionen ist der zunehmende Verkehr. Wenn wir das Kioto-Ziel nicht erreichen, müssen wir Emissionsrechte einkaufen – beim derzeitigen Marktwert um einer Milliarde Euro. Es wäre deutlich sinnvoller, diese Milliarde sofort in Maßnahmen zur Reduktion des Treibhausgases zu stecken. Wenn man sich überlegt, was man aus den komplexen Molekülen im Erdöl alles machen kann und macht, dann ist das Verheizen oder Verbrennen ja nicht unbedingt die beste Methode, um mit diesem wertvollen Rohstoff umzugehen. Es erscheint ja auch nicht sinnvoll, Diamanten zu verheizen. Und daher tun wir es nicht.

ZUR PERSON:

Ulrich Foelsche, geboren 1968 in Graz, ist Assistenzprofessor am Institut für Physik der Karl-Franzens-Universität Graz und stellvertretender Leiter der Arbeitsgruppe „Atmospheric Remote Sensing and Climate System“ am Wegener-Zentrum für Klima und Globalen Wandel.



Meina Schellander: Composite element 10.



50

So viel Gramm beträgt der CO₂-Ausstoß für Produktion und Transport eines Viertelliters Sojamilch. Zum Vergleich: Ein Viertelliter Kuhmilch kommt laut Österreichischem Ökologie-Institut auf 250 Gramm CO₂. Der große Unterschied erklärt sich im Kraftfutter-Einsatz und dem Methan, das im Kuhmagen entsteht.



Erhofft wird der Klimawandel-Wandel und ein Kompromiss mit Schlagkraft

Der Gipfel des Wollens

In Kopenhagen verhandelt die Weltgemeinschaft über ein neues Klimaabkommen. Trotz vieler politischer Willensbekundungen bleibt die Kluft zwischen den Staatengruppen groß. Ein Erfolg ist ungewiss.

Julia Raabe

Kopenhagen, der 7. Dezember 2009: Der Countdown ist abgelaufen. Jetzt muss sich die Staatengemeinschaft ihrer bisher größten Herausforderung stellen: dem Klimawandel. Was bei dem Gipfel zumindest in Grundstrukturen erreicht werden soll, ist ein globales Abkommen, ein Notfallplan, der die Menschheit vor den verheerenden Folgen der Erderwärmung bewahren soll.

Was blüht, wenn die Staaten weiter große Mengen Treibhausgase in die Luft blasen, trommeln Wissenschaftler seit Jahren – allen voran der Weltklimarat IPCC: Hitzewellen und Hungersnöte, Überschwemmungen, Unwetter und Seuchen. Alles in allem eine „Autobahn zur Auslöschung“, werde nicht eingelenkt, warnten die Experten. In den ärmsten Staaten verschlimmere der Klimawandel die ohnehin desolate Lage, sagt auch Cheick Sidi Diarra, Untergeneralsekretär der Uno für die am wenigsten entwickelten Länder, dem STANDARD. Durch den Anstieg des Meeresspiegels seien ganze Inselstaaten vom Untergang bedroht.

Die größere Hürde

Die Hürde von Kopenhagen ist ungleich höher als jene von Kioto, wo sich die Industriestaaten 1997 auf eine Begrenzung ihrer Emissionen einigten. Nun sollen erstmals alle Länder der Welt eingebunden werden, wie in Bali vor zwei Jahren beschlossen. Große Schwellenländer wie China, Indien und Brasilien, alle unter den Top Ten der Klimasünder. Die ärmsten Entwicklungsländer, die kleinsten Inselstaaten. Und vor allem die USA, die Kioto nie ratifiziert haben.

Wer drosselt seine Treibhausgase um wie viel? Wer bezahlt wie viel Geld an wen? – Das sind die Grundfragen, die in Kopenhagen beantwortet werden sollten. Doch „bisher waren die Verhandlungen nicht sehr erfolgreich“, sagt ein Uno-Diplomat. Anstatt an einem Strang zu ziehen, haben sich die Staaten so zerstritten, dass das ursprüngliche Ziel von Kopenhagen nicht mehr erreichbar ist: den „Deal zu besiegeln“, wie ein UN-Slogan besagt, den die Weltorganisation zum Mantra machte.

Nicht rechtlich verbindlich

Für ein rechtsverbindliches Abkommen sind noch zu viele Eckdaten offen. UN-Klimachef Yvo de Boer hat daher eine „politische Vereinbarung“ angekündigt, die Grundsätze festlegen soll. Alles andere soll dann später geklärt und in einen Rechtstext gegossen werden. Vielleicht schon 2010, so hoffen viele und schielen auf Mexiko im Dezember nächsten Jahres.

Immerhin: Die USA haben Zahlen auf den Tisch gelegt, um wie viel sie ihre Emissionen verringern wollen. Auch die Chinesen. Seither sieht UN-Generalsekretär Ban Ki-moon eine Einigung wieder „in Reichweite“. Und dass US-Präsident Barack Obama, Chinas Ministerpräsident Wen Jiabao und fast 100 weitere Staats- und Regierungschefs ihr Kommen angekündigt haben, werten Diplomaten als Zeichen, dass der Gipfel ein Erfolg werden soll. Obama, der am 9. Dezember erwartet wurde, verschob nun seinen Besuch am Freitag auf den 18. Dezember, das Ende des Gipfels.

Doch gegenseitige Schuldzuweisungen haben eine große Kluft zwischen Nord und Süd gerissen. In Barcelona vor vier Wochen waren die Gräben so tief, dass die afrika-

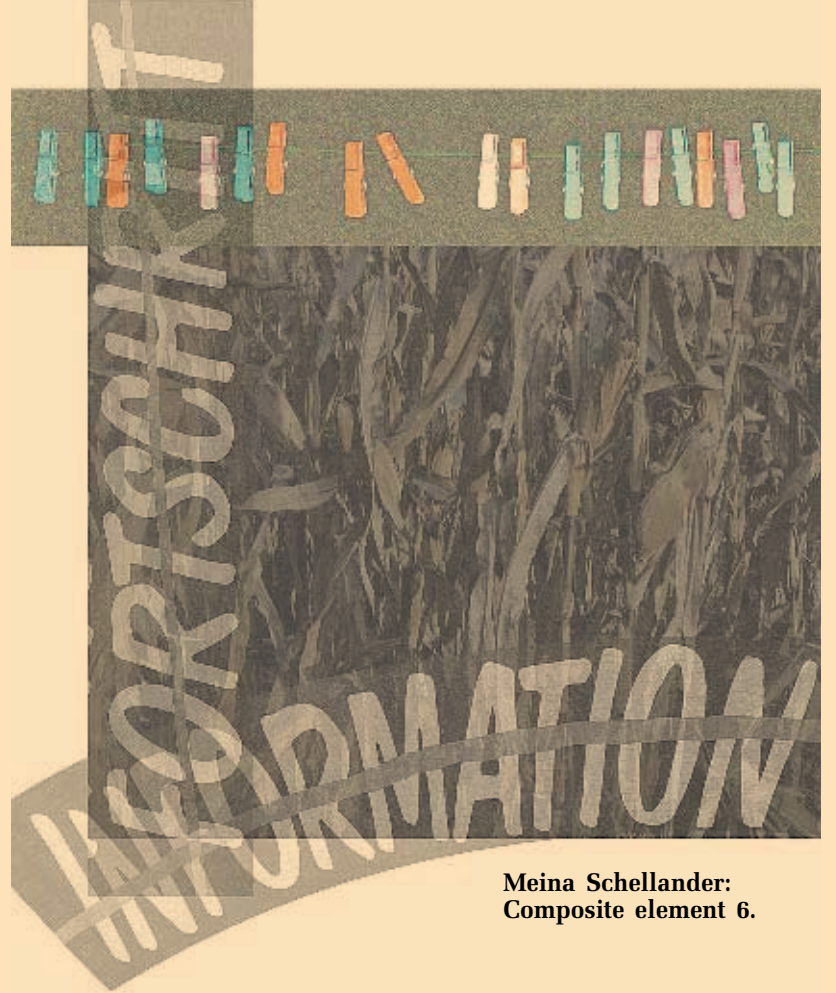
nischen Staaten den Saal verließen: Zu niedrig seien die Emissionsziele der Industriestaaten.

Die Klimamaßnahmen könnten die Wirtschaft bremsen, befürchten Schwellen- und Entwicklungsländer. Sie müssen es besser machen als die Industriestaaten, die den Klimawandel verursacht haben. Das kostet. Alles in allem 500 Milliarden US-Dollar müssten weltweit investiert werden, um die Anpassungen vorzunehmen und schlimmste Szenarien abzuwenden, sagt UN-Untergeneralsekretär Diarra – pro Jahr. Aus dem Weißen Haus hieß es am Freitag, es zeichne sich ein Konsens ab, für die Entwicklungsländer ab 2012 10 Mrd. Dollar jährlich zu mobilisieren.

Ein Erfolg in Kopenhagen – das könnte etwa heißen, dass die Staa-

ten das Zwei-Grad-Ziel annehmen. „Wenn man sich darauf einigen kann, ist alles andere Mathematik“, so ein Diplomat. Nicht mehr als zwei Grad Erderwärmung im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter – dafür müssten die Emissionen bis 2050 weltweit halbiert werden. Bis 2020 hieße das für die Industriestaaten ein Minus von 25 bis 40 Prozent, hat der IPCC vorgerechnet. Alles auf Grundlage der Werte von 1990. Doch selbst die EU, die sich als Vorreiter versteht, bietet 20 Prozent und will nur auf 30 hinuntergehen, wenn andere Industriestaaten mitziehen. Alle Angebote zusammengerechnet, erreichen derzeit etwa 19 Prozent – zu wenig.

In Dänemark hänge alles von der Dynamik der Gespräche ab, sagt ein Diplomat. „Eine provokative Äußerung kann alles zerstören, ein guter Punkt den Durchbruch bringen.“ Meist entscheidet sich das Wichtigste in der letzten Nacht. Das kann emotional werden, wie auf Bali: Klimachef de Boer lief weinend aus dem Verhandlungssaal.



Meina Schellander:
Composite element 6.



Sind alternative Energien die einzige Alternative?

Effizienz zählt.

www.siemens.at/efficiencywins

Mit unserem Umwelt-Portfolio sorgen wir für weniger CO₂-Emissionen bei Energieerzeugung, -übertragung und -verbrauch.

Ob in der Nutzung erneuerbarer Energien, in hocheffizienten Kraftwerken, beim verlustarmen Transport von Strom über weite Strecken oder in der energetischen Sanierung von Gebäuden: Mit dem größten Umwelt-Portfolio der Welt helfen wir, Kosten und Emissionen zu senken. So haben unsere Kunden bis 2008 schon 148 Millionen Tonnen CO₂ eingespart.

siemens.com/answers

SIEMENS

„Wir sind keine Lemminge“

Achim Steiner ist der Welt oberster Umweltschützer. Über einen möglichen Deal in Kopenhagen, den Umbau der Weltwirtschaft zur „Green Economy“ und die Pflicht zum Optimismus sprach er mit **Bernhard Pötter**.

STANDARD: Die ganze Welt schaut skeptisch nach Kopenhagen. Nur von der Unep aus Nairobi kommt Optimismus. Was wissen Sie, das wir nicht wissen?

Steiner: Ich sehe die Fakten: Gerade haben sich wichtige Länder wie die USA, China und Brasilien zu konkreten Schritten bereiterklärt, und das Interesse der Staatschefs ist es nicht, mit einem schlechten Deal aus Kopenhagen nach Hause zu fahren. Ein Deal ist absolut möglich, aber natürlich nicht garantiert. Denn wir müssen auch sehen, dass es hier um sehr weitreichende Veränderungen in unseren Volkswirtschaften geht und dass so ein Vertrag unter allen Staaten fast einmalig in der Geschichte ist.

STANDARD: Sie haben gesagt, halb-gare Deals könne es nicht geben. Genau danach sieht es aber im Moment aus. Wie viel Zweck ist also in Ihrem Optimismus?

Steiner: Mein Auftrag als Unep-Exekutivdirektor ist es nicht, der Welt zu sagen, dass sie etwas nicht schaffen kann, sondern zu vermitteln, dass wir eine Kehrtwende herbeiführen können. Ich glaube, dass wir in Kopenhagen die Eckpunkte eines Klimaabkommens verhandeln können, mit politisch verbindlichen Emissionsreduzierungen und Finanzierungszusagen. Dann kann man die Uhr anhalten und im nächsten Jahr zu Ende verhandeln.

STANDARD: Die Industrieländer fahren eine Doppelstrategie: Erwartungen senken und beim Geld pokern bis zuletzt. Ist diese Taktik gefährlich?

Steiner: Die Zeit fürs Taktieren ist vorbei. US-Präsident Obama hat seine Äußerung, es werde kein Abkommen geben, innerhalb von 24 Stunden relativiert. Etwas anderes stimmt mich noch optimistisch: Wenn wir die bisherigen Zusagen zur Emissionsreduzierung zusammenrechnen, sind wir nicht mehr so weit entfernt von dem Wert, den der UN-Klimarat IPCC für 2020 fordert. Da sind die 20 bzw. 30 Prozent der EU, die 25 Prozent von Japan, 40 Prozent von Norwegen plus die freiwilligen Zahlen etwa aus Brasilien, Mexiko oder Korea. Und jetzt haben sich auch die USA und China erstmals zu konkreten Zahlen bekannt.

STANDARD: Aber ein Abkommen erfordert Vertrauen unter den Ländern. Davon ist zwischen Nord und Süd nicht viel zu sehen.

Steiner: Es gibt großes Misstrauen, das stimmt. Die Entwicklungsländer beobachten, dass die Industriestaaten noch nicht zu tiefgreifenden Veränderungen bereit sind, sondern einen Teil ihrer Verantwortung auf sie abwälzen wollen. Diese Spannung wird bis zum letzten Tag die Verhandlungen durchziehen. UN-Generalsekretär Ban Ki-moon hat als Ziel ausgegeben, der Deal müsse glaubwürdig, fair und effizient sein. Wenn wir das nicht schaffen, ist Vertrauen nicht möglich. Aber ich sehe auch keinen bewussten Versuch, Kopenhagen scheitern zu lassen. Im Gegenteil: Die letzten Wochen waren von einer Intensität der Diplomatie auf höchster Ebene gezeichnet, wie wir sie beim Klima noch nie gesehen haben.

STANDARD: Wie schafft man dieses Vertrauen?

Steiner: Industrieländer müssen verbindliche und ambitionierte Ziele für die CO₂-Reduktion sowie

angemessene Finanzierungspakete vorlegen. Dann müssen die Entwicklungsländer ihren CO₂-Ausstoß vom künftigen Wirtschaftswachstum abkoppeln. Die entscheidende Frage ist doch: Sind die Industrieländer bereit, in eine neue gemeinsame Klimapolitik zu investieren? Es gibt da eine falsche Wahrnehmung, als ob die Industrieländer zu einer Abgabe an die Entwicklungsländer gezwungen werden sollen. Dabei geht es um eine Investitionspartnerschaft zwischen Nord und Süd, um die Weltwirtschaft schnell in eine kohlenstoffarme Wirtschaft zu verwandeln. Es gibt auch Druck aus der Wirtschaft: Im Moment befinden sich Milliarden von Dollar an möglichen Investitionen im Energie- und Transportsektor in der Warteschleife, weil Unsicherheit Gift für solche Entscheidungen ist.

STANDARD: Wer in Kopenhagen verhandelt, kennt die Fakten: Der Klimawandel ist real, er kommt schneller als gedacht und wird teurer, je länger wir warten. Warum sind die Reaktionen trotzdem so langsam?

Steiner: Kurzfristiges Denken mag eben manchmal rational erscheinen. Vor allem, wenn die anderen die Bürde aufgelastet bekommen, zuerst zu handeln. Auch Politiker sind in dieser Rolle gefangen. Die meisten von denen, die in Kopenhagen verhandeln, stehen in ein paar Jahren zur Wiederwahl.

STANDARD: Einer der größten Bremsklötze ist aber auch das Verfahren: Alles muss einmütig beschlossen werden, bis selbst ein Bremserland wie Saudi-Arabien zustimmt.

Steiner: Wenn man eine globale Klimapolitik will, muss man dafür alle Staaten einbinden. Die Veränderung zu einer Zukunft ohne fossile Brennstoffe muss alle Interessen berücksichtigen – auch die der ölproduzierenden Länder. Man bekommt keine Weltklimapolitik, wenn man Einzelne ausschließt. Im Übrigen: Was die Ölländer vertreten, das tut in Deutschland die Auto-, in Japan die Stahl- und in den USA die Kohleindustrie. Jedes Land bringt sein Interesse ein.

STANDARD: Aber eine Regelung wie im Montreal-Protokoll zur Rettung der Ozonschicht wäre doch hilfreich: Da kann im Zweifel mit Mehrheit abgestimmt werden, auch über die Interessen einzelner Länder hinweg.

Steiner: Natürlich wäre es einfacher, eine kleinere Gruppe von Staaten zu haben, die vorangeht. Aber dann werden sie mit einem globalen Klimadeal nicht weit kommen. Es geht hier um ganz andere Größenordnungen als im Montreal-Protokoll. Von dem wir allerdings viel lernen können: Erstens können dessen Regeln angepasst werden, wenn die Wissenschaft neue Erkenntnisse hat. Zweitens bestimmen Industrie- und Entwicklungsländer gemeinsam darüber, wie Finanzhilfen verteilt werden. Drittens wurde die Privatwirtschaft einbezogen, weil hier die technologischen Durchbrüche gefunden werden.

STANDARD: Man spricht viel von „Green Economy“. Aber die Wirtschaft hat ihren größten Beitrag zur Lösung des Klimaproblems bisher durch die Wirtschaftskrise geleistet, in der die Kohlendioxid-Emissionen stark gesunken sind.

Steiner: Die Finanzkrise ist ein kurzfristiges Phänomen. Die Rück-

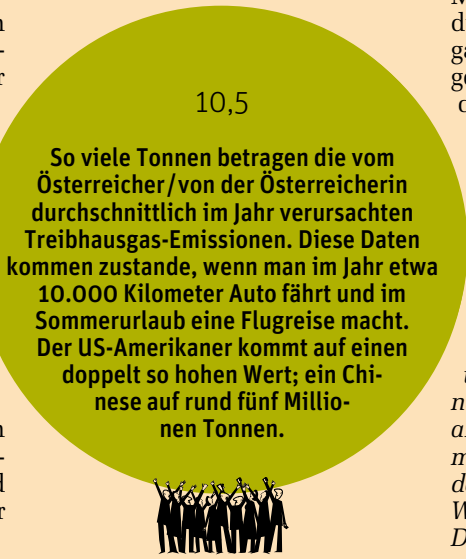


New York am 20. September. Model Gisele Bündchen wird Goodwill-Ambassador für die Anliegen der Unep im Vorfeld des Kopenhagener Gipfels. Unep-Chef Achim Steiner (links) sieht es positiv. Foto: Reuters

gänge bei den CO₂-Emissionen der letzten 18 Monate sind daher nicht relevant. Im Gegenteil schränkt die Krise den Spielraum für finanzielle Zusagen der Industriestaaten gewaltig ein. Nein, für mich hat eine viel größere Bedeutung etwa die Reform der Agrarpolitik in Europa oder das Wachstum beim Ökostrom in Deutschland auf 15 Prozent oder der Aufstieg Chinas zum weltgrößten Produzenten von Windkraft in nur drei bis vier Jahren. Da sind gewaltige Veränderungen im Gange.

STANDARD: Aber muss sich die Wirtschaft nicht von der Idee des unbegrenzten Wachstums verabschieden?

Steiner: Die Frage ist doch: Kann man das Wirtschaftswachstum abkoppeln von einer Politik der Ressourcenzerstörung? Dänemark hat in den letzten 25 Jahren sein Brutto-sozialprodukt um 65 Prozent erhöht, ohne die Stromproduktion auszuweiten. Offenbar ist die Abkopplung also machbar. Und wir müssen immer bedenken: Heute leben noch immer bis zu zwei Milliarden Menschen unter der Armutsgrenze. In 40 Jahren werden wir insgesamt neun Milliarden Menschen auf der Welt haben. Wer glaubt, bei der Armutsbekämpfung ohne Wirtschaftswachstum auszukommen, der muss erklären, wie das machbar sein soll. Aber Wachstum darf nicht wie in den letzten 200 Jahren die natürlichen Lebensgrundlagen plündern, sondern muss Kreislaufwirtschaft und nachhaltiges Management der Ökosysteme integrieren.



Ein Anschlag und viele Kriege in Somalia

Islamisten haben über weite Teile des Landes Kontrolle und beschuldigen Regierung

Mogadischu – Die größte islamistische Rebellengruppe in Somalia Al-Shabaab streitet ab, hinter dem Anschlag zu stecken, bei dem am Donnerstag in Mogadischu mindestens 22 Menschen getötet worden waren. „Es ist ein Komplott der Regierung gewesen“, sagte ein Sprecher der Gruppe am Freitag. Bei dem Attentat in einem Hotel waren auch drei Minister der vom Westen unterstützten Übergangsregierung gestorben.

„Wir wissen, dass einige sogenannte Regierungsvertreter den Tatort nur wenige Minuten vor dem Anschlag verlassen haben. Es ist also offensichtlich, wer hier hinter dem Anschlag steht“, sagte der Sprecher. Der Täter kam in Frauenkleidung zur Examensfeier einer medizinischen Hochschule.

Die Benadir-Universität wurde 2002 von somalischen Ärzten gegründet, um angesichts ständiger Gewalt den medizinischen Nachwuchs zu sichern.

Al-Shabaab („Die Jugend“) war sofort des Anschlags verdächtig worden, die Gruppe gilt als somalischer Al-Kaida-Ableger und hatte im September bei einem Anschlag auf das Hauptquartier der Friedenstruppe der Afrikanischen Union (AU) 17 Soldaten getötet. Die somalische Regierung sagt, hunderte von ausländischen Kämpfern aus Afghanistan, Pakistan, der Golfregion und westlichen Ländern hätten sich Al-Shabaab angeschlossen. Die Aufständischen setzen in vielen Regionen die Scharia um, was viele Somalier schockiert, die traditionell mode-

rate Muslime sind. Die Regierung selbst hat über weite Teile des Landes, besonders in der Mitte und im Süden, die Kontrolle an die Islamisten verloren. Seit 2007 starben im Kampf zwischen Regierung und Islamisten etwa 19.000 Menschen.

Das ostafrikanische Land ist seit nahezu zwei Jahrzehnten vom Bürgerkrieg zerrissen. An der Spitze der international anerkannten Regierung steht nunmehr der vom Westen als „moderat“ eingestufte Sheikh Ahmed. 2006 war Äthiopiens Armee in das Nachbarland einmarschiert, nachdem Islamisten die Macht in Mogadischu übernommen hatten. Die Militärintervention erwies sich aber als Fiasco. Mehr als zwei Millionen Menschen sind innerhalb des Landes auf der Flucht. (awö, Reuters)

Stoßlüften statt Fenster kippen Seite 14**Skeptiker Lomborg zum „Klimahype“** Seite 12

derStandard.at/Inland

Der besetzte Rektor auf Pendeldiplomatie

Uni-Wien-Rektor Georg Winckler, seit sechs Wochen enteigneter Eigner des besetzten Audimax, redete am Freitag allzu schweisgsamen Nichtbesetzern und sehr fordernden Besetzern ins Gewissen.

Wien – Die angehenden Juristinnen und Juristen hatten nichts zur Sache zu sagen. Zu der Sache, deretwegen sie Freitagfrüh wieder nicht im Audimax der Uni Wien saßen, sondern im Saal B im Austria Center Vienna in Wien-Donaustadt. Sie regten sich nicht auf, dass ihr eigentlicher Hörsaal seit mehr als sechs Wochen besetzt ist und sie durch die halbe Stadt zur Jus-Einführungsvorlesung fahren müssen – und ihr Rektor für diesen universitären Verschubbahnhof pro Tag zwischen 20.000 und 25.000 Euro für Mieten hinblättern musste.

Schweigend hörten die Jus-Studierenden den Worten ihres Rektors Georg Winckler zu, der bei sei-

Winckler ist im Audimax Blitzlichtgewitter und Fragen-Kreuzfeuer ausgesetzt.

Foto: Fischer



nem Besuch bei den „vertriebenen“ Studierenden sagte: „Schweigende Mehrheiten können in einer Demokratie auch ein Problem sein.“ Immerhin, Applaus bekam Winckler dafür. Sein Appell aber – „Bringen Sie sich ein, äußern Sie sich, seien Sie keine schweigende

Mehrheit“ – verhallte ungehört. Insgesamt würden sich die „Gesamtschadenssumme und die entstandenen Kosten“ bald auf eine Million Euro belaufen, hieß es am Freitag aus dem Rektorat: „Dies steht in keiner Relation zur politischen Wirkung der Besetzung.“

Die zweite Station der Wincklerschen Pendeldiplomatie war dafür alles andere als wortkarg: Der Rektor stellte sich am späten Nachmittag den Audimax-Besetzern. Sobald sich das Blitzlichtgewitter gelegt hatte, bot sich dem vollbesetzten Plenum ein interessantes Bild:

Winckler, fünf Herren der Uni-Leitung im Gefolge, in Anzug und Krawatte und Vizerektorin Christa Schnabl nehmen vor dem riesigen Graffiti am Podium Platz.

Winckler appellierte, auch die Politik, nicht nur die Uni in Verantwortung zu nehmen. Er wurde nicht müde zu betonen, die Debatte müsse „die Gesellschaft insgesamt erreichen“. Man solle alternative Protestformen wählen, die den Vorlesungsbetrieb nicht behindern. „Wir sind keine Teilzeitbesetzung“, kontern die Protestierenden. Das zweistündige Gespräch ist entspannt, aber nicht versöhnlich. Sein größter Wert ist wohl der symbolische: Die Fragen bleiben meist genereller oder anklagender Natur, die Antworten ebenso allgemein oder ausweichend. Pünktlich verlassen die Gäste den Saal, begleitet von der Einladung zum Auftakt des „Bildungswochenende“-Demo, Samstag, 15 Uhr ab Westbahnhof. (APA, grill, nim)

KURZ GEMELDET

Ortstafeln: Kein neues Verfahren gegen Dörfler

Klagenfurt – Der Antrag des Rates der Kärntner Slowenen auf Wiederaufnahme des von der Staatsanwaltschaft eingestellten Verfahrens gegen Landeshauptmann Gerhard Dörfler (BZÖ) im Ortstafelstreit ist abgelehnt worden. Der zuständige Richtersenat des Landesgerichts Klagenfurt begründete die Zurückweisung damit, „dass die formellen Voraussetzungen für die Fortführung des Verfahrens nicht vorliegen“. (APA)

Wallner zum grünen Geschäftsführer gekürt

Wien – Mit zwei Gegenstimmen ist der frühere Caritas-Generalsekretär Stefan Wallner am Freitag im 22-köpfigen Erweiterten Bundesvorstand der Grünen zum neuen Geschäftsführer gewählt worden. Wallner trat seinen Job sofort an, bis Jahresende wird er dabei noch von seiner Vorgängerin Michaela Sburny unterstützt. Zum Auftakt schlug der Geschäftsführer statt des schwarzen Transferkontos einen One-Stop-Shop für Bedürftige vor, quasi eine zentrale Anlaufstelle, denn: „Bei der ÖVP zieht die soziale Kälte wieder aus allen Ritzen.“ (red) **Karrieren Seite K 25**

Marek zur neuen Chefin der ÖAAB-Frauen gewählt

Linz – Familienstaatssekretärin Christine Marek – künftige ÖVP-Chefin in Wien – ist bei der Bundeskonferenz der Frauen im ÖAAB in Linz zu deren Vorsitzenden gewählt worden. Sie folgt Gertrude Brinek nach, die sich nach zehn Jahren an der Spitze zurückgezogen hat, um zu vermeiden, dass man ihr als Volksanwältin Parteilichkeit vorwerfen könnte. (APA)

Christen stellen Kandidat gegen Heinz Fischer auf

Wien – Die Christliche Partei (CPÖ) will im Rennen um das Bundespräsidentenamt mitmischen: Obmann Rudolf Gehring wird gegen den amtierenden Präsidenten Heinz Fischer antreten. Als „Vertreter christlicher Werte“ will Gehring einen „Gegenpol“ zu Fischer darstellen. Um im April 2010 auf der Wahlliste zu stehen, muss er allerdings noch 6000 Unterstützungserklärungen sammeln. Zuletzt trat Gehring als Unterstützer einer Demonstration gegen den Ausbau eines Islam-Zentrums auf sowie als Koordinator einer Demonstration von Abtreibungsgegnern. (APA)

Samsung Corby
ab € 0,-*

LG BL20 New Chocolate
ab € 0,-*

Nokia 5800
ab € 0,-*

TOP HANDYS UND ½ GRUNDENTGELT

Zauberhafte Weihnachten! Heuer schenken wir Ihnen bei Erstanmeldung das halbe Grundentgelt, ein A1 Leben lang. Damit telefonieren Sie im besten Netz um 0 Cent mit über 4 Mio. A1 Kunden. Weitere Infos auf www.A1.net, in jedem A1 SHOP und im guten Fachhandel.

Beste dauerhafte Netzqualität bestätigt durch das IBK der TU Wien. Halbes Grundentgelt gilt bei Erstanmeldung zu A1 SMART Tarifen bis 31.12.09. Aktivierungsentgelt laut Entgeltbestimmungen. Vertragsbindung 24 Monate. * Bei Erstanmeldung zu A1 SMART Tarifen und dem jeweils angegebenen A1 PAKET bis 31.12.09. Vertragsbindung 24 Monate. Infos und Bedingungen zu den A1 PAKETEN auf www.A1.net/pakete. Bei vorzeitiger Vertragsbeendigung erhöht sich der Gerätepreis um €79,-.

A1

„Hahn war schon recht langsam unterwegs“

Unterrichtsministerin **Claudia Schmied** (SPÖ) sucht neue Lehrer. Sie fordert dabei die Mitarbeit der ÖVP ein. Johannes Hahn wirft sie vor, an den Unis zu langsam gewesen zu sein. Mit Schmied sprach **Michael Völker**.

STANDARD: Bundeskanzler Faymann hat eingestanden, dass er es für seinen größten politischen Fehler hält, dass er Sie bei der Auseinandersetzung mit der Lehrergewerkschaft im Regen stehen hat lassen. Haben Sie jetzt mehr Rücken- deckung in der Regierung, auch beim Koalitionspartner?

Schmied: Aus der Situation, als ich in eine „Abseitsfalle“ der ÖVP geraten bin, habe ich meine Schlüsse gezogen. Das wird mir nicht mehr passieren. Wenn ich die Rede des Kanzlers Revue passieren lasse, fühle ich mich inhaltlich, aber auch emotional und persönlich gestärkt. Was den Koalitionspartner betrifft, gilt der Grundsatz „Lasst Worten Taten folgen“. Es gibt Signale in Richtung ganztägige Schulformen. Aber ich bin vorsichtig geworden. Bei den ganz großen Themen wie dem neuen Dienstrecht geht es nur gemeinsam.



Claudia Schmied geht es noch einmal an: Sie will den Lehrern ein neues Dienstrecht verpassen. Lehrer sollen künftig länger in der Schule sein und mehr Zeit mit den Kindern verbringen.

Foto: Cremer

STANDARD: Stehen die zwei Mehrstunden Unterricht für die Lehrer noch auf der Agenda?

Schmied: Die zwei Stunden nicht. Aber wir haben in der Regierung ein neues Dienstrecht für alle neu eintretenden Lehrer vereinbart. Das werden wir im nächsten Jahr gemeinsam angehen. Mit dem Bun-

deskanzleramt, mit dem Finanzministerium. Es wird ein komplett neues Lehrerbild geben. Sie werden mehr Zeit bei den Kindern verbringen. Wir brauchen attraktivere Einstiegsgehälter. Und wir brauchen ganz klar mehr Verantwortung am Schulstandort, was das Setzen von pädagogischen Maßnahmen betrifft. Teamteaching, Förderunterricht, Tagesbetreuung.

STANDARD: Faymann hat 200.000 Ganztagesplätze an den Schulen gefordert. Was schwebt Ihnen vor?

Schmied: Ganztägige Schulformen sind eine Form des Angebots, eine Mischung aus Lernen, Freizeit, Sport. Ich gehe davon aus, dass es einen hohen Bedarf nach einer Nachmittagsbetreuung gibt, da sind die 200.000 Plätze möglicherweise sogar noch zu wenig.

60

Milliarden Dollar. Allein der Hurrikan „Katrina“ verursachte schätzungsweise eine solche Schadenssumme. Versicherungen haben festgestellt, dass in den letzten drei Jahrzehnten die Schadenssummen, die an die Opfer extremer Wetterkatastrophen ausbezahlt wurden, weltweit stark angestiegen sind. Und dies nicht nur, weil einfach mehr versichert wurde.



Vorarlbergs Regierung gegen Partnerschaftsgesetz

Bregenz – Die Vorarlberger Landesregierung ist gegen die Eintragung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften. Man habe per Landesverfassung Ehe und Familie zu schützen, die Regierungsvorlage vermittele aber den Eindruck, es handle sich um eine Ehe, heißt es in der Stellungnahme zum Regierungsentwurf. Zudem könnten die Bezirkshauptmannschaften die neue Aufgabe personell nicht bewältigen, der Bund habe die Kosten zu gering angesetzt, es gebe keine Formulare.

Bezirkshauptleute bestätigen die personellen Engpässe zwar, „wir sind aber parat“, sagt Berndt Salomon (Feldkirch). In Bregenz wird es keine Feierlichkeiten geben, nur „eine schlichte administrative Abwicklung“, sagt Elmar Zech.

„Unheilbar in Vorarlberg“, diagnostizieren die „Grünen andersrum“. Die Regierung bestärke irrationale Ängste und Irrglauben. Das Eherecht sei verstaubt. (jub)

STANDARD: Ist die Nachmittagsbetreuung nur ein Schritt hin zu einer Ganztageschule?

Schmied: Wir müssen beides anbieten. Eine qualitativ hochwertige Nachmittagsbetreuung und, wenn die Eltern das wollen, eine ganztägige Schulform, wo Unterrichtszeiten über den Tag verteilt sind.

STANDARD: Sie haben in den vergangenen Wochen immer wieder die ÖVP-regierten Bundesländer aufgefordert, sich an den Finanzminister zu wenden, um eine Erhöhung der Kapazitäten für die Neue Mittelschule durchzusetzen. Jetzt wird es sogar einen SPÖ-Initiativantrag dazu geben. Haben Sie selbst mit Pröll keine Gesprächsbasis?

Schmied: Er ist im Ablehnungsmodus. Es gibt eine starke Nachfrage nach der Neuen Mittelschule. Weitere 4000 Kinder wären angemeldet, aber ich kann diese Standorte nicht genehmigen. Ich muss mich an die Zehn-Prozent-Grenze halten. Ich kann nur appellieren, den Druck auf die ÖVP zu verstärken. Ein Initiativantrag wäre ein idealer Weg, weil eine gesetzliche Neuregelung rasch umgesetzt werden könnte.

STANDARD: Da wären Sie selbst doch am meisten überrascht, wenn die ÖVP dem plötzlich zustimmen würde.

Schmied: Es sind ja nicht unbedeutende Bundesländer, die das wollen: Oberösterreich und Tirol, das sind Kernländer der ÖVP.

STANDARD: Warum sollte Pröll seine Meinung ändern?

Schmied: Wenn der Druck intern groß genug ist, warum nicht?

STANDARD: Die OECD empfiehlt Österreich eine Reihe von Maßnahmen, Gesamt- und Ganztagschule, alles nach Ihrem Geschmack. Aber wie schaut es mit der Förderung von Migrantenkindern aus? Da passiert offenbar viel zu wenig.

Schmied: Bei der Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund haben wir noch eine große Aufgabe zu bewältigen, das ist klar. Wesentlich ist der Ausbau des Kindergartens zu einem Bildungsgarten, die Sprachförderung, der verpflichtende Kindergarten ab fünf. Ganz entscheidend wird sein, Menschen mit Migrationshintergrund für das Lehramtsstudium zu gewinnen. Erfreulicherweise hat sich die Zahl der Studienanfänger an den Pädagogischen Hochschulen verdoppelt. Aber es sind noch viel zu wenige Leute mit Migrationshintergrund darunter. Wir haben prinzipiell das Problem, dass wir im Oberstufenbereich wenig junge Menschen mit Migrationshintergrund haben. Das ist der große Vorwurf, den wir dem österreichischen Bildungssystem machen müssen: Bildung wird nach wie vor vererbt. Das trifft Migranten beson-

ders. Wenn man sprachliche Probleme hat und sozial aus armen Schichten kommt, hat man kaum eine Chance, zu einer höheren Bildung zu kommen.

STANDARD: Haben Sie noch Verständnis für den Protest an den Unis und die Besetzung des Audimax?

Schmied: Von der ÖH und den Vertretern des Audimax sind sehr konstruktive Vorschläge gekommen. Ich habe von Minister Hahn gehört, dass diese Punkte in den Arbeitsgruppen berücksichtigt werden. Jetzt ist die Zeit gekommen, konstruktiv an die Arbeit zu gehen. Man muss aber schon anerkennend sagen, dass es gelungen ist, auf die Missstände aufmerksam zu machen. Jetzt passiert etwas. Bei aller Wertschätzung des Ministers: Da war Hahn schon recht langsam unterwegs.

STANDARD: Die ÖVP hat gefordert, das Audimax polizeilich räumen zu lassen. Wie sehen Sie das?

Schmied: Das ist ein Unsinn.

STANDARD: Die SPÖ fordert Zugangsregeln an den Unis, bei der ÖVP heißt das Zugangsbeschränkung. Letztendlich führt jede Regelung auch zu einer Beschränkung. Warum tut sich die SPÖ so schwer, das Kind beim Namen zu nennen?

Schmied: Es macht einen Unterschied, wie man an das Thema herangeht. Wir haben zu wenig Absolventen. Wir brauchen mehr Menschen, die bestens ausgebildet sind. Wir vertreten eine offensive Uni-Politik, keine Politik des Mangels und der Beschränkung.

STANDARD: Die ÖVP hält dem entgegen, dass mehr Studenten nicht zwangsläufig mehr Absolventen bedeuten.

Schmied: Das ist richtig, daher sage ich, wir brauchen eine offensive Universitätspolitik. Natürlich muss es zu einer Ausweitung der Mittel kommen, es muss aber auch die Qualität der Systeme besser werden. Eine Studieneingangsphase ist notwendig, in der man sich selbstverständlich auch Eignung und Neigung anschaut.

STANDARD: Sie fordern Aufnahmeprüfungen an den Pädagogischen Hochschulen und wollen dort nur die besten Kandidaten. Warum sollte das an anderen Hochschulen anders sein?

Schmied: Das sollten wir überall dort machen, wo es sehr stark in bestimmte Berufe geht, etwa in der Medizin, bei den Lehrerinnen und Lehrern, wo es um die Sozialkompetenz geht.

STANDARD: Und Publizistik darf jeder studieren?

Schmied: Das ist nicht so eng mit einer Berufsausbildung verbunden. Aber ich sage ja prinzipiell, dass wir eine Eingangsphase und ein Studienplatzfinanzierungsmodell brauchen. Was sich an der Wirtschaftsuniversität abspielt, das kann es ja nicht sein. Dort sagt man, dass es einen freien Zugang gibt, „kommt nur alle“, und dann gibt es in den ersten Semestern Knock-out-Prüfungen, damit man genau die Zahl der Studierenden hat, die man haben möchte. Zuerst ist Klarheit über die Kosten der einzelnen Studienplätze und -richtungen zu schaffen, dann müssen wir ein Studienplatzfinanzierungsmodell entwickeln. Nach einer Studieneingangsphase, in der man feststellt, wer leistungsfähig und -willig ist, muss es für die, die die Eingangsphase absolviert haben, einen Studienplatz geben. Aber wir können die Zahl der Studienplätze nicht den Rektoren überlassen.

STANDARD: Das läuft doch auf die von der ÖVP geforderte Zugangsbeschränkung hinaus.

Schmied: Bei der ÖVP höre ich ständig nur, dass man die Plätze beschränken muss. Wir brauchen aber mehr Mittel und mehr Plätze.



Meina Schellander: Composite element 5.

„Keine ideologische Frage“

„Pille danach“: Rasinger unterstützt Minister Stöger

Wien – Das Bestreben von Gesundheitsminister Alois Stöger (SPÖ), die „Pille danach“ auch ohne Antrag eines Pharmaunternehmens rezeptfrei zu machen, stößt bei ÖVP-Gesundheitssprecher Erwin Rasinger auf Verständnis: „Wenn Experten sagen, dass Frauen trotz Notfallparagraf nicht immer schnell genug an das Medikament kommen, habe ich persönlich nichts gegen die Freigabe“, sagt er zum STANDARD. Nachsatz: „Für

mich ist das keine ideologische Frage.“

Kritik an Stögers Vorhaben kommt hingegen von der Opposition. Während Judith Schwentner, Frauensprecherin der Grünen, dem Minister Zögerlichkeit und Planlosigkeit vorwirft, sieht ihn FPÖ-Arztgesprecher Andreas Karlsböck „außer Rand und Band“. Für den Blauen lässt Stöger „jegliches Gespür für ungeborenes Leben vermissen“. (jo, APA)

Ski-in/Ski-out-Domizile.

Exklusive Ferienimmobilien auf jaegerprojects.com



Partner für neue Perspektiven

„Die Politiker werden den Misserfolg schönreden“

Der dänische Wirtschaftsexperte **Björn Lomborg** wirft immer wieder aufsehen-erregende Thesen in die Klimadiskussion. **Andreas Stangl** sprach mit ihm über seine Erwartungen an den Kopenhagener Klimagipfel.



STANDARD: Was erwarten Sie sich von der Klimakonferenz in Kopenhagen?

Lomborg: Sehr wenig. Wir werden eine Menge hübscher Versprechungen zu hören bekommen, aber das hatten wir schon zweimal: in Rio 1992 und in Kioto 1997, und keines dieser Treffen führte zu Verringerungen bei den CO₂-Emissionen, wir haben im Gegenteil einen rascheren Anstieg der Emissionen beobachten können.

STANDARD: Glauben Sie, dass die Klimafrage eine Art Hype ist, um der Industrie mehr Profit zu verschaffen – Stichwort „Katastrophen-Kapitalismus“?

Lomborg: Ich möchte das als zwei getrennte Fragen behandeln: Ich glaube tatsächlich, dass die Klima-sache eine Art Hype ist, aber das heißt nicht, dass es kein Problem ist. Die Erderwärmung ist Tatsache, sie ist ein Problem. Aber die Art, wie sie oft präsentiert wird – als Ende der Welt oder als Ende der Zivilisation – ist sowohl unwahr als auch nicht hilfreich. Das ist deswegen nicht hilfreich, weil es uns dazu bringt, uns mit unrealistischen politischen Versprechungen zu befassen. Und zur Frage des Pro-

fits für die Industrie: Das ist natürlich ein Teil der Erklärung. Mein eigenes Land ist sehr groß im Verkaufen von Windkraftwerken. Vestas ist einer der größten Produzenten der Welt, und sie unterstützen ein Programm auf CNN, das „Planet in Peril“ heißt.

STANDARD: Was sagen Sie zu Initiativen wie jener der dänischen Regierung, die Insel Samsø zu einer CO₂-neutralen Gemeinde zu machen? Ist „Small is beautiful“ sinnvoll?

Lomborg: Ich denke, es ist interessant und es wichtig, dass wir verschiedene Möglichkeiten ausprobieren. Bedenken Sie, dass Samsø massive Subventionen erhält. Mein Ansatz ist der gleiche wie der von weltweit führenden Wirtschaftsexperten: Grüne Energie billiger zu machen, indem wir viel, viel mehr für die Erforschung und Entwicklung grüner Energietechnologie ausgeben. Diese Wirtschaftswissenschaftler sagen, jedes Land der Erde sollte 0,2 Prozent des BIP für F&E im Bereich grüne Energietechnologie investieren.

STANDARD: Sehen Sie einen realistischen Weg, die Weltmeinung in diese Richtung zu ändern?

Lomborg: Es gibt eine echte Chance, dass die Menschen erkennen, dass Kopenhagen ein Reifall war. Dann können wir zu einem intelligenteren Ansatz finden. Wir haben 20 Jahre lang eine Strategie verfolgt, die gescheitert ist. 1992 hat man versprochen, die CO₂-Emissionen zu senken und es nicht getan, 1997 in Kioto hat man versprochen, die CO₂-Emissionen noch stärker zu senken – und hat das noch weniger getan. Die Politiker werden den Misserfolg schönreden.

STANDARD: Sind Sie Optimist?

Lomborg: Nicht ganz. Ich will einen realistischen Ansatz. Für mich ist es wichtig zu verstehen, dass die Lage gegen Ende des Jahrhunderts viel besser sein wird. Glaubt man den Prognosen des Weltklimarats, dann wird der Durchschnittsmensch in Entwicklungsländern am Ende des Jahrhunderts 35-mal reicher sein als heute. Die Prognosen über die Erderwärmung lassen auf einen Rückgang von drei Prozent des BIP gegen Ende des Jahrhunderts schließen. Wenn wir davon ausgehen, dass die Erderwärmung für die Entwicklungsländer ein dreiprozentiges Problem ist, können wir auch davon ausgehen, dass sie in 100 Jahren um 3500 Prozent besser dastehen als jetzt.

ZUR PERSON:

Björn Lomborg, geb. 1965, ist Professor an der Copenhagen Business School.



75 bis 250
Millionen Menschen werden aufgrund des Klimawandels bis zum Jahr 2020 unter zunehmender Wasserknappheit leiden, prognostiziert der UN-Klimarat. Auch wird erwartet, dass in einigen afrikanischen Ländern die Erträge aus der vom Regen abhängenden Landwirtschaft um bis zur Hälfte zurückgehen. Dies wird die Nahrungsmittelsicherheit weiter beeinträchtigen und Unterernährung verschlimmern.



Meina Schellander: Composite element 9.



SAUBERE ENERGIE -JETZT!



Träumen Sie nicht nur von einer besseren Umwelt. Wir helfen Ihnen, sie zu verwirklichen.

Unsere umweltfreundliche Energie-Technik ist heute bereits in Tausenden von Kraftwerken weltweit erfolgreich im Einsatz, und gemeinsam mit unseren Kunden arbeiten wir am Aufbau einer sauberen Energie-Industrie. Wollen auch Sie aktiv dazu beitragen? Wir wissen wie.

Wenn Sie mehr darüber erfahren möchten, besuchen Sie uns unter www.at.alstom.com

We are shaping the future

ALSTOM

Käse statt Kaviar beim Ministerbuffet

Wie Nikolaus Berlakovich und seine Beamten das Klima schützen

Irene Brickner

Wien – Nein, mit dem Rad oder gar zu Fuß bewegt sich Umweltminister Nikolaus Berlakovich (SPÖ) im Berufsalltag nicht fort. Aber sein Dienstwagen schont das Klima, soweit ein einsatzfähiges Auto das derzeit kann. Denn es wird „zu 85 Prozent mit Bioäthanol betrieben“, wie seine Pressesprecherin Doris Ostermann erläutert.

Und bedient sich Berlakovich im eigenen Haus an einem Buffet, so kann er sicher sein, dass Sandwich, Belag und Getränk CO₂-sparend hertransportiert worden sind. Speck und Käse aus Österreich statt Apfel- statt Orangensaft: „Ökologische Beschaffung“ bei Speis und Trank ist in dem für Klimaschutz zuständigen Ministerium verpflichtend festgeschrieben. Im Innenressort etwa existiert keine derartige schriftliche Anordnung. Man bemühe sich eben, sagt Sprecher Rudolf Gollia.

Das ausgeprägte Klimabewusstsein im Lebensministerium, das neben der Umwelt auch für Land- und Forstwirtschaft, für Wasser und Lebensmittel zuständig ist, hat der rote Ressortchef sozusagen geerbt. Die Umorientierung fand bereits unter Berlakovichs Vorgänger Josef Pröll (ÖVP), jetztizekanzler, statt.

Pröll war es, der für das Biosprauto als Dienstfahrzeug votierte. Zu einer Zeit, als die dunklen Seiten dieses Benzinersatzes – exportorientierte Monokulturen und

Hunger in den armen Teilen der Welt – erst in Expertengruppen diskutiert wurden. Pröll eröffnete die 156 Quadratmeter große Fotovoltaikanlage auf zwei Halbdächern des Regierungsgebäudes am Stubenring, die jährlich rund 18.500 Kilowattstunden CO₂-freien Strom produziert – an einem Oktobertag 2007 mit blizblauem Himmel und viel fotovoltaiktauglichem Sonnenschein.

Heizung per Fernwärme

Von Sonne ist vierzehn Monate später, an einem nebligen Nachmittag Anfang Dezember, nichts zu bemerken. Die Fotovoltaikanlage liegt nass und grau da.

An Tagen wie diesen kommt der Strom in den ministeriellen Steckdosen nur von außerhalb und die Beheizung nur von der Fernwärme, erläutert Herbert Nikowitz, Leiter der Wirtschaftsstelle der Bürokratenburg mit ihren 2500 Büros.

Nikowitz und sein Kollege Wolfgang Pfeffer von der Gebäudeeigentümerin, der Burghauptmannschaft, ha-

ben soeben mit dem Panoramalift den siebenten Stock des 1912 als Reichskriegsministerium errichteten Hauses erklimmen: eine klimaaktive Sightseeingtour für den STANDARD. Nikowitz öffnet das Fenster und klopft von außen an die Hausmauer. Es klingt hohl, aber gedämpft: „Alle Innen- und Hoffassaden im Obergeschoß wurden in den vergangenen Jahren wärmege-dämmt, ebenso die Flachdächer, alle Fenster wurden erneuert“, erklärt er.

In den imperialen Etagen weiter unten, bei den Fenstern auf den Ring hinaus, musste man sich hingegen mit Thermoverglasung der Innenflügel begnügen. „Der Denkmalschutz“, sagt Pfeffer bedauernd. Dieser, so betont er, komme klimaktiven Maßnahmen im Ministeriumsgebäude nicht eben entgegen. Und es gibt ein zweites Problem, obwohl die bisherigen Sanierungsarbeiten Wärmeinsparungen von rund 15 Prozent jährlich gebracht haben: „Der Stromverbrauch nimmt vor allem in der EDV jährlich stark zu“, sagt ein Insider.



Berlakovich vor der Fotovoltaikanlage auf dem Ministeriums-dach. 2007 lächelte hier Vorgänger Josef Pröll. F.: BMLFUW

„Steine des Anstoßes“

Vor neun Jahren versprach die Republik finanzielle Mittel zur Erhaltung der jüdischen Friedhöfe. Doch nichts geschah. Mit einer Expertenkonferenz baute das Land Steiermark nun neuen Druck auf.

Thomas Trenkler

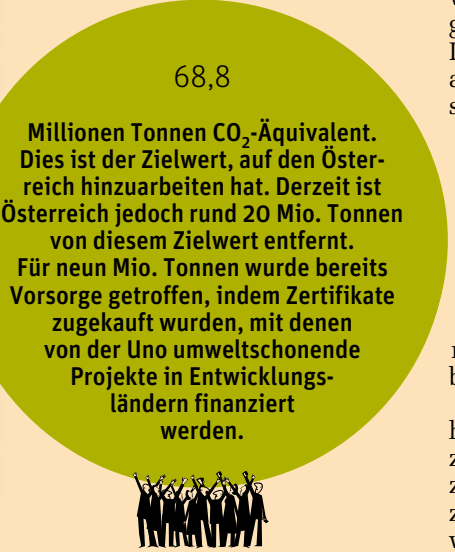
Graz – Vor neun Jahren, im Jänner 2001, verpflichtete sich der Bund im Washingtoner Abkommen, „zusätzliche Unterstützung für die Restaurierung und Erhaltung“ der jüdischen Friedhöfe zu leisten. Denn etliche von ihnen (darunter jener in Wien-Währing) befinden sich in einem desaströsen Zustand. Die aufgrund der Shoa arg dezimierten Israelitischen Kultusgemeinden sind nicht in der Lage, die Friedhöfe zu pflegen – obwohl der Glaube dies für die Toten fordert. Die Landeskulturreferenten mahn-ten die Regierung bereits mehr-

fach, sich der Sache anzunehmen, zuletzt im Mai 2009. Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) und Finanzminister Josef Pröll (ÖVP) versprachen die Einberufung eines runden Tisches im Herbst. Aber keiner lud tatsächlich dazu ein. Die Kulturabteilung des Landes Steiermark organisierte daher eine Expertenkonferenz, die am Donnerstag in der Grazer Synagoge stattfand. Höchst aufschlussreich waren die Ausführungen des Verfassungsjuristen Benjamin Kneihs: Es sei zwar kaum möglich, die Verpflichtung, die der Bund mit dem Abkommen einging, einzuklagen. Aber der Bund habe ohnedies die

primäre Verantwortung: weil ihm die Finanzierung der Kultusgemeinden obliegt. Zudem sei er unter dem Denkmalschutzaspekt für die historischen Friedhöfe zuständig. Kneihs meinte, dass daher innerhalb des Bundes das Kulturministerium verantwortlich sei. Doch der Bund spricht lieber von einer „Querschnittsmaterie“ – und betrachtet die Sanierung der Friedhöfe (laut einer Schätzung sind 48 Millionen Euro notwendig) als heiße Kartoffel: Sowohl das Kanzleramt als auch das Kulturministerium verzichtete auf eine Teilnahme an der Konferenz. Daher musste Ferdinand Trauttmansdorff, der Leiter des Völkerrechtsbüros, die angeblich „intensiven Bemühungen“ um eine Lösung verteidigen. Wie diese aussehen könne, wollte er nicht sagen. Er meinte lediglich, dass es beschämend sei, wenn die Länder (vor allem Wien) die Verantwortung abschieben: „Wir sollten nicht den Zeigefinger verwenden, sondern das Herz!“ Kulturlandesrätin Bettina Volath (SP) entgegnete, dass sich die Steiermark sehr wohl der Verantwortung bewusst sei – und auch finanzielle Zeichen gesetzt habe. Es gebe aber eine gemeinsame Verantwortung. Sie schlug einen Bundesländer-Vertrag, der die Lastenverteilung regelt, oder die Schaffung einer Stiftung vor. Das Netzwerk der zumeist privaten Sanierungsaktivitäten (z. B. in Klosterneuburg) soll nun ausgebaut werden. Zudem nimmt man die Kritik von Heidemarie Uhl – die jüdischen Gräber verdränge man allorts, weil sie „Steine des Anstoßes“ seien – ernst: Der bisher unbekannte jüdische Friedhof bei Feldbach-Mühldorf soll als Gedächtnisort erhalten und markiert werden.



Meina Schellander: Composite element 4.



Regelmäßig stoßlüften statt kippen

Energieberater kommen ins Haus und inspizieren Fenster, Küchengeräte und Therme

Johanna Ruzicka

„Halten Sie die Jahresabrechnungen für Strom, Gas, Fernwärme bereit“, sagt die Energieberaterin am Telefon. „Zuerst werden wir uns nämlich die Verbrauchskennzahlen ansehen und dann ausloten, wo es Sparpotenziale gibt.“ Pünktlich um neun stehen die beiden Experten dann vor der Haustür: Katharina Kiener-Manu und Heinz Tschürtz – beide von der Arge Energieberatung Wien. Sie ist eine Kunsthistorikerin, er Elektrotechniker. Beide haben sie die Ausbildung zum Energieberater, etwa beim Umweltbundesamt, gemacht und sich dann mit Elisabeth Cobbina, die bei der Umweltberatung Wien ökologische Beratung durchführt, zur Arge Energieberatung Wien zusammengeschlossen. „Die Arge ist in Wien wahrscheinlich einzigartig“, sagt Tschürtz stolz. Auf dem Land ist Energieberatung bereits institutionalisiert. Dort wird den Hausbesitzern geholfen, die vielen Stolpersteine

vor, nach und während einer Bauphase zu vermeiden. Auch in der Stadt nehmen Energieberatungen zu, vor allem weil ein Energieausweis vorgelegt werden muss, wenn der Verkauf oder eine Vermietung eines bestehenden Objektes ansteht. 200 bis 300 Euro kostet die Erstellung eines solchen Ausweises, erklären die Berater. Dieser zeigt in einprägsamer Farbskalierung, ob die Verbrauchskennzahlen niedrig, mittel oder hoch sind. Inzwischen hat Kiener-Manu unseren Stromverbrauch auf ein Kalenderjahr umgerechnet. Wow! Trotz zugiger Fenster, die dringend einer Erneuerung bedürfen, sind wir im grünen Bereich. Dies hängt mit der südlichen Fenster-Ausrichtung zusammen, weshalb die Heizung häufig nicht aufgedreht werden muss. Und es hängt mit einem strengen Regime der Hausfrau zusammen, die im Winter für dicke Pullover auch zu Hause plädiert. Wilde Dinge sind den Energieberatern bereits untergekommen. Während ein Passivhaus maximal

zehn kWh (Kilowattstunden) Energie pro Quadratmeter benötigt, hatten sie schon einen Fall von mehr als 300 kWh. „Das sind dann auch Bedienungsfehler“, weiß Kiener-Manu. Etwa dass auch im Sommer Heizung und Thermostat hochgedreht verbleiben: „Man muss sich halt damit befassen.“ Oder die Komfortstellung. Manche Thermen halten mit dieser Schaltung das Warmwasser auf einer gewissen Temperatur. Eine Energieverschwendung, wenn im Haushalt nur zweimal am Tag, in der Früh und am Abend, etwas Wasser gezapft wird. „Da ist es besser, wenn das Wasser dann hochgeheizt wird, wenn es auch gebraucht wird“, sagt Tschürtz. Es geht keine Lebensqualität verloren, wenn man Kleinigkeiten ändert, betonen die zwei und zeigen auf das gekippte Fenster in der Küche. Stoßlüften statt kippen lautet ihr Credo. Zehn Minuten, zweimal am Tag, genügen, um im Haus die gewünschte Frischluft zu haben. Wohingegen: „Beim ständigen Kippen heizt man für draußen.“ Die-



Die Energieberater Heinz Tschürtz und Katharina Kiener-Manu vermitteln ihr Fachwissen vor Ort und verständlich. Foto: Robert Newald

ses Stoßlüften ist besonders dann wichtig, wenn man sich erst kürzlich neue, gut isolierte Fenster zugelegt hat. Wenn da nicht ordentlich gelüftet wird, kann es zu Schimmelbildung kommen. Weil das den stolzen Besitzern neuer, dichter Fenster häufig niemand sagt, werden die Energieberater neben Kostenberatung und Einsparbegleitung in ihr Beratungsportfolio auch „Schimmelvermeidung“ aufnehmen. Denn das ist einer der größten Fehler, die derzeit beim Sanieren passieren, sei es, wenn „gut isolie-

rende Plastikfenster“ eingesetzt werden, das Haus aber nicht gedämmt ist. Kondenswasser kann die Folge sein. Was sich die beiden Experten, die pro Beratungsstunde 50 Euro (exkl. USt) verrechnen, wünschen: dass auch im Vorfeld einer thermischen Gebäudesanierung eine Energieberatung obligat wird. So, wie es beim Erstellen eines Energieausweises bereits vorgeschrieben ist.

DER STANDARD **Webtipp:** www.arge-energieberatung-wien.at

FREISTADT

Das Ökolied der Bürokratie

Roman David-Freihsl

Wenn's ums Klima geht, pflegen sich die Stadtobersten gerne zu berühren. Seit Beschluss der ersten Klimaschutzprogrammes (1999) „konnten jährlich 3,1 Mio. Tonnen CO₂ eingespart werden“, verlautete dieser Tage Umweltstadträtin Ulli Sima. Die Grünen hingegen finden anderes in der Stadtbilanz interessanter: Es sei zwar durch einzelne Maßnahmen CO₂ eingespart worden – dafür sei in anderen Bereichen, insbesondere beim Verkehr, der Zuwachs umso gewaltiger gewesen, bilanziert die Wiener Grünen-Chefin Maria Vassilakou. Von 1990 bis 2006 seien die Wiener CO₂-Emissionen um 13,5 Prozent gestiegen – und damit sei das Klip-Ziel (–14 Prozent) um knapp 28 Prozent verfehlt worden. Also fordern die Grünen Offensiven für Fotovoltaik, thermische Haussanierung, Parkraumbewirtschaftung – und die Einführung einer City-Maut. Abgesehen vom politischen Hin und Her ist aber die Frage entscheidend: Wie ökofreundlich ist die Kommune in ihrer Gesamtheit? Und genau darüber kann Michaela Reitterer, die

Chefin vom ersten Nullenergiebilanz-Hotel bei der Stadthalle, nicht nur ein Liedchen singen – sondern ganze Arien. Für das Ziel, ein energieautarkes Hotel zu schaffen, hatte sie ein umfassendes Konzept erstellt – und dann kamen die Bauverhandlungen und Auflagen. Bei der Solaranlage verlangte die MA 19 (Ortsbildpflege) einen bestimmten Dachwinkel, weil Gründerzeitviertel. Jetzt heißt es: Das blendet die Nachbarn, also soll sie das jetzt in Ordnung bringen – und auf einmal wird ein anderer Winkel gestattet. Und wegen Reitterers Plan, auf dem Dach Windräder zu installieren, wird ein Gschiss gemacht, als wollte sie ein Eurofighter-Triebwerk aufstellen. Aber dass unten auf der Straße ein einziges Moped lauter dröhnt, ist natürlich gottgegeben. Und dass rundum auf den Dächern Handymasten und Sat-Schüsseln zu Hunderten sprießen, ist natürlich auch etwas anderes – die Stadt muss ja funktionieren. Nur: Will man das Kioto-Ziel erreichen, muss es quer durch die Stadtverwaltung oberstes Ziel sein, dass die Stadt ökologisch funktioniert.

Preisgeld für Sozialinnovation

„SozialMarie“ zeichnet herausragende Projekte aus

Wien – Weil „Armut keine Schande ist“, rief die Kapfenberger Bürgermeisterin Brigitte Schwarz vor bald vier Jahren Bürgerinnen und Bürger ihrer Stadt zusammen, die Ideen finden sollten, um Menschen an oder unter der Armutsgrenze zu stützen. Eine der vielen Ideen von „Zukunft für Alle“ war eine „Aktivcard“ für einkommensschwache Kapfenberger, die nebst ermäßigten oder unentgeltlichen Leistungen auch Rabatte in einem örtlichen Nah-und-Frischmarkt bringt. Dadurch vermeide man die Stigmatisierung, die sonst oft mit speziellen Sozialmärkten verbunden sind, sagt Schwarz. Das Kapfenberger Projekt war heuer eines der Preisträger der 2010 zum sechsten Mal vergebenen „SozialMarie“ für Innovationen im Sozialbereich. „Es ist eine Weiterentwicklung der Sozialmärkte, die

schon davor einen Preis bekamen“, sagte Wanda Moser-Heindl, deren gemeinnützige Unruhe-Privatstiftung den Preis auslobt. „Die Projekte weisen auf Versorgungslücken hin und sind ein Sensorium für neue Probleme“, erklärte Jury-Mitglied Marc Diebäcker von der Fachhochschule für Sozialarbeit. Insbesondere in Zeiten von Sparpaketen sei es wichtig, darauf zu achten, dass soziale Erneuerungen nicht aus Geldmangel unter die Räder kommen. Um den Preis können sich Projekte sozialer Initiativen ebenso wie Behörden oder Unternehmen bewerben, in einem Umkreis bis zu 300 Kilometer von Wien, erstmals auch aus ganz Ungarn. Die Präsentation ist dann am 1. Mai. (spu)

DER STANDARD **Webtipp:** www.sozialmarie.org

Kopenhagen soll der Wendepunkt sein

Der Kopenhagener Klimagipfel ist der Augenblick, an dem sich alles entscheidet – ob der internationalen Gemeinschaft eine Trendumkehr gelingt, oder ob sie ihre Kinder mit einem enormen Erbe belastet.

Connie Hedegaard*

Es gibt Momente in der Geschichte, in denen die Welt an einer Weggabelung steht. Die Klimakonferenz in Kopenhagen ist so ein entscheidender Moment: Wir können uns für den Weg in Richtung eines grünen Wohlstands und einer nachhaltigen Zukunft entscheiden. Oder wir können uns für den Weg in den Stillstand entscheiden und nichts gegen den Klimawandel tun und unseren Kindern und Enkeln eine enorme Rechnung hinterlassen. Die Wahl ist nicht schwierig.

Das Ziel der dänischen Regierung ist klar und unzweideutig: Wir arbeiten an einem ehrgeizigen globalen Abkommen, das Treibhausgas-Emissionen redu-

ziert und Ergebnisse in den Bereichen Adaptierung, Technologie und Finanzen bringt. Kopenhagen sollte auch einen Termin setzen, bis zu dem ein rechtlich bindendes Abkommen erzielt werden muss.

Zeit ist von äußerster Wichtigkeit. Jeder Tag, der verstreicht, erhöht den Preis und die potenziell katastrophalen Konsequenzen des Klimawandels. Nach Angaben der Internationalen Energieagentur kostet jedes Jahr der Untätigkeit 500 Milliarden Dollar. Wir müssen das politische Momentum ausnützen, um die Führer der Welt dazu zu bringen, ihrer Verantwortung gerecht zu werden und rasch zu reagieren.

Der Termin Kopenhagen funktioniert. Eine Regierung nach der anderen



Connie Hedegaard hat keine Zweifel: Jetzt ist die Zeit.

Foto: AP / John MacConnico

liefert ihre Beiträge vor der Klimakonferenz im nächsten Monat. Vor kurzem kamen konkrete Ziele von Brasilien und Südkorea, und Russland verbesserte sein Angebot.

Präsident Obama hat amerikanische Ziele verkündet, nicht nur für 2020, sondern – noch viel bemerkenswerter – für 2025 und 2030. Vier Prozent unter dem Wert von 1990 mag nicht das sein, worauf die Welt gehofft hat. Aber die USA scheinen zu wissen, dass der Preis fürs Zuspätkommen ein hoher ist und der Weg zum Erfolg steil: 18 Prozent unter dem Niveau von 1990 im Jahr 2025 und 32 Prozent

im Jahr 2030. Neu und besonders ermutigend ist, dass auch China an die internationale Öffentlichkeit tritt. Wir müssen genauer analysieren, was das chinesische Angebot wirklich beinhaltet, das sich auf Normalausstoß bezieht.

All das sind klare Zeichen dafür, dass die Frist, die Kopenhagen setzt, wirksam ist und die Führer dieser Welt den Erwartungsdruck ihrer Bürger, der Wirtschaft und der ganzen Welt spüren. Jetzt ist es Zeit für diese Politiker, die Versprechen an den Planeten einzulösen und in Kopenhagen Ergebnisse vorzulegen.

Dänemark hat nicht festgelegt, dass die Deadline der Dezember 2009 sein soll. Mit dem Bali-Aktionsplan aus dem Jahr 2007 hat die gesamte Welt entschieden, dass COP15 in Kopenhagen der Wendepunkt in der Kampagne sein soll, der die Welt auf einen nachhaltigeren Weg bringt. 192 Länder haben diesen Auftrag unterzeichnet, und jetzt dürfen wir uns diese Deadline nicht entschlüpfen lassen. Jetzt ist es Zeit zu handeln, und jetzt müssen wir vom politischen Schwung profitieren. Die Führer dieser Welt haben den Bürgern dieses Planeten eine Lösung versprochen. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo sie ihrer Verantwortung nachkommen und mit einem ehrgeizigen, wirklich globalen Klimaabkommen in Kopenhagen aufwarten müssen.

Entwicklung und Hilfe

Das Abkommen muss Lösungen für vier Herausforderungen anbieten. Es soll den entwickelten Staaten bindende mittel- und langfristige Ziele einer Treibhausgas-Reduktion setzen. Und es sollte die Wirtschaften der großen Entwicklungsländer auf einen saubereren und grüneren Weg des Wachstums leiten. Es muss Hilfe für jene Länder geleistet werden, die als erste und am härtesten von der Erderwärmung betroffen sein werden. Es muss neue und wirklich zusätzliche Finanzmittel aufbringen – einiges davon muss in Adaptierungen in Entwicklungsländern fließen.

Es muss ein Übereinkommen erreicht werden darüber, wie man zusammenarbeiten kann, um Technologie und Wissen zu entwickeln und zu verbreiten. Das sind die vier Eckpfeiler, die wir in Kopenhagen zu errichten haben. Eine Lösung muss gefunden werden. Wir haben keine Alternative. Wir müssen den Klimawandel in Angriff nehmen, und wir müssen es jetzt tun. Kopenhagen ist die Deadline. Die Zeit ist abgelaufen. Bringen wir es hinter uns!

*Connie Hedegaard ist Dänemarks Klima- und Energieministerin, künftige EU-Klimaschutzkommissarin und Gastgeberin des UN-Gipfels.

Übersetzung: Gertraud Schneider
Beispiel Dänemark Seite 20
Kopf des Tages Seite 32

Das perfekte Weihnachtsgeschenk um nur 1 Euro



iPhone 3G 16 GB

Jetzt mit halber Grundgebühr ein Orange Leben lang und gratis Rufnummernmitnahme



Preis gültig bei Neuanmeldung bis 31.12.2009 zum Tarif Team Europa 39 mit iPhone Paket. Bei Wahl der halben Grundgebühr gilt eine Mindestvertragsdauer von 36 Monaten. Details zu diesem Angebot und den Tarifen auf orange.at/iphone3GS

Opel-Mitarbeiter zu Lohnverzicht bereit S. 23

Rajendra Pachauri im Interview S. 18



derStandard.at/Wirtschaft

Kärnten wird zur Hypothek für den Hypo-Sektor

Die Hypothekenbanken haften für Einlagen und Schuldverschreibungen der Hypo Alpe Adria. Die Weigerung der Bayern, frisches Geld nach Kärnten zu überweisen, erhöht die Gefahr eines Flächenbrandes.

Andreas Schnauder

Wien – Das Debakel der Hypo Alpe Adria droht den ganzen Sektor mitzureißen. Grund ist die Vergabe von Schuldverschreibungen über die gemeinsame Pfandbriefstelle. Von den zehn Milliarden Euro an begebenen Schuldverschreibungen entfallen zwei Milliarden auf die Hypo Alpe Adria. Sollten die Kärntner, deren notwendige Kapitalerhöhung zusehends wackelt, die Schulden nicht bedienen können, müssten die Banken des Sektors einspringen.

„Für sämtliche aushaftenden Emissionen besteht eine solidarische Haftung der Mitgliedsinstitute und der Gewährträger (der Länder, Anm.)“, heißt es dazu in der Bilanz der Pfandbriefstelle. Laut Wilhelm Miklas, Generalsekretär des Verbands der österreichischen Landes-Hypothekenbanken, würden die Sektorinstitute im Fall einer Zahlungsunfähigkeit Rückforderungsansprüche an das Land Kärnten stellen.

Doch auch von anderer Seite droht den Hypos Ungemach. Über die Einlagensicherung haften sie für die österreichischen Sparguthaben der Hypo Alpe Adria in Höhe von rund 1,3 Mrd. Euro. Zwar hat der Staat bis Jahresende eine unbegrenzte Haftung übernommen, die 2010 auf 100.000 Euro sinkt. Doch 50.000 Euro je Sparer entfallen auf den Sektor.

„Das geht sich nie aus“

Da auch die Hypos die Sparguthaben nicht abdecken können (Miklas: „Das geht sich nie und nimmer aus“), müssten die anderen Sektoren für Kärnten geradestehen. Also beispielsweise Raiffeisen und die Sparkassen. Pikanterie am Rande: Raiffeisen wäre wegen der Beteiligungen an den Hypos in Oberösterreich, Salzburg und der Steiermark gleich doppelt betroffen. Reicht auch diese zweite Sicherungsstufe nicht, müsste erst recht wieder der Staat einspringen und für Anleihen der Einlagensicherung garantieren.

Noch komplizierter wird die Absicherung der Sparer durch die Landeshaftung der Hypos: Sie umfasst auch jene Guthaben, die vor dem 1. 4. 2003 eröffnet worden sind. Wie hoch dieser Bestand ist, kann Miklas nicht sagen. Die Einlagensicherung kommt zum Tragen, wenn die Bank unter Geschäftsaufsicht gestellt wird. Der Schritt erfolgt, wenn bei den Verpflichtungen gegenüber den Gläubigern Gefahr in Verzug besteht.

Verstaatlichung rückt näher

Dass die Hypo tatsächlich insolvent werden könnte, daran glauben Experten nicht. Viel eher erscheint eine Verstaatlichung, sollten die Bayern auf stur schalten. Mehrheitseigentümer Bayerische Landesbank war ursprünglich bereit, ihren Anteil an der bis zu 1,8 Mrd. Euro schweren Kapitalerhöhung zu stemmen. Doch wegen der Blockadehaltung der Miteigentümer Kärnten und GraWe sowie der politischen Turbulenzen im Freistaat hat sich die Lage geändert.

Finanzminister Georg Fahrenschon sagte der *Financial Times Deutschland*, „wir werden die Hypo nicht weiter finanziell stützen“. Was wiederum der österrei-

chischen Regierung sauer aufstößt: „Bayern ist nicht das Armenhaus Europas“, erklärte Finanzstaatssekretär Andreas Schieder. Er forderte die Eigentümer auf, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Seitens der Landesbank hieß es, es werde nach einer Lösung gesucht.

„Österreichs Rating gefährdet“

Hypo-Vertreter Miklas kann sich nicht vorstellen, dass die Republik tatenlos zusieht. Er verweist auf die Bedeutung der Kärntner Bank in Südosteuropa. „Bei einer Insol-

venz werden nicht nur die Scheiben der Hypo Alpe Adria eingeschlagen, sondern auch die anderer österreichischer Banken.“ Zudem würde eine Pleite das Rating der Republik Österreich gefährden.

Jenes der Hypo Alpe Adria wurde am Freitag bereits von Moody's nach unten korrigiert. Grund: Wegen der Zurückhaltung der Republik und der Eigentümer fehle der Bank der notwendige Rückhalt, so die Ratingagentur.

Ein Fünftel

der weltweiten CO₂-Emissionen entfällt laut einer EU-Untersuchung auf Entwaldung und Waldschädigungen. Dies ist mehr als die Emissionen aller Verkehrsträger zusammen. Die EU möchte deshalb, dass im Vertrag von Kopenhagen festgeschrieben wird, dass bis 2020 die Zerstörung von Tropenwäldern reduziert und bis 2030 der Waldverlust weltweit gestoppt wird.

Meina Schellander:
Composite element 7.



Zukunft ohne Sorgenfalten:
Die Prämienpension.

Prämienpension

- ⊕ 9,5% staatliche Förderung für 2009
- ⊕ 100% Kapitalgarantie
- ⊕ Steuerfreie Zusatzpension

Nähere Infos unter 050 350 350, auf www.wienerstaedtische.at oder bei Ihrem Berater.

IHRE SORGEN MÖCHTEN WIR HABEN

**WIENER
STÄDTISCHE**
VIENNA INSURANCE GROUP



„Politiker sind Menschen verpflichtet, nicht Ölfirmen“

Der Vorsitzende des UN-Klimarates, **Rajendra Pachauri**, will den Delegierten in Kopenhagen ins Gewissen reden. Ohne verbindliche CO₂-Reduktion drohten Not und Elend. **Günther Strobl** erreichte ihn am Telefon.



STANDARD: Die Gletscher schmelzen dahin – der greifbarste Hinweis, dass die Erderwärmung keine Einbildung ist. Was heißt das für den Klimagipfel in Kopenhagen, der am Montag beginnt?

Pachauri: Die Delegierten müssen sich bewusst werden, dass nicht nur die Gletscher schmelzen. Ein Rattenschwanz an Veränderungen geht mit dem Klimawandel einher – bis zum Verlust der Existenzgrundlage. Wasser wird in manchen Regionen noch knapper; Dürren und Fluten nehmen zu, der Meeresspiegel steigt. Deshalb ist es wichtig, dass man sich auf einen Plan einigt, die Treibhausgasemissionen zu verringern und die schlimmsten Auswirkungen zu verhindern.

Meinl Bank: Frage des Geschäftssitzes „nur Teilaspekt“

Wien – Als nicht relevant bezeichnet die Staatsanwaltschaft Wien eine Aussendung der Meinl Bank AG. In dieser hatte die Meinl Bank betont, dass sich Vorwürfe der Staatsanwaltschaft als haltlos erwiesen hätten. Am Montag war laut Meinl Bank bekannt geworden, dass die österreichische Übernahmekommission für MEL (heute Atrium) auch in der Vergangenheit nicht zuständig gewesen sei, da „der Geschäftssitz der MEL Jersey und nicht Wien gewesen war“. Die Staatsanwaltschaft betonte, dass diese Frage von untergeordneter Bedeutung ist. Wesentlich sei, ob strafbare Handlungen in Wien verübt wurden, „weil nicht nur der Verdacht des Anlegerbetrugs, sondern auch jener besteht, dass der der Kapitalerhöhung der MEL gewidmete Betrag ... tatsächlich für Rückkäufe eigener Zertifikate in Wien verwendet wurde.“ (red)

STANDARD: Sie sind einer der Key-note-Speakers in Kopenhagen, was ist Ihre Hauptbotschaft an die Delegierten?

Pachauri: Ich werde darauf hinweisen, dass die Auswirkungen des Klimawandels, die wir heute sehen, nichts sind im Vergleich zu dem, was uns blüht, wenn wir nicht rechtzeitig die Stopptaste drücken. Wir haben wenig Zeit. Das IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change; Weltklimarat; Anm.) hat klar gesagt, dass wir konkrete Maßnahmen gegen den CO₂-Ausstoß spätestens 2015 setzen müssen, wenn wir den Temperaturanstieg auf zwei Grad beschränken wollen. Deshalb ist eine Zielvereinbarung für 2020 so wichtig.

STANDARD: Sie sind zuversichtlich, dass den Politikern das gelingt?

Pachauri: Ich bin optimistisch, weil sich die USA ebenfalls engagieren wollen und auch China Ankündigungen in diese Richtung gemacht hat. Ich glaube, es gibt ein Momentum, und ich hoffe, dass uns das zu einem Abkommen führen wird.

STANDARD: Was ist das Minimum, das erreicht werden muss, um von einem Erfolg des Gipfels sprechen zu können?

380.000

Tonnen. So viel betragen die Einsparungen an Treibhausgasemissionen aufgrund des Umstandes, dass dem in Österreich erhältlichen Benzin Bioethanol beigemischt wird. Insgesamt werden sowohl dem Benzin als auch dem Diesel biogene Treibstoffe beigemischt. Bis 2010 sollen so in Österreich zehn Prozent Agrosprit im Tank blubbern.

Pachauri: Ein gemeinsames Reduktionsziel bis 2020 ist die Basis. Dazu ein Beschluss über Finanzhilfen für Entwicklungsländer zur Entschärfung der Folgen des Klimawandels und für notwendige Anpassungsmaßnahmen dort. Drittens sollte man auch einen Fonds zur Finanzierung von Technologietransfers einrichten.

STANDARD: Noch gibt es starke Widerstände der Ölindustrie, die am bestehenden Wirtschaftsmodell festhalten will?

Pachauri: Deshalb ist politische Führung gefragt. Die Staatschefs müssen sich bewusstmachen, dass sie für die Menschen in ihren Ländern verantwortlich sind und nicht für die Ölfirmen. Ich hoffe, dass die Leader genug Courage und Visionen nach Kopenhagen mitbringen, um die nötigen Schritte zu setzen.

STANDARD: Was, wenn in Kopenhagen keine Einigung gelingt?

Pachauri: Dann muss der Gipfel möglichst bald wiederholt werden.

STANDARD: Was kann jeder Einzelne tun, den Klimawandel zu bremsen?

Pachauri: Zum Beispiel bewusster mit Energie umgehen, öffentliche Verkehrsmittel nutzen, zu Fuß gehen oder das Fahrrad nehmen.

STANDARD: Müssen wir unseren Lebensstil ändern?

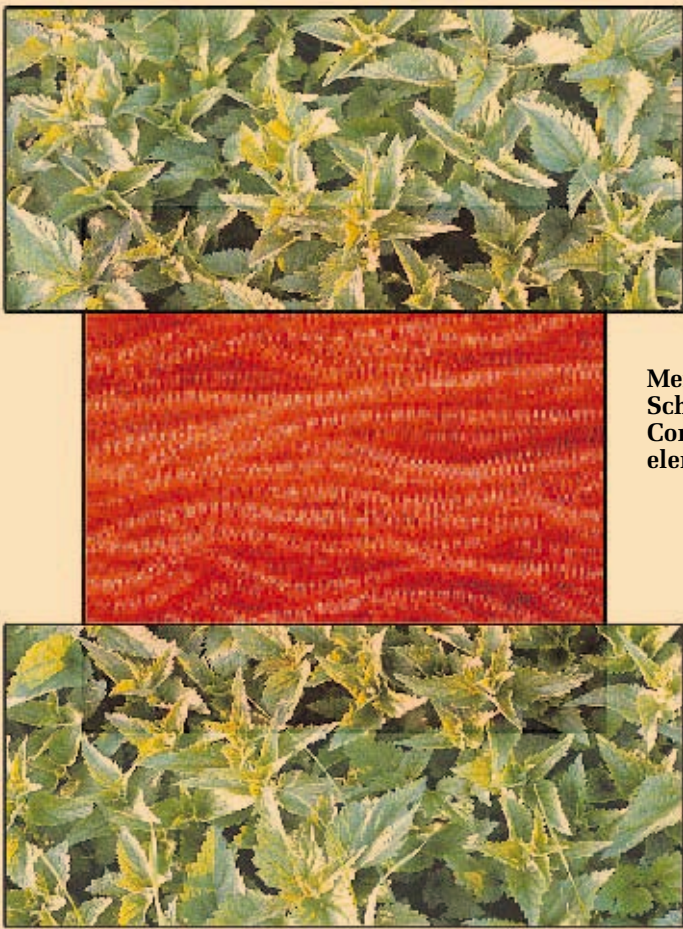
Pachauri: Ja, das ist ein wichtiger Hebel, die Treibhausgasemissionen einzuschränken. Der Lebensstil, der sich in der westlichen Welt durchgesetzt hat und in Schwellenländern nachgeahmt wird, ist mit gewaltiger Verschwendung von Energie verbunden. Wir müssen auch unsere Essgewohnheiten ändern. In einer Welt mit hohem Fleischverzehr wird das Fleisch industriell erzeugt – mit sehr hohen CO₂-Emissionen.

STANDARD: Wir stecken gerade in der schlimmsten Wirtschaftskrise seit langem. Welche Lehren sollten daraus gezogen werden?

Pachauri: Wir sollten die Art des Wirtschaftens überdenken, die wir bisher gewohnt waren, und den nächsten Aufschwung nützen, um auf grüne Technologien umzusteigen. Erfahrungen aus Deutschland oder Österreich zeigen, dass bei einem Umstieg auf erneuerbare Energiequellen und effizientere Energienutzung viele neue Jobs entstehen. Das zeigt: Auch erneuerbare Energieformen schaffen Wachstum – und das noch weitgehend ohne Beeinträchtigung der Umwelt.

ZUR PERSON: Rajendra K. Pachauri (69) ist einer der renommiertesten Klimawissenschaftler. Der Inder ist seit 2002 Vorsitzender des Weltklimarats IPCC. 2007 nahm er für den IPCC gemeinsam mit Al Gore den Friedensnobelpreis entgegen. In Delhi leitet der Ingenieur und Ökonom mit Teri (The Energy and Resources Institute) eine der einflussreichsten indischen Umweltorganisationen. Erst kürzlich wurde Pachauri vom Fachmagazin Foreign Policy zum fünf einflussreichsten Denker 2009 gekürt.

Foto: EPA



Meina Schellander: Composite element 3.

„Man kann ja nie wissen, wann der Putin den Hahn zudreht“

Energieberatung für das Gewerbe: Check um 100 Euro

Jutta Berger

Dornbirn – Christian Köb und Gino Felder sind Profis in Sachen Solar-, Heiz- und Klimatechnik. Sie leiten einen Installationsbetrieb, die Firma Berchtold in Dornbirn. Aber auch Profis schätzen professionellen Rat und so haben sie sich beim Energieinstitut Vorarlberg zum Energiecheck angemeldet.

An einem föhnigen Novembertag sitzen sie mit Energieberater Andreas Ellensohn erstmals über den Plänen: Aus dem 40 Jahre alten Gebäude möchten sie ein modernes Geschäft- und Wohnhaus machen. Eines, das Energiekosten spart, ideales Mikroklima für Mitarbeiter und künftige Bewohner bietet. „Als Installationsbetrieb wollen wir Vorbild sein“, sagt Christian Köb. Zudem möchten sie die Ökoproofit-Kriterien erfüllen, ergänzt Gino Felder. 220 Vorarlberger Betriebe sind bereits zertifiziert.

Das Image ist die eine Sache, die Kosten sind die andere. „Bei den ständig steigenden Energiepreisen muss man schauen, wie man Betriebskosten einsparen kann“, sagt Köb. Beratung brauchen die Installateure vor allem über die Fördermodalitäten. „Das ist ja ein Dschungel“, sagte Gino Felder, „da kommt man allein nicht durch.“ Besonders kompliziert macht die Angelegenheit die Mischnutzung des Hauses. „Wir werden drei Energieausweise brauchen“, erklärt Andreas Ellensohn. Für Büro, Wohn- und Lager.

Der Ingenieur nimmt Daten auf. Der Heizwärmebedarf von jährlich 158 Kilowattstunden/m² entspricht dem Alter des Hauses, sagt der Energiechecker. Ein Drittel bis 50 Prozent könne man durch die geplanten Maßnahmen einsparen.

70.000 bis 80.000 Euro werde man investieren müssen, meint Christian Köb. „Die Kosten kennt man erst, wenn man genau weiß, was man will“, gibt der Berater zu

bedenken. Und: „Nicht jede Maßnahme wird gefördert.“ Die Kommunalkreditförderung etwa, das sei eine „sehr scharfe“ Förderung, da geht es um „ganz ambitionierte Richtwerte“. Zum Beispiel bei der Fassadensanierung: „Gefördert werden nur umweltrelevante Maßnahmen. Da kann die neue Fassade toll hinterlüftet, optisch ansprechend sein – aber umweltrelevant ist nur der Dämmstoff. Und der ist nicht der Kostentreiber.“

Auffassen müsse man bei der Dämmung auch, dass man den Wärmeeffekt nicht noch verstärke. Sprich: Wärmestau im Büro. „Bloß nicht“, sind sich da Felder und Köb einig. Die sommerliche Hitze durch die großzügigen Fenster aus den 1970ern möchte man ja weghaben. Beschattung und kontrollierte Belüftung sollen künftig angenehmes Arbeitsklima schaffen. Ellensohn verweist auf unerwünschte Nebeneffekte: „Viele Häuser werden leider so gebaut, dass man sie im Sommer kühlen muss.“

Nach dem Energiecheck, der sechs Stunden dauert und Gewerbetreibende dank Förderung schlichte 100 Euro an Selbstbehalt kostet, werden Varianten gerechnet. Dann wird es an die Maßnahmen gehen. „Sinnvoll, effizient mit optimalem Kosten-Nutzen-Effekt“, sollten die sein, ist man sich einig.

Einen Schritt in die Zukunft haben die Installateure bereits gemacht. Die alte Ölheizung wurde gegen einen Anschluss an die Biomasse-Hatlerdorf getauscht. Ellensohn: „Verheizt wird das Holz aus dem Dornbirner Wald. Das ist nicht billiger, bietet aber hohe Versorgungssicherheit.“ Um die Unabhängigkeit von den fossilen Energieträgern und ihren Lieferanten gehe es schließlich. „Man kann ja nie wissen, wann der Putin den Hahn zudreht.“

DER STANDARD **Webtipp:** www.energieinstitut.at



Wie ist das Klima in Ihrem Unternehmen?

brainbows ist Ihr Partner in Fragen zu Klimaschutz, Energie und Nachhaltigkeit

brainbows informations gmbh
köllnerhofgasse 6/3/10, a-1010 wien, tel +43/1/796 54 44
fax +43/1/796 54 44/85, office@brainbows.com
www.brainbows.com

brainbows
the information company

Worum geht's im Leben?

www.zenz.or.at

Bezahlte Anzeige

Energiecheck: Firmenchefs Gino Felder, Christian Köb und Berater Andreas Ellensohn beim Ersttermin.

Foto: Grass





Meina Schellander:
Composite element 8.

Die magische Zahl 20 – und wie sie zu erreichen ist

Unabhängig davon, was bei den Verhandlungen in Kopenhagen herauskommt: Die EU will bei den Treibhausgasen bis 2020 minus 20 Prozent erreichen. Das ist ambitioniert und greift in viele Bereiche ein.

Johanna Ruzicka

Brüssel/Wien – „Das sind bindende Ziele“, streicht Paul Hodson mehrmals hervor. Der Experte der EU-Generaldirektion „Energie und Transport“ spielt mit dieser Betonung beim Klima- und Energiepaket der EU – flapsig gerne „2020-Ziele“ genannt – auf die Parallelen zum Kioto-Protokoll an. Im Rahmen des Kioto-Vertrages (gilt 2008 bis 2012) müssen die Länder Treibhausgase einsparen – und verfehlen dieses Ziel gewaltig, wie im Falle Österreich hinreichend bekannt. Damit dies nicht auch bei den 2020-Zielen passiert, werden auch Etappenziele künftig überprüft werden, kündigt Hodson an. Die erste Etappe steht im Sommer 2010 an, wenn die Mitglieder und so auch Österreich erklären müssen,

wie sie die Einsparziele zu erreichen gedenken. Im Jahr 2020 sollen, so der Plan, 20 Prozent weniger Energie verbraucht werden und der Anteil erneuerbarer Energiequellen am Gesamtenergieverbrauch 20 Prozent betragen. Durch die dabei erreichte Reduktion beim Einsatz fossiler Energie sollen dann auch die Treibhausgase um mindestens 20 Prozent zurückgegangen sein. Zur Erreichung dieser Ziele wurde eine EU-interne Lastenverteilung festgemacht. Diese ist im Falle von Österreich, das dann 34 Prozent regenerativer Energie am Gesamtenergiemix aufweisen muss, recht happig. Zum Vergleich: 2005 lag der Alternativenergieanteil in Österreich bei 23,3 Prozent – der Wasserkraft sei Dank. Deutschland beispielsweise hat mit 18 Prozent

erneuerbarer Energien 2020 eine moderatere Vorgabe; Schweden mit 45 Prozent die ambitionierteste aller EU-Staaten. Diese EU-interne Lastenteilung wurde aus einem Schlüssel kreiert, der sich aus dem BIP des jeweiligen Mitgliedes und dem Stand der Alternativenergiegewinnung 2005 errechnet, erklärt Hodson. In diese „Renewable Energy Action Plans“, an denen alle EU-Staaten derzeit arbeiten, darf Atomkraft nicht eingerechnet werden, erklärt Hodson. Dies ist damit anders als beim Kioto-Protokoll, wo die Zielerreichung für Staaten mit bestehenden Atomkraftanlagen einfacher ist, weil Nuklearenergie keine CO₂-Emissionen hat. Auch Energiegewinnung aus Torf wurde für den Alternativplan nicht erlaubt. Dies ist vor allem für einige baltische Staaten relevant.

Mehr Biomasse

Hodson erwartet, dass in den Plänen der EU-Mitglieder die Biomasse eine führende Rolle einnehmen wird. Dies vor allem deshalb, weil die Beimischungen von Bioethanol und Biodiesel in gängigen Sprit auf Schiene ist. Dies bestätigt für Österreich auch Johann Marihart, als Agrana-Chef auch Chef des Bioethanolwerks in Pischelsdorf/Niederösterreich. Es sei möglich, von den derzeit fünf Prozent Beimischung relativ schnell auf zehn Prozent zu gehen, erklärt er. Im Alternativenergieplan der EU ist vorgesehen, dass dieser Zehn-Prozent-Wert zumindest bis 2020 erreicht wird. Außerdem soll im Rahmen des Energiepakets die CO₂-Sequestrierung gefördert werden. Darunter wird die Verhinderung des CO₂-Ausstoßes verstanden, indem das Treibhausgas direkt bei der Produktion abgeschieden und unterirdisch in erschöpften Gasfeldern oder ehemaligen Salzbergwerken gespeichert wird. Finanziert werden sollen diese umstrittenen Projekte – die bei Bau und Betrieb sehr energieaufwändig sind – über die künftig vorgesehene Auktionierung von Industrie-Verschmutzungszertifikaten.

Banken wollen Steuer für Spekulanten nicht einheben

SPÖ: Banken sollen in Krisenfonds einzahlen, damit Staat in Zukunft nicht für notleidende Institute einspringen muss

Günther Oswald

Wien – Geht es nach der SPÖ, kommt ab 1. 1. 2011 Arbeit auf die Banken zu. Die Kanzlerpartei möchte nämlich, dass eine 25-Prozent-Steuer auf Aktiengewinne dann automatisch von den Banken an das Finanzamt abgeführt wird. Die endgültige Abrechnung soll dann über die Steuererklärung erfolgen. Gleichzeitig sollen alle Aktiengewinne besteuert werden. Derzeit gilt die Steuerpflicht nur, wenn der Verkauf innerhalb eines Jahres erfolgt. Die Umsetzung könnte aus verfassungsrechtlicher Sicht aber nicht ganz einfach werden. Im Jahr 2000 wurde eine ähnliche Regelung vom Höchstgericht aufgehoben.

Der Grund: Die Abwicklung wäre für die Banken mit erheblichem Aufwand für die Datenbeschaffung und mit aufwendigen Vorkehrungen verbunden gewesen. Wollte man die Abfuhr der Steuer an die Banken übertragen, müsste den Instituten daher eine Entschädigung gezahlt werden, sagte der Verfassungsrechtler Heinz Mayer zur APA. Auf massive Kritik stoßen die roten Wünsche erwartungsgemäß beim Bankensektor selbst. Herbert Pichler von der Sparte Bank und Versicherung in der Wirtschaftskammer befürchtet, „dass sich die Wettbewerbssituation der heimischen Banken massiv verschlechtert“. „Das wäre kein guter Dienst für den Kapitalmarkt“, so Pichler

im STANDARD-Gespräch. Der Vergleich mit der Kapitalertragsteuer auf Sparbücher, die auch von den Banken abgeführt wird, ist für ihn nicht zulässig. „Das ist von der Komplexität her ungleich schwieriger.“ **Bankenfonds für nächste Krise** Und noch ein SP-Vorschlag stößt bei ihm auf Ablehnung. Finanzstaatssekretär Andreas Schieder will die Banken verpflichten, in einen „Stabilitätsfonds“ einzuzahlen. Künftige Bankenhilfen könnten dann über diesen Fonds erfolgen, der Staat müsste nicht mehr einspringen. Pichler: „Ich halte nichts von Vorschlägen aus der Hüfte.“ Er verweist darauf, dass es auch in Deutschland bei ähnlichen

Diskussionen massive Widerstände gebe. Weiterhin Bedenken gibt es auch gegen die Forderung, die steuerliche Absetzbarkeit von Managergagen von mehr als 500.000 Euro abzuschnappen. Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner hatte bereits verfassungsrechtliche Bedenken angemeldet. Am Freitag schloss sich die Kammer der Wirtschaftstreuhänder an. Bezüge von mehr als 500.000 Euro würden dann sowohl der Körperschaftsteuer als auch der Einkommenssteuer unterliegen, so Präsident Klaus Hübner. Vorstellbar wäre für ihn aber ein mehrjähriger Durchrechnungszeitraum für Managerboni, sodass nur nachhaltige Gewinne prämiert würden.

Kontingent für Langzeitarbeitslose in Gemeinden bleibt

Wien – Die Vermittlung von Langzeitarbeitslosen an Gemeinden und Hilfsorganisationen wird nun doch nicht so stark ausgebaut, wie von Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SP) zunächst angekündigt. Er hatte sich dafür ausgesprochen, statt der geplanten 4000 bis zu 8000 vom AMS geförderte Stellen zu schaffen. Nun wird das Kontingent doch nicht aufgestockt. Dafür soll das AMS bis zu 6000 Jugendliche, die nach ihrem Abschluss an einer höheren Schule oder einer Uni keinen Job finden, fördern. Konkret bekommen die Betriebe, die solche Jugendlichen einstellen, sechs Monate 50 Prozent des Lohns ersetzt. Bekräftigt wurde von Hundstorfer und Kanzler Werner Faymann, dass 2010 rund 100.000 Menschen zusätzliche Qualifizierungsangebote beim AMS bekommen. Wie berichtet wird die Ausbildung von Fachkräften – vor allem im Pflege- und Gesundheitsbereich – ausgebaut. Wer längere Kurse macht, bekommt zum Arbeitslosengeld einen Bonus (100 Euro bei drei Monaten, 200 bei sechs Monaten). Ab nächstem Jahr können Anträge auf Arbeitslosengeld auch online gestellt werden. Für Schüler der 7. und 8. Klassen gibt es einen verpflichtenden Tag in einem Berufsinformationszentrum. (go)

Ambitionierte Dänen in der Klimazwickmühle

Das Gastgeberland hat sich Nachhaltigkeit verordnet, wird diesen Ansprüchen aber oft selbst nicht gerecht

Andreas Stangl

Dänemark hat in den vergangenen Jahrzehnten viel daran gesetzt, sich als Musterland zu positionieren. Neben dem Anspruch, das „glücklichste Land der Welt“ zu sein, oder dem durch die radikale Ausländerpolitik angekratzten Image einer besonders toleranten Gesellschaft rückte zuletzt der Aspekt des sauberen und nachhaltigen Dänemark in den Vordergrund. Diese Gewichtung ist angesichts des Uno-Klimagipfels sicher nicht zufällig. In vielerlei Hinsicht werden die Dänen durchaus ihrem Anspruch auf Vorreiterschaft in Fragen umweltfreundlicher Energie gerecht. Den Regierungen vergangener Jahre ist es – schrittweise und oft mit Unterstützung der jeweiligen Opposition – gelungen, eine ehrgeizige und im Resultat auch erfolgreiche Klima- und Energiepolitik zu führen. Dänemark ist beispielsweise mit einem Selbstversorgungsgrad von rund 130 Prozent derzeit der einzige Netto-Exporteur von Energie in der EU. Der Anteil der Windenergie an der Jahresproduktion von elektrischem Strom stieg seit 1990 von vier auf zuletzt (2008) 24 Prozent. Durch diverse Effektivierungs-

maßnahmen gelang es, den Pro-Kopf-Verbrauch der rund 5,5 Millionen Einwohner in den vergangenen 30 Jahren weitgehend konstant zu halten. Mit 157 Gigajoule (GJ) im Jahr lagen die Dänen 2007 nur wenig über dem EU-Durchschnitt (152 GJ) und waren dabei deutlich sparsamer als beispielsweise die Österreicher (170 GJ). Mit Vorzeigeprojekten wie der innerhalb von zehn Jahren mithilfe von Klein- und Kleinstenerzeugung von Energie auf CO₂-Neutralität getrimmten 4000-Seelen-Insel Samsø setzte Dänemark früh einen Trend in Richtung „Small is beautiful“, der erst jüngst auch von anderen Ländern Europas aufgegriffen wird. Bei genauerem Hinsehen ergibt sich aber ein differenzierteres Bild. So erklärt sich der überproportionale Selbstversorgungsgrad nicht zuletzt durch die in den vergangenen Jahren forcierte Gewinnung von Erdöl aus den dänischen Nordseebrunnen, die das Land laut Energiebehörde zum drittgrößten Erdölproduzenten in Westeuropa machen – nach Norwegen und Großbritannien. Voriges Jahr brachte das dem Staat dank des gestiegenen Ölpreises Rekordgewinne von 4,8 Milliarden Euro ein. Mehr als die Hälfte der in Dänemark produzierten Energie (54 Prozent) stammte 2008 aus Rohöl und lediglich elf Prozent aus erneuerbarer Energie. Kein Wunder, das sich Dänemark nach Einschätzung von Experten wie Ellen Margrethe Basse von der Universität Aarhus schwer tun wird, seinen CO₂-Ausstoß bis 2012 um 21 Prozent im Vergleich zu 1990 zu senken. Auch die Europäische Umwelt-Agentur EEA nannte Dänemark in ihrem Statusreport gemeinsam mit Spanien und Italien als einen der schlimmsten Nach-

zügler im Hinblick auf die Erfüllung der Kioto-Ziele – wenig ruhmreich für das Veranstalterland des Uno-Klimagipfels, der darüber hinaus Fortschritte bringen soll. Über jeden Zweifel erhaben ist nicht einmal die scheinbar größte Errungenschaft der dänischen Klima-Strategie, die Windkraft. **Windiges Business** Dänische Firmen, allen voran Weltmarktführer Vestas, beliefern rund ein Drittel des Weltmarkts mit Windkraftwerken. Bei Umsätzen wie jenen von Vestas (2008: sechs Milliarden Euro) ein Riesengeschäft. Dissidenten werfen den dänischen Windkraftwerke-Industriellen daher „Katastrophenkapitalismus“ vor, indem sie die Angst vor dem Klimawandel dazu nützen, um mit immer größeren Kraftwerken immer mehr Geld zu machen. Die neuesten Windmühlen haben bei einer Leistung von drei Megawatt Rotordurchmesser von mehr als 100 Meter und erreichen Höhen von 180 Meter. Die daraus entstehende Geräuschbelastigung und andere Beeinflussungen der Umwelt bringen die Einwohner von Regionen, in denen Windkraftparks geplant sind, zunehmend auf die Barrikaden. So geschehen zuletzt in Südschweden und an der finnischen Ostseeküste.

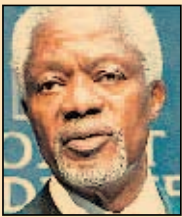
0,19 bis 0,58

Um so viele Meter erhöht sich bis 2100 der Meeresspiegel als Folge der Erderwärmung, wie verschiedene vom UN-Klimarat IPCC vorgelegte Szenarien zeigen. Hauptursache: die Ausdehnung des Meerwassers bei höheren Temperaturen. Das Abschmelzen von Polareis oder des Eisschildes von Grönland ist nicht berücksichtigt. Die aktuellen Entwicklungen sind laut Greenpeace deutlich dramatischer.



„Ein Leck wird uns alle versenken“

Klima erkennt die nationale Souveränität nicht an: Der effektive Klimaschutz ist zum Scheitern verurteilt, wenn in Kopenhagen nicht die gesamte Staatengemeinschaft eine Einigung erzielt.



Kofi Annan*

Die Erwartungen für Kopenhagen sind heruntergestuft worden von einem rechtlich bindenden Abkommen zu einer politischen Abmachung. Viele sind verständlicherweise enttäuscht. Aber eine stabile politische Abmachung, unterzeichnet von den Führern dieser Welt, bezeugt von den Völkern dieser Welt, die klare Ziele und einen bindenden Zeitplan festlegt, nach dem diese Ziele umgesetzt werden müssen, wäre ein historischer Erfolg.

So eine Abmachung hat zwei Dinge zu erreichen. Erstens muss sie die Basis für ein weltweites Regelwerk und nachfolgende Übereinkommen liefern, die den globalen Temperaturanstieg auf zwei Grad Celsius begrenzen. Zweitens muss sie Klarheit schaffen über die Aufbringung und das Volumen finanzieller Ressourcen, um die Entwicklungsländer bei der Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen. Die am wenigsten entwickelten und verletzlichsten Länder brauchen sofortige Hilfe, sowohl um die Klimabelastbarkeit zu stärken als auch um kohlenstoffarme Wachstumsstrategien einzuführen.

Der Einsatz ist enorm. Der nicht wieder gut zu machende Schaden, der jetzt schon unserem Ökosystem, der landwirtschaftlichen Produktivität, den Wäldern und Wassersystemen zugefügt wird, wächst rapide. Die Bedrohung von Gesundheit, Leben und Lebensgrundlagen nimmt zu. Katastrophen kommen immer schneller und in immer größerem Ausmaß.

Trotz überwältigender Beweise für die negativen Auswirkungen wird es nicht leicht werden, ein Klimaschutzabkommen zu erzielen. Es braucht außerordentlichen politischen Mut.



Ein Abkommen, das es bei simpler Rhetorik belässt, wird nicht funktionieren. Das Klima kann nicht auf einem Kontinent „repariert“ werden. Klima erkennt nationale Souveränität nicht an. Wir sitzen alle im selben Boot; ein Leck an einem Ende wird uns alle versenken. Das Herzstück des Abkommens muss Klimagerechtigkeit sein.

Die Industrienationen tragen eine historische Verantwortung und müssen sich als Erste verpflichten, ehrgeizige Emissionsziele einzuhalten. Die USA haben eine zentrale Position bei einem praktikablen Abkommen.

Die Entwicklungsländer haben ein Recht darauf, ihren Lebensstandard zu verbessern. Aber auch sie haben die Verantwortung, ihre Emissionen bei wachsender Wirtschaft zu reduzieren. Die ärmsten und verwundbarsten Länder sind am stärksten betroffen von einem Problem, das sie nicht verursacht haben. Steigende Temperaturen verschärfen Armut, Hunger und die Anfälligkeit von Menschen für Krankheiten. Sie müssen sofortige Hilfe erhalten, um damit fertig zu werden.

Das Abkommen muss ein Paket von Verpflichtungen beinhalten, ausgerichtet auf die Wissenschaft und die Notwendigkeit, die globalen Emissionen bis 2050 um 50 bis 80 Prozent im Vergleich zu 2000 zu reduzieren.

Das erfordert einen Terminplan für die reicheren Länder, nach dem sie ihre Emissionen bis 2020 um 25 bis 40 Prozent im Vergleich zu 1990 reduzieren müssen; weiters Maßnahmen der Schwellen-

länder, die Zunahme des Schadstoffausstoßes zu verlangsamen und so rasch wie möglich zu verringern; und Klarheit über kurzfristige, aber auch langfristige finanzielle und technische Hilfe für die am wenigsten entwickelten Länder.

Werden wir das erreichen? Die Ziele, die von vielen industrialisierten Ländern wie der EU, Japan und Norwegen vorgelegt worden sind, sind ermutigend, wie auch die Vorhaben der großen Schwellenländer wie Brasilien, China, Indien und Indonesien.

Die jüngsten Ankündigungen der USA in Bezug auf Emissionsziele stellen einen Wendepunkt in der amerikanischen Politik dar.

Auch die Vorschläge, wie man die am wenigsten entwickelten Länder unterstützen könnte, sind willkommen.

Aber eine viel detailliertere Festlegung bei den Finanzen ist notwendig. Bestehende Verpflichtungen der Entwicklungszusammenarbeit müssen eingehalten werden. Und zusätzliche Mittel müssen aufgebracht werden, um diesen Ländern zu helfen, die Kosten des Klimawandels zu tragen. Ein Abkommen, das in Bezug auf die Finanzen nicht eindeutig ist, ist weder brauchbar noch für die Entwicklungsländer akzeptabel. Es wird nicht leicht sein, die zusätzlichen Mittel aufzubringen, vor allem bei der jetzigen Wirtschaftslage. Aber es ist unerlässlich.

*Kofi Annan ist ehemaliger UN-Generalsekretär. Übersetzung: Gertraud Schneider. Foto: AP

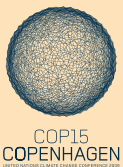
EU-Energieminister erörtern Notfallpläne für Gaskrisen

Brüssel/Wien – Die EU-Energieminister treffen sich ab Sonntagabend in Brüssel, um Interventionspläne für den Fall weiterer Gaskrisen zu schmieden. Voraussichtlich fällt da auch die Entscheidung über den Sitz der künftigen Energieregulierungsbehörde, die die nationalen Regulatoren koordinieren soll.

Debattiert wird beispielsweise darüber, welche Gruppen im Fall eines Versorgungssengpasses zu „geschützten Verbrauchern“ erklärt werden, die prioritär mit Gas versorgt werden müssen. Privathaushalte sollen auf jeden Fall unter diese Definition fallen, heißt es in Ratskreisen. Welche öffentlichen bzw. gemeinnützigen Einrichtungen darunterfallen sollen, sei aber noch nicht ausdiskutiert.

Die aktuelle Lage rund um Russland und die Ukraine werden die Energieminister am Montag erörtern. Die Ukraine hat Anfang November ihre Gasrechnung für Oktober bezahlt, die Novemberrate von 770 Mio. Dollar (509 Mio. Euro) wurde Freitag überwiesen.

In Nordeuropa sowie Deutschland und Italien ist Erdgas im Großhandel derzeit um rund ein Drittel billiger als in Österreich – hierzulande werden die Endkunden aber noch bis 2011 warten müssen, bis weitere Wettbewerbsregeln greifen und auch sie in einem ähnlichen Ausmaß profitieren können. Davon geht Energieregulator Walter Boltz aus. Die E-Control wird 2010 wie die Finanzmarktaufsicht als Anstalt öffentlichen Rechts organisiert. Dabei werden die E-Control Kommission und die formal noch weisungsgebundene E-Control GmbH zusammengelegt. (APA)



Österreich wird seine Klima-Hausaufgaben machen

Kyoto, Kopenhagen und Wien: Auch globale Probleme brauchen nationale Lösungen. Gemeinsamkeit macht stark, auch in der Umweltpolitik.

Die Fakten sind ganz eindeutig. Seit 1970 hat das Treibhausgas Kohlendioxid weltweit um 80 % zugenommen und seit 1970 hat sich das Tempo des globalen Temperaturanstiegs verdreifacht. Kein ernstzunehmender Experte bezweifelt heute noch, dass die Erderwärmung die Folge dieser Schadstoffemissionen ist. In Österreich ist der Trend noch stärker. Heißere Sommer, häufigere Unwetter, schmelzende Gletscher – die Alpen sind dem Klimawandel besonders stark ausgesetzt.

Österreich kann mit ergebnisorientierter Klimapolitik nicht warten.

Dazu kommen besondere Probleme. Seit 1990 haben Ostöffnung und Osterweiterung den LKW-Verkehr im Transitland Österreich verdreifacht. Das gesamte Verkehrsaufkommen stieg um 75 %. Der österreichische CO₂-Anstieg wird zu 90 % vom Verkehr verursacht. Kein Wunder, dass wir das Kyoto-Limit noch nicht erreicht haben. Das besonders ehrgeizige

Reduktionsziel und der brummende Konjunkturmotor taten ein Übriges, um die Vorgabe von minus 13 % zu verfehlen.

20 % weniger Emissionen.
20 % weniger Energieverbrauch.
20 % erneuerbare Energie.

„Aber“, sagt Umweltminister Niki Berlakovich, „wir können bis 2012 Kyoto noch schaffen. Die Zeit der Lippenbekenntnisse ist vorbei. Wir müssen endlich erkennen, dass wir so nicht weitermachen können. Wir brauchen eine nationale Kraftanstrengung.“ Entscheidend für die rotweißrote Trendwende ist ein Bundesklimaschutz-Gesetz. Es ist im Koalitionspakt vereinbart und wird Pflichten und Rechte dem Bund und Ländern klar zuordnen.

Dieses Gesetz muss ein Anliegen der gesamten Bundesregierung sein und den Weg bahnen für eine schadstoffarme Produktion, eine naturschonende Mobilität und eine nachhaltige Lebensweise. Wir müssen den Nimbus eines umweltbewussten Staates und Volkes



Umweltminister Niki Berlakovich: Wir brauchen eine nationale Kraftanstrengung.

zurückgewinnen. Ein Allheilmittel ist dieses Gesetz nicht, aber wenn es verpflichtende Ziele steckt und verbindliche Schritte vorgibt, wird es Erfolg haben. Dieser Erfolg gelingt aber nur, wenn jeder

Einzelne Energie spart, Ressourcen effizienter einsetzt und die Auswirkungen seines Verhaltens überdenkt. Im täglichen Leben, beim Wohnen, Heizen, Einkaufen und beim Autofahren.

Was auch immer bei der 15. UNO-Klimakonferenz in Kopenhagen an zukunftsfrächtigen Vereinbarungen erreicht wird, Österreich kann mit ergebnisorientierter Klimapolitik nicht warten. Die EU-Position des „3 mal 20 bis 2020“ ist auch die unsere: 20 % weniger Emissionen, 20 % weniger Energieverbrauch, 20 % erneuerbare Energie – hier nimmt sich Österreich sogar 34 % vor. „Österreich hat gerade ein grünes Förderpaket von mehr als 300 Millionen Euro laufen und wird auch hohe Summen aufbringen, um alternative Technologien noch marktfähiger zu machen“, sagt Niki Berlakovich. „Der Gesamtoutput von Klimagasen in Österreich steigt nicht mehr, sondern sinkt. Wenn wir einen langen Atem haben, können wir in wenigen Jahren aufatmen.“

Eine Information des Lebensministeriums zur UN-Klimakonferenz von Kopenhagen im Dezember 2009



BEZAHLTE ANZEIGE

Bezahlte Anzeige

Mutter GM und Tochter Opel versöhnt

Bundesbank malt Wirtschaftsausblick etwas rosiger

General Motors und die Opel-Mitarbeiter haben das Kriegsbeil begraben. Im Gegenzug für den Erhalt des Opel-Entwicklungszentrums sind die Mitarbeiter nun bereit, zur Sanierung auf Lohn zu verzichten.

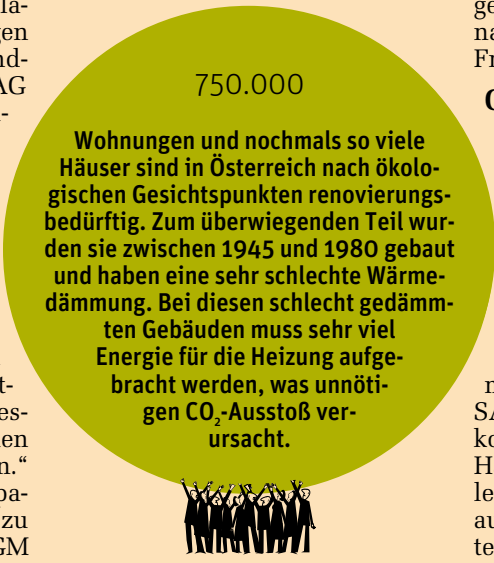
Wien – Im Endspurt der Verhandlungen über die Opel-Sanierung senden die Mutter General Motors (GM) und die Opel-Beschäftigten versöhnliche Signale aus. Opel-Sanierer Nick Reilly sagte am Freitag nach einer Betriebsversammlung, GM wolle das Opel-Entwicklungszentrum in Rüsselsheim erhalten. Laut Betriebsratschef Klaus Franz baut GM nun dort auch nicht wie angedroht 548 Stellen ab. Beide hatten bei der Betriebsversammlung am Opel-Stammsitz vor rund 9000 Beschäftigten gesprochen und waren danach gemeinsam vor die Presse getreten. Bis vor kurzem hatten sich Reilly und Franz noch einen öffentlichen Kampf geliefert und gemeinsame Auftritte gemieden. Noch vergangene Woche hatte Franz dem Management chaotische Unternehmensführung vorgeworfen und mit rechtlichen Schritten gedroht. Nun wird von GM auch eine von

den Beschäftigten geforderte Umwandlung von Opel in eine Aktiengesellschaft in Aussicht gestellt. Von diesem Schritt erhofft sich der Betriebsrat mehr Unabhängigkeit. Es gebe „sehr gute Absichtserklärungen“ hinsichtlich des künftigen Produktportfolios, der Umwandlung von Opel/Vauxhall in eine AG und eine Mitarbeiterkapitalbeteiligung, betonte Franz. Nick Reilly verkörpere für ihn „New GM“. Jetzt gehe es darum, dies vertragliche festzumachen. Außerdem habe Reilly zugesichert, dass Opel seine Fahrzeuge künftig weltweit vertreiben darf, sagte Franz: „Nick Reilly hat den Beschäftigten heute eine sehr wichtige Botschaft gegeben: Dass es keine Restriktionen gibt für Opel, auf den globalen Märkten präsent zu sein.“ Im Gegenzug sind die europaweit rund 50.000 Beschäftigten zu Lohnzugeständnissen bereit. GM

verlangt, dass die Opelaner (wie auch bei Magna geplant) über Gehaltsverzicht rund 265 Mio. Euro pro Jahr zur Sanierung beitragen. Franz stellte eine baldige Einigung in Aussicht, ohne dabei einen konkreten Zeitrahmen vorzugeben. Reilly will bis Mitte Dezember einen Restrukturierungsplan für Opel vorlegen. Dabei ist GM auf Zugeständnisse der Mitarbeiter an-

gewiesen, um Opel langfristig profitabel zu machen. Insgesamt will GM die Kapazitäten des Europa-geschäfts um ein Fünftel zurück-fahren und etwa 8300 Stellen streichen; bis zu 60 Prozent davon in Deutschland. Am kommenden Montag will Franz in Detroit direkt mit GM-Verwaltungsrats- und Konzernchef Ed Whitacre über die Sanierung von Opel sprechen. Er habe Whitacre um das Gespräch gebeten. Dieser habe ihn daraufhin nach Detroit eingeladen, sagte Franz.

Chinesischer Partner
GM und sein chinesischer Partner SAIC wollen indessen gemeinsam den indischen Markt erobern: GM und SAIC gründeten dafür ein Gemein-schaftsunternehmen, das in Asien aktiv werden und zu-nächst in Indien starten soll. Am Gemeinschaftsunterneh-men namens General Motors SAIC Investment mit Sitz in Hong-kong seien beide Konzerne je zur Hälfte beteiligt. Die neue Firma sol-le die „Expansionsbemühungen“ auf Wachstumsmärkten erleich-tern. (red)



KURZ GEMELDET

Goldmann-Druckerei kündigt 30 Mitarbeiter

Tulln – Der Tullner Druckerei Goldmann AG steht eine zweite Kündigungswelle innerhalb eines Jahres bevor. Wie das Unternehmen seinen 246 Mitarbeitern in einer Betriebsversammlung mitteilte, werden Teile der Endfertigung in die Tochterunternehmen nach Tschechien und Ungarn ausgelagert und 30 Mitarbeiter gekündigt. Bereits im Frühjahr verloren rund 40 Personen ihren Posten bei der Großdruckerei, die u. a. den STANDARD druckt. Sinkende Preise und weniger Aufträge wurden als Gründe für die Verlagerung und den Personalabbau genannt. (APA)

Betriebe führen wegen Krise weniger Umsatzsteuer ab

Wien – Die Konjunkturflaute hinterlässt ihre Spuren auch im Umsatzsteueraufkommen der österreichischen Betriebe: Im zweiten Quartal 2009 hat der steuerpflichtige Umsatz 93,3 Mrd. Euro ausgemacht und ist somit um 7,6 Prozent gesunken, teilte die Statistik Austria am Freitag mit. Der steuerfreie Umsatz – etwa für Lieferungen ins Ausland – lag bei 38,1 Mrd. Euro (minus 17,7 Prozent). Insgesamt wurde ein steuerbarer Umsatz von 134,3 Mrd. (minus 10,8 Prozent) gemeldet. (APA)

GANZ KURZ

+++ Bauauftrag Der Salzburger Baukonzern Alpine hat in Slowenien einen 64,5 Millionen Euro schweren Auftrag zum Bau eines Tunnels erhalten. +++ ÖVAG Die regionalen Volksbanken werden ihrem Spitzeninstitut Österreichische Volksbanken AG (ÖVAG) durch den Kauf von Filialen um 210 Mio. Euro finanziell helfen.

NAMEN

Ikea-Besitzer **Ingvar Kamprad** bleibt trotz Wirtschaftskrise der Reichste in der Schweiz. Das Vermögen des Schweden, der am Genfer See wohnt, wird auf bis zu 36 Mrd. Franken (bis zu 23,8 Mrd. Euro) geschätzt. Allerdings haben die 300 Reichsten der Schweiz seit Dezember 2008 rund zehn Mrd. Franken verloren. Das geht aus einer Erhebung des Wirtschaftsmagazins *Bilanz* hervor. Kamprad gehört zu den fünf Reichsten der Welt. (dpa) *Foto: AP*



Wir sind die Bahn der Österreicher.

Schärding	Wien Hauptbahnhof	Innsbruck Hbf.	Krems a.d. Donau	Taxenbach-Rauris
Leibnitz	Wien Mitte	Puch-Urstein	Tullnerfeld	Bruck a.d. Mur
Salzburg Hbf.	Lavanttal	Baden	Hohenems	Pusarnitz
Feldkirch	Landeck	Attnang-Puchheim	Linz Hauptbahnhof	Fieberbrunn
Wels	Kitzbühel	Graz Hauptbahnhof	Wolfsberg	Stockerau
Hallwang	Klagenfurt Hbf.	Wien Hütteldorf	Leoben	Bruck-Fusch
Herzogenburg	Rankweil	Melk	Grafenstein	Wien Meidling
St. Pölten Hbf.	Seekirchen	Liezen	Payerbach-Reichenau	Dornbirn
Steyr	Wien Praterstern	Hengsberg	Bleiburg	Wettmannstätten

Nähe hat nichts mit Entfernung zu tun.

Über 96% unserer Aufträge vergeben wir an Unternehmen in Österreich. Beispielsweise für die neuen Bahnhöfe: Ein Teil unserer über 2 Milliarden Euro Gesamtinvestitionen pro Jahr geht in deren Modernisierung. Das bedeutet erstens schöne und barrierefreie Bahnhöfe, zweitens die Aufwertung von Regionen und drittens die Stärkung der heimischen Wirtschaft. Von zusätzlichen 40.000 Arbeitsplätzen ganz zu schweigen.

www.oebb.at

Welche Kunst die Erde verträgt Seite 26

Kärntner Eis, Frieslands Grachten

SPORT Seite 29

derStandard.at/Kultur

„Ich begeben mich auf mehrere Wege gleichzeitig“

Für den STANDARD hat die Künstlerin **Meina Schellander** Composite Elements gestaltet: Neue Kompositionen früherer Arbeiten, in denen sie ihrer Kunst Momentaufnahmen aus der Natur gegenüberstellt.

Andrea Schurian

Wien – *Natur heilt* heißt eine Arbeit aus ihrer Serie *Zeit-Land-Anteile*: Fotografien vom Himmel, von vertrockneten Sonnenblumen, Baumrinden, Waldstücken, Stoppelfeldern stellt sie Zeichnungen gegenüber; greift die Formenvielfalt der Natur auf, entwickelt sie weiter. Spinnt sie fort.

Oder sie hängt riesige Fotos in die Landschaft, ein über die Straße gespannter, buchstäblich spannender Dialog zwischen realer und Kunstlandschaft. „Mein eigener Innenraum besetzt mich stärker als der, den ich außen sehe. Und wenn ich sage: Ich bin leer, dann bringe ich genau diesen Leerraum in die Kunst. Wir sind alle Teil dieses Kosmos.“

Seit den 1970er-Jahren verknüpft Meina Schellander ihre inneren Räume mit der Außenwelt, ihre Seelenlandschaften mit der Natur. Manchmal tut sie das im wahrsten Sinn des Wortes, umnäht und umschlingelt Kirchen und Häuser mit dicken Seilen: „Ich kann das in mich aufwickeln wie auf eine Spule und dann wieder abwickeln.“

Composite elements nennt Verspannungskünstlerin Meina Schellander jene Serie, die sie eigens für diese Klima-Schwerpunktausgabe des

STANDARD gestaltet hat: Kompositionen aus verschiedensten Phasen ihres Schaffens, versehen mit Sprache und neuem Sinn. In neuem Licht. „Ich arbeite in großen Bögen. Bei mir ist alles in Schichten aufgebaut: malerisch, zeichnerisch, sprachlich. Ich begeben mich immer auf mehrere Wege gleichzeitig.“

Geboren 1946 als Tochter einer Schneiderin in Ludmannsdorf in Kärnten, wurde ihr die Liebe zum Faden, die Faszination der Linie schon in die Wiege gelegt: „Meine



„Composite elements“, eigens für den STANDARD gestaltet.
Meina Schellander: Composite element 8.

Mutter hat Tag und Nacht genäht. Und ich habe ihr geholfen, vor allem in den Ferien habe ich mitgearbeitet, von klein auf eingefädelt.“ Die Mutter, erinnert sich die Künstlerin, habe ohne exakte Schnitte genäht: „Sie hat auf den Menschen, auf den Körper, hingearbeitet. Bei mir passiert nichts anderes. Ich sehe den Platz und arbeite auf ihn hin. Ich sehe den Raum und weiß, was ich zu tun habe. Wenn es passt, dann bin ich glücklich. Dieses Glückserlebnis lässt sich kaum ersetzen.“

Steinschwere Kunst

Ursprünglich wollte das Mädel vom Land ihr Glück als Volksschullehrerin finden. Aber kurz vor der Matura ermunterte sie die Zeichnerin zur Aufnahmeprüfung an der Akademie in Wien. Schellander studierte Grafik bei Maximilian Melcher, machte ihre ersten *Bewusstseinsskizzen*, las Wittgenstein, schrieb das Manifest *Das kranke Haus der kranken Gestenstände* und wuchs nach zwei Jahren an der Akademie mit ihren Objekten praktisch über sich und die Meisterklasse hinaus. In ihrem winzigen Studentenzimmer mussten die Fenster immer offen bleiben, denn „Teile der Objekte haben durch das Fenster ins Freie geragt“.

Meina Schellander, alleinerziehende Mutter einer mittlerweile erwachsenen Tochter, ist keine, die sich von der normativen Kraft des Faktischen zu Kompromissen zwingen lässt, nur um eventuell ein bisschen sorgenfreier leben zu können. „Brav Bilder malen, zu einer Galerie gehen und ausstellen: Das war mir suspekt. Mich interessieren so viele Dinge, da kann ich nicht sagen: Danke, das passt nicht in mein Vokabular.“

Mit Steinen, die schon von der Natur abgerieben und geformt



Verspannungskünstlerin Meina Schellander verknüpft ihre Seelenlandschaften mit der realen Welt.

Foto: Heribert Corn

sind, arbeitet sie besonders gern. Ein Stein, siebzehn Tonnen schwer, „ein Trumm, das aussieht wie ein Untier“, wartet beispielsweise seit 1976 darauf, von ihr in

wurde die Künstlerin von der Mutter unterstützt. „Das Wenige, das sie hatte, hat sie immer mit mir geteilt und ist zu mir gestanden – auch während meiner kritischen Phasen.“ Kleine Pause: „Und die sind eigentlich eh immer da.“ Auch wenn sie mittlerweile ganz gut verkauft, vor allem kleinere Arbeiten: „Die liebe ich selber. Aber die wollen andere auch. Von den großen Arbeiten gäbe es jede Menge, von denen ich mich losreißen könnte. Die lagern in Kartons, fein säuberlich beschriftet. Keiner kommt und holt das ab.“

Ihre erste große Arbeit im öffentlichen Raum realisierte sie 1973 mit dem *Findling* im Kärntner Krastal: ein riesiger, tonnenschwerer Stein, meterhoch über dem Boden schwebend; und ein bisschen schwebte und schwang die Künstlerin mit, bei Wind und Wetter, die Innenwelt in der Außenwelt in der Kunstwelt: „Ich war scheinbar immer bestrebt, die Schwere aufzulösen. Das Gewicht, das einen belastet, vom Boden aufzuheben, aber trotzdem real im Raum zu bleiben.“

120

Gramm Kohlendioxid je Kilometer. Dies ist der Ausstoß, auf den sich die Kommission mit den Autoherstellern ab 2014 geeinigt hat. Zwar dürfen innerhalb eines Flottenportfolios Modelle auch einen höheren Wert haben; im Durchschnitt aber muss dieser Wert erreicht werden. Auch bei den Nutzfahrzeugen soll es zu solchen Regelungen kommen.



Kunst umgewandelt zu werden. Immer wieder muss sie größere Projekte unterbrechen, weil das Geld fehlt. „Und irgendwann fragt man sich dann schon: Kann ich das nach 20, 30 Jahren überhaupt noch so machen wie geplant?“ Anfangs

Steirische Idylle mit Waldleiche

Rustikal-autoritärer Performance-Spaß: Die Rabtaldirndln erzählen vom Landleben

Margarete Affenzeller

Wien – „Häuser, in denen Männer gestorben sind, haben eine super Energie.“ Das ist einer der rabiat-feministischen Weisheitsprüche der Rabtaldirndln, auf den selbst einschlägige Rock- und Popböswichte noch neidisch werden könnten. Daheim, im (imaginären) steirischen Rabtal, ist das Leben eben nicht zimperlich. Die Rabtaldirndln (Rosi Degen, Bea Dermond, Barbara Carli, Gudrun Maier und Gerda Strobl) betreiben dort neben einer Schänke auch eine kleine Landwirtschaft. Der gehirnschwache Nachbar lenkt den Traktor.

Hochstände und tote Tiere markieren die Grundstücksgrenzen, ein Jagdhund wacht, und für die Hausschlachtung holt man sich den Hubert. Allerdings: Den Hasen murkst man doch gern selber ab. Und sollte es in der Wirtsstube einmal an Gästen mangeln, dann knöpft die Renate vorm offenen Fenster einfach ihre Dirndlbluse auf. Mehr über die Lebensform der steirischen Rabtaldirndln erfährt man in deren neuer Produktion *Aufplatzen*.

Mit dieser haben sich die steirischen Performerinnen, die sich als Rabtaldirndln gleichsam zum Hauptthema ihrer Kunst erklärt haben, für das internationale Theaterfestival Freischwimmer qualifiziert und gastieren im Rahmen dessen noch heute, Samstag, im Wiener Brf. Nächste Station: Düsseldorf. Damit betritt eine im Umkreis des Grazer Theater im Bahnhof

groß gewordene Gruppe die überregionale Bühne. Die Performerinnen bedienen sich scheinbar altmodischer Kommunikationsformen, laden diese aber neu auf.

Aufplatzen ist ein interaktiver Diavortrag (als käme er vom örtlichen Fotoclub), der sich in Form eines autoritären Frontalunterrichts an sein Publikum richtet. Dieses, in ländlicher Schanigarten-Meublage sitzend, wird mit Ge- und Verboten streng geführt. Die Dias zeigen Ansichten des schönen Rabtals und der hinter den Idyllen erahnbaren Katastrophen. Eine der Performance-Landwirtinnen posiert für den Jungbauernkalender etwa als Waldleiche.

Die Rabtaldirndln transportieren ihre landeskundlichen Mitteilungen in rituellen Gesängen, von fluchartigem Gemurmel begleiteten Prozessionen (sie ziehen ein totes Tier durch den Saal) und autoritärem Deklamieren. Zugleich aber wird der in rigiden Pausen oder allein in den cowgirlhaften Kostümen manifestierte Gestus der Härte ironisiert. Die Autorität wird ausgestellt – und damit als Haltung selbst zum Thema. Das vermittelt sich auch durch die Sprache, die das steirische Idiom in Hochsprache überführt. *Aufplatzen* ist ein rustikaler Abend, in dem formal viel Neues steckt. Und die Rabtaldirndln – eine Zukunftshoffnung.

ÖSTERR. FILMFESTIVAL DER MENSCHENRECHTE

this human world

3.–13. DEZEMBER 2009

www.thishumanworld.com

SA, 5.12.09

WESTLER, 18:30 Uhr, TOP KINO, Gr. Saal mit Wieland Speck, Regisseur und Festivalleiter der Sektion Panorama/Berlinale

BEYOND GAY, 21:00 Uhr, BURG KINO mit Bob Christie (Regisseur) u.a.

GAY & LESBIAN HUMAN RIGHTS NIGHT ab 21:00 Uhr im OST-KLUB

SO, 6.12.09

PIZZA IN AUSCHWITZ, 11:30 Uhr, TOP KINO, Gr. Saal mit Danny Chanoch (Protagonist und Holocaust-Überlebender)

bm:uk DER STANDARD QWIEN

ERSTE

TIPP SPEZIAL

bezahlte Anzeigen

Nähere Informationen: T: 01/531 70-132 und 133, F: 01/531 70-479, e-mail: kulturanzeiger@derStandard.at

KOSMOSTHEATER

»Afrika« Kabarett von und mit Regina Hofer

Do, 10. – Sa, 12. 12., 20.30 Uhr

KosmosTheater 7., Siebensterngasse 42, T: 01/523 12 26, www.kosmostheater.at WIEN

MORGEN – AUF DER HÖHE DER ZEIT

»morgen – die Kulturzeitschrift aus Niederösterreich«

„Das Eigene und das Fremde“: Die ethnische Mischung im Donauraum, eigene wie fremde Knödel und Künstler mit Migrationshintergrund, die in Niederösterreich heimisch wurden: Spoerri, Warlamis, Khadem-Missagh, Orozco-Estrada, Rossell. Außerdem: Josef Burg, der letzte jiddische Schriftsteller aus Czernowitz im Interview.

Lesen Sie den neuen „morgen“, Bestellung eines kostenlosen Probehefts unter T: 01/212 61 00-11, office@morgen.at

NIEDERÖSTERREICH

Frohsinniges Wetter für die Kunst

Am 6. Dezember feiert Arnulf Rainer 80. Geburtstag – in seinem Winterdomizil auf Teneriffa. Altersweise will sich der Künstler von Weltrang nicht nennen, höchstens altersmild.

Andrea Schurian

Wien – Er raucht nicht, trinkt nicht und, seit er auf den Anti-Aging-Papst Johannes Huber hört, isst er auch nichts mehr nach sechzehn Uhr. So gesehen waren die letzten Monate ein wenig hart für Arnulf Rainer: Rund um die Eröffnung seines Museums in Baden im September war Dinner-Cancelling jedenfalls nicht drin; auch nicht, als seine Tochter kürzlich im Rainer-Museum heiratete. Das würden jetzt übrigens viele Paare wollen; und, frohlockt Rainer, der für seine Geschäftstüchtigkeit fast ebenso berühmt ist wie für seine Übermalungen, „das ist gut als neue Einnahmequelle fürs Museum.“

Ehe ihn nun womöglich Festivitäten zu seinem 80. Geburtstag am 6. Dezember wieder vom Abendessen abhalten, flog Rainer – wie immer um diese Zeit – nach Teneriffa: „Da herrscht frohsinniges Wetter, in Österreich versinke ich im Winter in Melancholie. Ich habe eine Sehnsucht nach Arbeit, der kann ich hier nachgehen.“ Aktuell geht er der Bearbeitung von Frauenpostkarten aus der Jugendzeit seiner Mutter nach. Das Salzburger MdM zeigt übrigens bis 7. 2. 2010 eine Serie seiner Frauenbilder.

An konzentrierten Maltagen, ob auf Teneriffa oder in Enzenkirchen, geht Rainer nicht ans Telefon, isst den ganzen Tag nichts, trinkt höchstens Tee, denn „man muss einen leeren Magen haben, sonst geht das Hirn nicht“, Malen sei eine Frage der Konzentration,



Arnulf Rainer vor Arnulf Rainer: „Natürlich bin ich eitel. Aber wer meine Selbstporträts kennt, kann nicht behaupten, dass ich mich verschönt habe.“

Foto: H. Fohringer, Apa

„ich muss mich beim Malen konzentrieren wie der Schauspieler auf der Bühne.“ Je älter er werde, sagt er, umso mehr und umso intensiver arbeite er, mehr noch als früher.

Mit blankem Schaudern erinnert er sich an seine akademische Karriere. 1994 wurden in seinem Atelier an der Akademie am Schillerplatz vierzig Bilder, die zuvor im New Yorker Guggenheim-Museum ausgestellt waren, von unbekannt überschmiert. Wiens Kunst-Society hatte ihren Skandal, es wurde gemunkelt und getuschelt, vermutet und verdächtigt, und noch heute grämt er sich darüber, wie wenig Unterstützung er von der Akademie bekam: „Der damalige Rektor hat zwei Monate danach erstmals den Tatort besucht und festgestellt, das sei ausschließlich meine Privatangelegenheit.“ Rainer war zutiefst verletzt, erkrankte schwer und dankte vorzeitig ab.

So bitter das professorale Ende, so frustrierend war auch der studentische Start. Ein Tag an der Hochschule für angewandte Kunst reichte, und Rainer wechselte an die Akademie. Doch „an der Angewandten erlebte ich einen kleinen Schock, an der Akademie einen großen“, nach weiteren drei Tagen brach er seine Studienversuche endgültig ab.

In den Kunstzentren Europas sei er der engstirnigen, postnational-sozialistischen österreichischen Provinzialität entkommen. Außerdem sei er dreimal im Hafen der Ehe gelandet, jeweils gefolgt von Traumscheidungen: „Nie hab ich Alimente zahlen müssen. Im Gegenteil“, feixt er, „die Frauen haben sich gefürchtet, dass sie mir was zahlen müssen.“ Ohne Trauschein, aber mit Bestand lebt er seit vielen Jahren mit der Fotografin Hannelore Dietz; gemeinsam mit Tochter Clara bildet sie sein Ausstellungsorganisationskomitee – etwa für seine große Personale in der Münchner Pinakothek im kommenden Frühjahr.

Heilfroh sei er, der Kuratorin beim Bilderschauen im Atelier nicht Gesellschaft leisten zu müssen: „Das regt mich zu sehr auf. Ich sehe sofort, da könnt' ich noch drübermalen. Ich bin auf Lücken fokussiert, wie ein Zahnarzt.“ *Nada-Malerei* nannte es der Lückenspezialist in den 1950er-Jahren, als er

leere Bilderrahmen an die Wand hängte. Bei seinen *Nachäffungen* versuchte er, die spontane Malgestik von Schimpansen nachzuempfinden. Er beschäftigte sich mit der Kunst Geisteskranker, schluckte unter ärztlicher Aufsicht LSD und Psilocybin und beschäftigte sich in seinen Kruszifikationen mit dem Kreuz als religiösem Paradigma.

Er übermalte Totenmasken, Bilder von Schlangen, Pflanzen, alten Meistern. Fotos, auch von sich selbst: „Natürlich bin ich eitel, jeder Mensch ist das. Aber wer meine Selbstporträts kennt, kann nicht wirklich behaupten, dass ich mich verschönt habe.“

Als altersweise möchte er sich übrigens nicht bezeichnen, denn „das kann man doch von sich nicht behaupten. Aber ich bin altersmilde geworden“. Und das klingt dann so: „Es gibt ja den Ablebensbonus. Ich kenne Künstler, die sagen, sie werden's nicht mehr lang machen, nur um das Geschäft zu beleben.“

Welche Kunst verträgt die Erde?

Die Schau zum Klimawandel in der Royal Academy

Stefan Löffler aus London

Materialschlacht in der Londoner Royal Academy of Arts: Tonnen an Wachs, Stahl und Zement hat die Assistentenarmee von Anish Kapoor verarbeitet. Einige der bombastischen Werke waren im Frühjahr im Wiener Mak zu sehen und wurden unter hohem logistischen Aufwand überführt.

Kapoors Werkschau ist nicht der schlechteste Anlass, über den ökologischen Fußabdruck von Kunst nachzudenken. Ein anderer ist jene Ausstellung, die bis 31. Januar 2010 am entgegengesetzten Ende der Royal Academy läuft. In ihrem Titel *Earth* ist „art“, also Kunst, enthalten. Aber welche Kunst hält die Erde noch aus?

Antony Gormley etwa hat einen Raum mit Figuren gefüllt. Sie haben nur Rümpfe und Köpfe mit klaffenden Augenhöhlen – und bestehen nur aus Erde und Wasser. Cornelia Parker wiederum hat nach einem beim Roden für Biodieselölfläche außer Kontrolle geratenen Waldbrand in Florida verkohltes Holz gesammelt und neu zusammengesetzt.

Klein und leicht zu übersehen ist eine Kugel von Kris Martin. Eine Aufschrift warnt vor einem Zeitzylinder, der im Jahr 2104 losgehen soll.

Dass die Stiftung Cape Farewell öfter aufscheint – sie unterstützt seit 2001 Kunschtätigkeiten, Positionen zum Klimawandel zu entwickeln –, ist kein Zufall. Ihr Gründer, der Videokünstler David

Buckwell, ist einer der *Earth*-Kuratoren. Einige der Künstler haben ihre Eindrücke von Expeditionen in die Arktis oder an den Amazonas verarbeitet, an denen sie auf Einladung von Cape Farewell teilnahmen. Ansonsten achtet man auf klimaverträgliches Reisen von Kunst und Künstlern.

Eine Alternative fürs Publikum ist der energieschonende Onlinebesuch auf www.royalacademy.org.uk/earth. Konsumationen stammen von nahen Erzeugern und werden auf Recyclingmöbeln serviert.

Am schlechtesten sind die eigens für die Schau entstandenen Beiträge. Tracey Emin etwa sinniert über Liebe unter Vögeln und bringt im Wesentlichen ihre Klatschspaltenprominenz ein. Immerhin ein immaterieller Faktor und damit ökologisch astrein.

KURZ GEMELDET

Britischer Komponist
Eric Woolfson 1945–2009

London/Berlin – Der schottische Komponist und Mitbegründer der Rockgruppe The Alan Parsons Project, Eric Woolfson, ist im Alter von 64 Jahren gestorben. Er sei am Mittwoch in London seinem Krebsleiden erlegen, teilte der Theaterverlag Gallissas am Donnerstag in Berlin mit. (APA).

Russischer Booker-Preis für
Jelena Tschischowa

Moskau – Die Autorin Jelena Tschischowa hat für ihr Buch *Zeit der Frauen* über das St. Petersburg der 1960er-Jahre Russlands angesehenste Literaturauszeichnung, den mit 20.000 US-Dollar dotierten Booker-Preis, erhalten. (APA)

Musik **WIJK** So 13. Dezember, 20 Uhr
MONEYBROTHER
www.wijk.at
Austrianische und Balkanische Musik, 1090 Wien, T. 01 31 31 4

Gewinnspiel

Balkanology. Neue Architektur und urbane Phänomene in Südosteuropa im Architekturzentrum Wien



Balkanology. Neue Architektur und urbane Phänomene in Südosteuropa im Az W
Museumsplatz 1, MQ
1070 Wien, täglich 10.00 – 19.00 Uhr
www.azw.at

Gewinnfrage:

Von welcher Stadt Südosteuropas ist Edi Rama Bürgermeister?
1. Sofia
2. Tirana
3. Zagreb

Einsendeschluss:
Montag, 14. Dezember 2009
derStandard.at/Gewinnspiele

Teilnehmen unter:
DER STANDARD, Gewinnspiel
Herrengasse 19-21, 1014 Wien
E-Mail: quiz@derStandard.at
Formular: derStandard.at/Gewinnspiele
Fax: 01/531 70-9216
Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Die Zeitung für Leser

Resonanzen
Jordi Savall & Ton Koopman
La Simphonie du Marais · Véronique Gens
Gambe di Legno · Hamburger Ratsmusik
Concerto Madrigalesco · Mala Punica
La Chapelle Rhénane · Hopkinson Smith
Cappella della Pietà de' Turchini
16. bis 24. Jänner 2010
242 002 · www.konzerthaus.at
wiener konzerthaus



Der Weißensee ist eissicher, weshalb das Fehlen einer Stadt für die Austragung der friesischen Elf-Städte-Tour keine Rolle spielt. Foto: EPA/Jannink

Walchhofer und Cucho als Topfavoriten

Beaver Creek – Am Samstag kommt es zur europäischen Primetime (19, ORF 1) zum ersten „Abfahrtsknüller“ der Olympiasaison. Eine Woche nach dem Speedauftakt in Lake Louise ist die von Bernhard Russi erbaute und später zu Hermann Maier’s „Wohnzimmer“ avancierte, weltberühmte „Raubvogelpiste“ in Beaver Creek Schauplatz. Erwartet wird ein Duell zwischen Michael Walchhofer und dem Schweizer Didier Cucho (zweifacher Saisonsieger), die beiden dominierten das Training. Der 34-jährige Walchhofer ist im ÖSV-Abfahrtsteam quasi der Alleinunterhalter. Cheftrainer Anton Giger weiß das: „So einen in der Mannschaft zu haben, ist wichtig. Der Walchi kann jede Abfahrt der Welt gewinnen. Von mir aus kann er noch fünf Jahre fahren.“ Bei Rainer Schönfelder ist so ein Prognose nicht zulässig. Der Kärntner verletzte sich während des letzten Zeitlaufs, ohne zu stürzen, im Knie. Er reiste aus Colorado ab, um sich heute, Samstag, in Wien untersuchen zu lassen. „Unser Job ist nun mal gefährlich. Aber ich hoffe sehr, dass es nicht so schlimm ist und ich weiterfahren kann“, meinte der 32-jährige Schönfelder. „Ski fahren ist extrem. Außer wir erfinden die Disziplin Lift fahren. Aber die schaut sich keiner an.“ (red, APA)

Der Auslauf auf der Kärntner Gracht

Der Klimawandel verantwortet, dass sich die Gegend um den Weißensee alle Jahre im Jänner in eine niederländische Provinz verwandelt. Weil in Friesland die Grachten nicht zufrieren, kommen die Eisschnellläufer.

Martin Grabner

Techendorf – Es ist ein beeindruckendes Bild, wenn an einem eiskalten Jännermorgen mehr als 1500 Eisschnellläufer in ihren hautengen Anzügen am Weißensee an den Start gehen, um bis zu 200 Kilometer zu absolvieren. Tiefgebückt, die Hände nach hinten verschränkt, ziehen sie dann, oft in Gruppen und abwechselnd im Windschatten fahrend, über mehrere Stunden ihre Runden auf dem riesigen Natureis. Die alternative Elf-Städte-Tour auf dem Kärntner See auf 930 Metern Höhe ist die größte Eissportveranstaltung der Welt und der absolute Heuler für den niederländischen Wintersport samt stundenlanger TV-Übertragungen. Eisschnelllaufen wird in den Niederlanden seit mehr als 230 Jahren als Nahverkehrsvariante und Sportart praktiziert. Ende des 19. Jahrhunderts wurde eine 200 Kilometer lange Strecke

durch elf Städte zur Königsdisziplin entwickelt. Die Elf-Städte-Tour (Elfstedentocht) war ursprünglich ein winterliches Volksfest in der Provinz Friesland. Gelaufen wurde auf den zugefrorenen Kanälen (Grachten). Die zunehmend verzweifelte Eissituation wegen immer wärmerer Winter ließ in den letzten Jahrzehnten aber kaum noch Bewerbe zu. Vor 21 Jahren suchten deshalb die Veranstalter von

„Stichting Wintersporten“ nach einem Ausweichschauplatz für den Eisschnelllaufmarathon. Dreharbeiten am Eis zum James-Bond-Film „Der Hauch des Todes“ mit Timothy Dalton lenken die Aufmerksamkeit auf den idyllisch gelegenen Kärntner Bergsee. Im ersten Jahr nahmen noch ein paar Hundert Läufer teil, mittlerweile hat sich der Marathon aber zu einem Publikums- und Tourismusmagneten für die Region entwickelt. Heute kommen 3500 bis 4000 Aktive und insgesamt 35.000 Gäste zur Elf-Städte-Tour, natürlich vorwiegend aus den Benelux-Ländern. Früher gab es am Weißensee kaum Wintertourismus, mittlerweile macht die zweiwöchige Veranstaltung ein Drittel der Nächtigungszahlen in dieser Jahreszeit aus. Zwischen dem 16. Jänner und dem 30. Jänner 2010 werden wieder insgesamt vier Volksläufe für Hobbysportler und Profis veranstaltet. Daneben gibt es Nachwuchssrennen, Teambewerbe und zum ersten Mal auch einen Lauf in historischer Kleidung und mit alten Holzschlittschuhen. Alles in allem werden zehn Rennen geboten. Der sportliche Höhepunkt ist das abschließende

200-km-Rennen der Profis, die alternativen niederländischen Meisterschaften. Seit 2000 steht der Weltrekord über diese Distanz bei fünf Stunden, elf Minuten und einer Sekunde, gelaufen am Weißensee. Lange Bahn, gute Zeit Im Idealfall ist im Jänner die ganze 6,5 Quadratkilometer große Eisfläche für den Wettbewerb geeignet, es hat aber auch schon Jahre und milden Wintern gegeben, in denen nur der kleinere, nicht allzu tiefe Bereiche des Sees vom mittlerweile schon legendären Eismeister Norbert Jank präpariert werden konnten. Für die Läufer ist es jedoch wesentlich angenehmer, ihre Bahnen auf

der großen, 25 Kilometer lange Runde ziehen zu können. Durch die langen Geraden sind dann viel bessere Zeiten möglich. Nur in diesem Fall ist an einen neuen Weltrekord zu denken. Gelingt er, wäre das in den Niederlanden schon fast ein staatstragendes Ereignis. Die Profis unter den Marathon-Eisschnellläufern genießen Heldenstatus, so ist Weltrekordler Arje Schreuder quasi der Hermann Maier der Niederlande. Selbst Prinz Willem-Alexander, der älteste Sohn von Königin Beatrix, hat die Elfstedentocht schon absolviert. Unter dem Pseudonym W. A. van Buren 1986, als zum bisher vorletzten Mal auf friesischem Eis gelaufen werden konnte.

9

Kilogramm des Treibhausgases CO₂ fallen für die Produktion von einem Kilo Paradeiser an, wenn diese konventionell, in einem heimischen beheizten Gewächshaus außerhalb der Saison, gezogen werden. Im Vergleich dazu: Bei ökologischem Anbau in der Region, während der Saison, fallen nur 35 Gramm an.

KURZ GEMELDET	GANZ KURZ
Räikkönen fährt Rallye-WM Paris – Kimi Räikkönen (30), dessen Vertrag bei Ferrari vorzeitig gekündigt worden war, wechselt von der Formel-1- in die Rallye-WM. Der F1-Champion von 2007 fährt im nächsten Jahr für das Citroen Junior Team, wird also Markenkollege des französischen Serienweltmeisters Sébastien Loeb. (APA) Schneemangel hemmt Nordische Lillehammer – Skispringer und Kombinierer mühen sich am Wochenende in Lillehammer in je zwei Großschanzen-Bewerben um Weltcup-Punkte. Wohin die Reise dann geht, ist offen. Die Bewerbe in Harrachov (12./13.) wurden mangels Schnee abgesagt. (red) Korkmaz gegen Ivanschitz Frankfurt – Frankfurt gegen Mainz ist am Samstag (18.30, Sky) quasi der österreichische Schlager in der 15. Runde der deutschen Fußball-Bundesliga. Ümit Korkmaz dürfte für die Gastgeber beginnen, bei den Gästen ist Andreas Ivanschitz gesetzt. (red) Rapid kann Herbstmeister werden Wien – Siegt Rapid am Samstag daheim gegen Kapfenberg, dürften die Wiener als Herbstmeister feststehen. Salzburg gastiert am Sonntag bei Sturm und müsste bei einem Dreipunkter des Konkurrenten schon exorbitant hoch gewinnen, um das noch zu verhindern. Die virtuelle Winterkrone wird erst nächstes Wochenende vergeben. (red)	TERMINE Basketball/Bundesliga, SA: Traiskirchen – Wels, Graz – Güssing, Kapfenberg – Wörthersee (je 18), SO: St. Pölten – Fürstenfeld (17) Biathlon/Weltcup, Östersund, SONNTAG: Herrenstaffel (11), ORF1 Eishockey/Erste Bank Liga, SONNTAG, 29. Runde: Zagreb – VSV (15), Laibach – BW Linz (17), Vienna Capitals – Graz (18, Sky Sport Austria), KAC – Fehervar (18), Jesenice – Salzburg (18) Handball/HLA, SAMSTAG: Innsbruck – aon Fivers (18.30), West Wien – Linz, Krems – Schwaz, Leoben – Tulln, Bregenz – Hard (je 19) Pferdesport/Traben/Krieau, Siegetipps, SONNTAG (14): 1 Colin McKenzie, 2 Meadow's Speed, 3 Rolando Villazon, 4 Maldini, 5 Haligalli, 6 Enfant Dimanche, 7 Sophie Le France, 8 Maserati, 9 Silver Thander, 10 Wel Gidde, 11 Lente BMG, 12 In the Mix MS Rodel/Weltcup, Altenberg, SAMSTAG: Herren-Doppelsitzer (8.30), SONNTAG: Teamstaffel, (12.30), je ORF Sport Plus Ski alpin/Weltcup, Beaver Creek, HERREN, SAMSTAG: Abfahrt (19), SONNTAG: RTL (17.40/20.15), je ORF1 Ski alpin/Weltcup, Lake Louise, DAMEN, SAMSTAG: Abfahrt (22.40/Highlights ORF 1), SONNTAG: Super-G (19/ORF1) Skispringen/Weltcup, Lillehammer, SA (15.55), SO (13.40), je ORF1 Snowboard/Air & Style, Innsbruck, SA (19.40), ORF Sport Plus Volleyball/Austrian League, SA: Arbesbach – Graz (19), Südstadt/Perchtoldsdorf – Klagenfurt (19.30); SO: Klagenfurt – Hartberg (18) Volleyball/MEL, DAMEN, 9. Runde: SVS Post – Vital Ljubljana (17.30), Klagenfurt – Calcit Kamnik (18.30) BIATHLON Östersund/Weltcup, HERREN, 20 km: 1. Svendsen (NOR) 52:43,7 Min./1 Schießfehler, 2. Burke (USA) +35,5/1, 3. Sumann (AUT) 49,5/1, 4. Pinter (AUT) 50,3/2, Tschudow (RUS) 50,3/1; 17. Landertinger 2:47,1/4, 26. Eberhard 3:25,9/3, 30. Mesotitsch 4:04,3/4, 42. Eder 4:38,9/4, 96. Hauser (alle AUT) 7:53,7/6 EISHOCKEY EBEL, 28. Runde: Salzburg – Vienna Caps 2:4 (2:2,0:1,0:1) – Tore: Puschnik (4.), Regier (15./PP) bzw. Kranjc (5./PP), Selmser (9./PP), Bjornlie (24./PP), Ofner (46.); Strafminuten: 15 plus Spieldauerdisziplinarstrafe Wilson bzw. 12; Tab.: 1. Graz 43/27, 2. Linz 37/27, 3. Vienna Caps 37/28, 4. VSV 32/27, 5. Salzburg 31/27, 6. Fehervar 30/27, 7. KAC 27/27, 8. Zagreb 25/27, 9. Laibach 22/27, 10. Jesenice 13/28 NHL: Buffalo Sabres (mit Vanek, 3 Assists) – Montreal Canadiens 6:2, Philadelphia Flyers (mit Andreas Nödl) – Vancouver Canucks 0:3 TENNIS Salzburg/ATP-Challenger, 64.000 Euro, AF: Köllerer (AUT/3) – Brown (JAM) 7:6 (3), 0:6, 6:4, Petzschner (GER/4) – Valent (SUI) 6:0, 7:5, Bohl (SUI) – Junaid (AUS) 6:2, 6:2

In 30 Jahren ist die Arktis eisfrei.

Handeln Sie jetzt!

Setzen auch Sie Taten für den Klimaschutz. Greenpeace hat sich zum Ziel gesetzt, gemeinsam mit der österreichischen Bevölkerung 1.000.000 Taten für den Klimaschutz zu erreichen. Wenn Politiker sehen, dass so viele Österreicherinnen und Österreicher gemeinsam ein Zeichen setzen, werden sie handeln müssen. Greenpeace wird der Bundesregierung rechtzeitig zur Welt-Klima-Konferenz ein Paket mit allen gesetzten Taten überreichen. Unterstützen Sie uns jetzt auf www.greenpeace.at oder mit einer **Spende per SMS an 0664/660 3030**.

1.000.000 TATEN FÜR DEN KLIMASCHUTZ

GREENPEACE

Bezahlte Anzeige

HANS RAUSCHER

System Haider, System Kärnten



Kärnten: zuerst errichtet eine Clique, die aus einer Mischung von deutsch-nationalen Vorgesetzten und sonnig-unbedarften

Wasserskilehrer-Typen besteht, ein Herrschaftssystem aus unverantwortlichem Umgang mit Geld, Personenkult, Wahlgeschenken an alle und frecher Missachtung aller politischen Kultur und des Rechtsstaates. Das Volk belohnt das mit einem fulminanten Wahlsieg und weint später um die Führerfigur des Ganzen, die sich leider umgebracht hat.

Dann stellt sich langsam heraus, dass die vom Himmel gefallene Sonne Haider und seine teils korrupten, teils schlicht einfältigen Paladine und Helfershelfer das Land finanziell ruiniert haben. Vor allem die wichtigste Bank des Landes ist konkursreif und muss von irgendjemand, vorzugsweise von „denen in Wien“, gerettet werden.

Einschub: Über die Jahre hinweg bin ich immer wieder von honorigen Bürgern mit echter Ratlosigkeit in der Stimme gefragt worden: „Ja, was haben Sie eigentlich gegen den Haider ...?“ Sehr einfach: Jedem, der seine politisch-historischen Kategorien präsent hatte, musste immer klar sein, dass Jörg Haider ein hemmungsloser Rechtspopulist war, der überall dort, wo er echte Verantwortung bekam, einen riesigen Sauhaufen anrichtete.

Seine Nazi-Prägung spielt da insofern eine Rolle, als er wirklich der Ansicht war, dass das Dritte Reich „eine ordentliche Beschäftigungspolitik“ betrieben hatte. Bei ihm reichte es umständehalber allerdings nur zur Phase I der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik: Sozialgeschenke und Volksbe-

lustigungen auf Schulden. Und zu Großmannssucht wie dem Aufblasen der Landeshypothek zu einem vermeintlichen Big Player auf dem Balkan.

Haider's Katastrophe ist umso schlimmer, als er ja angetreten war, die „rot-schwarze Diktatur in diesem Land“ zu sprengen und alles besser, sauberer zu machen. Er bot die extrem rechte Alternative zu den „Systemparteien“ (sein Ausdruck) – lange Zeit erfolgreich. In Kärnten richtete er dann ein „System Haider“ ein, das wegen lokaler Prädispositionen (Deutschnationalismus, Provinzialismus, Rückständigkeit im Vergleich etwa zu Norditalien) zum „System Kärnten“ wurde.

Hinterblieben in Kärnten sind die Einfältigen und die Gerissenen, die jetzt Opfer sein wollen. Die „rot-schwarzen Bonzen“ in Wien sollen sie retten, mit Steuergeld. Sie wollen selbst keinen Beitrag leisten. Aber die Herrschaften (auch die Mittäter von ÖVP und SPÖ) hängen auch bei wirtschaftlichen Entscheidungen mit drin, und hier kommen wir zur Frage der Konsequenzen, die jetzt fällig sind.

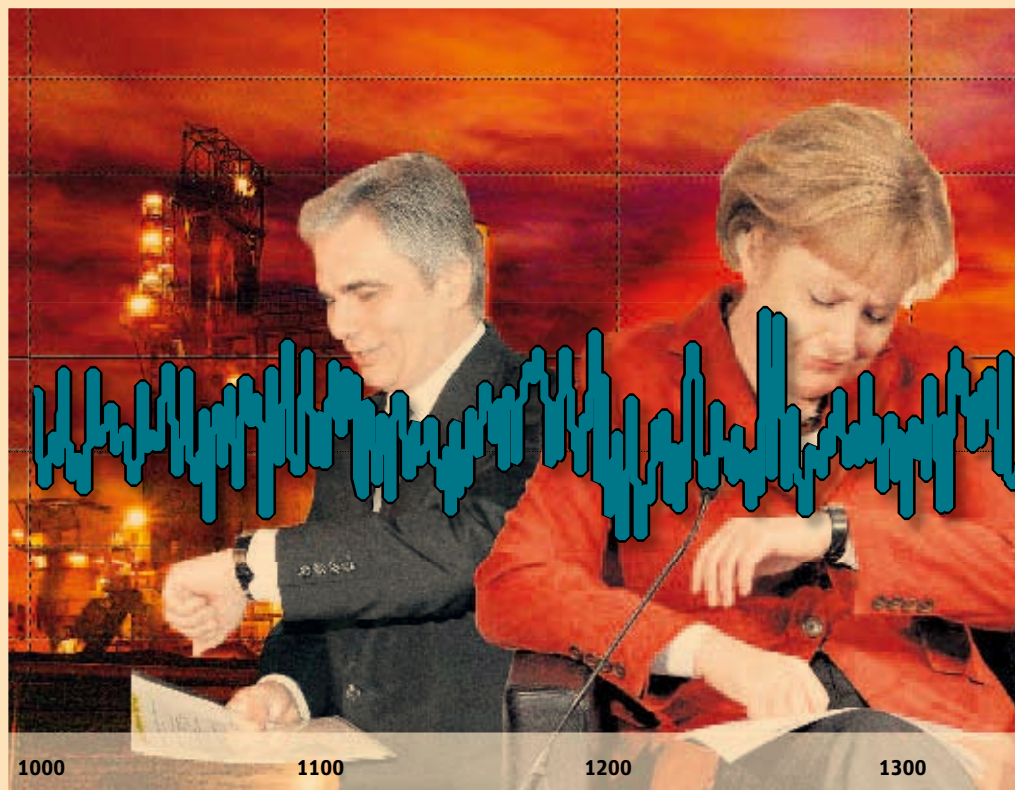
Die Kärntner Hypothek Alpe Adria bietet das Bild einer „Bawag Süd“. Hier wird man die Justizministerin, die im Fall Bawag als Richterin nur eine Teilaufklärung zustande brachte, nicht aus der Verantwortung entlassen können.

Das andere Thema ist das politisch-wirtschaftliche „System Kärnten“, das so nicht mehr weiterleben kann. Die Kärntner müssen sich fragen, warum sie auf provinzielle Scharlatane hereingefallen sind und ob sie das weiter tun wollen. Kärnten braucht eine Reformbewegung, aus der Bürgergesellschaft und/oder aus den Parteien abseits des BZÖ.

hans.rauscher@derStandard.at

Klimapolitik auf der Höhe der Zeit: Die Regierungschefs der Industriestaaten wollen den Abflug nach Kopenhagen keinesfalls verpassen. Die Temperaturkurve steigt. Der Countdown läuft ...

Fotos: AP, EPA, Reuters



Das Treibhaus der Worte

Vom Unbehagen eines Umweltschützers am „nationalen Erbsenzählen von CO₂-Molekülen“ auf internationalen Klimakonferenzen. Und zur Rolle Österreichs in diesem Zahlensirkus, genannt „Kioto-Protokoll“.



*Christian Salmhofer**

Wir nahmen all das auf uns, um den Mond zu erforschen und wir entdeckten das Wichtigste: unsere Erde.“ Diese Erkenntnis von Astronaut Bill Anders von Apollo 8 war nicht nur der wirklich große Schritt für die Menschheit, sie steht symbolisch auch für das Ende der Globalisierung. Die Endlichkeit unserer hauchdünnen Atmosphäre zeigt uns in aller Deutlichkeit: Klimaschutz kann nur in seiner globalen Dimension wirken. Gegenwärtig befinden wir uns aber noch im Stadium globaler Autisten. Anstatt Taten zu setzen, perfektionieren wir das Zählen von Treibhausgasen, haben aber keine Ahnung, welche Auswirkungen das Zählwerk namens „Kioto-Protokoll“ auf das Weltklima haben wird. Ein Großteil der politischen sowie wissenschaftlichen Analysen dient nur mehr der akrobatischen Selbstdarstellung von nationalen Klimabilanzen.

Klimakonferenz im Orbit

Gelöst werden könnten die internationalen Grabenkämpfe nur durch eine radikale Klimakonferenz. Sie müsste wohl in der Raumstation ISS abgehalten werden. Das wäre zwar sehr teuer. Aber im Angesicht der Erde würden die Entscheidungen mit Sicherheit solidarischer und zugunsten des Weltklimas ausfallen. Denn bei aller Wichtigkeit von Effizienz und Suffizienz wird durch Präpotenz eines vergessenen: Wie organisieren wir eigentlich das respektvolle Zusammenleben auf unserem Globus? Wer soll zum Beispiel die CO₂-Schuld eines T-Shirts tragen? Das Land, welches die Baumwolle in Monokultur angebaut hat, die Arbeiter, die das T-Shirt genäht haben, der Handel, der die internationale Logistik aufgebaut hat, oder der Konsument, der das Kleidungsstück trägt?

Zurzeit steckt die Klimapolitik, die nichts anderes als „Weltinnenpolitik“ ist, mitten im Dilemma dieser nicht verstandenen globalisierten Ethik. „Der Treibhauseffekt ist die letzte kommunistische Gefahr!“, war 1992 die Einschätzung von Georg Bush sen. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion glaubten die Neoliberalen gar schon, das „Ende der Geschichte“ sei gekommen. In ihrer Siegesfreude wischten sie die Diskussion

über die Nutzung der Atmosphäre als globales Gemeingut mit solchen Totschlagargumenten vom Tisch.

Durch die Beschleunigung des Klimawandels sind zwar Polemiken dieser Art selten geworden, dennoch befindet sich die globale Klimapolitik noch im tiefen Sumpf des nationalen Erbsenzählens von CO₂-Molekülen. Doch gerade diese Methode ist durch die Globalisierung der Warenströme und der in-

200

So viele Jahre kann CO₂ in der Atmosphäre verbleiben. Alle Treibhausgase sind ausgesprochen langlebig. Das macht eine Verringerung in der Atmosphäre oder auch nur eine Stabilisierung der Treibhausgas-Konzentration so schwierig.



ternationalen Arbeitsteilung sehr ungenau. Wenn wir in Zukunft die Globalisierung positiv gestalten wollen, muss uns klar werden, dass unsere klimarelevanten Emissionen eine direkte Folge des Konsums von Gütern sind. Wenn wir Waren wie einen Laptop aus China, der aus Rohstoffen aus aller Welt zusammengesetzt ist, konsumieren, werden nur die Betriebskosten in Österreich abgerechnet. Selbst wenn er in Österreich zusammengeschraubt wird, liegen die wesentlichen Teile der Rohstoffe und des Energieverbrauchs außerhalb unserer Verantwortung. Wer ist nun schuld an den CO₂-Emissionen: der Nutzer oder der Hersteller?

Die internationalen Klimakonferenzen funktionieren auf Basis der nationalen Emissionsbilanzen, und so agiert auch die Politik. Sie rechtfertigt vor der eigenen Bevölkerung die Energiesparmaßnahmen mit nationalen Durchschnittswerten von CO₂-Emissionen.

Doch das Treibhaus der Worte ist in der Realität nahezu wirkungslos geblieben. Österreich, das pro Kopf und Jahr 11 Tonnen CO₂ emittiert, hat kein einziges Klimaschutzziel aus nur in Ansätzen erreicht. Als Bevölkerung eines kleinen, reichen Staates können die Österreicher

viel am globalen Markt mitnachen. Das hohe Konsumniveau bringt es mit sich, dass in Österreich 52 % der CO₂-Emissionen als graue Energie in den importierten Produkten versteckt ist. Als 1992 die Aluminiumproduktion in Ranshofen geschlossen wurde, verbesserte sich schlagartig die österreichische CO₂-Bilanz. Seit dieser Zeit hat aber der Aluminiumkonsum nicht abgenommen. Im Gegenteil, er ist von Jahr zu Jahr gestiegen. Die Energie, die die Aluminiumproduktion verbraucht, findet sich nun meist in der Statistik eines Landes innerhalb der Tropen, wohin die meisten Bauxitschmelzen verlagert wurden.

Globalisierung der Emissionen

Großbritannien, welches bei der Erreichung des Kioto-Ziels als europäischer Musterschüler gilt, hat die CO₂-Emissionen nach offizieller Statistik zwischen 1990 und 2006 um rund 16 % reduziert. 1990 hat GB 110 Millionen Tonnen seiner CO₂-Emissionen in Produkten als graue Energie importiert. 2006 stieg dieser Wert bereits auf 620 Millionen Tonnen. Über die Jahre wurden die energieintensiven Industrien geschlossen und ins Ausland verlagert. London stieg zum weltgrößten Finanzplatz auf, und 84 % der Bürger arbeiten inzwischen in Dienstleistungsjobs. Die schwere Arbeit und die graue Energie werden den wirtschaftlich weniger entwickelten Ländern aufgehalst.

Schon im Jahr 2001 setzte die Produktion der Importgüter für die Europäische Union im Ausland fast eine Milliarde Tonnen CO₂ frei. Die in der EU hergestellten Exportgüter beinhalten nur halb so viele Tonnen CO₂. Somit hat die EU die Emissionen von 500 Millionen Tonnen CO₂ ins Ausland verschoben, wobei der monetäre Wert der Im- und Exporte in Summe etwa gleich hoch blieb. China dagegen exportiert in seinen Produkten ein Drittel seines CO₂-Wachstums. Versteckt als graue Energie konsumieren die Dienstleistungsgesellschaften diesen statistischen Vorteil.

Alle Staaten, die das Kioto-Protokoll unterzeichnet haben, emittieren netto mindestens ein Viertel ihrer Emissionen im Ausland. – Diese Art von internationaler Klimapolitik leidet am „Dilemma des texanischen Scharfschützen“: Wer blind auf ein Scheunentor ballert und dann eine Zielscheibe um die Treffer zeichnet, bekommt zwar ein beeindruckendes Ergebnis, im Endeffekt aber ist es wertlos!

**Christian Salmhofer ist seit 1995 Regionalstellenleiter im Klimabündnis Kärnten und, laut Eigendefinition, „Entwicklungshelfer in Österreich“; das Klimabündnis ist das größte kommunale Klimaschutz-Netzwerk Europas.*

ERRATA

Der falsche Gratulant

In Jeans zur Promotion sub auspiciis praesidentis rei publicae? Das wäre ein echt cooler Auftritt. Wenn die Ausgezeichnete dann auch noch das Wort ergreift, um den protestierenden Studenten den Rücken zu stärken, könnte man fast für möglich halten, dass es so war.

Das Engagement von Frau Dr. Gösweiner, deren Philippika gegen die Bologna-Zurichtung der Universitäten wir am vergangenen Montag ins Blatt gerückt haben, ist unstrittig – aber: Der Herr, mit dem wir die Frau Doktor auf einem älteren Bild zeigten, ist *Manfried Gantner*, er war Rektor in Innsbruck. Seit 1. Oktober 2007 ist jedoch *Karlheinz Töchterle* Rektor, er war neben Bundespräsident Heinz Fischer der richtige Gratulant.

Die Welt der Wissenschaft ist ein weites Feld: Im MEDSTANDARD haben wir zuletzt über ein Ludwig-Boltzmann-Institut für *Sexualforschung* geschrieben. Der Arbeitsauftrag, den sich die Forscher dort geben, wird besser fassbar, wenn man beim richtigen, englischen Namen bleibt: Ludwig Boltzmann Institute Health Promotion Research.

Das führt uns zur Behauptung, „dass in einem gesunden Körper ein gesunder Geist steckt“. Das wird immer noch gesagt, von uns am

vergangenen Dienstag in einem Artikel über die segensreiche Wirkung von sportlicher Aktivität. Der angeschlossene Hinweis auf „die alten Römer“ bezieht sich auf Juvenal, der behinderte Menschen diskriminierende Gehalt der Aussage wird ihm fälschlich in den Mund gelegt. Der *alte Römer* schrieb, *man möge darum beten, dass in einem gesunden Körper auch ein gesunder Geist stecke* – der Umkehrschluss ist darin weder angelegt noch zulässig. Ein Gedanke an den Astrophysiker Stephen William Hawking zeigt, wie unhaltbar die verkürzte Behauptung ist.

Die gute Nachricht: Die Absetzbarkeit von Spenden gilt bereits *ab dem 1. Jänner* dieses Jahres. Wir schrieben, dass das „erst-mals schlagend wird mit den Steuererklärungen 2010“. Gemeint sind die im nächsten Jahr abzugebenden Steuererklärungen über das Jahr 2009.

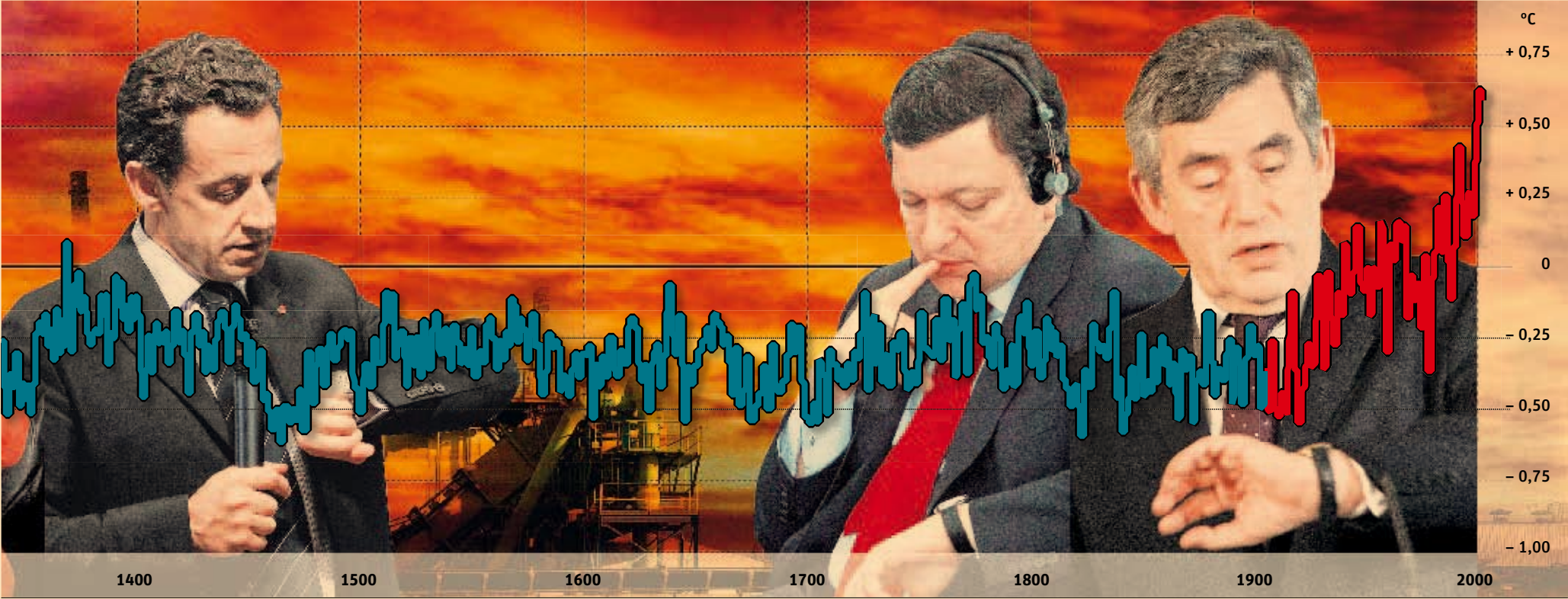
Einen sprachlichen Höhepunkt boten die Radiotipps vom vergangenen Samstag: „Villa Jüterbog: Ernst Wunsch entführt in ein Haus voll skurriler *Tatterkreise*.“ Breiten wir den Mantel des Vergessens darüber, stört nicht meine Greise.

Otto Ranftl
Leserbeauftragter
Leserbriefe@derStandard.at
otto.ranftl@derStandard.at



Töchterle, der richtige Rektor und Gratulant.

Foto: Newald



LESERSTIMMEN

Die Armen zahlen die Zeche
Betrifft: „Klimaexperten: Erderwärmung stärker als erwartet“

DER STANDARD, 25. 11. 2009
Wenn es uns nicht endlich gelingt, prestigearme Bevölkerungsgruppen wie Migranten, Schul- und Ausbildungsabbrecher, Frauen, Sozialhilfeempfängerinnen für den Klimaschutz zu begeistern – und heute begeistert man eindeutig anders als vor zehn oder 20 Jahren, wie man am Facebook-Auftritt so mancher Persönlichkeit erkennen mag oder an Obama oder an Harry Potter –, dann werden wir ganz schön ins Schwitzen kommen. Denn die Massen konsumieren und üben in ihrer Masse Einfluss aus, nicht nur auf die Wirtschaft, sondern natürlich auch auf das Klima.

Aber wir ignorieren das und fachsimpeln in illustrierter Runde, ob das Klima bis 2100 um 10 oder um 7 Grad steigt und ob es uns wohl möglich sein wird, ab 2 Grad Temperaturanstieg noch so zu leben, wie wir es heute tun. Diejenigen, die am meisten betroffen sein werden, verachten wir in unserer Expertise.
Eva Surma
8430 Leibnitz

Auf die Subversiven setzen

Dass Österreich vom Umweltmusterland, das in der EU die Vorreiterrolle in der Umweltpolitik einnehmen wollte, zum Klimaschlusslicht wurde, hat viele Ursachen. Nun gibt es in Österreich etwa, abgesehen von der Tierrechtsszene, keine offene und öffentliche Diskussion über die Auswirkungen der Ernährung auf das Klima, und darüber, wie dem positiv gegengesteuert werden könnte, z. B. mit der Umlagerung der Milliardensubventionen für klima- und umweltschädliche Fleisch- und Molkereiprodukte auf wesentlich klima- und umweltfreundlichere pflanzliche Alternativprodukte. Schon allein in einer privaten E-Mail zu kritisieren, dass Fleisch- und Molkereiprodukte um vieles billiger sind als ihre klima- und tierfreundlichen Alternativen, ist in den Augen des Österreichischen Inlandsgeheimdienstes (Soko Pelztier) Ausdruck einer „radikal subversiven Gesinnung“ und Hinweis auf „Mitgliedschaft in einer kriminellen Organisation“, deren Ziel es ist, „erheblichen Einfluss auf Wirtschaft und Politik“ anzustreben (z. B. Pelzfarmverbot, Bundestierschutzgesetz, Legebatterieverbot ... Klimaschutz?), was in Österreich nun vorbeugend nach §278a StGB mit bis zu 5 Jahren Haft bestraft werden kann!

Als Österreich noch Umweltmusterland war, war dies allerdings weniger ein Verdienst autoritärer Politiker auf Umweltkonferenzen oder der freien Wirtschaft als vielmehr der „radikal subversiven“ Österreichischen Zivilgesellschaft (denken wir an Hainburg, Zwettendorf etc.).
Roland Hoog, 4050 Traun

Ist es wirklich schon „fünf vor zwölf“?

Wenn ein Bedrohungsszenario zum Glaubenssystem wird: ein kleiner Rundgang eines „Öko-Häretikers“ durch die mediale und politische Schadstoffproduktion in der Debatte um die „Klimakatastrophe“.

Dirk Maxeiner*

Ich weiß es nicht. Dieser Satz fällt mir schwer, seit er in der Schule meine Versetzung gefährdete. Und doch möchte ich ihn gleich zu Anfang aussprechen. Wie wird das Klima auf der Erde in einhundert oder zweihundert Jahren sein? Ich weiß es nicht. Ich glaube auch nicht, dass ich es wissen kann. Und ganz wichtig: Ich glaube nicht, dass es überhaupt jemand wissen kann. Das ist eine Menge Unglauben auf einmal. Ich weiß. Aber keine Angst, es kommt jetzt keine flott behauptete Abrechnung à la „Die Klimälüge“ oder „Der Klimaschwindel.“ Das wäre ebenfalls eine falsche Gewissheit, nur spiegelverkehrt zum gängigen Katastrophenglauben.

Eine Zivilisation mit 6,6 Milliarden Menschen beeinflusst das Klima auf vielfache Art. Die natürlichen Einflüsse, die in der Vergangenheit oft abrupte Klimumschwünge einleiteten, haben jedoch nicht einfach aufgehört zu existieren, nur weil das Flugzeug oder das Auto erfunden wurden. Und doch erliegen viele diesem Trugschluss: Das Klima wird mittlerweile als ein System wahrgenommen, das durch die Ausschaltung anthropogener Einflüsse in einen sanften Ruhezustand versetzt werden könnte. Das ist natürlich barer Unsinn. Das Klima wird sich so oder so weiterhin verändern – aus welchen Gründen auch immer.

Eine Politik, die nicht einmal die Krankenkassenbeiträge stabil halten kann, hat derweil die Klimastabilisierung zur neuen Utopie erkoren. Der Soziologe Ulrich Beck bezeichnet die Klimapolitik treffend als eine „Sinnressource für

die delegitierte und von Vertrauensverlust gezeichnete Politik.“ Die drohende Klimakatastrophe wird so zu einem Überzeugungs- und Glaubenssystem, das gesellschaftlichen Sinn stiften soll.

In Großbritannien gerieten kürzlich der Umweltbeauftragte einer Immobilienfirma und sein Chef

wegen dessen exzessiver Flugtätigkeit aneinander, Ersterer wurde gefeuert. Der Richter gestand ihm zu, nach dem Antidiskriminierungsparagrafen dagegen zu klagen. Die Klimagemeinde wird durch die Entscheidung rechtlich mit Christen, Juden oder Muslimen gleichgesetzt. Überlieferte religiöse Muster erscheinen so in der Verkleidung modernen Klimaschutzes.

Die erzürnte Naturgöttin verlangt Beschwichtigungsrituale, unendlich oft wiederholte kleine Opfer. In diese Kategorie fallen Dinge wie die Deaktivierung der Standby-Schaltung oder das Getrennt-Sammeln von Joghurtbechern. In der Tradition der Bußprediger rufen Kommentatoren zur Abkehr von lasterhaftem Verhalten auf und wecken Schuldgefühle.

Grüne La-Ola-Welle

Dahinter steckt keine finstere Verschwörung, sondern eher so etwas wie eine La-Ola-Welle. Fußballfans und Chaosforscher kennen das Phänomen. In einem System, in dem scheinbar alles durcheinandergeht, bildet sich plötzlich eine Ordnung heraus. Wie von Geisterhand entstehen Strömungen, die sich selbst verstärken und schließlich alles dominieren.

Ob das alles überhaupt auf einem soliden wissenschaftlichen Fundament steht, interessiert im Prinzip niemanden mehr. Ledig-

lich die Wissenschaft beginnt sich Sorgen um ihre Reputation zu machen. Eine alte Meteorologenweisheit lautet: „Kaum glaubst du einen Trend festmachen zu können, dreht er sich um.“ Möglicherweise wird das auch diesmal so sein. Die Welttemperatur steigt nun seit fast zehn Jahren nicht mehr an und weigert sich, den Prognosen zu folgen. Die Fachleute sprechen euphemistisch von einer „Seitwärtsbewegung“.

„Kriminelle Methoden“

Selbst die für ihre engagierte Klimaschutzberichterstattung bekannte BBC fragte unlängst verunsichert: „What happend to global warming?“ Der bekannte deutsche Klimaforscher Mojib Latif, Mitautor der Berichte des Weltklimarates IPCC, baut schon mal eine Rückfallposition auf: Latif sprach von einer möglicherweise bevorstehenden vorübergehenden Abkühlung, die durchaus weitere zehn Jahre anhalten könne.

In den USA und Großbritannien sendet derweil ein Vorgang Namens „Climategate“ Schockwellen durch die Wissenschaftsgemeinde. Durch einen Hacker oder Insider wurden tausende interne Mails der britischen „Climate Research Unit“ (CRU) bekannt. Dieses Institut ist eine der zentralen Schaltstellen bei der Erstellung des Berichtes des

„Weltklimarates“ IPCC. In den Mails der Forscher ist unter anderem von „Tricks“ die Rede, um einen „Temperaturrückgang“ zu verschleiern. Phil Jones, einflussreicher Chef des CRU, legte inzwischen seine Ämter bis zum Abschluss einer unabhängigen Untersuchung nieder.

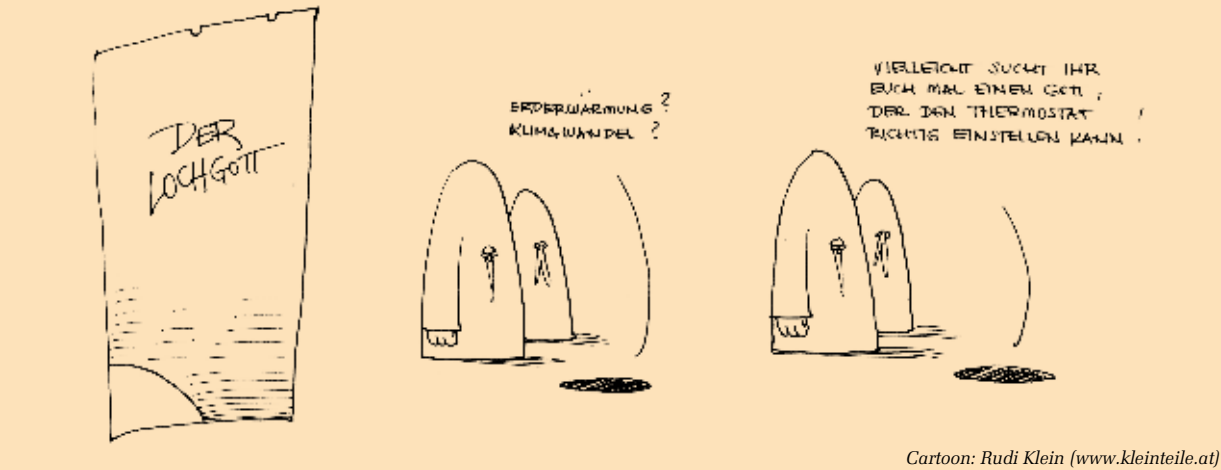
„Wenn Phil Jones dazu aufforderte, Enttarnendes aus dem Computer zu löschen, so verteidigt er kriminelle Methoden“, urteilt einer der bekanntesten Köpfe der britischen Umweltszene, George Monibot. Und der bekannte deutsche Klimaforscher Hans von Storch vom GKSS-Forschungszentrum in Geesthacht resümiert: „Die CRU-Mails belegen vor allem die Gründung eines Kartells zur Durchsetzung der Sicht und Wahrnehmung seiner Mitglieder, das dafür sorgen soll, dass abweichende Meinungen im wissenschaftlichen Review-Prozess scheitern, und wenn nicht, dann zumindest im IPCC-Prozess keine Rolle spielen.“

In Kopenhagen wird man von alledem nicht viel hören. Den Klimazug in seinem Lauf, hält weder Ochs noch Esel auf. Selbst in der Wirtschaft wurde längst die Parole „Bloß nicht dran rühren“ ausgegeben. Die Claims der Konzerne wurden längst abgesteckt, der Klimaschutz ist in den westlichen Ländern das größte öffentliche Umverteilungs- und Investitionsprogramm seit vielen Jahrzehnten. Die Unternehmen wollen Planungssicherheit, und so stimmen dann viele ihrer Vertreter bereitwillig in das Katastrophengedröhh ein. Motto: Es ist fünf vor zwölf. Das sollte man nicht allzu ernst nehmen. Viel wahrscheinlicher ist es nur zwölf vor fünf.

*Dirk Maxeiner (Jg. 1953) ist Autor des Buches „Hurra wir retten die Welt! Wie Politik und Medien mit der Klimaforschung umspringen“. Er arbeitet als Kolumnist für „Die Welt“ und ist Mitbegründer des Autorenblogs www.achgut.com.

Gebote der Stunde

■ Wer sich genauer über den seltsamen Mail-Verkehr des CRU-Instituts informieren will, der unter dem Stichwort „Climategate“ zumindest in der angelsächsischen Presse hohe Wellen schlägt, wird bei „klimaskeptiker.de“ oder im Online-Forum „Novo“ verlässlich bedient.
■ Was es mit der sog. „Hockeyschlägerkurve“ auf sich hat, die den oben abgebildeten Staatschefs im Nacken sitzt, erfahren Sie en détail z. B. auf www.oekologismus.de.
■ Wie US-Top-Satiriker Jon Stewart angesichts dieser Berichte den Ernst der Lage einschätzt, ist in einem sehenswerten TV-Mitschnitt auf Youtube abrufbar. (red)



Cartoon: Rudi Klein (www.kleinteile.at)

MEHR TRUPPEN FÜR AFGHANISTAN

Die zweite Etappe

Markus Bernath

Die meisten europäischen Regierungen, die sich für die Sicherheitslage in Afghanistan und die Zukunft des Terrorismus interessieren, sind dem Ruf der USA gefolgt und haben mehr Truppen zugesagt. Es ist ein bedeutender Einschnitt im nun acht Jahre währenden Krieg gegen die Taliban und Al-Kaida, auch mehr als nur ein Vertrauensvorschuss der Europäer für Barack Obama und die Kurskorrektur des US-Präsidenten in Afghanistan. Die Verbündeten in der Nato holen Luft für die zweite Etappe. Der Zweifel freilich bleibt: Erleben wir das Finale dieses Kriegs oder aber den Beginn einer langen, unsteuerbaren Eskalation?

Klar sind nur zwei Dinge. In Afghanistan gibt es derzeit nur die Wahl zwischen einem schlecht und einem besser geführten Krieg, aber ganz sicher nicht die Option für einen Rückzug. Und – um den Worten des Nato-Generalsekretärs zu folgen: Alle neuen Anstrengungen der Nato-Länder und ihrer Partner in Afghanistan sind sinnlos, wenn sich die Regierung in Kabul nicht besinnt und gegen die Korruption in ihren eigenen Reihen ankämpft und den von ihr geduldeten und zum Teil wohl mitorganisierten Drogenhandel stoppt.

Ihr internes Dilemma hat die Nato aber weiterhin nicht gelöst. Das Risiko, das die Soldaten der Allianz eingehen, bleibt ungleich verteilt: Die einen kämpfen, die anderen patrouillieren. Vor allem die Debatte um den Beitrag der Deutschen wird das Bündnis deshalb weiter belasten. Aber auch kleine Beiträge können einen Unterschied machen. Finnland etwa will die Zahl seiner Militär- und Polizeiausbilder in Afghanistan um 25 auf 145 erhöhen. Finnland gehört bekanntlich nicht der Nato an. Das ist ein bisschen Stoff zum Grübeln für das Trittbrettfahrerland Österreich.

STÄRKUNG DER VÄTERRECHTE

Ein wichtiges Signal

Thomas Rottenberg

PRO

Wer heute sagt, dass Buben bessere Mechaniker werden als Mädchen, wird (verbal) abgewatscht. Zu Recht. Ein Arbeitgeber, der nach Geschlecht statt nach Befähigung (nicht) einstellt, bekommt Zores. Darüber, dass das vom Prinzip her in Ordnung ist, herrscht heute gesellschaftlicher Konsens. Auch darüber, dass es wünschenswert ist, Väter früher und intensiver in die Betreuung, Erziehung und Pflege ihrer Kinder einzubeziehen.

Freilich bedeutet das auch, zu signalisieren, dass die Intention ernst gemeint ist: Wer gleiche Pflichten als Selbstverständlichkeit im Alltag leben soll, der muss das gleichberechtigt tun – in jeder Hinsicht. Schon deshalb ist der Straßburger Spruch über väterliche Sorgerechtsansprüche zu begrüßen – ungeachtet aller juristischen oder nationalen Details und Spitzfindigkeiten.

Denn beim Ansuchen um das Sorgerecht zwischen verheirateten und unverheirateten Paaren zu unterscheiden, ist – gelinde gesagt – unzeitgemäß. Es hat mit dem, worum es in allen Anlässen zuallererst zu gehen hat – das Wohl des Kindes über den Streit der Eltern zu stellen nämlich –, nichts zu tun. Im Gegenteil: Es verkompliziert, verzögert oder verhindert das Finden der bestmöglichen Lösung in ohnehin schwierigen Lebensphasen von Kindern nur enorm.

Ebenso wie die Usance, dass Mütter von Familienrichtern meist automatisch für den zur Kinderbetreuung fähigeren Elternteil gehalten werden. Das ist zwar oft, aber eben längst nicht immer richtig. Deshalb passt hier neben „Tradition“ auch ein anderes Wort: „Diskriminierung“.

Das Kind als Zankapfel

Eric Frey

KONTRA

Jede Trennung ist mit Verletzungen verbunden, kein Gesetz kann alle Wunden heilen. Mit der Einführung der gemeinsamen Obsorge in Österreich 2001 wurde zumindest ein Instrumentarium geschaffen, das den Schaden für die Kinder möglichst gering hält.

Väter haben die Chance und den Anreiz, im Leben ihrer Kinder weiterhin eine Rolle zu spielen. Anders als in Deutschland spielt es bei uns kaum eine Rolle, ob das Paar vorher verheiratet war oder nicht. Weil eine solche Unterscheidung lebensfremd ist, erscheint das Urteil des Menschenrechtsgerichtshofs als gerechtfertigt.

Aber den Kämpfen für Väterrechte geht es um viel mehr. Sie wollen ein Ende der Praxis, wonach das Sorgerecht im Streitfall fast immer der Mutter zugesprochen wird. Und sie wollen eine bessere Durchsetzung von Besuchsrechten gegenüber Müttern, die das mit Ausreden wie Krankheit zu verhindern wissen.

Das Letztere ist jetzt schon Unrecht und sollte von Richtern geahndet werden. Die Gesetze dafür sind vorhanden.

Der Vorrang der Mutter beim Sorgerecht aber bringt einen prinzipiellen Vorteil, der problematische Einzelfälle mehr als ausgleicht: Das Scheidungskind wird nicht zum Zankapfel. Das mag ein betroffener Vater als Diskriminierung empfinden. Aber es zwingt ihn zur Kooperation mit der Mutter, ohne die gemeinsame Obsorge nicht funktioniert. Und Rosenkriege, das steht fest, sind das Schlechteste fürs Kind.



derStandard.at/Cartoons

Eine neue Weltordnung

Beim Klimaschutz geht es um einen fairen Ausgleich und die Glaubwürdigkeit aller

Alexandra Förderl-Schmid

Es geht um viel bei diesem UN-Gipfel in Kopenhagen: Nicht nur um ein Folgeabkommen für das Kioto-Protokoll, sondern – pathetisch ausgedrückt – um die Zukunft dieses Planeten und seiner Bewohner. Alle zur Verfügung stehenden Daten zeigen Klimaveränderungen mit Folgen, die Inselbewohner stärker als reale Bedrohung wahrnehmen als Österreicher, die in einem Land ohne Meereszugang und in einer gemäßigten Klimazone leben. Aber jede Österreicherin, jeder Österreicher trägt mit seinem Verhalten dazu bei, ob ein Bewohner der Malediven künftig auch noch auf seinem Eiland leben kann oder Bangladescher ihre Heimat nicht verlassen müssen.

In Kopenhagen geht es auch deshalb um mehr, weil es um Gerechtigkeit geht: Darum, ob alle Menschen auf dieser Welt das gleiche Recht zu konsumieren, sich zu entwickeln haben. Denn folgerichtig sagen Schwellenländer wie Indien: Warum sollen wir uns einschränken, wenn die industrialisierten Staaten Jahrzehnte über ihre Verhältnisse gelebt und das Problem hauptsächlich verursacht haben? Deshalb müssen in Kopenhagen Entwicklungsmöglichkeiten berücksichtigt werden. Es ist gerecht, wenn die Erste Welt finanziell dazu beiträgt, dass klimaschonende Technologien auch in Dritte-Welt-Ländern zum Einsatz kommen können. Die Kosten für Umrüstungen weltweit werden auf insgesamt 1000 Milliarden Euro geschätzt.

Es wird schwierig genug werden, in Kopenhagen überhaupt Reduktionsziele festzulegen. Immerhin ist Bewegung in die Verhandlungen gekommen: US-Präsident Barack Obama hat im Gegensatz zu seinem Vorgänger George W. Bush nicht nur die Daten der Wissenschaftler zur Erderwärmung anerkannt, sondern auch konkrete Reduktionsziele genannt: Das ist ein Fortschritt. Auch China, der inzwischen größte Produzent von Treibhausgasen weltweit, hat harte Zahlen vorgelegt. Dass die kommunistische Führung, die bei einer Drosselung des wirtschaftlichen Aufholprozesses soziale Spannungen im Land befürchtet, den Ausstoß von Treibhausgasen verlangsamen will, ist immerhin etwas. Sowohl Obama als auch Chinas Ministerpräsident Wen Jiabao wollen in Kopenhagen dabei sein – das ist ein Signal, das Hoffnung weckt.

Die österreichischen Teilnehmer werden keine entscheidende Rolle spielen, aber auf den Beitrag Österreichs kommt es in diesem komplexen System genauso an. Dass Österreich seine Klimaziele als einziges der alten EU-Länder deutlich – gleich um 24 Prozentpunkte – verfehlt hat, ist blamabel. Bisher hat sich Österreich als Umweltmusterland geriert. Schaut man genauer hin, fällt der Vergleich nicht so gut aus. Bei einer EU-Abfallstudie landete Österreich nur auf Platz 6, der Anteil der Umweltsteuern beträgt nur 5,6 Prozent.

Überfällig ist ein Plan mit konkreten Vorgaben, wer wie viel in welchem Bereich einsparen muss. Der größte Klimasünder in Österreich ist der Indivi-

dualverkehr. Folgerichtig muss der öffentliche Verkehr ausgebaut werden – etwa das seit Jahren diskutierte Jahresticket der Bahn Realität werden.

Nur wenn in Kopenhagen die drei Ziele – konkrete Reduktionsvereinbarungen, ein völkerrechtlich verbindliches Abkommen und Finanzausagen – erreicht werden, kann man von einem Erfolg sprechen. Für die Umsetzung muss dann Klimaschutz auf gangbare kleine, konkrete Schritte heruntergebrochen werden. Diejenigen, die bisher zu viel emittiert haben, müssen mehr beitragen. Es geht nicht nur um Gerechtigkeit, es geht auch um eine neue Weltordnung – und um Glaubwürdigkeit. Und zwar von jedem Einzelnen.

KOPF DES TAGES

Konservative Galionsfigur für den Klimaschutz



Connie Hedegaard ist Gipfel-Gastgeberin in Kopenhagen. Foto: Fischer

Natur für nächste Generationen bewahren zu wollen sei doch ein typisch konservatives Anliegen, sagte sie in einem Interview der *New York Times*.

Früh hat sie sich als „Spin-Doctor“ in Umwelt- und Klimaschutzfragen einen Namen gemacht. In ihrem Buch „Als das Klima zur Bedrohung wurde“ thematisierte die studierte Literaturwissenschaftlerin und Historikerin die persönliche Verantwortung, die jeder in Bezug auf den Klimawandel trage.

Die heute 49-Jährige wuchs mit zwei jüngeren Brüdern in Holbaek auf, einer Kleinstadt westlich von Kopenhagen. Ihre Eltern führten dort einen Kiosk. Während des Studiums entdeckte sie ihre politische Ader; sie engagierte sich bei konservativen Studentengruppen und begann gleichzeitig, für die Zeitung *Berlingske Tidende* zu schreiben. Nach Abschluss des Studiums arbeitete sie beim staatlichen dänischen Rundfunk.

Für die verheiratete Mutter zweier Söhne resultiert aus dieser Zeit, dass sie gut mit Medien umgehen kann. Das US-Magazin *Time* zählte sie heuer zu den einflussreichsten Persönlichkeiten weltweit. Und im STANDARD-Interview im Sommer sagte sie, dass es nichts bringt, wenn unangenehme Klimaentscheidungen aufgeschoben werden: „Es wird nur teurer.“ *Johanna Ruzicka*

diums entdeckte sie ihre politische Ader; sie engagierte sich bei konservativen Studentengruppen und begann gleichzeitig, für die Zeitung *Berlingske Tidende* zu schreiben. Nach Abschluss des Studiums arbeitete sie beim staatlichen dänischen Rundfunk.

Für die verheiratete Mutter zweier Söhne resultiert aus dieser Zeit, dass sie gut mit Medien umgehen kann. Das US-Magazin *Time* zählte sie heuer zu den einflussreichsten Persönlichkeiten weltweit. Und im STANDARD-Interview im Sommer sagte sie, dass es nichts bringt, wenn unangenehme Klimaentscheidungen aufgeschoben werden: „Es wird nur teurer.“ *Johanna Ruzicka*

DER STANDARD

Impressum: Herausgeber: Oscar Bronner; Geschäftsführung: Mag. Wolfgang Bergmann; Chefredaktion: Oscar Bronner, Dr. Alexandra Förderl-Schmid (geschf.); Chefs vom Dienst: Dr. Eric Frey, Erhard Stackl, Bettina Stimedner. Leitende Redakteure: Dr. Gudrun Harter, Thomas Mayer, Otto Ranftl; Eigentümerin/Medieneinhaberin, Verlagsort, Redaktions- und Verwaltungsadresse: STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H., 1010 Wien, Herrngasse 19-21; Hersteller, Herstellungs- und Erscheinungsort: Goldmann Zeitungsdruck Ges.m.b.H., 3430 Tulln, Königstetter Straße 132; Telefon: (01) 531 70, Fax-DW: Redaktion: 131, Anzeigen: 249, Abo: 330; E-Mail-Adressen: vorname.zuname@derStandard.at, info@derStandard.at, leserbriefe@derStandard.at, aboservice@derStandard.at, anzeigen@derStandard.at; Internet: http://derStandarddigital.at; Abo-Preise Inland (in Klammern für Studierende/Schüler) jährlich: € 318,- (192,-), monatlich: € 27,90 (17,50), für einzelne Wochentage – pro Tag und Jahr: € 61,50,- (37,-); Abo-Service: 0810/20 30 40 (Ortstarif); Alle Rechte, auch die Übernahme von Beiträgen nach § 44 Abs 1 Urheberrechtsgesetz; © STANDARD Verlagsgesellschaft m.b.H., Art-Copyright: VBK, Wien, DVR 554219; Reichweite: MA 2008/2009: 6,0 %, 421.000 Leser; ÖAK-geprüfte Auflage. Dem Ehrenkodex der österreichischen Presse verpflichtet.



MEDIENJOURNAL

ORF-Rat gegen TV-Schema, fordert mehr Kompetenzen

Wien – Mittwoch tagt noch der alte, VP-dominierte Publikumsrat des ORF. Seine Mitglieder protestieren, das Ende von *Schöner Leben* und des *Alpe Adria Magazins* im ORF-2-Schema für 2010 „bügelt öffentlich-rechtliches Profil glatt“ und setze „voll auf die werberelevante Zielgruppe“. Vom Gesetzgeber fordert der Rat bei der anstehenden Novelle: kein neues Programmschema ohne Zustimmung des Publikumsrats. SPÖ-Klubchef Josef Cap klingt aber nach keinerlei Änderung an ORF-Gremien: „Solange uns nichts Demokratischeres, Funktionsfähigeres, Unabhängigeres einfällt, soll man sie so belassen.“ So kommt die SPÖ auch der absoluten Mehrheit im Stiftungsrat nahe. Im SP-Klub kursiert inoffiziell eine Variante, falls die Opposition nicht für die unabhängige Medienbehörde mitstimmt: eine weiterhin weisungsgebundene Behörde. (red)

Balkanische Bedingungen: ORS vertagt Bulgarien-Kauf

Sofia/Wien – Nächste Hürde auf dem schier endlosen Weg der ORF-Sendertochter ORS zur Übernahme des bulgarischen TV-Sendernetzes. Den zuletzt geplanten stufenweisen Einstieg mit anfangs 25 Prozent vereitelten ORF-Gesetz und -Stiftungsrat. Verhandlungen über doch gleich 100 Prozent des TV-Netzes waren weit. Doch nun verlangte die Verkäuferin Bulgarische Telekom Vorauskasse, heißt es bei den ORS-Eigentümern, ORF und Raiffeisen. Der Aufsichtsrat lehnte die geforderten Modalitäten nach STANDARD-Infos ab. Ein ORS-Sprecher bestätigt, betont aber: „Das Projekt lebt weiter“, 2010 werde weiterverhandelt. (red)

Mehr Medien: derStandard.at/Etat

Der 30-Milliarden-Dollar-Mediendeal

Der französische Medienkonzern Vivendi gibt seine Anteile an NBC Universal ab. Der Weg für eine amerikanische Mega-Medienfusion ist frei. Unter Experten und US-Politikern ist der Deal nicht unumstritten.

New York – Nach monatelangen Verhandlungen über die Zukunft von NBC Universal ist der Weg für das größte Mediengeschäft des Jahres im Volumen von 30 Milliarden Dollar frei: In einem ersten Schritt übernimmt der US-Mischkonzern General Electric (GE) den noch verbleibenden NBC-Anteil von 20 Prozent vom französischen Medienkonzern Vivendi. Kaufpreis: 5,8 Mrd. Dollar. NBC wird danach in ein Gemeinschaftsunternehmen unter Führung des US-Kabelnetzbetreibers Comcast eingebracht. „Es hat oberste Priorität, NBC wieder zur Nummer eins der Kabelnetze zu machen“, sagte GE-Chef Geoffrey Immelt nach der Einigung.

NBC soll Herzstück eines Joint Venture von General Electric und Comcast werden. Der Kabelnetzbetreiber steuert 6,5 Mrd. Dollar bei und bringt weitere Unternehmensanteile im Wert von 7,25 Mrd. Dollar ein. NBC Universal besorgt sich seinerseits rund 9,1 Mrd. Dollar von Kreditgebern und reicht das Geld an GE weiter. An der Gemeinschaftsfirma soll Comcast einen Anteil von 51 Prozent halten, die übrigen 49 Prozent liegen bei GE. Geführt werden soll es von NBC-Chef Jeff Zucker.

Comcast will seit langem sein Mediengeschäft ausbauen. Zu NBC



Der amerikanische Kabelnetzbetreiber Comcast wird 51 Prozent am neuen Mediengiganten halten. NBC Universal wird in dem gemeinsam mit General Electric betriebenen Joint Venture aufgehen. Foto: AP

Universal gehören Kabelnetze wie MSNBC und USA, ein Filmstudio, Themen-Parks und lokale Fernsehsender.

Umstrittenes Geschäft

Comcast will seinen Kunden mithilfe von NBC Programminhalte über alle möglichen Verbreitungswege anbieten – sei es über das Fernsehgerät, Computer oder Handys. Comcast ist nicht nur der größte Kabelnetzbetreiber der USA, sondern auch der führende Internet-Provider des Landes. General Electric wiederum bereinigt über das Geschäft seinen Mischkonzern,

unter dessen Dach außer NBC vor allem Industrie versammelt ist.

Vivendi will mit der Trennung von NBC seine Struktur vereinfachen. „Vivendi ist zu Beginn des neuen Jahrzehnts entschlossen, seine profitable Wachstumsstrategie voranzutreiben“, sagte Vivendi-Chef Jean-Bernard Levy. Sollte die Einigung mit GE doch noch scheitern, will Vivendi seinen NBC-Anteil schnell an die Börse bringen.

Unter Experten ist das Geschäft umstritten. Während einige Comcast-Chef Brian Roberts als Visionär bezeichnen, halten es andere für den größten Unsinn seit der Fu-

sion von AOL und Time Warner. Es gebe zu wenige Überschneidungen und damit zu geringes Sparpotenzial. Zudem sind große Fusionen häufig zum Scheitern verurteilt, wie das Beispiel Time Warner zeige: Der ehemals weltgrößte Medienkonzern hat sich inzwischen von der Kabelsparte getrennt und wird bald auch AOL abgeben.

Aus der Politik wurden Wettbewerbsbedenken laut. So forderte der Vorsitzende des Energie- und Handelsausschusses im Repräsentantenhaus, Henry Waxman, die Behörden zu einer strengen Prüfung des Geschäfts auf. (Reuters)

Günter Traxler

Wenig glaubwürdig war das Bekenntnis, mit dem „Österreich“ Donnerstag seine Leser für moderne Kommunikation zu interessieren versuchte: *„Ich bin der erste Affe auf Facebook.“* Die Anführungszeichen konnten nichts anderes andeuten als ein Originalzitat, das ja so manchem Affen auf Facebook zugeschrieben werden könnte. Der Affe, um den es geht, kann aber mit einer Zusatzbegabung aufwarten: *Wiener Orang-Utan knipst sich selbst ... seine Fotos sind Kult im Internet.* Warum nicht? Ist doch bald etwas *Kult im Internet*, und es wäre gelacht, könnte es ein *Wiener Orang-Utan* im Internet nicht zum Kulturträger bringen. Was der – laut „Österreich“ – alles kann! *Schönbrunn Orang-Utan-Dame Nonja bekam eine Digidcam geschenkt – seither postet sie selbst geknipste Fotos auf Facebook.* Doch das ist nicht alles: *Noch viel cooler allerdings. Nonja stellt die Bilder auch gleich auf ihre Internet-Seite.* Und überhaupt *eine Weltneuheit. Nonja ist der erste Affe, der eine Fanseite in dem Internet-Netzwerk betreibt.*

Keine Überraschung daher: *Innerhalb von wenigen Stunden sammelte Nonja 1.386 (Stand Mittwoch 22 Uhr) „friends“ auf Facebook ein.* Ob die begabungsmäßig an Nonja heranreichen, ist die Frage. *Die süße Affendame ist übrigens keine Unbekannte. Sie machte schon als Malerin Weltkarriere, fertigte über 250 Bilder mit Pinsel und Farbe an. Für die Kunstwerke wurden über 2.000 Euro bezahlt.* Jetzt, wo sie so viele „friends“ hat, werden ihre Preise in die Höhe schießen. Da heißt es, sich zu entscheiden zwischen Malerei und Fotografie. Aber vielleicht macht *die süße Affendame* doch lieber eine *Weltkarriere* als Twitterin.

Weniger gut auf dem Laufenden wie beim *Wiener Orang-Utan* war „Österreich“, wo es um den Wiener Dompfarrer ging. *Dompfarrer Toni Faber will jetzt leiser treten, denn nicht alle seine Schäfchen zeigten sich über sein öffentliches Geständnis in ÖSTERREICH – Führerscheinenzug wegen Trun-*

City Lights

kenheit – entzückt. Faber will jetzt sein „ungerechtfertigtes Image“ korrigieren. Er möchte jetzt verstärkt als *City-Pfarrer* wahrgenommen werden, der sich auch „stark um Sandler und Arme kümmert.“ Dieser Wahrnehmungsverstär-



kung sollte eine fünfseitige Foto- und Interviewstrecke in „News“ dienen, in der Hochwürden in die Gegenoffensive ging, seine Beichte erneuerte, so manches Missverständnis ausräumte, dabei aber alles andere tat als *leiser treten*. Plausibel konnte er erklären, wie der Apostel Paulus ihm zu den schmückenden Amtstiteln „Richard Lugner der Kirche“ und „Ha-

rald Serafin der Kirche“ verhalf, nämlich durch sein Wort: *„Ich versuche, allen alles zu werden, um einige für Christus zu gewinnen.“* Das wirkt anregend: *Auch ich möchte möglichst viele Menschen erreichen. Und da bietet mir die City natürlich mehr als eine Klein-Pfarr am Land.* Was hätte der Mann in den Citys von Sodom und Gomorra leisten können!

Doch auch in der Wiener City ist er gut drauf. *Es belustigt mich einigermassen, wenn Claudia Stöckl und mir jetzt ein gemeinsames Kind angedichtet wird. Das ist mir in meiner 20-jährigen priesterlichen Tätigkeit aber schon das eine oder das andere Mal passiert. Wann immer ich mit einer Frau öffentlich gesehen werde, heißt es gleich: Die haben etwas miteinander. Auch wenn ich einen lieben Freund treffe, werde ich verdächtigt.* So sind sie, die Cityens.

Schicksal eines *City-Seelsorgers*. Aber er macht sich nichts daraus. *Ich glaube zumindest – bei aller Demut – nicht, dass ich für mei-*

ne Arbeit Schimpfer oder Nachteile im Himmel zu erwarten hätte. Auf Erden, zumal in der Wiener City, kann es da anders zugehen. *Wenn dem Kardinal etwas zu Ohren kommt, was ihm keine Freude macht, dann nennt er mich Antonius. Es gibt dann ernst gemeinte Ratschläge und einen lebendigen Austausch.*

So etwa, wenn er einen *Ausrutscher* produziert, wie damals, als ich nach der Segnung einer Bungee-Jump-Anlage am Donauturm selbst gesprungen bin. Das ist Vertrauen in die eigene Arbeit! Aber als ich dann zum Kardinal sagte. *„Ich will dir etwas beichten, das kommt heute abend im Fernsehen“, da sagt er zu Recht: „Das kannst du nicht beichten, denn es tut dir zu wenig leid oder gar nicht – und du würdest es ja wieder tun.“*

Solange es nur im Fernsehen, aber nicht in der „Krone“ gebracht wird, begnügt sich der Kardinal mit der mahnenden Anrede *Antonius*. Das ist nicht weiter schlimm, verfügt der *City-Seelsorger*, der kein *Society-Pfarrer* mehr sein will, doch über die sinnliche Gewissheit: *Ich bin sicher, dass mich Hunderte Engel behüten.* Nur die Polizei zweifelte daran.

STEIGENBERGER
HOTEL HERRENHOF
WIEN



Gans to Go.
Sie haben die Gäste – wir die Gans!

Ab sofort bis 06.01.2010
liefern wir Ihnen eine
knusprig gebratene Gans
mit den klassischen Beilagen und einer Flasche Rotwein nach Hause.
Ab EUR 24,50 pro Person.

Bestellen Sie beim Gansl-Express. Telefon +43 1 53404-920

Brave machen keine Spritz-Touren

Einen klimaneutralen Wein aus Österreich gibt es seit März 2009. Seit wenigen Tagen ist das Stift Klosterneuburg als erstes österreichisches Weingut in seiner Gesamtheit als klimaneutral zertifiziert.

Luzia Schrampf

Klosterneuburg – Das Weingut Stift Klosterneuburg gehört ab sofort zu den Braven, hoch offiziell mit Brief und Siegel. Waren es bisher nur einzelne Weine wie der „Oxhoft 2006“ der Purbacher Winzerin Birgit Braunstein, die sich „klimaneutral“ nennen durften, so ist das Chorherrenstift westlich von Wien das erste Weingut Österreichs, dessen CO₂-Rucksack in seiner Gesamtheit errechnet und neutralisiert wurde: Sowohl bei der Obstsaftproduktion wie auch bei der Weinerzeugung wurden zahlreiche Maßnahmen gesetzt, um Emissionsausstoß und Energieverbrauch auf ein Mindestmaß zu reduzieren. Der Rest wird durch den Kauf von Klimazertifikaten ausgeglichen, mit denen nicht gehandelt, sondern



durch die die Differenz an CO₂ andernorts dauerhaft stillgelegt wird. Zu Beginn wurde ein „minutiöser Status quo erhoben, bei dem jeder Papierausdruck ebenso berücksichtigt wurde wie die Art und Weise, wie die Saisonarbeiter zur Erntezeit in den Weingarten kommen“, erklärt Wolfgang Hamm, Geschäftsführer des Weinguts. Auch die Aktivitäten des Managements, sämtliche Reisen zu Messen und anderen Veranstaltungen wurden auf Notwendigkeit durchleuchtet. Auf dieser Basis wurde festgestellt, wo man einsparen kann. Die größten Emissionen in der Weinproduktion, die mit anderen Bereichen der Landwirtschaft übrigen nicht zu vergleichen ist, entstehen beim Transport, im Zuge des Pflanzenschutzes im Frühjahr und im Herbst während der Weinbereitung. CO₂-Emissionen verursachen sämtliche Fahrten, bis die Flasche im Regal liegt, auch Spritzmittel und deren Erzeugung. Als problematisch erwies sich dabei auch, dass das Stift biologische Methoden bei der Bewirtschaftung einsetzt. „Spritz-Touren“ fallen viel häufiger an, da die natürlichen Pflanzenschutzpräparate öfter ausgebracht werden müssen als systemische Mittel. Eine Lösung dafür ist, Arbeiten sinnvoll zusammenzulegen wie



Das Augustiner-Chorherren-Stift Klosterneuburg. Dort wird eine Bio-Landwirtschaft betrieben, und es werden Obstsaft und Wein erzeugt. Ab jetzt klimaneutral. Foto: Stift Klosterneuburg

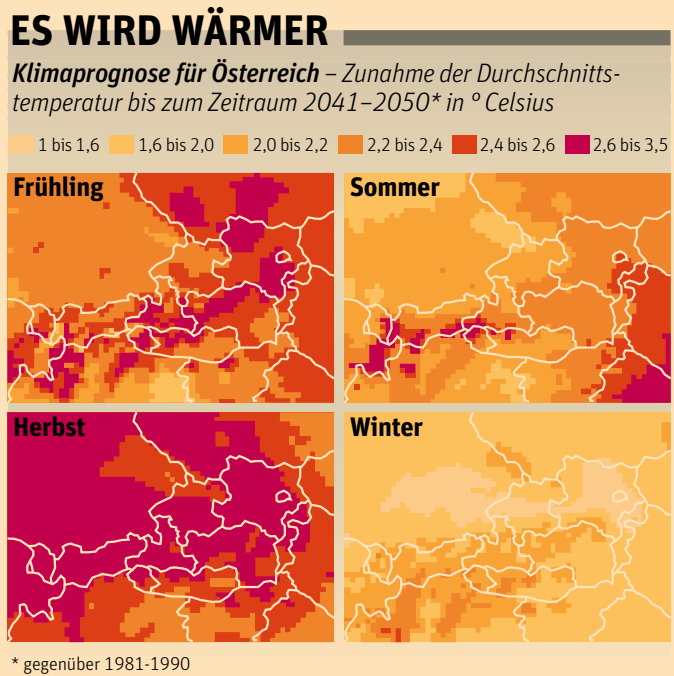
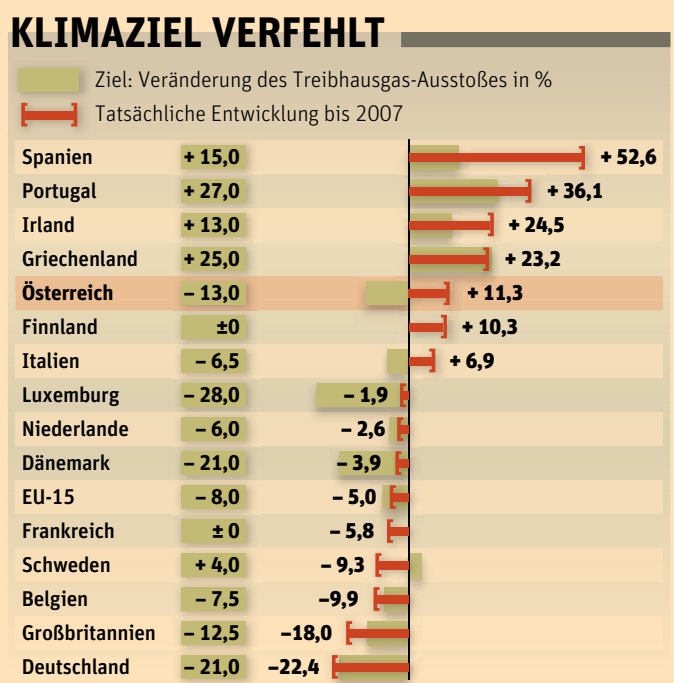
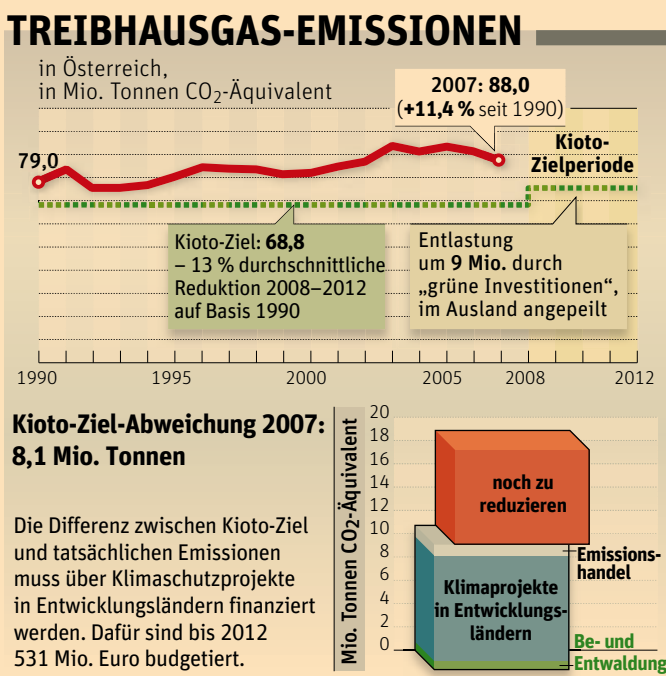
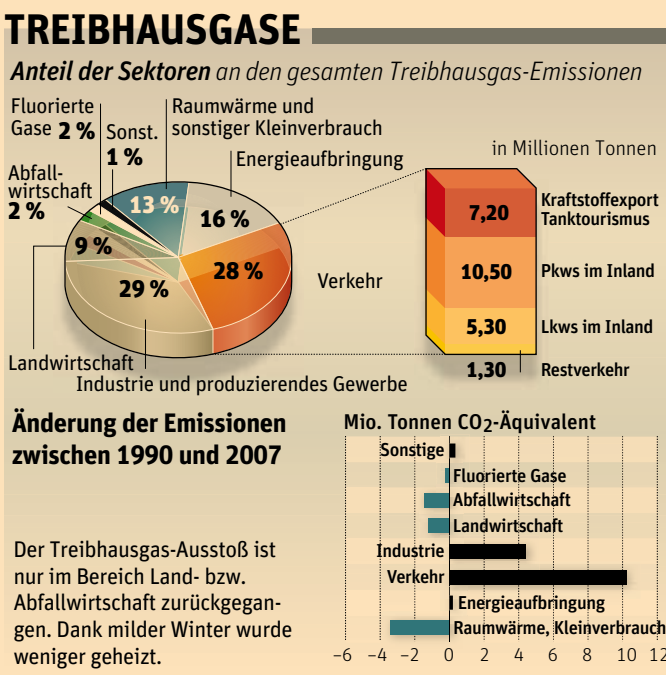
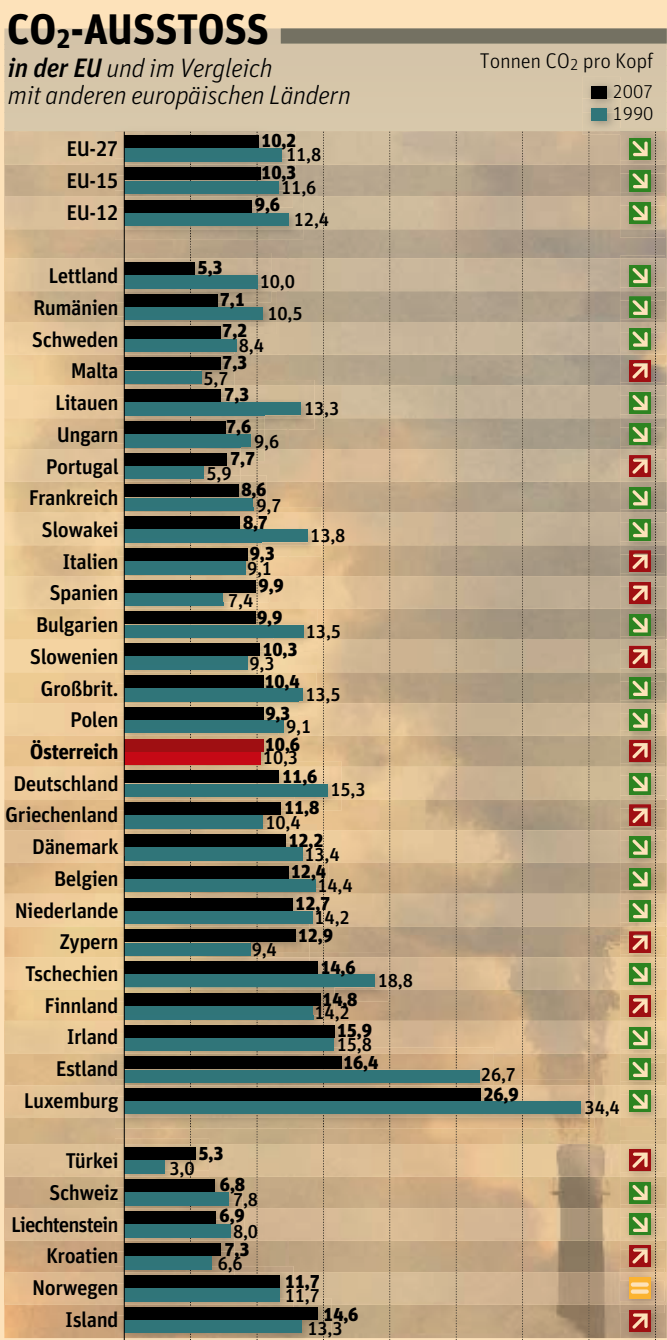
zum Beispiel das Entblättern der Rebstockstämme und das Mulchen des Weingartens. Eine Emissionsquelle im Herbst ist das Kühlen des Gebäudes einerseits und der Weintanks andererseits. Hilfreich ist, wenn das Gebäude, in dem der Wein bereitet wird, über eine natürliche Kühlung verfügt, weil es in die Erde hineingebaut wurde. Das ist oft bei älteren, „historischen“ Gebäuden der Fall. Für die Tanks wurden Wärmerückgewinnungsanlagen installiert. Hamm initiierte das Projekt, weil er noch vor seiner Zeit als Geschäftsführer des Stifts-Weingutes mit Auswirkungen von Klimaveränderungen in Australien konfrontiert wurde, die er als „dramatisch“ beschreibt: Pflanzen seien verdorrt, Tiere verendet und das alles in einer Landwirtschaft in der westlichen Welt, der sämtliche

technologischen und wissenschaftlichen Möglichkeiten zur Verfügung stünden, um bestmöglich über die Runden zu kommen. Einen weiteren Ausschlag gab jüngst ein Aufenthalt in Neuseeland, wo man wegen des Ozonlochs generell eine hohe Sensibilität gegenüber Klimaveränderungen entwickelt hat. **Langfristige Einsparungen** Beraten wurde das Stift von der Österreich-Tochter der Organisation ClimatePartner, die auch in Italien, der Schweiz, in Griechenland und in Kalifornien aktiv ist. Sie ist spezialisiert darauf, einzelne Produkte, Unternehmen oder auch Großevents wie die Fußballweltmeisterschaft 2008 klimaneutral zu gestalten. Die Kosten seien zu Beginn „nicht gering“ und würden dadurch abgemildert, dass im Stift ei-

nige „Vorarbeiten“ geleistet wurden – wie etwa eine Biomasseheizung, die seit 2005 läuft und noch ohne Klimaneutralitätsabsichten installiert wurde. Rechnen würden sich viele Investitionen vor allem auf „sehr lange“ Sicht, da der Energieverbrauch generell zurückgehe, zum Beispiel durch die in allen Toiletteanlagen installierten Bewegungsmelder. Die Klimaneutralität sei „auch ein ewiges Weiterdenken“, so Hamm. Ob der Wein nun anders oder besser schmecke, möchte Hamm erst in fünf Jahren beurteilen. Deklarier wird die Klimaneutralität „natürlich“ durch ein Label auf dem Rückenetikett. „Je intensiver man sich mit den Vorgängen auseinandersetzt, umso weiter bringt es einen. Der eine oder andere Nebeneffekt in puncto Qualität fällt dabei sicher auch ab.“

Klimaatlas Österreich

Bisherige Klimastrategien haben die erforderlichen Emissionsreduktionen nicht bewirkt. Das liegt vor allem am ausufernden Verkehr.



„Europas Vorsprung ist geschmolzen“

Miranda Schreurs ist eine international führende Umweltpolitikexpertin. **Klaus Taschwer** sprach mit der Neo-Berlinerin über ihre Kopenhagen-Erwartungen, die Zukunft der Kernkraft und Österreichs Umweltbilanz.

STANDARD: Sie haben bis 2007 in den USA geforscht und sind seitdem Professorin für Umweltpolitik an der Freien Universität Berlin. Sind Sie auch wegen der besseren Umweltpolitik Europas umgezogen?

Schreurs: Die EU hat seit Mitte der 1980er-Jahre weltweit sicher eine gewisse umweltpolitische Vorreiterrolle eingenommen. Ich denke, dass die EU nun jedoch vor einer Bewährungsprobe steht, da es neue Konkurrenz gibt: Japan etwa hat ambitioniertere Ziele in Sachen CO₂-Reduktion als die EU. China hat das Ziel formuliert, 20 Prozent der Energie aus erneuerbaren Quellen zu gewinnen. Das ist dasselbe Ziel wie in der EU. Und schließlich tut sich auch in den USA im Vorfeld von Kopenhagen einiges. Der Vorsprung, den die EU einmal hatte, ist längst geschmolzen.



ke, Sonnenkollektoren oder auch Biomasse, was für Österreich sehr interessant ist.

STANDARD: Wie schätzen Sie die österreichische Zwischenbilanz in Sachen Umweltpolitik ein?

Schreurs: Gemischt. Anfang der 1990er-Jahre gehörte Österreich zweifellos zu den internationalen Vorreitern mit besonders ambitionierten Zielen bei der Emissionsreduktion. In den letzten Jahren hat Österreich aber eindeutig an Boden verloren und auch seine Reduktionsziele deutliche verfehlt. Zugleich steht das Land in Sachen erneuerbarer Energie dank der Wasserkraft immer noch sehr gut da. Österreich hat auch einiges an Know-how anzubieten, etwa bei den Niedrigenergiehäusern.



„Ich denke nicht, dass die Kernenergie in Zukunft eine wichtige Rolle spielen wird“, so Miranda Schreurs.

Foto: Christian Fischer

Zwölfjährige an der FU Berlin, um sie über den Klimawandel zu informieren und darüber, was sie dagegen tun können.

STANDARD: Und wie haben Sie das angestellt?

Schreurs: Wir hatten zum Beispiel einen Gast, der mit einem Solartaxi rund um die Welt gefahren ist. Und der hat einfach darüber erzählt. Das Schwierige war, für dieses Schülerprojekt Geld aufzustellen. Das war in den USA sehr viel leichter.

ZUR PERSON:

Miranda Schreurs, geboren in den USA, ist seit 2007 Professorin für Vergleichende Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin, wo sie die Forschungsstelle für Umweltpolitik (FFU) leitet. Sie ist außerdem Mitglied im deutschen Sachverständigenrat für Umweltfragen.

STANDARD: Apropos: Was erwarten Sie von Kopenhagen?

Schreurs: Ich denke, dass in den letzten Wochen doch einiges in Bewegung geraten ist im Hinblick auf mittelfristige Emissionsziele. Ich kann mir vorstellen, dass man sich darauf einigen könnte, den Treibhausgasausstoß bis 2050 um 50 Prozent zu reduzieren, nicht aber auf konkrete Zahlen. Es könnte aber auch so laufen wie 2001 in Marrakesch, wo man abbrach und nach einem halben Jahr weitermachte. Realistischerweise wird die Umweltbewegung frustriert sein, auch wenn es zu Fortschritten kommt.

STANDARD: Sie waren auch schon 1997 in Kyoto dabei. Wie wurde die Konferenz damals zum Erfolg?

Schreurs: Einen Monat vorher sah es ganz schlecht aus. Am ersten Tag der Konferenz bestand auch noch wenig Hoffnung, und das sollte sich bis zum fünften Tag kaum ändern. Nach zehn Tagen sollte eigentlich Schluss sein, aber dann verlängerte man um drei Tage. Alle Teilnehmer waren schon erschöpft. Und plötzlich ging wirklich etwas weiter.

STANDARD: Wie soll man es in den nächsten Jahren umweltpolitisch schaffen, die Ziele bei der CO₂-Reduktion – wie hoch sie auch immer sein mögen – kurzfristig zu erreichen? Könnte da die Kernenergie eine Zwischenlösung sein?

Schreurs: Nein, Kernenergie wird uns nicht dorthin bringen. Man braucht sich nur anschauen, wie lange es dauert, um ein Kernkraftwerk zu bauen: In China, wo man am schnellsten ist, braucht man dafür acht bis zehn Jahre. In Europa dauert es zehn bis 15 Jahre. In derselben Zeit kann man mit anderen Technologien viel mehr erreichen. Vor allem ist das Problem mit dem radioaktiven Müll immer noch ungelöst. Ich denke also nicht, dass Kernenergie in Zukunft eine wichtige Rolle spielen wird, auch wenn ein Land wie Frankreich daran massives Interesse hat. Wir werden in Europa ziemlich sicher nicht mehr viele neue Kernkraftwerke sehen.

STANDARD: An welche anderen Technologie denken Sie?

Schreurs: Da gibt es einige Möglichkeiten. Kürzlich erst haben wir im deutschen Sachverständigenrat für Umweltfragen ein Gutachten über unterirdische CO₂-Speicherung, etwa in aufgelassenen Erdgasfeldern, verfasst. Das ist noch alles etwas unsicher. Bei der Energieerzeugung muss sicher alles in Richtung erneuerbare Energietechnologie gehen: also Windkraftwer-

Lieber Herr Obama: We really can.



Bei uns in Österreich können sich Ihre Landsleute einiges anschauen: Mit ihrer vorbildlichen Mülltrennung ersparen die ÖsterreicherInnen der Umwelt jährlich mehr als 600.000 Tonnen CO₂-Äquivalente – durch umweltgerechtes Recycling der Verpackungsabfälle im ARA System, finanziert von 15.000 verantwortungsbewussten Unternehmen. Denken Sie darüber einmal nach, wenn Sie durch Kopenhagen spazieren. www.ara.at

ARA
Altstoff Recycling Austria AG

ST. STEPHEN'S

Bezahlte Anzeige



Zurück zur ländlichen Idylle: Immer mehr Amerikaner schätzen lokal produzierte Bio-Produkte. Und sie bauen diese gleich selbst an, in Kooperativen oder Stadtgärten.

Foto: Alex Webb / Magnum

WISSEN

Bio und der Klimaschutz

Bio-Produkte sind der am schnellsten wachsende Sektor am US-amerikanischen Lebensmittelmarkt. Sie machen zwar nur etwa 3,5 Prozent der verkauften Nahrungsmittel aus, können aber Wachstumsraten von mehr als 15 Prozent jährlich verbuchen. Dem Worldwatch Institute zufolge ist Landnutzung für 31 Prozent der vom Menschen verursachten Treibhausgasemissionen verantwortlich. Das Rodale Institute stellte in einem 23 Jahre andauernden Experiment fest, dass biologischer Anbau bis zu 28 Prozent mehr Kohlenstoff in der Erde bindet als konventioneller. Würden die 65 Millionen Hektar Mais und Soja-Felder der USA auf Bio umgestellt, könnte eine Viertelmilliarde CO₂ eingespart werden, so das Institut. (kri)

Unsere kleine Bio-Farm

Biologisch angebautes Obst und Gemüse wird auch in den USA, dem Land der Gentechnik und Großfarmen, zum Trend. Auch wenn es einige Hürden gibt – wie ein Besuch auf der Berry Patch Farm nahe Denver zeigt.

Karin Krichmayr

Brighton/Colorado – „Da drüben, am Silver Platte River, ist schon der junge Buffalo Bill entlanggeritten“, sagt Claudia Ferrell und zeigt in Richtung der endlos weiten Fläche, die sich östlich der Berry Patch Farm bis zum Horizont erstreckt. „Von dem Fluss hängt die Wasserversorgung der gesamten Landwirtschaft hier ab.“ Nur etwa 25 Zentimeter regne es im Jahr in diesen trockenen Präriegebieten am Fuße der Rocky Mountains, fügt Claudia hinzu.

Trotz des Wassermangels wirkt die Berry Patch Farm in Brighton, unweit von Denver, Colorado, wie eine kleine, fast schon kitschige Oase: Weiße Schaukelstühle auf der Veranda vor dem rot gestrichenen Schuppen, in dem feldfrisches Obst und Gemüse verkauft wird, Kürbisse und Maiskolben als Deko, der Duft von sonnenwarmen Kräutern in der Luft und überall Hühner, die dazwischen herumlaufen.

Das hat einen ungemein beruhigenden Effekt inmitten einer scheinbar planlos zersiedelten Umgebung, in der sich trostlose Konglomerate aus gleichförmigen Fertigteilhäusern aneinanderreihen, deren Mittelpunkt eine Shopping-Mall bildet. Die nostalgische Farm-Idylle schätzen auch die vielen Familien, die auf den Biobauernhof kommen, um selbst Himbeeren, Erdbeeren, Ribisel oder Johannisbeeren zu ernten – und sich von Claudias Idealismus anstecken zu lassen.

Vor 16 Jahren begann die ehemalige Ärztin gemeinsam mit ihrem Mann Tim, die damals heruntergekommene Farm in eine staatlich zertifizierte „organic farm“ umzuwandeln, um die lokale Bevölkerung direkt ab Hof bzw. am nahegelegenen Bauernmarkt zu versorgen und den ökologischen Fußabdruck möglichst klein zu halten.

Als Präsidentin der Colorado Organic Producers Association (Copa) setzt sie sich dafür ein, Bauern das Umsteigen auf umweltschonende und ressourcensparende Methoden zu erleichtern – kein leichtes Unterfangen in einem Land, wo Farmen hauptsächlich riesige Industriebetriebe sind, die mit massivem Einsatz von Pestiziden und Gentechnik die Schäden der Monokultur wettzumachen versuchen und Bio trotz großer Wachstumsraten nach wie vor als hippen Nischenprodukt für Wohlstandsverwöhnte abgekanzelt wird.

„Es hat Jahre gedauert, eine Stammkundschaft aufzubauen, aber es werden immer mehr, die aktiv nach lokalen Bio-Produkten suchen“, sagt Claudia, während sie einen picksüßen, patzigen Kürbiskuchen auf Papptellern serviert – natürlich selbst gebacken. Ihre 72 Jahre nimmt man ihr kaum ab, so jugendlich strahlt sie mit ihrer wilden Haarpracht, dem gewinnenden Lächeln und dem schlabberden Wollpulli.

„Biologischer Anbau ist der Schlüssel zu Nachhaltigkeit“, sagt Claudias Freundin und Copa-Se-

kretärin Elaine Granata mit Nachdruck. „Trotzdem ist im Staat Colorado niemand für biologischen Landbau zuständig. Heuer wurde zum ersten Mal Geld dafür gewidmet, um Forschung auf diesem Gebiet zu fördern.“ Mittlerweile gebe es in Colorado rund 180 zertifizierte Bio-Bauern, etwa ein Drittel gehört der Copa an. Von Agrarsubventionen wie in Europa können die amerikanischen „organic farmers“ nur träumen – man vertraut auf den freien Markt.

Elaine Granata begann 2002 eine geleaste Farm ganz in der Nähe zu bewirtschaften, dann verlor sie das Land und verlegte die Landwirtschaft kurzerhand in die Stadt, nach Denver. Dort pflanzt sie gemeinsam mit elf Teilhabern Gemüse auf Dächern, in Hinterhöfen und auf Baulücken. Community Supported Agriculture (CSA) nennt sich das trendige Konzept, bei dem sich Hobbybauern zu Selbstversorgerkooperativen zusammenschließen. Für einen Jahresbeitrag bekommt jeder ein Stück Feld oder regelmäßig eine Kiste Gemüse. Geteilt wird aber auch das Risiko bei einem Ernteausfall.

Tote Äcker und Wassermangel

„Langsam wacht die Öffentlichkeit auf“, meint Elaine. „Mittlerweile gibt es mehr Nachfrage als Angebot an CSAs.“ Jetzt müssten auch die Großfarmen umdenken: „Tausende Quadratkilometer Boden sind einfach tot.“ Das Argument, dass Bio-Anbau die Welt nicht ernähren könne, lässt sie nicht gelten: „Mit Bio-Düngern und neuen Technologien könnte man die Erträge einiger Pflanzen sogar erhöhen. Es will nur niemand das Risiko eingehen, Zeit und Geld zu investieren.“

Claudia Ferrell und ihr Mann haben viel in ihre 16-Hektar-Farm investiert – zum Beispiel in ein unterirdisches Bewässerungssystem, das unter den mit handgeschriebenen Schildern versehenen Reihen



Auf der Berry Patch Farm in Brighton ist die Welt scheinbar in Ordnung. Der kleine Bio-Bauernhof lebt vor allem von Idealismus. F.: kri

von Melonen, Bohnen, Tomatillos und allerlei exotischen Paprikasorten verläuft. Das spart Wasser und schützt zugleich gegen Unkraut.

„Der Preis für Wasseranteile hat sich in den letzten zehn Jahren verzehnfacht“, beteuert die autodidaktische Bäuerin. Die Rechte, das Wasser der Flüsse zu nutzen, liegen in Colorado zu einem überwiegenden Teil in privaten Händen bzw. werden von Firmen gehandelt. „Derzeit mieten wir Wasser“, schildert Claudia. „Wenn nicht bald einer der angrenzenden Bauern stirbt und seine Anteile verkauft, bekommen wir wirklich ein Problem.“ Ihre Probleme haben viele Kleinbauern in der Umgebung gelöst, indem sie das Land an Bauunternehmen verkauft haben. „Das beste Ackerland rund um die Städte geht so verloren, nur um einen weiteren Wal-Mart oder so was zu bauen“, sagt Claudia. „Das bricht mir das Herz.“

Das beste aus beiden Welten – Stadtentwicklung und Landwirtschaft – möchte Matthew Redmond in seinem „Agriburbia“-Konzept

vereinigen. Er versucht, Gemeinden und Landbesitzer davon zu überzeugen, autarke Communities zu gründen, in denen sich die Bewohner selbst mit dem Obst und Gemüse der angrenzenden Felder versorgen und den Rest an lokale Restaurants verkaufen.

Auf nach Agriburbia

„Nur so können Gemeinden langfristig nachhaltig werden“, ist Redmond überzeugt. „Wir brauchen einen Plan für die Zeit, wenn Öl zu teuer wird, um Lebensmittel quer durchs Land zu transportieren.“ 14 Agriburbia-Projekte rund um Denver sind bereits in Planung, das erste steht kurz vor Baubeginn und wird 944 Häuser und mehr als 100 Hektar Felder umfassen.

Eine Einverleibung durch Bauunternehmer kann der Berry Patch Farm jedenfalls nicht passieren. Claudia Ferrell hat ihr Land unter einen speziellen Schutz stellen lassen, der auch in Zukunft nur eine landwirtschaftliche Nutzung zulässt. Da kann das Wasser noch so knapp werden.

ALS GLOBAL CORPORATE CITIZEN STEHEN WIR ZU UNSERER VERANTWORTUNG GEGENÜBER DER UMWELT.

Mehr über unsere Corporate Responsibility: www.rzb.at

RZB
MEINE BUSINESS-BANK.

Die grünen Katzen von Peking

Chinas boomende Wirtschaft belastet das Klima. Pünktlich zu Beginn des Kopenhagener Gipfels schreibt sich die Regierung in Peking den Schutz der Atmosphäre auf ihre Fahnen und kündigt ein Maßnahmenpaket an.

Johnny Erling

Peking – Regierungsberater Hu Angang erinnerte an Reformarchitekten Deng Xiaoping. Der große Alte hatte China nach dem Ende der Kulturrevolution den Weg in die Moderne gewiesen: Wirtschaftliche Entwicklung um jeden Preis. Deng gab drei Stufen von 1980 bis 2050 vor, um den „kleinen Wohlstand“ ab 2000 zu erzielen und schließlich zur wohlhabenden Gesellschaft ab 2050 zu kommen. Die Chinesen erwiesen sich mit ihrem Wirtschaftsboom als übereifrig. „2020 werden wir Dongs Visionen für 2050 erfüllt haben“, sagt der Qinghua-Ökonom Hu Angang. Dongs Devise war Pragmatismus. Alles war erlaubt, solange nur die Partei die Kontrolle behielt. Sein Motto wurde weltberühmt: „Mir ist es gleich, welche Farbe die Katze hat, ob schwarz oder weiß: Hauptsache sie fängt Mäuse!“ Die Katzen „müssen weiter Mäuse fangen“, sagt Hu. „Heute ist uns die Farbe aber nicht mehr egal. Sie müssen grün sein.“

Unter der Ära Deng vervierfachte China seine Wirtschaftsleistung. Nur an eines hatte er nicht gedacht: den Preis für die Umwelt. Schneller als beim Anstieg seines Bruttoinlandsprodukts, wo China noch hinter den USA liegt, rückte es auf den Platz eins als Erzeuger des Klimakillers CO₂. 2008 pustete es sieben Milliarden Tonnen (MT) des Treibhausgases in die Atmosphäre,



Chinas grüne Zukunft soll in der Kernenergie liegen, im derzeitigen Energie-Mix spielt Windkraft wie hier im Windpark von Guangdong eine tragende Rolle. Foto: EPA

re, fünfmal so viel wie 1980, sagt der Präsident der Pekingener EU-Kammer Jörg Wuttke. Er stützt sich auf die neue Cera-Cambridge-Energiestudie. Ab 2008 wurde die Volksrepublik zum weltgrößten Kohlendioxid-Verursacher. Einziger Trost: Der Pro-Kopf-Ausstoß ist in den USA fünf- bis siebenmal höher.

Nun bekennt sich auch Peking zur CO₂-Verminderung, obwohl es wie alle Entwicklungsländer in Kyoto einen Freibrief ausgestellt bekam, seine Emissionen weder reduzieren zu müssen noch rechnen-

schaftspflichtig zu sein. „Wir übernehmen unsere Verantwortung als freiwillige nationale Verpflichtung“, sagte der einstige Umweltminister und heutige Wirtschaftsplaner Xie Zhenhua, der Pekings Chefunterhändler in Kopenhagen ist. Doch China weiß, dass es so nicht weiterwirtschaften kann. Obwohl der Anteil seiner Wirtschaft 2007 weniger als sechs Prozent der Weltwirtschaft ausmachte, verbrauchte das Riesenreich mehr als 40 Prozent allen globalen Stahls, mehr als die Hälfte allen Zements und Aluminiums. Nach Berechnungen von Hu Angang, dessen Buch *China und der weltweite Klimawandel* gerade erschien, stieg die Wirtschaftsleistung 2001 bis 2008 um jährlich 10,2 Prozent. Die CO₂-Emissionen wuchsen überproportional um 12,2 Prozent. Ein Hauptgrund ist die Kohle, die einst zu fast 90 Prozent Chinas Boom anfeuerte. Ihr Anteil am Primärenergieverbrauch liegt aktuell bei 68,7 Prozent, heißt es im aktuellen „Fortschrittsbericht 2009 zum Klimawandel“, den Peking für die Weltklimakonferenz in Kopenhagen vorbereitet hat. „Unsere CO₂-Emissionen pro Einheit Energie waren daher sehr viel höher als der Weltdurchschnitt. Das stellt uns vor enorme Schwierigkeiten, sie zu reduzieren.“

China hatte 2006 begonnen, seine Energieeffizienz zu verbessern, indem es sich im Fünfjahresplan bis 2010 das Ziel setzte, mit 20 Prozent weniger Energie eine vergleichbare Wirtschaftsleistung wie 2005 zu erzielen. Bis Ende 2008 konnte Peking durch Modernisierung und Schließung ineffizienter Betriebe seinen Energieverbrauch relativ um 10,1 Prozent reduzieren. Ohne diese Einsparmaßnahme wären in Chinas Schadstoffbilanz noch 670 Millionen Tonnen CO₂ dazugekommen. Wenn das Land

bis 2010 insgesamt 20 Prozent einspart, wird es sogar 1,5 Milliarden Tonnen CO₂ vermeiden können. In absoluten Zahlen hat Chinas Energieverbrauch allerdings wegen des Wirtschaftswachstums zugenommen.

Ende November beschloss der Pekingener Staatsrat nun nach der Energieeffizienz auch den CO₂-Ausstoß während seines Wachstums zu begrenzen. Bis zum Jahr 2020 will China die Erzeugung von Treibhausgasen pro Einheit Wirtschaftsleistung um 40 bis 45 Prozent gegenüber dem Ausgangsjahr 2005 reduzieren. In absoluten Zahlen verlangt damit das nur das Tempo, da sich Chinas Bruttoinlandsprodukt bis 2020 mindestens verdoppeln wird. So wachsen die CO₂-Emissionen weiter. Für Zentralbank-Experten Zhang Jianhua könnten sie ihre Obergrenze bestenfalls 2021 erreichen, wenn China acht bis neun Milliarden Tonnen CO₂ erzeugt. Andere Forscher setzen die Obergrenze erst nach 2030 an.

Die neue CO₂-Politik ist ein positiver Schritt Pekings für den Klimagipfel in Kopenhagen. Von noch größerer Bedeutung ist sie für China selbst, um die Weichen für eine „grüne Wirtschaft“ neu zu stellen. Peking ist gezwungen, seinen Energiemix schneller als bisher zu ändern. Die Regierung unterstützt bereits den Ausbau regenerativer Energiegewinnung, um den Anteil der Kohle zurückzudrängen. Der „Fortschrittsbericht 2009“ für Kopenhagen weist vor allem die Nutzung der Wasserkraft aus, deren installierte Leistung 2008 auf 172 Gigawatt stieg und die zu 16,3 Prozent zum Stromver-

brauch beiträgt. Allein im Jahr 2007 kamen 27 Gigawatt über neue Staudämme hinzu.

Prozentual am schnellsten wachsen Windkraftanlagen, deren Kapazitäten sich seit 2005 jährlich verdoppelten. Sie nahmen von 6,04 Gigawatt 2007 auf 12,1 Gigawatt 2008 zu. Peking fördert massiv den Ausbau der Solarenergie (0,15 Gigawatt 2008) oder von Biomasse, die mehr als 30 Millionen ländliche Haushalte versorgt. Die Kernenergie ist Chinas Trumpf. Im Jahr 2008 gab es erst elf Reaktoren, die mit 9,1 Gigawatt Leistung weniger als zwei Prozent des Strombedarfs lieferten.

Im Jahr 2020 sollen sie mindestens 70 Gigawatt leisten. China sei heute „das Land mit den meisten in Bau befindlichen Atomkraftwerken“, verkündet die Regierung. Für 2020 plant Peking auf einen Anteil von 15 Prozent Verbrauch aus erneuerbaren Quellen zu kommen. Zur CO₂-Minderung sollen 40 Millionen Hektar Land bis 2020 aufgeforstet werden. Klimaunterhändler Yu Qingtai sprach in Peking von 60 Milliarden Bäumen, die dafür gepflanzt würden.

Chinas Motivation resultiert nicht nur aus der Einsicht, dass der Klimawandel alle trifft, sondern auch aus strategischen Überlegungen. In der *China Times* schrieb Gao Jianyu, dass grüne Umwelttechnologien im Zusammenhang mit dem Klimawandel zur neuen Industrialisierungswelle führen, die die Informationstechnik der 1980er-Jahre ablöst. China springe auf diesen Zug auf. „Wir werden eines Tages sagen, dass Kopenhagen der Ausgangspunkt dieser neuen Entwicklung war.“



Eine Architektur-Insel auf höchstem Standard

Das „Platin-Haus“ ist ein Vorreiter der grünen Bauweise

Johnny Erling

Das 90 Meter hohe Gebäude mitten in Pekings scheint mit seinen gläsernen von Stahlgerüsten gehaltenen Dreiecksseiten Segel setzen zu wollen. Luftkissen aus Kunststofffolien bedecken das Dach. Unter dem gigantischen lichtdurchlässigen Vorhang verbergen sich vier 18-stöckige Büro-, Geschäfts- und Hotelbauten, die mit Brücken verbunden sind. 6000 Menschen werden hier im „Parkview Green“ ab Mitte 2010 einkaufen und arbeiten, sagt der 37-jährige Projektchef Leo Hwang. Rund 300 Millionen Euro kostet das erste Multifunktionsgebäude Chinas, das für die höchste Kategorie „Platin“ nach dem US-Standard „Leeds“ für nachhaltiges Bauen nominiert ist. Technologie sorgt dafür, dass bei der grünen Immobilie alles abgestimmt verläuft: vom Wasserkreislauf bis zu Licht-

und Ventilationssystemen. Leo Hwang kommt aus der ökologisch denkenden Einzelgeneration des weltweit erfolgreichen taiwanischen Familienbetriebs der Chyau-Fwu-Baugruppe. Chinas Wissensministerium fördert Pilotprojekte nach Leeds-Standard. 2002 erbaute es mit US-Forschern Pekings erstes Bürogebäude nach dem „Goldstandard“. Für Akademie-Projektleiter Yang Guoxiong ist Chinas energieverschwendender und CO₂-erzeugender Bausektor der größte Hebel zur Klimaverbesserung. Er misst den Erfolg des „Goldhauses“ weniger an seiner um 74,3 Prozent besseren Energienutzung und an den 1700 Tonnen weniger CO₂-Ausstoß, die es nach fünf Jahren Betrieb erzielt, sondern an seiner Vorbildfunktion für die Umweltgesetzgebung, in der 2010 die Auflagen für Neu- und Umbauten definiert werden sollen.

Raiffeisen unterstützt Sie bei nachhaltigen Projekten aus den Bereichen Finanzen, Energie, Verkehr, Bauen & Sanieren.

www.raiffeisen-klimaschutz.at

Wir tun was.



Bye-bye, Stand-by

811 Gigawattstunden vergeuden Österreichs Haushalte jährlich durch den Stand-by-Betrieb von Elektrogeräten. Ein guter Teil davon könnte mit einer einfachen Steckdosenleiste mit Kippschalter eingespart werden.

Karin Tzschentke

Wien – Lassen Sie Ihr geparktes Auto immer im Leergang laufen – falls Sie einmal ganz schnell wegfahren wollen? Sie tun das nicht, weil Sie a) Sprit nicht sinnlos verschwenden wollen, und b) mit den Abgasen die Luft nicht verpesten wollen? Gut so.

Doch zu Hause oder im Büro geht nicht jeder so bedacht mit Energie um. In jedem Haushalt, in jedem Betrieb hängen unzählige Geräte an der Steckdose und saugen genüsslich Strom – auch wenn sie gerade nicht im Einsatz sind. Zum Beispiel der Fernseher, die HiFi-Anlage oder der DVD-Player, die dienstbereit darauf warten, von ihrem Nutzer oder ihrer Nutzerin per Fernbedienung in Betrieb genommen zu werden.

Dieser Stand-by-Modus (Bereitschafts- oder Leerlaufmodus) ist einerseits zwar praktisch, andererseits aber in Summe ein ordentli-

cher Stromfresser – der das Börsel und die Umwelt gleichermaßen belastet.

In einer heuer veröffentlichten Diplomarbeit „Standby-Verluste von Elektrogeräten“ am Institut für Elektrische Anlagen der TU Graz wurde der Stand-by-Verbrauch von Österreich geschätzt. Dabei ergab sich für einen durchschnittlichen österreichischen Haushalt ein Stand-by-Verbrauch von etwa 230 kWh, das entspricht rund 45 Euro oder 100 Kilo CO₂ pro Jahr. Hochgerechnet auf alle österreichischen Haushalte betragen die Gesamtverluste rund 811 GWh. Dies entspricht einem CO₂-Ausstoß von rund 350.000 Tonnen pro Jahr.

Die EU hat dieser Stromvergeudung den Kampf angesagt. Ab kommenden Jahr dürfen nur noch solche Computer, Waschmaschinen,

Fernsehgeräte und andere Büro- und Haushaltsgeräte verkauft werden, die ein bis maximal zwei Watt im Stand-by-Betrieb verbrauchen. 70 Prozent des Stromverbrauchs im Bereitschaftsmodus sollen so bis 2020 reduziert werden.

Doch bis in jedem Haushalt sparsamere Geräte stehen, kann jeder Einzelne von uns einen Beitrag gegen Stand-by-Verluste leisten. Zum Beispiel dadurch, seine Geräte wenigstens über Nacht vollkommen vom Netz zu trennen – noch besser, immer dann, wenn man sie

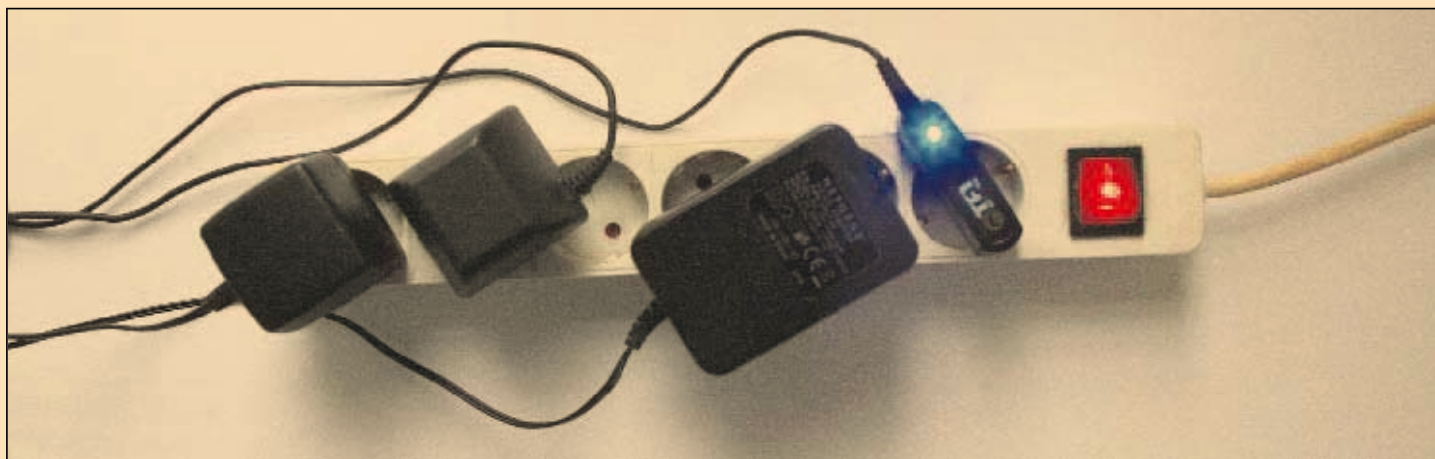
nicht nutzt. Um dabei mehrere Fliegen mit einer Klappe zu schlagen, empfehlen sich hierfür Steckdosenleisten mit einem Kippschalter. Diese gibt es schon ab wenigen Euro zu kaufen.

Oder man greift zu einer sogenannten Master-Slave-Dose mit Überspannungsschutz. Sie nimmt beispielsweise Sat-Receiver und Videorekorder automatisch vom Stromnetz, sobald der Fernseher auf Stand-by geschaltet wird. So benötigt nur das TV-Gerät Stand-by-Strom, und der Komfort der Fernbedienung bleibt erhalten. Master-Slave-Dosen eignen sich auch fürs Büro. Wird der PC ausgemacht, werden auch daran hängende Peripheriegeräte wie Monitor oder Maus vom Strom gekappt.

Zu den Stromschluckspechten zählen auch Netzteile, wenn sie

kein Gerät betreiben, kein Handy oder Laptop mit Saft befüllen. Ist ein Netzteil in die Steckdose eingesteckt, daran aber kein Gerät angeschlossen, spürt man nach kurzer Zeit eine Erwärmung; nutzlos in Hitze umgewandelter Strom.

Den Netzteilen hat die EU-Kommission deshalb eine strenge Diät verschrieben. Die in zwei Schritten, 2010 und 2011, in Kraft tretende Verordnung schreibt nicht nur eine bestimmte Effizienz der Netzteile im aktiven Betriebszustand vor, sondern auch deren zulässige Leistungsaufnahme, wenn sie lediglich an der Steckdose hängen, ohne angeschlossene Geräte mit Gleich- oder Wechselstrom zu versorgen. Das verspricht eine europaweite Energieeinsparung von neun Terawattstunden – der Stromjahresverbrauch Litauens.



Kleine Ursache, großer Verbrauch: Netzteile, die ohne angeschlossenes Gerät in der Steckdose Strom saugen.

Foto: Cremer



KURZ GEMELDET

Ein Prozessor mit 48 Rechenkernen

Feldkirchen – Intel hat den Prototyp eines Prozessors mit 48 Kernen entwickelt (Single-Chip Cloud Computer), mit zehnmal mehr Kernen als derzeit. Ziel sind 100 oder mehr Kerne in einem Prozessor, um mehr Leistung mit weniger Energieverbrauch zu erzielen. (red)

Unesco-Welterbe mit Google Street View besuchen

Wien – In Zusammenarbeit mit Unesco hat Google 360-Grad-Ansichten von Unesco-Stätten des Weltkulturerbes in Street View aufgenommen, derzeit aus Tschechien, Frankreich, Italien, Niederlanden, Spanien und Großbritannien. Weitere Länder werden folgen (www.google.com/intl/en/landing/unesco). (red)

Helmut Spudich

Wien – Mehr als eine Milliarde neuer Handys werden 2010 erzeugt und betrieben werden. Da können selbst kleine Schritte zu umweltfreundlichem Design große Unterschiede machen. Samsung, das bereits ein Handy aus Recycling-Materialien herausbrachte, bietet jetzt das erste Touchscreen-Handy mit grünem Touch: Das Gehäuse aus wiederverwertetem Plastik (Wasserflaschen), die Stromversorgung aus Solarzellen auf der Rückseite. Funktional entspricht das „Blue Earth“ anderen High-End-Handys von Samsung, wobei das Display kleiner als bei anderen Modellen ist, was Onlinefunktionen

etwas beeinträchtigt. Davon abgesehen läuft Websurfen auf dem Blue Earth rund, für Facebook, Twitter & Co sind eine Reihe von Apps vorinstalliert. Allerdings gibt es weder in senkrechter noch waagrechtlicher Verwendung des Geräts eine volle Qwertz-Tastatur: Die Eingabe erfolgt über eine numerische Tastatur wie seinerzeit beim SMS-schreiben.

Die Solarzellen brauchen gutes Sonnenlicht, nach Herstellerangaben bringt eine Stunde Laden zehn Minuten Gesprächszeit. Vor allem im Winter wird darum der meiste Strom eher aus der Steckdose kommen. Ein „Ökomodus“ versucht automatisch, so sparsam als möglich mit Strom umzugehen.



Solarrecyclinghandy aus dem Karton (mit Plastik-sackerln). F: Cremer

Grüne Wolke im Untergrund

Hitze von Serverfarm in Helsinki liefert Fernwärme

Helsinki – In einer kühlen Höhle unter der orthodoxen Uspenski-Kathedrale in Finnland soll das grünste Rechenzentrum der Welt entstehen. Die überschüssige Hitze hunderter Server unter der beliebten Touristenattraktion wird gesammelt und in das Fernwärmenetz von Helsinki eingespeist, das zur Heizung und Warmwasseraufbereitung in der finnischen Hauptstadt dient.

„Es ist ohne weiteres vorstellbar, dass ein beträchtlicher Teil der Heizung der Hauptstadt von Wärme kommt, die Serverfarmen erzeugen“, sagt Juha Sipilä, Projektmanager bei Helsingin Energia.

Das neue Rechenzentrum der IT-Services-Firma Academia soll im Jänner 2010 online geschaltet werden; die Nutzung der Abwärme soll den wachsenden Umweltbedenken Rechnung tragen, der mit Cloud Computing verbunden wird. Bei Cloud Computing werden Soft-

ware und Daten online von riesigen Serverfarmen zur Verfügung gestellt. Unternehmen erwarten sich durch die Auslagerung von IT-Aufgaben in externe Serverfarmen Ersparnisse.

Weltweit sollen Datenzentren, wie sie von Google und Microsoft für Cloud Computing betrieben werden, bereits für ein Prozent des Energieaufkommens verantwortlich sein, was dem Energieverbrauch von Ländern wie den Niederlanden oder Argentinien entspricht. Datenzentren haben etwa ein Drittel der Emissionen von Airlines, ihr Wachstum liegt jedoch bei rund zehn Prozent jährlich.

Das Problem von Serverfarmen: Nur 40 bis 45 Prozent der Energie dient zum Rechnen, der Rest wird zur Kühlung der Server aufgewendet. Das Uspenski-Computerzentrum wird etwa die Wärme liefern, die für die Heizung von 500 Haushalten nötig ist. (Reuters)

Die STANDARD Debatte

Wirtschaftskrise damals und heute: Gibt es Parallelen?

10. 12. 2009, 19.00 Uhr



Eveline List
Historikerin und Psychoanalytikerin, Universität Wien



Gerhard Botz
Zeithistoriker, Universität Wien



Peter Eigner
Wirtschaftshistoriker, Universität Wien



Stefan Karner
Sozialhistoriker, Universität Graz



Heinrich Treichl
ehemaliger Direktor der CA



Moderation:
Alexandra Förderl-Schmid
DER STANDARD

In Kooperation mit
WIEN MUSEUM



Die Zeitung für Leser

Ort: Wien Museum, Karlsplatz, 1040 Wien, Freier Eintritt

derStandard.at/Events

Ein Land probt den Untergang

Die Malediven gehören zu den ersten Staaten, die das Meer bis zum Ende dieses Jahrhunderts verschluckt. Mit spektakulären Aktionen versucht Präsident Nasheed die internationale Gemeinschaft wachzurütteln.

Markus Bernath

Wien/Male – Die Kabinettsitzung vom 17. Oktober war eine Meisterleistung in Öffentlichkeitsarbeit, da sind sich selbst die Kleinredner des Klimawandels einig. Mohamed Nasheed hatte elf seiner Minister um sich versammelt und ließ eine vorbereitete EntschlieÙung auf Plastikkarten verlesen, einige Meter tief in der Lagune von Girifushi, einem der bei Touristen beliebtesten Stellen für Tauchexkursionen auf den Malediven.

„Der Präsident benutzte einen Shaker, um die Sitzung zu eröffnen, und kommuni-



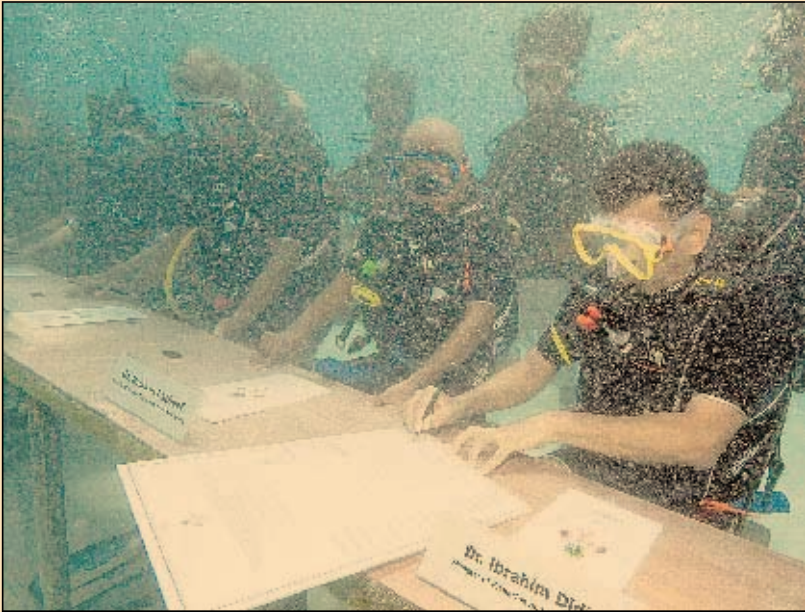
zierte in der Padi-Sprache (*international genutzte Zeichensprache unter Wasser, Anm.*)“, erzählt Abdulah Saeed, der Kabinettssekretär, später. „Ich habe den Text der Erklärung verlesen. Sobald die Minister Zustimmung signalisierten, unterzeichnete der Präsident die Resolution, und sie wurde weitergereicht, damit das Kabinett sie offiziell billigt.“

Die erste Kabinettsitzung der Welt, die unter Wasser stattfand, war ein solcher Mediencoup, dass sie schnell Nachahmer gefunden hat. Am Freitag, drei Tage vor dem Beginn der UN-Klimakonferenz in

Kopenhagen, tagte etwa die nepalesische Regierung am Mount Everest – nicht auf dem Gipfel, aber immerhin auf seinen Hängen in 5262 Meter Höhe.

Indien, bisher einer der größten Bremsen beim Kampf gegen den Klimawandel, ist dagegen eher genervt vom Aktivismus des maledivischen Präsidenten Nasheed. Umweltpolitiker im indischen Bundesstaat Westbengal verstehen die Welt nicht mehr: Die Malediven mit ihren knapp 300.000 Einwohnern bekommen nun mehr internationale Aufmerksamkeit als die Sunderbans, der riesige Mangrovenwald im Flussdelta von Westbengal, wo der Ganges, Brahmaputra und Meghna in den Indischen Ozean münden. Auch die Sunderbans werden am Ende dieses Jahrhunderts untergehen, schätzen Klimaforscher. 4,5 Millionen Menschen leben dort.

„SOS von der Frontlinie“, lautete der Titel der Resolution, die Nasheeds Minister in der Lagune unterschrieben. Drin steht das Credo



Kabinett unter Wasser: Die Regierung der Malediven rief in einer Resolution zur radikalen Verringerung von CO₂-Emissionen auf. Foto: AP

des Präsidenten, der in Kopenhagen als neue Ikone der Klimapolitik auftreten wird, ein zweiter Al Gore mit weniger Hollywood, aber der Wut der Dritten Welt: „Der Klimawandel findet statt, und er bedroht die Rechte und die Sicherheit eines jeden auf der Erde.“ Auch die magische Zahl der Klimaschützer steht im Text – „350 ppm“, die Verringerung der Kohlendioxid-Emissionen auf 350

„parts per million“, um den globalen Anstieg der Temperatur aufzuhalten. Das ist auch die Zahl, mit der Nasheed nach Kopenhagen geht.

Mit seiner Rhetorik überrollt der Ex-Dissident, der erst seit einem Jahr im Amt ist und eine 30 Jahre dauernde Diktatur ablöste, Diplomaten und Minister. „Wir wissen, dass Sie nicht wirklich zuhören“, sagte er im September zu den Delegierten einer Vorkonferenz der Uno in New York zum Klimawandel. Auf dieser Konferenz fiel auch Nasheeds Wort vom „akzeptierten Völkermord“. Genau darauf laufe die abwartende Haltung der internationalen Gemeinschaft beim Klimawandel hinaus.

Massenumsiedlung geplant

In Male, der Hauptstadt des 1190-Insel-Atolls, wird schon für das nächste Jahrhundert geplant. Aus einem nationalen Fonds will die Regierung Land in Indien und Sri Lanka kaufen, um die Bevölkerung umzusiedeln. Tatsächlich ist das Geld dafür aber nicht da, und das Projekt „Massenumsiedlung“ scheint auch den prospektiven Landverkäufern in Indien einigermaßen utopisch.

„Ich habe eine sieben Jahre alte Tochter“, sagte Nasheed unlängst in einer Diskussionssendung im australischen Radio. „Sie wird nicht überleben, wenn die Temperatur auf über 1,5 Grad ansteigt. Ebenso wenig die Menschen in meinem Land. Sie können das formulieren, wie Sie wollen.“

WISSEN

Bündnis der Klima-Opfer

Von „A“ wie Antigua bis „Z“ wie Zypern reicht die Allianz der kleinen Inselstaaten Aosis (Alliance of Small Island States), die sich Anfang der 1990er-Jahre zusammenschlossen, um gemeinsam besser ihre Interessen in Fragen der Wirtschaftsentwicklung und des Klimaschutzes zu vertreten – im Prinzip.

Denn wenn die derzeit 51 Inselstaaten in der Karibik, im Pazifik, Indischen Ozean und Mittelmeer auch ähnlich akute Bedrohungen durch den Anstieg der Meeresspiegel haben, sind sie nicht gleichermaßen bereit, radikale Maßnahmen im Kampf gegen den Klimawandel zu finanzieren, die ihnen öffentliche Aufmerksamkeit verschaffen könnten. Ähnliches zeigt sich bei den V11 – den elf durch den Temperaturanstieg am meisten verwundbarsten Staaten (Bangladesch, Nepal, Vietnam, Kiribati, Barbados, Bhutan, Ghana, Ruanda, Kenia, Tansania, Malediven). Sie konnten sich nicht entschließen, dem Beispiel der Malediven folgend bis 2020 eine „CO₂-neutrale“ Wirtschaft aufzustellen. (red)

100% WIR

Bargeld IST NICHT ALLES

Infos auf woman.at/card und in Ihrem woman

DIE NEUE WOMAN CARD IST MEHR:

- mehr Möglichkeiten: bei 31 Mio. Vertragspartnern, davon 98.000 in Österreich, können Sie mit Ihrer WOMAN Kreditkarte zahlen
- mehr Ersparnis: attraktive Sofort-Rabatte bei Bezahlung mit Ihrer WOMAN Card bei rund 30 Partnern und Online-Stores
- mehr Stil: die neue WOMAN Card Classic um nur € **29,50**
- mehr Service: für nur € **9,-** steigen Sie von Ihrer bestehenden PayLife Gold oder Classic Karte auf die WOMAN Card um

ist mehr.

Wegweiser in Richtung Kohlenstofflosigkeit

Ist eine CO₂-freie Gesellschaft in absehbarer Zeit möglich? Wie lässt sich diese Umstellung politisch handhabbar machen? Kurz vor und knapp neben Kopenhagen hatten Experten ein paar Vorschläge parat.

Klaus Taschwer aus Lund

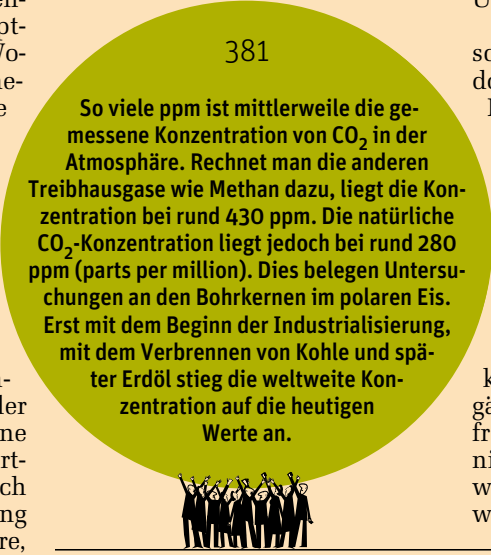
Es ist kein weiter Weg von Lund nach Kopenhagen und retour. Die kleine südschwedische Stadt mit der größten Universität des Landes verbindet eine direkte Schienenstrecke mit der dänischen Hauptstadt, die in der kommenden Woche zum Klimazentrum des Planeten werden wird. Aus der gerade einmal 40-minütigen Fahrt gibt es nicht allzu viel zu sehen – bis auf einen ziemlich beeindruckenden Off-Shore-Windkraftwerkpark.

Am Donnerstag und Freitag, also unmittelbar vor Eröffnung des Klimagipfels in Kopenhagen, fand in Lund eine Art Vor-Workshop über solche Einrichtungen wie eben diese Windräder statt. Rund fünfzig handverlesene Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und dem Umweltbereich trafen sich nämlich auf Einladung der EU-Initiative Atomium Culture, um darüber zu diskutieren, wie man politisch am besten und schnellsten zu einer Low Carbon Society kommt – also zu einer Gesellschaft, die möglichst wenig fossile Energieträger verbraucht.

Welche Rahmenbedingungen braucht es, um so einen Übergang zu schaffen? Wie gewinnt man die Gesellschaft dafür, dabei mitzumachen? Ist dafür ein ökologisches Analogon zur World Trade Organization nötig, wie der prominente Nasa-Klimaforscher James Hanson kürzlich meinte, der zugleich davon abriet, überhaupt erst nach Kopenhagen zu kommen?

Was aber wäre am besten mit dem ganzen CO₂ zu tun, das noch ausgestoßen wird, bevor man diese Umstellung schafft? Auf diese letzte Frage hatten zumindest die drei in Lund anwesenden Experten des Energiemultis Royal Dutch Shell eine kurze und bündige Antwort: CCS. Diese Abkürzung steht für CO₂-Abscheidung und -Spei-

cherung (engl. Carbon Dioxide Capture and Storage). Konkret ist damit die Einlagerung insbesondere in unterirdischen Speicherstätten gemeint, die freilich alles andere als unumstritten ist.



Vorweihnachtliche Gaben für Forscher

Private und institutionelle Förderer helfen nach – in unterschiedlichsten Höhen

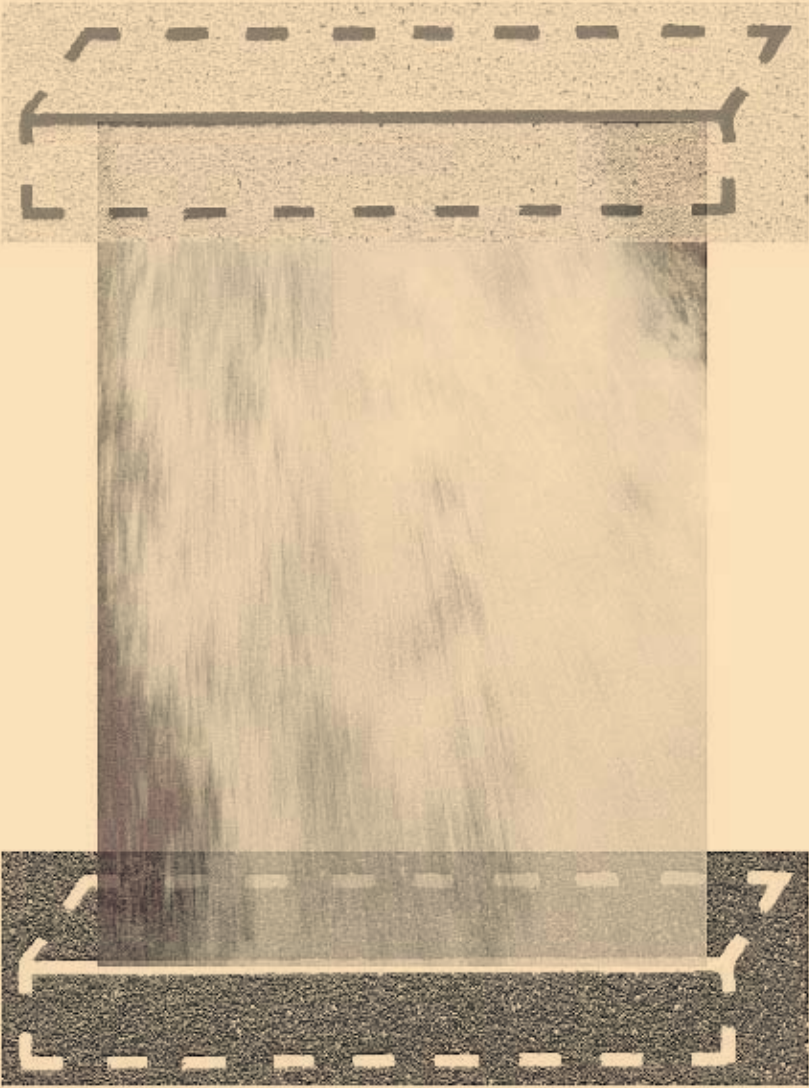
Wien – Es mutet an wie ein vorweihnachtlicher Gabentisch: Dieser Tage häuften sich Anerkennungs- und Förderungspreise für (Nachwuchs-)Wissenschaftler, abseits der großen jährlichen Vergaben wie die des FWF oder der Akademie, aber für die Betroffenen ebenfalls willkommen.

Drei Preise der Ersten Bank gehen in den medizinischen Bereich: einer an Nikolaus Binder von der Rheumatologie der Wiener Uniklinik, für eine Forschung über den Knochenabbau bei Osteoporose. Eine weitere Auszeichnung bekam Nika Skoro-Sajer von der Kardiologie, die über den Verlauf von Lungenerkrankungen arbeitet. Den

Kürzlich erst kam es im niederländischen Barendrecht zu einer Anhörung darüber, ob das leere Gasfeld unter der Kleinstadt für diesen Zweck genützt werden soll. Die Bewohner fühlten sich übergangen und legten sich quer. Erst letzte Woche sprach die zuständige Ministerin ein Machtwort und erlaubte den Versuch – wohl nicht das letzte Wort in der Debatte, wie die niederländische Umweltpolitikexpertin Simona Negro von der Uni Utrecht vermutet.

Als Gegenbeispiel nennt die Forscherin das deutsche Bioenergie-dorf Jühnde. Dort setzten sich die Bewohner selbst das Ziel, von fossilen Energieträgern unabhängig zu werden, und machten ihren Ort zum Musterbeispiel dafür, wie viel sich mit erneuerbaren Energieträgern wie Biomasse und Windturbinen erreichen lässt, wenn die Menschen nur mitmachen.

Mitbestimmung bei der Bevölkerung scheint mithin unumgänglich beim Weg in eine CO₂-freie Gesellschaft zu sein. Denn nicht überall kann man Windkraftwerke einfach ins Meer verlegen wie vor der dänischen Küste.



Meina Schellander: Composite element 2

LABOR

Marihuana lindert Folgen von Multipler Sklerose

New York – In einer weiteren Untersuchung der palliativen Effekte von Cannabis haben Forscher von der Global Neuroscience Initiative Foundation in Los Angeles festgestellt, dass Extrakte der Cannabis-pflanze die Symptome von Multipler Sklerose lindern können. Spastische Bewegungen könnten reduziert und die Mobilität der Patienten verbessert werden. Es gebe zwar Nebeneffekte, doch die seien auch bei den Placebo-Gruppen beobachtet worden. (APA)

Mobiltelefonieren führt nicht zu Krebs – oder doch

Kopenhagen – Ein weiteres Beispiel für die Kontroverse um die Gefahren des Mobiltelefonierens – und für die begrenzte Brauchbarkeit der Untersuchungen: Eine dänische Studie an 60.000 Fällen zeigte keine Erhöhung von Hirntumoren (*Journal of the National Cancer Institute*). Allerdings erklärten die Autoren einschränkend, dass die Nutzungszeit – fünf bis zehn Jahre – möglicherweise zu kurz für signifikante Aussagen sei; und dass nicht berücksichtigt worden sei, ob und wie stark Erkrankte Mobiltelefone benutzt hatten. (APA, mf)

Physiker Walter Thirring hat jetzt auch Matura

Wien – Walter Thirring (82) gilt international als einer der wichtigsten theoretischen und mathematischen Physiker, er forschte unter anderem in Göttingen, Zürich und Princeton. Nun bekam er auch die Matura von seiner Wiener Schule nachgereicht. Thirring wurde 1943, noch nicht 16 Jahre alt, als Flak-Helfer eingezogen. Aufgrund seiner Kenntnisse – auch sein Vater Hans war ein bekannter Physiker – konnte er 1945 sofort in Innsbruck und ein Jahr später in Wien studieren. Auf einem Absolvententreffen der Neulandschule in Wien-Favoriten wurde ihm nun eine „Matura h.c.“ verliehen. (APA)

GANZ KURZ

+++ Linz Seminare zum Schutz von Fledermäusen (www.fledermaus-schutz.at) bieten Tipps für Quartiergeber der nützlichen Insektenvertilger. (APA)

Und also sprach der letzte Mann auf dem Mond

Harrison Schmitt, Astronaut der Apollo 17, besuchte Wien und sprach über den Erdtrabanten und den Klimawandel

Peter Illetschko

Wien – Wenn der ehemalige Astronaut und Mondfahrer Harrison Schmitt (74) vom „Klimawandel“ spricht, wird seine Stimme recht sorgenvoll – allerdings nicht, weil er die Menschheit dazu ermahnen möchte, die Emission von Schadstoffen dringend einzudämmen, um die Natur und die eigene Gesundheit zu schützen. Schmitt befürchtet eine Gängelung der Menschen durch das „politische Werkzeug Klimawandel“, denn mehr sei die globale Erwärmung nicht. Sie sei jedenfalls nicht auf die Verwendung fossiler Brennstoffe zurückzuführen, natürliche Ursachen wie etwa die Sonnenaktivität hätten deutlich mehr Einfluss.

Der Geologe Harrison Schmitt war nach Wien gekommen, um in der Reihe der „Eduard Suess Lectures“ der Österreichischen Akademie der Wissenschaften einen Vortrag



Harrison Schmitt war der bisher einzige Wissenschaftler auf dem Mond. Foto: Newald

über Herkunft und Geschichte des Mondes zu halten. Das Wissen darüber hat er sich wohl nicht ausschließlich durch seinen rekordreichen Aufenthalt auf dem Mond im Dezember 1972 erworben. 22 Stunden war er auf dem Erdtrabanten unterwegs, so lange wie kein Astronaut davor. Schmitt war auch der Letzte, der den Mond betrat. Und er war der einzige Wissenschaftler, der als Astronaut am Apollo-Programm der USA teilnahm.

Die Zeit nach der Mondfahrt war für ihn keine psychische Herausforderung, so Schmitt. Die meisten seiner Kollegen hätten das ganz gut gemeistert. Er kenne nur einen Fall von schweren Depressionen (Buzz Aldrin, der zweite Mann auf dem Mond). Harrison Schmitts zweite Karriere: Er wurde Politiker, kandidierte erfolgreich für die republikanische Partei und erhielt danach einen Senatsitz. Bis heute ist er dem politisch rechten Lager treu geblieben und

hofft, dass George W. Bushs Plan, wieder zum Mond zu fliegen, bald Realität wird, und zwar vor allem deswegen, weil der schnellste Weg zum Mars nur über den Mond als Zwischenstation führen könne.

Die jüngsten Wasserfunde auf

dem Mond bezeichnet Schmitt als interessant, sie werden seiner Ansicht nach die Pläne für eine Mondstation allerdings nicht beschleunigen. „Der Mond wird ein Trainingslager – für Generationen von Menschen“.



22 Stunden Außeneinsatz am Mond: Während der Apollo-17-Mission wurden einige Rekorde gebrochen. Foto: NASA



Die Zeit verrinnt, Mutter Natur leidet, man kann aber auch alles durch die rosarote Brille sehen: Frische Hinweise auf unseren Umgang mit der Welt der Jungen.

„Ohne Gesicht rührst du keinen“

Es geht um die Welt von morgen – wir haben das Projekt deshalb in junge Hände gelegt: Studenten der Wiener Grafischen haben sich fotokünstlerisch mit dem Klimawandel auseinandergesetzt.

Otto Ranftl

Wien – „Der Klimawandel ist mit freiem Auge nicht erkennbar. Wir lesen darüber, aber wir sehen ihn nicht.“ Michael Krebs und Reinhard Lang suchten nach Möglichkeiten der Visualisierung, sie sollten das nur intellektuell Erfahrbare sichtbar machen. Sie fanden zur witzigen Collage, mit der sie uns das Thema näherbringen. Lang und Krebs, 27 und 23 Jahre alt, sind Studenten an der Wiener Grafischen und sie haben es mit Marie-Therese Jakoubek, Marlene Fröhlich und Tamara Pichler ins Finale der Gestaltung dieser Schwerpunktausgabe geschafft.

Das Thema der Jungen

Das Generalthema ist die Welt von morgen und das war mit ein Grund, sich um künstlerische Gestaltung aus den Hände junger Menschen zu kümmern. Es handelt sich sozusagen um „ihr Thema“, um die Welt, in der sie ihr Leben leben werden. Zeitgenössische Künstler wie Peter Kogler und Eva Schlegel haben die jüngsten Schwerpunktausgaben geprägt, Meina Schellander hat etlichen Seiten dieser Ausgabe ihre Handschrift aufgedrückt, die



drei Damen und zwei Herren haben das Projekt selbstbewusst fortgeführt. Fröhlich und Jakoubek, 20 und 21 Jahre alt, verdeutlichen das Klimaproblem, indem sie einen Wachskaktus, eine Plastikuhr und dann auch eine Eiskugel schmelzen ließen und in den verschiedenen Aggregatzuständen der Veränderung fotografierten. Heizstrahler, Föhn, Herdplatte, Backrohr und Bunsenbrenner kamen zum Einsatz. 60 bis 70 Uhren habe sie verbraucht, ehe das Ergebnis zufriedenstellend war, sagt Marlene Fröhlich. Der Wachskaktus legte den Fotografinnen weniger Schwierigkeiten in den Weg. Die jungen Studentinnen geben mit ihrem Projekt „einen Hinweis auf die Zeit, die uns noch bleibt.“

Tamara Pichler hat mit 18 Jahren gerade eben die Matura hinter sich. Sie hat Bilder der geschundenen Natur auf Frauenkörper projiziert. Der Gedanke an eine „leidende Mutter Natur“ war der Ausgangspunkt, dazu trat die Überlegung, der Sache ein Gesicht zu geben: „Sobald ein Ding ein Gesicht hat, checken es die Menschen. Ohne Gesicht rührst du keinen.“

Künstlerisches Gespür

Zur arrivierten Künstlerin sind in dieser Ausgabe junge Leute getreten, die noch keine prominenten Namen haben, junge, engagierte Menschen mit künstlerischem Gespür: DER STANDARD ist für diese Schwerpunktausgabe eine Partnerschaft mit der „Grafischen“ eingegangen, wie die Höhere Graphi-

sche Bundes-Lehr- und Versuchsanstalt in Wien-Penzing kurz genannt wird – vermutlich schon seit ihrer Gründung im Jahr 1888, es handelt sich um die wahrscheinlich weltweit älteste Schule für Fotografie. Es gab keinerlei inhaltliche Vorgaben, die Gedanken sollten fließen – und wir haben diese Freiheit zu keinem Zeitpunkt als Risiko erlebt, wir präsentieren die besten Projekte auf dieser Seite. Annegret Kohlmayr und Peter Bauer von der Grafischen haben den Gestaltungsprozess in professionellen Bahnen gehalten. Es hat hunderte Überarbeitungen gegeben, „noch einmal, noch einmal, war die Devise“, resümiert Kohl-mayer. Nicht alle Teilnehmer konnten zum Zug kommen, alle ha-

Klimawandel für die Tageszeitung in Szene gesetzt (von links): Reinhard Lang, Tamara Pichler, Marlene Fröhlich, Marie Therese Jakoubek und Michael Krebs.

Foto: Grafische



ben aber neben dem Schulbetrieb in der Freizeit an diesem Projekt gearbeitet. Professionelle Bahn bedeutet im Hinblick auf Tageszeitungen stets auch Zeitnot, aber auch damit hat man an der Schule umzugehen gelernt. Bauer verweist auf zahlreiche Projekte, die als Teil des Ausbildungsprogramms bewältigt wurden – Webauftritte für das Architekturzentrum beispielsweise, Ausstellungen sowieso und Bildbände ebenso. Als Basis für ihre Arbeit bringen die Studenten neben dem Fachinteresse ein hohes Maß an sozialer Verantwortung mit – Krebs hat ein Zivildienstjahr in Honduras absolviert, Jakoubek bei Greenpeace mitgearbeitet und Lang war Behindertenbetreuer.



Interview Harald Welzer, der Autor von „Klimakriege“, über das Scheitern von Kopenhagen. **S. A 3**

Architektur Pilotprojekt in Pink: Eine Bipa-Sanierung in Wien setzt neue Maßstäbe. **S. A 4**

Reise Künstlerische Interventionen in Kopenhagen zum Klimagipfel: ein ökologisches Stadtporträt. **S. A 6**

Kunstmarkt Niemand ist davor gefeit: Fälschungen gehören zum Alltag des Kunstmarktes. **S. A 8**

Bücher I Tschchow der Vorstädte: Der 1982 verstorbene US-Autor John Cheever wird neu entdeckt. **S. A 10**

Glosse Es geht uns gut, wir haben Angst: Der Schweizer Schriftsteller Lorenz Langenegger über das Verbot von Minaretten. **S. A 10**

Bücher III Al Gores neues Klimabuch hat zwar Schwächen, in Summe ist es aber absolut lesenswert. **S. A 11**

Ein Mensch im Bild Die Schriftstellerin Barbara Frischmuth über ihre Mutter und deren Leben. **S. A 12**



Der Klimawandel bekommt schon heute ganz sicher einen Stockerplatz im österreichischen Wintertourismus.

Foto: Mia Eidlhuber

Der Schnee von heute

Der Klimawandel betrifft nicht nur Küstenregionen anderer Kontinente, sondern auch Skigebiete hierzulande, etwa den Königsberg in Hollenstein an der Ybbs in Niederösterreich. Ein Beispiel.

Von Mia Eidlhuber

„Frühlingshaft warm ist dieser Mittwoch“, sagt der Ö3-Nachrichtensprecher aus dem Autoradio, „neun bis 16 Grad hat es heute in ganz Österreich.“ Wolkenloser Sonnenschein begleitet die Fahrt auf der Kurvenstrecke rein bis ins hintere Ybbstal, 25 Kilometer sind es noch einmal von Waidhofen bis nach Hollenstein. Die Wiesen und Wälder ringsherum sind herrlich grün, kein Fleckchen Weiß trübt die Landschaft, außer die Kondensstreifen der zahlreichen Flugzeuge, die den strahlend blauen Himmel kreuzen. Es ist der 25. November 2009, in zehn Tagen, am 5. Dezember, wäre Saisonstart am Königsberg. Daraus wird wohl nichts werden.

Aber das ist nichts wirklich Neues hier in Hollenstein. Schon seit Jahren, eigentlich Jahrzehnten, kämpfen die Hollensteiner mit dem Schnee oder besser gesagt: mit zu wenig Schnee und damit, ob sich ein kleines Familien-Skigebiet

in einer, sagen wir, Randregion, heute noch rentiert oder nicht. Das niederösterreichische Hollenstein liegt auf knapp 500 Metern über dem Meeresspiegel. Die hübsche Kirche liegt auf einer Erhebung in der Mitte des Dorfes, 1800 Menschen leben hier – besser gesagt: noch. Der weitgehend fehlende Tourismus, der sich hauptsächlich auf Tagesausflüge aus der Region beschränkt, hat den Ortskern bis heute architektonisch hübsch unbeschadet belassen: ein Gemeindeamt, drei Gaststätten, zwei Kaufhäuser, zwei Banken, ein Bäcker – und dazwischen ein schmuckes, gelbes, frisch renoviertes Häuschen mit Türläden aus Holz und einem altmodischen Schriftzug darüber: „Tourismusbüro“ und darunter: „Königsberg-Lifte“.

Gratisbetrieb für alle

„... inmitten der schneereichen Voralpen liegt der Königsberg – Winterparadies für die ganze Familie. Mit seinen 6 Schleppliften und 14 km Abfahrten hat sich der Königsberg in den letzten Jahren zum Geheimtipp aller Schneefanatiker entwickelt.“ Die frisch gedruckten, kleinen blau-gelben Folder für die Saison 2009/2010 liegen im Tourismusbüro bereit und locken seit heuer mit einem Angebot: „Gratisbetrieb für alle“ steht in roten Lettern im Folder: „Wochentags im Jänner und Februar 2010, von 10 Uhr bis 16 Uhr“. Das ist etwas Neues, auch für die Hollensteiner. Eine letzte Chance?

Gegenüber im Gemeindeamt mit einem Außenanstrich, der da und dort schon abblättert, sitzt Bürgermeister Franz Gratzer in seinem ebenerdigen Büro, wenn man reingeht, gleich rechts. „Ja“, sagt der Mann im karierten Hemd und Pulli, „die Lifte haben eine bewegte Geschichte!“ 1971 wurde die „Hollensteiner Schiliftbetriebs-gesmbH“ gegründet, in der Dorfchronik ist zu lesen: „Die breite Unterstützung durch die Bevölkerung zeigte sich in der Beteiligung von 155 Kommanditisten mit Einlagen zwischen 500 und 10.000 Schilling und heimischen Firmen (Gesamtsumme: 712.000 Schilling). In die GesmbH brachten die Gemeinde, Fam. Erich Gilge (*ein Gutsbesitzer, Anm.*) und 21 Personen in Summe 118.000 Schilling ein.“

Heißt: Die Hollensteiner glaubten an ihren Königsberg, ans Skifahren und an den Schnee. Und investierten eigenes Geld. Und tatsächlich: Es ging zunächst bergauf. Nicht sehr steil, aber doch. Mit den Liften und den Besucherzahlen. Im Jänner 1976 fand das erste FIS-Rennen statt. Der Berg brummte. Ein Problem blieb lange die Zufahrtsstraße auf den Berg (erst 1988 wurde sie ausreichend ausgebaut). Sie war steil und eng, und bei dem vielen Schnee blieben Autos und Bus-

se gerne hängen. Bis 1981 war das kein Problem, der Königsberg war neben dem Hochkar, das rund 20 Kilometer weiter in Richtung Südwesten liegt, das einzige attraktive Skigebiet der Gegend. Dann kam die Forsteralm, näher am Einzugsgebiet von Waidhofen – und damit erste Umsatzrückgänge. Viele Hollensteiner verloren Geld – und auch ein bisschen den Glauben an ihren Berg. Der wurde 1988 von der Franz Forster GesmbH übernommen, und die beiden Skigebiete, Königsberg und Forsteralm, wurden von da an gemeinsam geführt. 1996 wiederum übertrug Forster alles an Anton „Jimmy“ Steiner, den Bronzemedailien-Gewinner der Olympiaabfahrt von Sarajewo von 1984. Der managte den Königsberg bis 2003, dann sagte auch er: Jetzt ist Schluss.

Über den Klimawandel und seine Auswirkungen spricht hier in Hollenstein niemand so richtig gerne, schon alleine die Frage danach ist in etwa so, als würde man jemandem das letzte Stückchen Teppich unter den Füßen wegziehen. „Als Buam sind wir um diese Zeit immer mit den Rodln

runtergefahren!“, sagt Gratzer, Jahrgang 1951, verändert hätte sich vor allem die Schneesicherheit, und schließlich sagt er: „Wir haben schon einen Klimawandel, der nicht zu übersehen ist!“, und erzählt, dass er gerade mit einem von der Straßenmeisterei draußen unterwegs war, und auch der meint, dass es vor allem auch im Sommer mit dem Hochwasser immer schlimmer wird. Dass sich Österreich auf Veränderungen im Bereich des Wintertourismus einstellen muss, ist mittlerweile offensichtlich. Denn die Erwärmung in den Alpenregionen ist wesentlich stärker als im globalen Durchschnitt. Forschungen haben ergeben, dass die Temperatur bis zum Jahr 2100 um weitere zwei bis vier Grad steigen könnte. Durch den Anstieg der Schneefallgrenze und den kürzeren Bestand der Schneedecke werde sich auch die Hochwassersaison verlängern, Niederschläge könnten intensiver ausfallen. Und diese gewitterartigen Regenfälle sind wiederum die Hauptauslöser für Muren. In Österreich sind viele Skigebiete betroffen, am stärksten jene unter 1500 Metern.

Das Skigebiet in Hollenstein liegt zwischen 700 und 1100 Metern. „Die Natur hat uns einen Streich gespielt“, formuliert es der

Das Skigebiet in Hollenstein liegt zwischen 700 und 1100 Metern. „Die Natur hat uns einen Streich gespielt“, formuliert es der

Das Skigebiet in Hollenstein liegt zwischen 700 und 1100 Metern. „Die Natur hat uns einen Streich gespielt“, formuliert es der

▷ Fortsetzung auf Seite A 2

▷ Fortsetzung von Seite A 1

Bürgermeister und meint nicht den Schnee, der weniger wird, sondern erzählt von einem heftigen Stein Schlag, der im Winter 2002 die Zufahrtsstraße nach Hollenstein für Wochen lahmgelegt und so die Waidhofer zum Skifahren ausschließlich auf die Forsteralm getrieben hat. Seitdem, ist der Bürgermeister überzeugt, führe der Königsberg ein Schattendasein. Doch die Gemeinde wird das Skigebiet weiter unterstützen, sogar mehr als zuvor, weil auf dem Königsberg geht es seit Mitte der 80er-Jahre eher bergab. Lag die Zahl der Betriebstage zwischen 1972 und 1986 noch bei 86 Tagen pro Saison, waren es zwischen 1996 und 2002 nur noch 56 Tage.

Skiliftbesitzer als Nebenjob

„Einen Glücksfall“ nennt der Bürgermeister deshalb Klaus Stepan, der die Lifte am Königsberg übernommen hat, zunächst in einem Dreier-Konsortium, seit kurzem alleine. Stepan, dessen Großeltern aus Göstling, einem Nachbarort von Hollenstein, stammen, sitzt an einem Freitagnachmittag sehr entspannt in einem Konferenzraum einer Hietzinger Villa, dem Sitz der Stepan GesmbH. Der sportliche 58-Jährige, der mit seinem grauen Dreitagesbart mehr wie ein Naturparkführer oder Skilehrer aussieht und weniger wie

mal an den Kanal angeschlossen“, sagt der Bürgermeister über das 60-Ferienhäuser-Projekt einer holländischen Investmentgruppe. Aber offensichtlich hapert es an der Finanzierung, so Grätzer. Die Gemeinde ist vorsichtig im Hinblick auf eine Beteiligung wegen der negativen Erfahrung in der Skilift-Sache. Niemand weiß Genaues, warum bei den Holländern nichts weitergeht. Klaus Stepan auch nicht.

Ein Skigebiet ohne vollständige Beschneigung geht heute kaum noch. „Man müsste am Königsberg nicht zwei, sondern vier Lifte beschneien!“, sagt der Geschäftsmann, aber das koste noch einmal eine Million. Er rechnet vor: ein Sessellift – drei Millionen; Quartiere, damit die Infrastruktur passt – noch einmal fünf Millionen. Heißt alles in allem: zehn Millionen. „So viel in dieser Lage zu investieren, ist nicht mehr sinnvoll!“, ist er überzeugt und redet von anderen Skigebieten, die das gemacht haben und auch nicht sicher sein dürfen, ob sich das noch rentiert. „Sogar der Ötscher und das Hochkar kämpfen“, sagt er.

Auch wenn Stepans Engagement viel mit Heimatverbundenheit zu tun hat, als reine Liebhaberei kann er sich den Lift nicht leisten. Deshalb sind er und die Gemeinde zu einem Arrangement gekommen: Die Lifte sind ab Jänner

davon drei Meter im März. Da hilft er keinem mehr. Mit dem Skifahren sei Österreich an der Spitze angekommen, sagt er und denkt schon länger über Alternativen nach: Über Schullandwochen auch im Sommer (gerade hat er neue Mehrbett-Zimmer ausgebaut), übers Wandern, Nachtwandern und Schneeschuhwandern im 13 Kilometer nahen Naturpark Eisenwurzen, über den Ausbau seines Reitbetriebs oder auch gastronomisch: Als einer der wenigen Wirte, die es im Ort noch gibt, will er die Hollensteiner mit Knödel- oder Wildessen zu sich herauflocken, auch wenn sie keine Skier auf dem Autodach haben. „Ich bin da so ein Optimist“, sagt er, gerade als ihn die Schwiegertochter vom Kaffee wegholt. Er müsse jetzt leider seine Rösser einfangen, sagt er und lacht, weil die seien ihm gerade aus der Koppel ausgekommen.

Es zieht sich schon 30 Jahre

In Hollenstein, Optimist zu bleiben, ist nicht ganz einfach. Das hat viel mit dem zu tun, was unter Globalisierung verstanden wird. Und diese Globalisierung bläst auch durch das kleine Ybbstal wie ein rauer Wind. Wenn man etwa bei Rudolf Huber zu Kaffee und Kuchen eingeladen ist, beginnt man, solche globalen Zusammenhänge besser zu verstehen. Huber, 57, ist seit 1992 Sektionsleiter der „Sekti-

recht betrübt, „aber wenn man keine Starter hat, hat man keine Einnahmen!“ Aber nicht nur der Schnee hat sich verändert über die Jahrzehnte, auch alles rundherum: Viele Kinder hätten heute gar nicht mehr die Kondition, einen ganzen Tag nur Schlepplift zu fahren, sagen beide, überhaupt: Die Ausrüstungsfrage sei wichtiger geworden, das Material aber viel teurer.

Heute überwiegen die Sonntagsfahrer, jene, die nur an den Wochenenden und bei strahlendem Schönwetter fahren. An starken Wochenenden tummeln sich manchmal 2000 Menschen auf dem Königsberg, sagt der Hollensteiner und kramt in alten Fotografien. Eine der Fotografien zeigt seinen Schwager Ernst Auer in schneidiger Abfahrtspose, darunter steht: „Auch die jungen Wilden werden älter“. Der für die Gegend legendäre Ernst Auer ist heute 60 Jahre alt, und das Skifahren war in seinem Leben zentral. Zuerst 19 Jahre als ÖSV-Trainer und später dann als Skischulbesitzer mit Ski-verleih auf dem Königsberg. Alle im Dorf haben bei ihm das Skifahren gelernt, viele der Jugendlichen den Skilehrer bei ihm gemacht und dann auch an den Wochenenden und in den Ferien in der Skischule gejobbt.

In der örtlichen Bäckerei Schwarzlmüller wird Ernst Auer später auf die Frage, ob er sich an-

fensteht, auf die prachtvollen Berge der Umgebung, auf denen noch kein Schnee liegt.

Spätestens, wenn sie erzählen, dass im Moment auch kein Zug nach Hollenstein fährt, wird augenscheinlich, dass Globalisierung und Klimawandel irgendwie miteinander verbunden sind: Die Ybbstalbahn, die seit 1896 in Betrieb ist, steht im Moment still. Genauer gesagt, seit dem letzten Hochwasser und einem dadurch ausgelösten Murenabgang. Dass sie jemals wieder in Betrieb genommen wird, daran zweifeln viele Hollensteiner, die jetzt noch mehr mit dem Auto fahren müssen. Das wiederum ist gar nicht gut für CO₂-Bilanz und Klimawandel – und auch nicht für den Königsberg, der für das kleine Hollenstein immer noch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor wäre.

„Nächste Woche wird es sicher noch warm sein“, sagt Ernst Auer zum Abschied. Er weiß das, die Austro Control in Linz versorgt ihn ständig mit einer Dreitagesvorhersage. Er behält recht. Der Skiliftbetreiber Klaus Stepan rechnet unterdessen weiter vor: Ein Drittel Umsatz braucht er in den Weihnachtsferien, ein Drittel in der Energiewoche, und ein Drittel macht der Rest aus. Eine Katastrophe für ihn wäre es erst, wenn am 20. Dezember noch kein Schnee läge.

„Ich würde in nichts mehr investieren, wo ich vom Klima ab-



„Der Winter ist noch jedes Jahr gekommen!“, sagt Skischulbesitzer Ernst Auer. Aber Ende November sah es oben auf dem Königsberg noch so aus, als wäre die Saison gerade vorbei. 1,2 Millionen Euro wurden gerade investiert – für Pistenpräparierung, berührungslosen Zugang und die Beschneigung zweier der fünf Pisten.

Foto: Mia Eidlhuber (3), Tourismusverband Hollenstein (1)

ein Wiener Unternehmer, sagt: „In Sachen Klima sind Sie bei mir richtig!“ Sein Geld verdient er hauptsächlich mit Fotovoltaik, sein Unternehmen macht den Service und die Inbetriebnahme von Solarmodulen. Skiliftbesitzer ist er nur im Nebenjob.

Aber das ist anstrengend genug. Ende November sieht es oben auf dem Königsberg so aus, als wäre die Saison gerade vorbei. Das Kassa-Häuschen ist verlassen, die orangenen Schleppliftbügel hängen über der grünen Wiese, Skischule und Skiverleih sind geschlossen, auf dem großen Parkplatz vor dem frisch ausgebauten Gasthaus Jagersberger – Mittwoch ist Ruhetag – steht verlassen ein einziges Auto, zwei Wanderer haben sich gerade mit festem Schuhwerk auf den Weg durch das matschige Grün gemacht. Die Sonne scheint warm auf vier blaue Schneekanonen, die dastehen wie künstliche Roboter-Kraken vom Mond, die hier falsch gelandet sind.

Klaus Stepan ist einer, der nicht lange um den heißen Brei herumredet: Der Königsberg war für einen niedrigen Betrag zu haben, sagt er, aber dennoch: „Wir haben hier in den letzten Jahren 1,2 Millionen Euro investiert!“ Für den berührungslosen Zutritt, die Pistenpräparierung und die künstliche Beschneigung von zweien der fünf Lifte. „Wenn man das macht, muss die Infrastruktur stimmen!“, sagt er und denkt dabei an die sechs Stück Reihenhäuser, die dort oben gegenüber von Gasthaus von der milden Nachmittagssonne beschienen werden. Seit nunmehr vier Jahren stehen die Musterhäuser wie eine Verheißung auf eine bessere Zukunft da. „Die sind noch nicht ein-

unter der Woche gratis. Die Gemeinde übernimmt dafür die Stromkosten, die Pistenpräparierung und einen Mitarbeiter, die Kosten für die Wochenenden und Ferienzeiten trägt Stepan weiter selbst. „Ein Skigebiet ohne Beschneigung ist heute wie ein Auto ohne ABS. Undenkbar“, sagt auch der Bürgermeister und weiß, dass vor allem der Kunstschnee viel kostet und sich manchmal in „Geld verwandelt, das durch einen Fön wieder in Form von Wasser den Berg runterrinnt“, wie er das treffend formuliert.

Viereinhalb Meter Schnee

Auch Rudolf Jagersberger übernimmt als einziger verbliebener Wirt am Berg (der zweite hat im Herbst gerade zugesperrt) die Kosten für einen Liftbetriebsleiter. Immerhin: Sein Geschäft soll ja auch profitieren. Der Wirt vom „Großbach“, wie der Gasthof Jagersberger bei den Einheimischen heißt, hat das Geschäft gerade an seinen Sohn übergeben, dennoch steht er im Blaumann vor dem Stall neben seinem Gasthaus und wischt sich den Schweiß von der Stirn. Am Gratisbetrieb unter der Woche hat er so seine Zweifel. „Was nichts kostet“, sagt er, „ist möglicherweise auch nichts wert.“ Sein ehemaliger Stall ist gerade in eine Ausspeisung für die Schullandwochen umgebaut worden, überhaupt haben die Jagersbergers in den letzten Jahren vieles neu gemacht und eine Menge investiert. „Wir versuchen, im Sommer den Umsatz raufzuschrauben“, sagt der frisch gebackene Senior, „weil die Schneesicherheit nicht mehr da ist!“ Im vergangenen Jahr gab es in Hollenstein viereinhalb Meter Schnee,

on Skilauf“ im Sportverein Hollenstein. Er selbst arbeitet in einem Forstbetrieb, der früher einmal zugleich auch ein Sägewerk war, in dessen Glanzzeiten waren dort etwa hundert Leute angestellt. Heute sind sie zu zweit.

Für den Sportverein ist er seit geraumer Zeit auf der Suche nach jemandem, der „das alles“ weiterführt. Aber das gestaltet sich problematisch. „Das alles“, das war früher eine ganze Menge – und seine Frau Ingrid, die den Kaffee serviert und gerade als letzte Postangestellte in Hollenstein frisch pensioniert wurde, kann ein Lied davon singen: Als ihre Kinder noch Kinder waren, war die Familie an den Wochenenden nie zu Hause – wegen der vielen Skirennen. Huber blättert in einem alten Heft und sagt: „Eigentlich zieht sich das schon 30 Jahre. Es ist immer weniger geworden!“ Seine Kinder haben, wenn sie von der Schule nach Hause gekommen sind, die Taschen in die Ecke geschmissen und sind mit dem Bus auf den Berg. Und davor, erinnert er sich an die Zeiten vor dem Skilift, sind viele der Jungen zu Fuß auf den Berg, um dann mit den Brettern wieder runterzufahren. Seine eigenen Eltern, erzählt er, die erinnerten sich wirklich noch an Tonnen von Schnee.

Mit seinem Finger fährt er alte Aufzeichnungen ab und liest vor, wie viele Rennen er über die Jahre absagen musste: „1993, 8. Jänner: abgesagt, 8 Grad plus, 1994, 8. Jänner: abgesagt, 14 Grad plus. 95 und 96 waren okay, 97 und 98 musste ich absagen, 99 steht nicht da, 2000 war okay, 2001 und 2002 abgesagt, usw.“ Die Skirennen finden heute in vorläufig schneesicheren Gebieten statt, sagt er und wirkt darüber

gesichts des warmen Wetters Sorgen macht, betont gelassen reagieren und sagen, „der Winter ist noch jedes Jahr gekommen“, und in seinen Tee lächeln. Aber auch er kann nicht leugnen, dass sich alles mehr und mehr in Richtung Frühling verlagert, die Winter insgesamt unberechenbarer geworden sind. Aber es gibt auch zahlreiche Vorteile, die der Königsberg hat: Die Unfallstatistik ist tadellos im Gegensatz zu anderen Skigebieten, die Liftkarten-Preise sind wirklich günstig und oft, wenn es am Hochkar stürmt und die Lifte geschlossen werden müssen, ist es am Königsberg angenehm. Auer, der Bergfex mit dem gegerbten Gesicht, war an den Liften beteiligt, gemeinsam mit seinem Freund Klaus Stepan: „Das geplante Feriendorf für 300 Leute war der Hauptgrund, dass wir eingestiegen sind“, sagt er. Doch die Häuschen gegenüber seiner Skischule bleiben dunkel. Fehlende Unterkünfte bleiben der wunde Punkt im Ort. Mittlerweile hat Klaus Stepan seine Anteile übernommen.

Hochwasser und Muren

So ohne Kinder, sagen Ingrid und Rudi, kommen sie selten rauf auf den Berg – und kommen ins Sinnieren. Der Wohlstand, sagt Rudolf, hätte viel zum Niedergang der Region beigetragen. Alle wollen, dass die Kinder es besser haben und lernen, aber damit sind die automatisch zur Landflucht verurteilt. Wie seine eigenen, die beide mittlerweile in Wien leben. „Der Staat fährt auch mit der ganzen Infrastruktur ab“, sagt Ingrid gleichermaßen resolut wie ratlos und schaut raus aus ihrer Terrassentüre, die Ende November weit of-

hängig bin!“, sagt Klaus Stepan am Ende der Unterhaltung. Mittlerweile ist der geplante Saisonstart am 5. 12. zum Greifen nah. Die Wetterprognose für das Wochenende vom 5. Dezember in Niederösterreich lautet: „Zunehmend unbeständig. Am Nachmittag ziehen Wolken auf, und es kann ein wenig regnen, oberhalb von 600 Metern Höhe schneien. Höchsttemperaturen: 1 bis 6 Grad, in 1500 Metern Höhe minus 1 Grad – auf den Bergen kühlt es also deutlich ab. Am Samstag oft bewölkt, anfangs in den Voralpen noch unbeständig, nur zwischendurch etwas Sonne. Mäßiger Nordwestwind und 2 bis 7 Grad.“ Der Saisonstart ist erst einmal verschoben, aber nicht aufgehoben.

www.koenigsberlift.at
www.hollenstein.at



Mia Eidlhuber, geb. 1971, studierte Publizistik und Politikwissenschaften an der Universität Wien.

Sie arbeitete zunächst für *Profil* und *Die Zeit*, seit 2004 für den STANDARD. Seit Anfang des Jahres ist sie Redakteurin im ALBUM.

IMPRESSUM:

Redaktion: Christoph Winder (Leitung), Mia Eidlhuber (Titel, Mensch im Bild), Stefan Gmünder (Literatur), Tanja Paar (Reisen). Mitarbeiter: Wojciech Czaja, Ute Woltron. Sekretariat: Esther Hecht. Layout: Armin Karner, Claudia Machado-Handsur, Lukas Adelinger. E-Mail: album@derStandard.at

„Nachhaltigkeit und Nichtvergeudung“

Der Klimawandel-Experte **Harald Welzer** über die Verschränktheit der Probleme, mit denen sich der Kopenhagener Gipfel konfrontiert sieht.
Von Adalbert Reif

STANDARD: *Professor Welzer, hat die Menschheit die Grenze der Welt, „wie wir sie kannten“, bereits überschritten?*

Welzer: Der Punkt ist längst überschritten. Insbesondere Gesellschaften unseres Typs leben bereits seit langem über ihre Verhältnisse, weil sie einen riesigen infrastrukturellen Vorsprung haben und daher in der Lage sind, alle Zukunftskrisen, ob sie nun Klima, Energie oder Ernährung betreffen, systematisch zu ignorieren. Alles funktioniert, und man merkt nicht, dass es unterhalb dessen schon lange erodiert. Im Grunde ist es wie vor dem Zusammenbruch des Ostblocks. Man macht eine irrationale Wirtschaftspolitik, mobilisiert Geld und stellt Verhältnisse her, die durch keinerlei Wertschöpfung gedeckt sind. Das hält über einige Jahrzehnte, dann bricht es einfach zusammen.

STANDARD: *Steuern wir auf den Zusammenbruch zu?*

Welzer: In allen ökologisch relevanten Bereichen sind Verhältnisse und Prognosen schlechter, als es der Öffentlichkeit bekannt ist. Alle Prognosen aus dem 2007er-Bericht des Umweltrates der Vereinten Nationen sind längst durch die Realität überholt. Außerdem tauchen Probleme auf, über welche die Wissenschaftler seit drei, vier Jahrzehnten diskutieren, von denen die Öffentlichkeit aber kaum etwas weiß, wie zum Beispiel über den Bodenverlust. Wenn man den weltweiten Bodenverlust mit dem Problem des Bevölkerungszuwachses zusammendenkt, dann sieht man, dass wir mit hoher Geschwindigkeit auf eine Mauer zurasen. Bedrückend daran ist, dass man das alles nicht zur Kenntnis nimmt, sondern versucht, eine Art Benutzeroberfläche des Politischen zu etablieren, die dazu geeignet ist, die Dimension der Probleme zu verbergen.

STANDARD: *Warum gibt es in der Öffentlichkeit kein Bewusstsein für den Ernst der Lage?*

Welzer: Das Zivilisationsmodell der westlichen Moderne, einschließlich des Wirtschaftsprinzips, auf dem sie beruht, kennt nichts anderes als Fortschritt und Entwicklung. Dass es so etwas wie Rückschritte oder Endlichkeit gibt, ist konzeptuell nicht eingebaut.

Die Ausrichtung zielt immer auf diese Vorstellung, die Zukunft sei besser als die Gegenwart. Wenn etwas schiefgeht, ist es ein Bastelproblem, aber kein systemisches Problem.

STANDARD: *Sehen Sie in der Politik überhaupt den Willen, die ökologische Wende herbeizuführen?*

Welzer: Ich glaube schon, dass es in Regierungskreisen unterschiedlicher Länder ein Bewusstsein für die Problemlage gibt. Man sieht, dass in grünen Technologien eine wirtschaftliche Chance steckt. Und man weiß, dass die Wachstumsarie nicht mehr erfolgreich gesungen werden kann. Nehmen Sie China! Es hat großes Interesse daran, dass die Klimaerwärmung gebremst wird. Der Grund sind die Himalaya-Gletscher, deren Abschmelzen das Land vor gewaltige Probleme stellen würde, und geostrategische Interessen. Man hat erkannt, dass man mit erneuerbaren Energien sicherheitspolitisch besser fährt als mit der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen. Das Bemühen ist vorhanden, aber die Gegenspieler sind stark. Das war bei der Finanzkrise zu sehen, als plötzlich Klimafragen zurückgestellt und die Automobilindustrie auf absurde Weise gefördert wurde.

STANDARD: *Die Wissenschaft macht es der Wirtschaft manchmal leicht, das Problem der Klimaveränderung als nicht existenzrelevant zu bewerten. Die von den Wissenschaftern genannten Ursachen des Klimawandels weichen teilweise stark voneinander ab ...*

Welzer: Wissenschaft basiert auf Dissens. Die Welt ist kompliziert, insofern gelangt man je nach Methode und dem zu untersuchenden Ausschnitt der Wirklichkeit zu abweichenden Ergebnissen. Im Fall der Klimaproblematik kommt dazu, dass nachweislich Gegenexperten im großen Stil finanziert wurden. Diese verbreiteten absurde Äußerungen wie: Das Untergehen der Inseln habe nicht mit dem steigenden Meeresspiegel zu tun, sondern mit dem sinkenden Boden. Unter seriösen Naturwissenschaftlern – seien es Geowissenschaftler, Ozeanologen, Meteorologen oder Paläoarchäologen – gibt es keinen Dissens. 99,7 Prozent aller beteiligten Wissenschaftler sind einhellig der Meinung, dass wir uns auf eine Phase nicht mehr des Klimawandels, sondern des gefährlichen Klimawandels zubewegen.

99,7 Prozent aller Wissenschaftler sind einhellig der Meinung, dass wir uns auf eine Phase nicht mehr des Klimawandels, sondern des gefährlichen Klimawandels zubewegen. 99,7 Prozent aller beteiligten Wissenschaftler sind einhellig der Meinung, dass wir uns auf eine Phase nicht mehr des Klimawandels, sondern des gefährlichen Klimawandels zubewegen.

STANDARD: *Wie akut schätzen Sie die Gefahr eines Ausbruchs radikaler „Lösungen“ seitens der vom Klimawandel Betroffenen ein?*

Welzer: Der Klimakrieg ist ein Krieg von der Art des Krieges in Darfur, also ein Gewaltkonflikt, an dessen

Wurzeln Umweltveränderungen liegen, der sich dann aber ganz anders darstellt, sodass ihn niemand mehr mit den Umweltveränderungen in Zusammenhang bringt. Diese Art von Gewaltkonflikt auf der Grundlage von Umweltveränderungen – auch Konflikte um Ressourcen infolge schmelzenden Eises und besserer Zugänglichkeit zu Rohstoffen, die man früher nicht ausbeuten konnte – wird uns in Zukunft öfter begegnen. Sie können das an den kontinuierlich steigenden Rüstungsausgaben gespiegelt sehen. Man stellt sich schon auf das eine oder andere ein.

STANDARD: *Glauben Sie, dass der Klimawandel über die Zukunft der Menschheit entscheidet, darüber, ob sie überhaupt noch eine hat?*

Welzer: Die Menschheit als Menschheit wird eine Zukunft haben. Aber sie wird nicht mehr die Menschheit sein, wie wir sie kannten, also die Menschheit, die zumindest aus der Sicht des Westens im Rahmen eines großen Integrationsmodells in Frieden, Fortschritt und Gesundheit existiert. Wenn der Klimawandel sich ungebremst realisiert, werden sich die Lebensverhältnisse dramatisch verändern. Eine Welt unter den Bedingungen von vier Grad Klimaerwärmung wird eine komplett andere sein als die, die wir kennen. Es wird mehr Hungertote geben. Es wird mehr Tote geben, weil Menschen nichts zu trinken haben. Es wird auch schärfere Konflikte um verbleibende Ressourcen geben. Vielleicht wird ein großer Teil der Weltbevölkerung über die Klinge springen, und die „happy few“, die überbleiben, werden versuchen, das zu managen.

STANDARD: *Sie plädieren zur Lösung der Probleme für eine „kulturelle Revolution“. Wie sollte diese Revolution vor sich gehen?*

Welzer: Sie kann sofort durchgeführt werden, jetzt, in diesem Augenblick. Menschen wie wir, die das Privileg haben, in einer der reichsten Gesellschaften der Erde zu leben, verfügen über unglaublich große Handlungsspielräume. Diese können wir nutzen, andere Themen zu setzen, andere Perspektiven aufzuzeigen und andere Praktiken zu etablieren. Der kulturelle Wandel ist notwendig, um zu begreifen, dass technische Veränderungen allein nicht die Lösung sein können. Wir werden unsere Probleme nur lösen, wenn wir eine Kultur der Nachhaltigkeit und der Nichtvergeudung etablieren. Nachhaltige Technologie funktioniert nur in der nachhaltigen Gesellschaft. In einer ressourcenvernichtenden Gesellschaft werden die Effekte an anderer Stelle aufgefressen. Das können Sie an den Autos sehen, die immer effizienter und zugleich immer größer und



Welzer über Kopenhagen: „Dass der Gipfel gescheitert ist, daran gibt es überhaupt keinen Zweifel. Die Akteure selbst sagen, dass es nicht zu einem Abkommen kommen werde.“
Foto: Susanne Schleyer

stärker werden. Den Wandel sozialer Wirklichkeiten sofort zu praktizieren erscheint mir als das einzige erfolversprechende Konzept. Man darf sich auch nicht dadurch hindern lassen, dass man damit die Welt nicht rettet.

STANDARD: *Welche radikalen Maßnahmen müssten Ihrer Meinung nach getroffen werden?*

Welzer: Wenn man an unsere Mobilitätspraktiken denkt: Diese Welt voller Straßen, Ampeln und Autos ist ohne weiteres ersetzbar durch einen fantastischen öffentlichen Nahverkehr, der einen Bruchteil von Emissionen verursacht und ein Höchstmaß an Komfort bietet – theoretisch. Ich finde es nicht radikal, darüber zu sprechen, dass man das System komplett umbauen kann. Das zu tun, würde Arbeitsplatzeffekte mit sich bringen. Insofern ist das ein

Umbau, der die Lebensqualität verbessert und Schäden verringert. Vielleicht kann man das unter dem Begriff Lebenskunst fassen.

STANDARD: *Nicholas Stern gab kürzlich eine optimistische Prognose für Kopenhagen ab. Demgegenüber betrachten andere den Gipfel schon jetzt als gescheitert ...*



Die Krisenkolumne von Christoph Winder

Multitasking für Dummies. Gleichzeitig-Tun will gelernt sein.

In Krisenzeiten ist Muße ein Luxus, den sich nur noch Multimillionäre leisten können. Der gemeine Werktätige hingegen muss multitasken. Multitasken ist die konsequente Anwendung des maximalen Effizienzprinzips im Alltag. Keine Minute vergeuden. Hechelnde Leistungsbereitschaft rund um die Uhr. Sich gebärden wie der vielarmige indische Gott Shiva. Gleichzeitig Straßenbahn fahren und Pizza essen usf.

So weit, so effizient. Leider ist beim Thema Multitasking das Stilempfinden weiter Bevölkerungskreise weniger ausgeprägt, als man sich dies wünschen würde. Daher ein Warnhinweis auf

die Top drei der Multitasking-Tätigkeiten, die sich nur schlecht kombinieren lassen:

● **Kopulieren und Zeitunglesen** Zeitunglesen beim Geschlechtsverkehr hat unbestreitbare Vorteile: Man hält sich auf dem Laufenden, bildet und amüsiert sich („Nicht so schnell, Schatz, ich will noch diese Kolumne fertiggelassen“). Allerdings ist mit der Möglichkeit zu rechnen, dass der Kopulationspartner die Zeitungslektüre als Ausdruck mangelnder Leidenschaftlichkeit interpretieren könnte. Unauffälliger Multitasking-Alternative für alle, die auf ihren sexuellen Ruf Wert legen: Kopulieren und Radiohören.

● **Kaugummikauen und Gehen** Kein Einwand dagegen, sofern man die simultane Ausführung beider Tätigkeiten beherrscht. Wer Probleme hat, setzt sich der Gefahr der üblen Nachrede aus. Lyndon B. Johnson charakterisierte seinen Nachfolger Gerald Ford mit den Worten: „Ford ist so dumm, dass er nicht gleichzeitig gehen und Kaugummi kauen kann“. Also Vorsicht. ● **Zugfahren und Urinieren.** Auch das ist nicht jedermanns Sache. Indiz für die Unvereinbarkeit beider Aktivitäten: Beim Aufsuchen der Zugtoilette wird der ÖBB-Fahrgast ab und zu (ich kürzlich auf einem Kurztrip nach Graz)

mit dem Phänomen munterer Urinbächlein konfrontiert, welche ihm beim Öffnen der Tür aus dem Inneren des Klos entgegenrinnen. Als Verursacher solch feuchtfrohlicher Szenen vermute ich sorglose Stehpinkler, die, warum auch immer, nicht willens oder in der Lage waren, die Fahrtbewegungen auf kurvenreichen Strecken oder scharfe Bremsmanöver mit einem präzisen Schwenk des Harnstrahls auszugleichen.

Vorteil dieser Multitasking-Variante: Macht verspielten Amateurludern mächtig Spaß. Nachteil: Ein nur beschränkter Erheiterungspotenzial für ÖBB-Reinigungspersonal und Mitreisende.



Musterprojekt Bipa-Filiale in der Wiener Kärntner Straße: Nicht der Raumwärmebedarf war hier das Thema, sondern die Kühllasten. Nur die Summe der Maßnahmen konnte den Heizwärmebedarf um 85, den Stromverbrauch um 37 Prozent senken.

Fotos: Cremer

Pilotprojekt in Pink

Die scheinbar harmlose kleine Sanierung einer Bipa-Filiale in der Wiener Kärntner Straße könnte mächtig Vorbildwirkung haben. Denn hier wurde nicht „thermisch saniert“, sondern gesamtheitlich energieeffizient optimiert.

Von Ute Woltron

Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile, sagte Aristoteles. Daran ist bis heute nicht zu rütteln, und auch in Zeiten des Klimawandels ist es gescheit, die alte Weisheit zur Anwendung zu bringen.

Ein prächtiges Beispiel dafür ist die Sanierung von Gebäuden: Soll sie Sinn machen, geht es um die präzise Gesamtkomposition der Einzelmaßnahmen – und die ist erheblich komplizierter, als sich das Häuptlinge der Politik ausmalen.

Die tragen dieser Tage das Wort „Gebäudesanierung“ wie Wohltäter im Mund. Einerseits um zu demonstrieren, wie sehr ihnen die Klimapolitik der Nation am verantwortungsvollen Herzen liegt. Andererseits aber um die Reihen der nervös werdenden Bauindustrie rasch mit versprochenen Konjunkturpaketen zu befrieden.

Doch Geld und Dämmstoffe allein können die Welt nicht retten. Konzepte müssen her – und hier ist die Unternehmerschaft zum Teil bereits einen mächtigen Schritt weiter als die auf Heizwärmebedarf und andere Schlagworte, vor allem aber auf die hurtige Beauftragung der Bauindustrie fixierten politischen Staatsbaumeister.

Nur ein Beispiel dafür ist die eben abgeschlossene Sanierung einer Bipa-Filiale in der Wiener Kärntner Straße. Ein scheinbar kleines Projekt, doch es trägt alle Ingredienzien in sich, um zum Kristallisationspunkt für Folgeprojekte vieler weiterer Shops zu werden. Nicht nur jener von Bipa,

sondern auch von solchen der Konkurrenz. Denn die schläft bekanntlich nie.

In der Filiale Kärntner Straße der Rewe-Tochter ging es nicht nur um das bestmögliche Verpacken eines Geschäfts, um den Heizwärmebedarf zu senken. Man bemühte sich vielmehr um die Perfektion der Gesamtenergieeffizienz. Und genau das muss das Ziel aller Maßnahmen sein, auch der politischen Zielvorgaben, die in diesem Bereich besser heute als morgen gesetzt werden. Die EU peilt das zwar an, doch die Umsetzung ist nicht in Sicht.

Nochmals das Zauberwort: Gesamtenergieeffizienz. Sie errechnet sich, vereinfacht gesagt, nicht nur aus der erforderlichen Heizwärme, sondern inkludiert auch jeglichen weiteren Energiebedarf im System Gebäude wie zum Beispiel Strom.

Im konkreten Fall ging der Sanierung denn auch eine gründliche Analyse der Ist-Situation voraus, und es wurde offenbar, dass nicht das Heizen, sondern der Stromverbrauch, insbesondere die Kühllasten, eigentliches Thema war. Ineffiziente Beleuchtung beispielsweise frisst nicht nur viel Strom, sie produziert auch Wärme. Werden alte Leuchten gegen neue mit weit höherem Wirkungsgrad getauscht, reduziert das zugleich die in den Sommermonaten anfallenden Kühllasten, über die – noch – viel zu wenig geredet wird.

Dazu kamen die thermische Sanierung, der Einbau eines Wärmetauschers, ein intelligentes Be- und Entlüftungssystem und noch allerlei Detailoptimierungsmaßnahmen, die, perfekt von Konsulenten wie den Bauphysikern Schöberl & Pöll aufeinander abgestimmt, in Summe ein System ergeben, das den Heizwärmebedarf um 85 Prozent, den Stromverbrauch um rund 37 Prozent senkt und die Energieausweis-Effizienzklasse auf A+ hebt. Rewe-

Vorstand Werner Wutscher, dessen Reich neben Bipa auch Billa, Penny und Merkur mit insgesamt 2577 Filialen in Österreich umfasst: „Nachhaltigkeit ist in der strategischen Planung des Unternehmens ein elementarer Grundsatz, doch jedes Projekt wird sauber berechnet, denn es muss auch die ökonomische Komponente erfüllen, wir haben schließlich nichts zu verschenken.“

Einer der Hintergründe ist also nicht allein der Klimaschutz, sondern auch das Energie- und damit Geldsparen bei rasch steigenden Energiepreisen. Deren hurtige Aufwärtsentwicklung verkürzt die Amortisationszeit naturgemäß.

Diese ist im Falle des Bipa-Pilotprojekts allerdings nicht zuletzt deshalb erträglich, weil rund ein Drittel der umweltrelevanten Investitionskosten (195.479 Euro) vom Klima- und Energiefonds als Mustersanierung gefördert wurde, was zu einem weiteren Zauberwort überleitet:

Musterprojekte unterschiedlicher Provenienz müssen her, und sie müssen dringend seriös über

längere Zeiträume hinweg analysiert und evaluiert werden. Denn die zur Verfügung stehenden Technologien können, nur in Summe angewandt, ehrlich analysiert werden, sollen sie im Zusammenspiel langfristig die rechten Resultate liefern. Jede Kinderspielzeugzulassung in der EU erfolgt nach strenger Kriterien als die derzeitige massive Umrüstung unserer gebauten Um- und Lebenswelt.

Rewe, die bis dato rund 200 ihrer Österreich-Filialen einer Optimierung unterzogen hat, will genau diese präzise Analyse. Und um die Angelegenheit in Schwung und in der Folge dank breitgestreuter Erfahrungswerte auch die Sanierungskosten und damit die Amortisationszeiten zu senken, bedarf es eben gezielter und nicht gießkannenmäßig verplätschter Förderungen.

Klimafonds-Geschäftsführer Ingmar Höbarth nimmt darauf Bezug: „Der hohe Multiplikatorfaktor war ein wichtiges Auswahlkriterium

für die Förderung dieses Projekts, denn durch Best-Practice-Beispiele wie dieses können weitere Sanierungstätigkeiten dieser Art wesentlich vorangetrieben werden.“ Österreich verfügt über eine hervorragend aufgestellte – private – Industrie und Konsulentenschaft, die sich auch ohne politische Beförderung in den vergangenen 25 Jahren in Sachen Gebäudeoptimierung in das internationale Spitzenfeld katapultiert hat. Dazu kommen Forschungsprogramme wie das Haus der Zukunft, das seit nunmehr zehn Jahren Pionierarbeit auf diesem Gebiet leistet.

Die Politik, die für letztgenanntes Programm nicht zuletzt die Weichen gestellt hat, wäre schlecht beraten, würde sie nun, von der „Krise“ aufgeschreckt, im Eiltempo durchziehen wollen, was tatsächlich noch ein wenig Experimentier- und Nachdenkzeit erfordert, um perfekt und breit wirksam zur Anwendung zu kommen.

Apropos breite Wirksamkeit: Auch hier wird in manch Politiker-aussage der Apfel mit der Birne verglichen. Man suggeriert gerne, der Gebäudesektor wäre der große Klimaschänder, weshalb jetzt sofort oder besser noch vorgestern saniert werden müsse. Das stimmt so nicht. Der Anteil von Raumwärme

an den nationalen Treibhausgasemissionen (THG) beträgt laut Klimaschutzbericht 2009 des Umweltbundesamtes „nur“ 12,6 Prozent und ist als einziger Sektor rückläufig (minus 23,1 Prozent seit 1990). Nimmt man hingegen den Endenergieverbrauch her, bewegt sich der Gebäudesektor bei bedenklichen 32,6 Prozent (Stand 2004 laut Energieagentur, inklusive Raumheizung, Klimaanlage, Beleuchtung, EDV).

Und wenn schon Klartext gerechnet wird, wäre es beispielsweise auch herzerwärmend, würde die Politik mit ähnlichem Energieaufwand den übelsten aller Klimaschänder bekämpfen wollen, nämlich den Verkehr. THG-Anteil: 27,6 Prozent, Tendenz heftigste steigend.

Allein die THG-Emissionen des Schwerverkehrs stiegen von 1990 bis 2007 um sagenhafte 180 Prozent. Die Gebäudesanierung allein, so wichtig und begrüßenswert sie ist, wird uns also nicht retten.

Handlungsbedarf lautet das Zauberwort in diesem Fall. Aber wer will das schon angesichts einer maroden, tatsächlich vom Betriebsrat regierten Bundesbahn und mit einer mächtigen Frächterlobby im Genick aussprechen. Die Politik jedenfalls nicht.



Rewe-Vorstand Werner Wutscher hat nichts zu verschenken: „Jedes Projekt wird sauber gerechnet, es muss auch die ökonomische Komponente erfüllen.“

Fotos: Cremer



Da fröstelt's die Kleine Meerjungfrau am anderen Ufer: Høeghs Eisberg über dem Nordatlantik-Haus ist für die Dauer des Klimagipfels Kopenhagens neues Wahrzeichen.

Foto: APA/Ivars Silis

Dick eingepackt zum Klimagipfel

Mit Grönlands Eisbergen und schockgefrorenen Autos greift Kopenhagen das Thema Erderwärmung auch künstlerisch auf – mitten im eisigen Winter.
Von Sascha Aumüller

Jetzt nach Kopenhagen zu fahren und die Klimaerwärmung zu verstehen hat was. Die Sonnenschirmchen am Neuen Hafen werden von Böen gerade so heftig geschüttelt, dass es selbst der durchschnittliche Kopenhagener kaum schafft, ohne ein Heizschwammerl draußen Platz zu nehmen. Der gemeine Mitteleuropäer staunt sowieso nur, wie wetterunabhängig Dänemarks Hauptstädter das Wort Sonnenterrasse definieren und auch bei peitschendem Schneeregen noch mit dem Fahrrad herfinden. Mit dem Heizstrahler klammern sich die Dänen freilich auf kontraproduktive Art an ein gemäßigtes Klima, von dem hier in den nächsten Tagen keineswegs die Rede sein wird. Wenn Kopenhagen bis zum 18. Dezember den UN-Klimagipfel beherbergt, muss sich die Stadt sonst aber wohl kaum mit einem schlechten Gewissen quälen: Die weltweit erste CO₂-neutrale Hauptstadt will sie bis 2025 werden und hat bereits einiges dafür getan. Dass mehr als ein Drittel der Pendler mit dem Fahrrad in die Arbeit kommt, ist einem 300 Kilome-

ter langen effektiven Wegenetz zu verdanken. Fröstelnde oder faule Touristen sitzen seit wenigen Monaten auch im Linienbus Nummer 11, der die Ringroute um die Innenstadt im Sieben-Minuten-Takt und nur mit Elektroantrieb absolviert. Dasselbe, wenngleich kostspieligere, Ziel einer weitgehend CO₂-neutralen Fahrt, steuern Fahrgäste übrigens auch mit der immer weiter wachsenden Flotte der hybridgetriebenen Taxis an.

Grüner Themenpark

Wer ab 2010 den Vergnügungspark Tivoli betritt und sich auf der Achterbahn den Wind um die Ohren blasen lässt, wird den Unterschied zwar nicht merken, aber dennoch ist Kopenhagens meistfrequentierter Park dann bereits tatsächlich grün: Angetrieben wird er künftig ausschließlich von Windenergie. Und die sechzehn kommerziellen Boote für Kanalfahrten in Kopenhagen fahren seit heuer auch nicht nur wegen des geringeren CO₂-Ausstoßes so langsam, die Passagiere haben dadurch mehr Zeit zum Staunen: über Nordeuropas größtes urbanes Entwicklungsprojekt in Nordhøven, wo auf zwanzig Hektar bald schon ein komplett CO₂-neutraler neuer Stadtteil entstehen soll. Unterwegs freilich können sich die Guides bereits auf Beispiele von

Architektur links und recht des Kanals berufen, die Kriterien nachhaltiger Bauweise längst erfüllen. Eine „Spitze des Eisbergs“, die während der Dauer des Klimagipfels auch als Installation des grönländischen Künstlers Inuk Silis Høegh die Fassade des Nordatlantik-Hauses umhüllt, wird in Kopenhagen für die nächsten drei Monate auch das Thema zahlloser Ausstellungen sein. Die seit Juni 2009 politisch von Dänemark unabhängigeren Grönländer liefern dabei mit ihren hautnahen Erfahrungen vom Klimawandel viel Input für ein gemeinsames Vorgehen. Im Nordatlantik-Haus auch mit einer Ausstellungsreihe, die einerseits arktische Kulturen bespricht, um andererseits deren akute Gefährdung zu erwähnen. Im Nationalen Naturhistorischen Museum wird gerade das Wissen mehrerer internationaler Partnerhäuser gebündelt, um die möglichen Auswirkungen des Klimawandels in all seinen Facetten zu zeigen. Vom eindrucksvoll präsentierten Szenario eines um fünf Meter ansteigenden Meeresspiegels ist Kopenhagen ja selbst denkbar offensichtlich betroffen. Sogar die dänischen Designer schwören zum Zweck der eindringlichen Warnung dem alten Prinzip der Chicago School – Form folgt Funktion – wieder die Treue. „It's a small

world“ verlautbaren sie und zeigen deshalb aktuell nur Entwürfe, die sich am Menschen als Maßstab für seine Umwelt orientieren. Auch das Staatliche Museum für Kunst tut sich mit Arbeiten des argentinisch-deutschen Künstlers Tomás Saraceno leicht, das Thema aufzugreifen: Seine Biosphärenmodelle baumeln plakativ über der braven königlichen Sammlung.

Grüne Architektur

Dass es zurzeit kaum eine Kunst schaffende oder ausstellende Stelle in Kopenhagen gibt, die sich dagegen verwahrt, auch Klima-Themenpark zu sein, ist offensichtlich. Vom nördlich der Stadt am Øre-

sund gelegenen Museum für moderne Kunst, Louisiana, hätte sich aber auch niemand etwas anderes erwartet, ist es doch seit seiner Eröffnung 1958 bestrebt, architektonisch dadurch aufzufallen, dass der in einen alten Park eingebettete Bau eben nicht auffällt. Dort eine Ausstellung mit dem Thema „Grüne Architektur“ bis zum Ende des Klimagipfels zu zeigen erscheint denn auch nachvollziehbar. Noch bis Jänner verspricht das Haus *The world ist yours* und lässt dabei 24 zeitgenössische Künstler wie Olafur Eliasson zu Wort kommen, die schon mal ein Auto in die Gefriertruhe stecken, um den Klimawandel schnell zu stoppen.



Wer wider Erwarten nicht mit dem Nachtzug über Nürnberg anreist, wird das gerne lesen: Seit 2007 gestaltet der Flughafen Kopenhagen Starts und Landungen so, dass Umwege und Warteschleifen zugunsten einer jährlichen Einsparung von 32.000 Tonnen CO₂-Emission vermieden werden. Von Wien aus fliegt etwa Air Berlin täglich nach Kopenhagen. Für das Weiterkommen bietet sich die Kopenhagen-Card in einer 24- oder 72-Stunden-Variante an. Preiswert ist sie dann, wenn die öffentlichen Verkehrsmittel der gesamten dänischen Øresund-Region intensiv genutzt und einige der mehr als 60 inkludierten Museen und Sehenswürdigkeiten besucht werden. Erhältlich ist sie direkt am Flughafen, und sie gilt auch bereits ab hier sowie für die elektrobetriebenen Ringbusse.



Auf der touristischen Internetseite Kopenhagens (www.visitcopenhagen.com) finden sich alle Informationen für einen „grünen Aufenthalt“ in einer eigenen Sektion: Dort sind die Häuser der CO₂-neutral operierenden Hotelkette Brøchner ebenso gelistet wie viele andere umweltsensible Beherbergungsbetriebe und natürlich auch Bio-Restaurants sonder Zahl. Zu den sogenannten Klima-Plus-Unternehmen, die sich zu gemeinsamen Umweltstandards verpflichtet haben, gehören auch etliche nette Boutiquen. Das vollständige Begleitprogramm zur Klimakonferenz, das noch bis in den März 2010 hineinreicht, ist ebenfalls in dieser Rubrik zu finden. Wo Gratisräder an den 110 Stellplätzen mit einer Münze geliehen werden können, ist auf einer Karte eingezeichnet.

FreizeitFenster

WELTWEIT WANDERN

GEHEN & ERLEBEN
Reisen für alle Sinne

Katalog bestellen & Wanderreise gewinnen

Gewinnspiel auf
www.weltweitwandern.at
Katalogbestellung auch unter
☎ 0316 / 58 35 04-0

Lassen Sie Ihre Träume Wirklichkeit werden!
Unser neues Produkt „Lateinamerika de Luxe“ ermöglicht Ihnen Reisen auf die besondere und exklusive Art.

Katalog ab Januar erhältlich!

www.miller-reisen.at
☎ 01/310 20 60

„start your day with a good deed“ tee shirts & more

www.gooddeedshop.com

• Jetzt GRATIS Versand innerhalb Österreichs [bis 01.01.2010]
• 3% Skonto bei Vorkasse

Urlaub auf dem Bauernhof in Südtirol
Freiräume erleben und Bauernhof spüren. Fordern Sie kostenlos den Katalog mit über 900 Südtiroler Bauernhöfen an.

www.roterhahn.it
☎ +39 0471 999 308
info@roterhahn.it

TOSKANA Appartements
TENUTA DELLE ROSE
Exklusive Wohnungen mit Pool, Fitness & Bibliothek zu vermieten.
www.tenutadellerose.de
☎ 0049 700 22335599

Ferne Welten 2010 von IKARUS TOURS

Ausgewählte Erlebnis-, Individual- und Studienreisen weltweit von Alaska bis Zambia.

Kataloge gratis anfordern unter ☎ 01/492 40 95 oder office@ikarus-dodo.at
www.ikarus-dodo.at

www.veganova.at

EL NATURALISTA:
eine andere Art und Weise durch das Leben zu gehen.

NEU: Wien, Westbahnstr. 12
Wien, Margaretenstr. 82
Linz / Steyr / Graz / Salzburg
Innsbruck / Klagenfurt / Bregenz

Wer die Wahl hat, hat die Qual

Al Gores neues Klimabuch erhebt hohe Ansprüche. die es nicht immer einlöst. Die Tiefe und Breite der Analyse machen es dennoch lesenswert.

Von Thomas Jakl

„Ich war einmal der nächste Präsident der Vereinigten Staaten.“ Mit diesem Zitat begann Al Gore seine Präsentation im Rahmen von *Eine unbequeme Wahrheit*, jener oscarprämiierten Dokumentation zur Klimaproblematik, die die Basis für seine Auszeichnung mit dem Friedensnobelpreis 2007 war. Er spielte damit auf die im Jahr 2000 verlorene Wahl zur US-Präsidentschaft an, bei der er George W. Bush unterlegen war, obwohl dieser eine halbe Million Wählerstimmen weniger errang als Al Gore selbst. Gores neues Werk, das dank professionellen Timings kurz vor dem Weltklimagipfel erscheint, soll den Schwung des Vorgängerwerkes aufnehmen und den Ruf des Autors als Stimme des weltweiten Klimagewissens festigen.

Wir haben die Wahl – ein Plan zur Lösung der Klimakrise ist, und das zeigt sich schon beim bloßen ersten Durchblättern, ein beeindruckendes Buch. Die opulente Aufmachung und die Breite der Darstellung lassen keine Zweifel am hier gewählten Anspruch. Und tatsächlich, die Fülle an gebotenen Fakten ist beeindruckend, das Fotomaterial ist sorgfältig ausgewählt, die Grafiken sind von hoher Qualität. Das Buch nimmt sich nicht weniger vor, als die Klimaproblematik mit samt ihren naturwissenschaftlichen Hintergründen, ihrem politischen Umfeld und ihrer wirtschaftlichen und ökologischen Konsequenz in allen Facetten gesamthaft aufzubereiten. Und so gelingt es tatsächlich, in den Einleitungskapiteln die chemisch-physikalischen Hintergründe, die zum anthropogenen Treibhauseffekt führen, darzustellen und sämtliche Formen der Energiebereitstellung hinsichtlich ihrer potenziellen Auswirkungen auf das Weltklima zu beschreiben.

Diese Dichte ist wohl dem selbstgewählten Anspruch auf Vollständigkeit geschuldet, geht aber sehr zulasten der Struktur und der Lesefreundlichkeit. Die Präsentation von Fakten, Hintergründen und Zusammenhängen wird in doppelstaltigen Fließtextseiten nahezu ungewichtet und ohne Fantasie abgespult. Ein Teil des Raumes, der für die zweifellos eindrucksvollen fotografischen Materialien eingenommen wird, wäre hier für eine

sorgfältige Gliederung oder grafische Aufbereitung der Texte gut investiert gewesen.

Will man sich einen Gesamtüberblick verschaffen, wird die Lektüre der einzelnen Kapitel zu einer quälenden Prozedur. Nicht dass die Darstellungen fehlerhaft wären, lediglich die Fasslichkeit des Präsentierten und das Herausdestillieren der Kernaussagen werden durch diese teilweise lieblose Präsentation erschwert. Hat man sich nun aber durch die Darstellungen zu fossilen und regenerierbaren Energieformen durchgekämpft – und der hier gespannte Bogen ist beeindruckend und widmet sich auch selten dargestellten Energieformen wie jener der Geothermie – so gelangt man über die Bewertung von „Lösungskonzepten“ zur Klimaproblematik (Kohlendioxid unterirdisch zu speichern, die Sonnenstrahlen mit Megareflectoren zurückzuschicken oder auch die Kernenergie werden auch von Gore korrekterweise nicht als nachhaltige Lösungen angesehen) zur Rolle der großen Kohlenstoffspeicher auf unserem Planeten: Wälder, Böden und Meere.

Beachtlich ist die Detailtiefe in den einzelnen Darstellungen, etwa die kritische und differenzierte Auseinandersetzung mit der Ökobilanz biogener Treibstoffe. Mit der Produktion von Bioethanol aus Mais etwa wird schonungslos abgerechnet. Moderneren Methoden der Biomassenutzung (Stichwort zweite Generation) stellt Gore jedoch zu Recht ein weit besseres ökologisches Zeugnis aus.

Jedenfalls sei nun genug geforscht worden, so sein Fazit, die Zeit zu handeln sei gekommen: „Wir haben bereits alle Beweise, die wir brauchen, um zu wissen, dass das Eingreifen des Menschen in das natürliche Klimagewicht und in das Verhältnis zwischen Sonne und Erde enorme Risiken birgt ...“ Und an anderer Stelle: „Anstatt uns damit aufzuhalten, auch noch die fünfte Stelle hinter dem Komma zu ermitteln, müssen wir vermitteln, warum wir genug wissen, um sofort zu handeln.“

Die teilweise sehr wertvollen Schlussfolgerungen und Verdichtungen sind leider in den schlecht strukturierten Texten gut versteckt: Die wirtschaftliche Logik einer hohen CO₂-Steuer als Technologiebooster wird ebenso schlüssig abgeleitet wie die Querverbindungen zu Klimaschutz und Artenvielfalt. Am treffsichersten ist Al Gore natürlich bei Analysen vor dem Hintergrund seiner US-amerikanischen Erfahrungen: „Die Vereinigten Staaten borgen sich nach wie vor Geld von China, um Öl vom Persischen Golf zu kaufen und es auf eine Weise zu verbrennen, die



Genug geforscht, die Zeit zum Handeln ist gekommen: Klima-Aktivist Al Gore.

Foto: Reuters/White

den Planeten zerstört“, so seine nüchterne Analyse. Der frühere Vizepräsident geht – bei allen offenbar unvermeidlichen verbalen Bekenntnissen zum US-Patriotismus – mit seiner Heimat recht schonungslos um, wenn es darum geht, die brachliegenden Potenziale oder die zum Teil hoffnungslos überalterte Infrastruktur respektive den erbärmlichen Zustand der Gebäude Amerikas aufzuzeigen. Allein das veraltete Stromnetz kostet die USA jedes Jahr 206 Milliarden US-Dollar. Eine der Kernaussagen Gores ist demzufolge auch, dass die Lösungskonzepte zur Klimaproblematik zwar vielgestaltig, jedoch vollständig ausgearbeitet sind und zur sofortigen Umsetzung bereitstünden – und das mit klaren positiven ökonomischen Effekten. Eben nur für andere Industriezweige als jene, die vom derzeitigen Zustand profitieren, was politische Gestaltung notwendig macht.

Die große Stärke dieses Buchs liegt – und hier liefert Gore eine noch nicht gekannte Qualität der Darstellung – paradoxerweise in jenen Passagen, die sich Politikbereichen abseits der Klimathematik widmen und Wechselwirkungen zu dieser herstellen. Die Analysen zur Bevölkerungsentwicklung, zur Vernetzung der Energiewirtschaft, zur Kostenwahrheit und zur Rolle der Politik sind differenziert, bieten neue Perspektiven, erzeugen Spannung und verblüffen. Selten noch wurde etwa die Macht der Manipulation im Rahmen des öffentlichen Diskussionsprozesses so einprägsam dargestellt wie in Gores Buch. “

che zu ziehen gehört zum Standardrepertoire von US-Nachrichtenmoderatoren, die sich an Wähler des rechten Spektrums wenden. Dies liegt einerseits an ihrer politischen Einstellung, andererseits aber auch am Anspruch an die Medien, die verschiedenen Standpunkte ‚ausgewogen‘ darzustellen“.

Gore nimmt in diesem Kapitel übrigens Anleihen bei David Michaels, einem führenden Berater der Clinton-Administration und auch der jetzigen Obama-Administration in Umweltfragen. Michaels Werk *Doubt is their product* widmet sich zur Gänze dieser Strategie, Theorien mit unseriösen Argumenten zu erschüttern, um so Unsicherheit zu erzeugen und Entscheidungsprozesse zu verlangsamen. Das österreichische Umweltministerium hat David Michaels vergangenen März zu einem umweltpolitischen Gedankenaustausch eingeladen, und auch *Wir haben die Wahl* lehnt sich stark an dessen Grundaussagen an.

Gore sieht in der Lösung der Klimakrise auch den zentralen Ansatzpunkt, entscheidend zur Entspannung der großen politischen Konflikte beizutragen und dabei gleichzeitig der prekären wirtschaftlichen Situation effektiv gegenzusteuern. Synergien zwischen den Bewältigungsstrategien werden klar dargestellt: „Zunächst glaubten viele, dieser plötzliche finanzielle Abschwung würde jeglichen Fortschritt beim Kampf gegen die Klimakrise zum Stillstand bringen. In Wirklichkeit

jedoch ist die Beziehung zwischen diesen beiden Herausforderungen ganz anderer Art. Volkswirtschaftler fast aller Couleurs erkannten schon sehr früh die Notwendigkeit, mittels Staatsausgaben die Wirtschaft anzukurbeln. Die finanzielle Förderung von Großprojekten et-

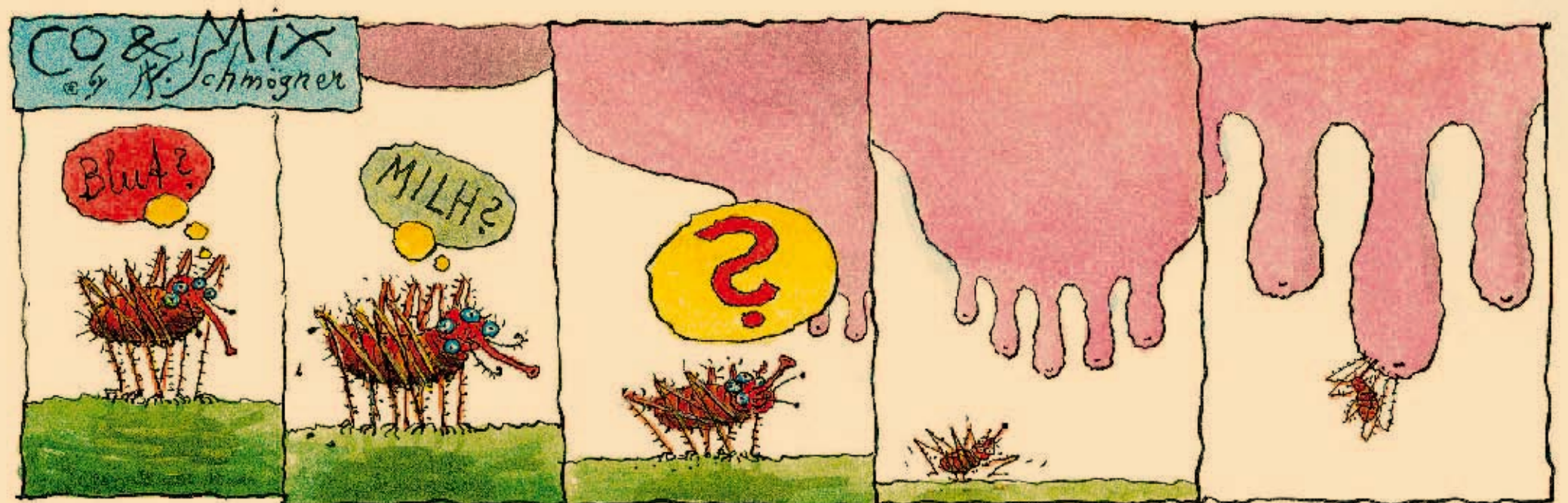
wa, die auf Schaffung von Millionen Arbeitsplätzen zielte, hat die Entwicklung einer grünen Infrastruktur so beschleunigt, dass zugleich auch Lösungen für die Klimakrise vorgebracht wurden.“

Die Übersetzung aus dem Englischen ist gut gelungen und vermittelt gekonnt den Ton der politischen Analyse. Während Gore in seinem Vorgängerwerk *Eine unbequeme Wahrheit* noch auf markante Darstellung und plakative Illustration Wert legt, zeigt *Wir haben die Wahl* genau in diesem Bereich eklatante Schwächen.

Die zahlreichen großformatigen Bilder und Schaulzeichnungen tragen hier nichts zur Verbesserung bei, sondern stehen manchmal etwas isoliert und hilflos zwischen den dichtbedruckten Textspalten. In der Breite und Tiefe der Analyse jedoch ist dieses Werk absolut gelungen. Sollte sich der Verlag bei Gores nächstem Buch auch der Qualität der grafischen Darstellung entsprechend annehmen, darf man schon jetzt mit uneingeschränkter Vorfreude beginnen.

Al Gore, „Wir haben die Wahl: Ein Plan zur Lösung der Klimakrise.“ Übersetzung aus dem amerikanischen Englisch von Enrico Heinemann, Thomas Pfeiffer, Werner Roller und Heike Schlotterer. € 21,95 / 408 Seiten, Riemann-Verlag, München 2009

Dr. Thomas Jakl ist Abteilungsleiter im Lebensministerium in Wien.



Suchen:

www.berag.at

**Ein gutes Stück größer:
Anbau und Zubau**

Seite 12

**Eigentumspreise: Häuser
in Niederösterreich**

Seite 12

Finden.
Besser seit 1871.
ORAG
Immobilien



Das Beste am ganzen Haus sei das Panoramafenster, sagt Georg Emprechtinger. Seine Lieblingsbeschäftigung findet allerdings im Garten statt: Rasenmähen.

Foto: Dietmar Tollerian

Ich laufe meist barfuß durchs Haus

Georg Emprechtinger, Geschäftsführer des Holzmöbel-Produzenten Team 7, wohnt durch und durch naturnah.

Allerdings, erfuhr **Wojciech Czaja**, war das alles vor fünfzehn Jahren noch nicht so einfach wie heute.

„Ich kann mich noch gut an den Hausbau erinnern. Ich glaube, ich habe die Handwerker damals ordentlich gefordert. Was das ökologische Bauen betrifft, war und bin ich nämlich ein Fanatiker. Das mag heute schon ganz normal sein, aber vor fünfzehn Jahren, da war das Thema noch neu und ziemlich exotisch. 50 Zentimeter dicke Ziegelwände, sehr zum Leidwesen der Maurer, die schwer heben mussten. Da hat sich jeder an den Kopf gegriffen: Wozu denn das! Wärmedämmung aus Kosfaser und Schafwolle: Noch schlimmer!

Ich hatte damals noch nicht bei Team 7 gearbeitet, aber ein ökologisches Haus zu bauen war für mich ein Muss. Ich wollte ein Haus haben, das atmungsaktiv ist und

mit ökologischen Materialien errichtet ist. Nicht nur draußen, sondern natürlich auch drinnen. Aus diesem Grund habe ich schon lange vor dem Hausbau mit dem IBO, dem Österreichischen Institut für Baubiologie, Kontakt aufgenommen und mich nach allen materiellen Möglichkeiten erkundigt, die es gibt.

Nur ein Beispiel: Dispersionsfarbe kam für mich sowieso nicht infrage. Mineralfarbe an den Wänden wollte ich dann aber auch nicht haben. Und so habe ich die Maler davon überzeugt, dass sie das Haus mit Kalk ausmalen sollen. Die hatten nicht unbedingt eine Freude damit, denn das Auftragen von Kalk ist schwierig und langwierig.

Ich bereue keine einzige Minute dieser fruchtbaren Gespräche und Auseinandersetzungen auf der Baustelle. Schließlich geht es um die Lebensqualität meiner Familie. Das alles wäre natürlich nicht möglich gewesen ohne unseren Architekten. Andreas Matulik hat unsere Bauherrenwünsche von Anfang an verstanden und hat uns auf voller Länge unterstützt. Wir kannten uns schon von früher, ich habe ihm mehr oder weniger blind vertraut.

Das Beste am ganzen Haus ist das Panoramafenster. Ich wusste von Anfang an: Hier muss ein riesengroßes Fenster her, am besten über zwei Stockwerke. Das Wohnzimmer ist das Herzstück unseres Lebensbereichs. Hier halten wir uns die meiste Zeit auf, hier schauen wir raus in die Natur. Der Blick reicht über die Wiese bis nach hinten zum Waldrand. Eine meiner Aufgaben ist übrigens das Rasenmähen draußen im Garten. Ich weiß, das ist wie ein Klischee aus dem Bilderbuch, aber es ist super entspannend.

Wahrscheinlich ist es für einen Geschäftsführer und Eigentümer

eines ökologischen Möbelproduzenten auch ein Klischee, wie wir heizen und wie wir möbliert sind. Die meisten unserer Möbel, eigentlich fast alle, sind von Team 7. Sie sind aus Laubholz, unlackiert und atmungsaktiv. Ach der Parkettboden ist geölt. Daher laufe ich zu Hause meist barfuß herum. Der Boden ist angenehm warm. Statt her-

kömmlicher Heizkörper an der Wand haben wir eine Fußboden- und Wandheizung. Die Beheizung erfolgt übrigens über Erdwärme.

Außerdem haben wir im Wohnzimmer einen Kachelofen, den wir mit Brennholz aus unserer Tischlerei anfeuern. Die Strahlungswärme ist sehr behaglich – und das bei minimalem Holzverbrauch! Das Ding ist den ganzen Winter in Betrieb. In der Küche haben wir zusätzlich noch einen Holzofen, wobei der eher nur eine Absicherung gegen besonders kalte Winter ist. Trotzdem: Zum Maronibraten im Advent, so wie jetzt, eignet er sich bestens. Das riecht man dann im ganzen Haus.

Eine kleine Sünde muss ich noch loswerden: Bis zum heutigen Tag haben wir keinen einzigen Sonnenkollektor am Haus. Soll ich Ihnen den Grund verraten? Ein aufgestellter Sonnenkollektor auf einem runden Tonnendach macht sich nicht gut. Ich glaube, das würde ziemlich blöd aussehen. Irgendwie ist diese Idee der optischen Eitelkeit zum Opfer gefallen. Aber wer weiß, vielleicht gibt's die Dinger ja bald in gekrümmter Ausführung.

WOHNGESPRÄCH

Georg Emprechtinger, 1959 geboren, studierte Betriebswissenschaft und Jus. Ursprünglich wollte er Wirtschaftsanwalt werden, landete dann jedoch im Marketing. Nach etlichen Jahren bei Fischer Ski sowie beim Schuhpflege-Unternehmen Erdal wechselte er in den Neunzigerjahren in die Wohn- und Baubranche.

Seit 1999 ist er Geschäftsführer bei Team 7, das die Fertigung ökologischer Möbel spezialisiert ist. Sowohl er als auch sein Unternehmen feiern heuer das 50. Jubiläum.

DER STANDARD Webtipp:
www.team7.at



STANDARD EXKLUSIV

JETZT VORSORGEN!

Direkt an der U3

Wien 16., Zwintzstraße 3a

(01) 972 73 20

Freifinanzierte Eigentumswohnungen

2-5 Zimmer mit Balkon, Terrasse oder Garten

Direkt vom Bauträger

Fertigstellung Ende 2010 | 2011

www.wvg.at

home 16

wvg Bauträger

PERSONAL MOVES

KARIN BAUER

Nur der
Kummerkasten

Ideale Personalverantwortliche sind freundlich und lächeln. Sie verfügen über Feingefühl im Umgang mit

Menschen. Fachwissen sollen sie natürlich auch besitzen, Vertrauenswürdigkeit und Menschenkenntnis. Das haben 331 Befragte auf der Personalfachmesse „Personal Austria“ im Rahmen einer Umfrage von Manpower (www.manpower.at) ausgefüllt. „Kummerkasten“ wurde auch genannt, jedenfalls wird vertrauensvolle Beratung in arbeitsrechtlichen Belangen erwartet. So weit, so verständlich.

Enttäuschend fielen die Antworten der 358 Personalverantwortlichen selbst zu ihren Aufgaben aus: Nur sechs Prozent wollen „strategischer Partner der Geschäftsführung“ sein. Nur sechs Prozent haben den Wunsch, „Menschen als wichtigstes Kapital im Unternehmen in den Mittelpunkt zu stellen“. Nur ein Prozent sah „Gesundheitsmanagement“ als Tätigkeit im Rahmen der Personalfunktion. Für gutes Arbeitsklima zu sorgen rangiert ebenso ganz, ganz weit hinten.

Dieses hier gespiegelte Selbstbild ist meilenweit davon entfernt, was Personalverantwortliche eigentlich sein könnten: der Schlüssel zu einer Arbeitswelt, die im Rahmen einer Verteilungsökonomie dafür sorgt, dass nicht lediglich Profit auf der einen und Burnout auf der anderen Seite übrigbleiben.



Laut Prognosen von Unternehmen im Bereich Umwelttechnologie und deren Berater wird die Welt „grüner“.

Foto: Fotolia

„Green Tech bleibt Wachstumsmarkt“

Die Angst um sogenannte Green Jobs sei nicht begründet, sagt Alexander Kainer, Projektmanager bei Roland Berger Strategy Consultants. Im Gegenteil: Bis 2015 seien 20.000 neue Jobs in dem Bereich möglich.

Heidi Aichinger

Die sogenannten „Green Tech Industries“ (Energie- und Umwelttechnik) bleiben ein Wachstumsmarkt, sagt Alexander Kainer, Senior Project Manager bei Roland Berger Strategy Consultants in Wien. Das ist die gute Nachricht inmitten einer getrübbten Stimmung nach Nichterreichen der Kioto-Ziele. Zentral sei dabei aber die Konzentration auf Forschung und Entwicklung und eine stärken Fokussierung auf den Hightech-Bereich, so Kainer weiter. Österreichische Unternehmen seien im Midtech-Bereich erfolgreich, hier seien auch entspre-



A. Kainer, Roland Berger Strategy Consulting. F.: RBSC

chende politische Rahmenbedingungen verankert, es werde auch hinlänglich investiert, denkt man etwa an die Beträge, die für thermische Sanierung zur Verfügung gestellt werden, sagt er. Beim F&E-Aufwand allerdings liege Österreich mit 2,4 Prozent des BIP (2005) nicht im Vorreiterfeld, ortet Kainer Nachholbedarf und noch notwendige Stimuli.

Eine zurzeit kolportierte Bedrohung von Green Jobs sieht Kainer nicht. Wobei das Jahr 2010 sicher kein Referenzjahr werde – hier seien sämtliche personelle Maßnahmen konjunktur-, weniger branchenbedingt zu bewerten. Die Nachfrage nach gut ausgebildeten Exper-

ten im Energiebereich etwa sei nach wie vor groß, und denke man an Wachstumsmärkte in Osteuropa, so sei der Bedarf an Green Tech enorm.

In einer von Roland Berger im Frühsommer durchgeführten Kurzumfrage (*Green Tech Snapshot 2009*) gaben sich die befragten und in Österreich ansässigen Umwelttechnologie-Unternehmen optimistisch. Nach einem Wachstum von zwölf Prozent im Jahr 2007 erwarteten sie null bis zwei Prozent Wachstum im Jahr 2009/10. Für 2011 werde ein Wachstum von zehn bis 15 Prozent erwartet.

Optimistisch stimmt auch die im Sommer 2009 präsentierte Studie (*Umwelttechnologien – Wachstumschance für Österreichs Wirtschaft*), die bis 2015 in Österreich 20.000 neue Arbeitsplätze durch Umwelttechnologien für möglich hält. „Wir glauben nach wie vor an die Zahlen“, sagt Kainer. Massive Anstrengungen im Bereich der



Umwelttechnologien seien dennoch erforderlich: Die Vernetzung mit anderen Unternehmen, auch im Ausland, sei noch zu gering, es brauche mehr Venture-Capital und für einen nachhaltigen Umstieg von Midtech auf Hightech brauche es auch kurzfristig mehr Anreize, so Kainer.

DER STANDARD Webtipp:
www.rolandberger.at

INHALT

Green IT aus Wien	Seite K 2
Bundesforste: Erste Revierleiterin im Porträt	Seite K 23
Spiele: Schach, Bridge, Rätsel Kristalline Intelligenz	Seite K 25
Serie: Guter Kapitalismus	S. K 25
Sudoku, Cortis Nährwert	S. K 25
Jobsplitter finden Sie auf	Seite K 22

JENEWEIN & PARTNER

THE AMROP HEVER GROUP

Wir sind ein führendes Unternehmen der Verpflegungsbranche mit Standorten in Wien und St. Pölten. Unsere Geschäftsfelder sind Betriebsverpflegung, Catering/Partyservice, öffentliche Gastronomie sowie Fertigménüproduktion im Tiefkühl- und Frischebereich. Aufgrund des starken Wachstums in den letzten Jahren möchten wir die Geschäftsführungsebene erweitern und suchen den/die

GESCHÄFTSFÜHRER/IN
Finanzen, IT, Personal und Recht

Ihre Hauptaufgabe sehen wir in der kaufmännischen und strategischen Steuerung sowie in der IT-Weiterentwicklung unseres Unternehmens. Weitere Schwerpunkte Ihres Aufgabenbereichs sind Prozessoptimierung und die Führung eines zukunftsorientierten Personalmanagements. Als Mitglied der Geschäftsführung initiieren und begleiten Sie entscheidende Veränderungsprozesse und schaffen damit die Grundlage für weitere Expansion.

Idealerweise sind Sie bereits als kaufmännische/r Geschäftsführer/in tätig, konnten praktische Erfahrung bei IT-Projekten sammeln und sind mit gesellschaftsrechtlichen Themen bestens betraut. Ausgeprägtes praktisches kaufmännisches Verständnis und Prozessverständnis zeichnen Sie ebenso aus wie Ihre Umsetzungsstärke und Ihre Zielorientierung. Als Teamplayer verfügen Sie über hohe soziale Kompetenz und mehrjährige Erfahrung in der Mitarbeiterführung. Sie sind eine starke Persönlichkeit mit Hands-on Mentalität, Kommunikationsfähigkeit und Durchsetzungskraft.

Wir freuen uns auf Ihr Interesse und auf vertrauliche Erstgespräche:

JENEWEIN & PARTNER, zHd.Frau Eva M. Bertsch, A-4020 Linz, Südtiroler Straße 8, Tel. +43-732-66 69 70, Fax +43-732-66 69 96, e-mail: office@jenewein-linz.at



„Green IT made in Vienna“

Das Know-how für die optimale IT-Ressourcen-Nutzung und damit zur Verringerung von CO₂-Footprints ist in Wien gebündelt. Begründer dieser Initiative ist der Fujitsu-Österreich-Chef Wolfgang Horak.

Karin Tzschentke

Einen grünen Job kann auch ein Mitarbeiter eines IT-Unternehmens ausüben. Bei der Österreich-Tochter des IT-Infrastrukturanbieters Fujitsu haben knapp 40 von 254 Leuten einen grünen Daumen und tragen im Kompetenzzentrum für Virtualisierung und Klimaschutz dazu bei, dass andere Unternehmen ihre IT-Ressourcen optimal nutzen und ihren CO₂-Footprint verringern.



Wolfgang Horak.
Foto: Fujitsu

Die Idee dazu hatte Österreich-Geschäftsführer Wolfgang Horak. Ihm ging nicht aus dem Kopf, dass sich mit Konzepten wie Virtualisierung in Rechenzentren bis zu 80 Prozent der heute installierten Server reduzieren und entsprechend



Anhand einer Green-IT-Studie ist es Unternehmen möglich, Sparpotenzialen auf die Spur zu kommen.

Foto: Fotolia

Strom sparen ließe. Unter Virtualisierung versteht man Methoden, Computerressourcen zusammenzufassen oder aufzuteilen.

Er bekam vom Konzern grünes Licht, ein internationales Kompetenzzentrum dafür in Wien einzurichten. Im Mai 2007 fiel der Startschuss mit zunächst vier Mitarbeitern. Mehr als 35 Rechenzentren haben inzwischen die Möglichkeit genutzt, sich anhand einer Green-IT-Studie ihre Sparpotenziale anzusehen. Gewünschter Nebeneffekt: Das in Österreich gebündelte Know-how ist international gefragt und sorgt für einen lokalen Wertschöpfungsbeitrag. Das Engagement Horaks führte auch zum ersten „Green-IT-Managerkurs“ am Wiener Wifi, der von Fujitsu gesponsert wurde. Mittlerweile werden die Kurse vom Wifi österreichweit angeboten. Hier erhalten Teilnehmer Informationen zur Bedeutung der Ressourcen- und Energieeffizienz, aber auch Möglichkeiten, durch softwaretechnische Maßnahmen den Energieverbrauch zu optimieren.

Jetzt ist Horak auf der Suche nach Zusammenarbeit mit Universitäten. „Wir wollen unser Wissen in die Ausbildung von Uni-Absolventen einfließen lassen, aber wir wollen auch unsere Tools und Methoden in Wien gemeinsam mit den Unis weiterentwickeln, also Green IT „made in Vienna“. Und zwar nicht nur für IT-Experten. Denn: „In fünf Jahren hat sich die Grenze zwischen IT und Business aufgelöst.“ Wie man mit IT-Ressourcen kostensparend und umweltschonend umgeht, müsse dann jeder Manager beherrschen.

Stadt Korneuburg sowie der Papier- und Verpackungsproduzent Mondi profitierten. Nicht nur bezüglich der „verbesserten Umweltqualität“, sondern „finanziell“, wie der niederösterreichische Umweltschutzrat Stephan Pernkopf (ÖVP) und Christian Moser, Vizepräsident der niederösterreichischen Wirtschaftskammer, bei der Diplomverleihung betont hatten: Allein die Landeshauptstadt könne durch eine optimierte Sperrmülllogistik Einsparungen von bis zu 47.000 Euro im Jahr verbuchen.

Eine gesunde Umwelt sichern

Landesrat Pernkopf machte sich bei selbiger Gelegenheit für eine Energie- und Ressourcenwende stark, um langfristigen Wohlstand und eine gesunde Umwelt zu sichern. Das Know-how dafür vermittelt der UMA-Lehrgang „ganz ausgezeichnet“. (mad)

DER STANDARD **Webtipp:**
www.uma.or.at

EINSTIEG UMSTIEG AUFSTIEG



Peter Oberlechner, Partner der Sozietät Wolf Theiss, wurde in den Kreis der **Counselors of Real Estate (CRE)** mit Sitz in Chicago aufgenommen.



Nora Kutschera ist Partnerin und Head of International Media beim Podcast-Portal **yasssu.com**.



Rudolf Kaindl übernimmt mit Jänner 2010 für ein Jahr die Vizepräsidentschaft im **Rat der Notariate der Europäischen Union (CNUE)**.



Sandro Vetterli, Geschäftsführer von **Reckitt Benckiser** in der Schweiz, wurde zusätzlich zum Österreich-Geschäftsführer des Experten für Haushaltsreiniger ernannt.



Robert Knobl hat die Geschäftsführung der Elektrohandels-gesellschaft **Cosmos** übernommen. Er folgt **Josef Anreiter** nach.



Djawad Tabatabaei ist Vertical Head TCU und Mitglied des Austrian Board von **CSC Austria**, Beratungs- und Dienstleistungsunternehmen im Bereich IT.



Thomas Zauper ist neuer Vertriebsleiter bei **Wisag**, Komplettanbieter im Bereich Facility Management.



Cornelia Mayrbäurl ist neuer Senior Consultant bei **Kovar & Köppl Public Affairs Consulting**.



Sabine Duchaczek gründete **Advantage Strategy & Public Affairs**. Das Unternehmen ist auf strategische Beratung im Bereich Markenpositionierung und -kommunikation spezialisiert.



Andreas Witzani, Mitglied der Geschäftsführung der Volksbank Invest Kapitalanlagegesellschaft, wechselte in den Vorstand der **Immo Kapitalanlage Aktiengesellschaft**.



Cathrin Pfeiffer leitet das Marketing für Mittel- und Osteuropa bei **Avaya**, Anbieter für Lösungen für Geschäftskommunikation.



Bernhard Hacker hat die Leitung der Rechtsabteilung der Landesstelle Wien der **Allgemeinen Unfallversicherungsanstalt (AUVA)** übernommen.

Erste FH-Rektorin gewählt

Inauguration für Eva Werner im Jänner 2010 geplant

In seiner jüngsten Sitzung hat das Kollegium der IMC Fachhochschule Krems Eva Werner zur Kollegiumsleiterin und Rektorin gewählt. Ihre Kollegiumsleiter-Stellvertreter und Vizerektoren sind Karl Ennsfellner und Margaritha Kindl. Die Inauguration der ersten Rektorin einer österreichischen Fachhochschule und ihrer Kolle-

gen ist für Jänner 2010 geplant. Werners Karriere begann am im Modul und führte u. a. über die Donau-Universität an die IMC FH Krems. (red)



Eva Werner.
Foto: IMC FH Krems

JENEWEIN & PARTNER

THE AMROP HEVER GROUP

Internationalität, Wachstum, Innovation – reizt Sie diese Kombination?

Wir sind ein dynamisches Unternehmen und haben uns in den vergangenen Jahren zum europäischen Marktführer in unserer Branchennische entwickelt. Von Wien aus steuern wir unsere internationalen Aktivitäten in über 20 Ländern wie auch unsere weitere, über Europa hinausgehende Expansion. Neben innovativen Produkten und Flexibilität ist eine enge Zusammenarbeit mit unseren Vertriebspartnern – Retail (food & non-food), Trafiken, Tankstellen etc. – eine zentrale Säule unseres nachhaltigen Wachstums und Erfolgs. Zur Erweiterung unseres engagierten Teams suchen wir nun für unser internationales Headquarter in Wien eine/n

Leiter/in International Key Account Management Europaweite Gesamtverantwortung

In direkter Berichtslinie zum Vorstand führen Sie unser KAM-Team und verantworten somit die proaktive Betreuung unserer Vertriebspartner in über 20 Ländern Europas. Dies umfasst u.a. die Konzeption und Steuerung von Produktlaunches, Sicherstellung der POS-Qualität, Budgetierung & Planung sowie Margenverhandlungen mit zentralen Vertriebspartnern. Nach Abschluss Ihres Wirtschaftsstudiums bringen Sie mind. 7 Jahre internationale Key Accounting-Erfahrung, idealerweise im FMCG-Umfeld, mit und konnten dabei bereits Führungserfahrung sammeln.

International Key Account Manager/in Länderübergreifende Verantwortung – Europa

Sie übernehmen die eigenverantwortliche Betreuung unserer Vertriebspartner in 5-10 europäischen Ländern. Regelmäßige Kontaktpflege, Führen von Jahresgesprächen, Sicherstellung der POS-Qualität und Produktlaunches sind dabei wesentliche Aufgabenstellungen. Sie verfügen über mind. 5 Jahre Key Accounting-Erfahrung in einem internationalen Umfeld (Branchen: FMCG, Consumer Electronics u.ä.) und haben dabei nachhaltige Kundenbeziehungen aufgebaut und weiterentwickelt.

Für beide Positionen setzen wir ausgezeichnete Englisch-Kenntnisse voraus, Italienisch- und/oder Spanisch-Kenntnisse sind von großem Vorteil.

JENEWEIN & PARTNER, z.Hd. Frau Mag. Sandra Pfann, Schmidgasse 3, 1080 Wien, Tel.: 01/403 08 28-87, Fax: 01/403 08 28-93, www.jenewein.at oder e-mail: sp@jenewein.at

„Wer ethisch handelt, darf nicht der Dumme sein“

Durch Gesetze allein kann ethisches Verhalten in der Wirtschaft nicht erreicht werden. Worauf es bei der Umsetzung von Ethik in Unternehmen ankommt, wurde an der Wirtschaftsuniversität Wien diskutiert.

Gudrun Ostermann

Die Krise sei ein Beleg dafür, dass das ethische Handeln in der Wirtschaft nicht in Ordnung war, erklärt Jermyn Brooks, Direktor des Private-Sector-Programms bei Transparency International. Am Montag lud die Organisation zur Podiumsdiskussion zum Thema „Compliance – mehr als ein Schlagwort“ in den Festsaal der Wirtschaftsuniversität Wien (WU). Gründe für unethisches Verhalten liegen vor allem darin, dass die Strafverfolgung für diese Fälle meistens unwirksam sei und dass das Thema Corporate Social Responsibility (CSR) nicht ausreichend verstanden und konsequent umgesetzt werde, so Brooks beim



Compliance – mehr als nur ein Schlagwort: (v. li.) Christian Friesl (Industriellenvereinigung), Célia Konrad (RHI), Wolfgang Brandstetter (WU Wien), Eric Frey (DER STANDARD), Friedrich Sommer (RZB), Wolfgang Niessner (Gebrüder Weiss), Helmut Reisinger (Orange). Foto: Hendrich

Impulsvortrag. Dass CSR nach wie vor ein Minderheitenprogramm in Unternehmen sei, unterstrich auch Christian Friesl, Bereichsleiter Gesellschaftspolitik bei der Industriellenvereinigung (IV), bei der an-

schließenden Podiumsdiskussion. Dennoch dürften Compliance, also das wirtschaftsethische Regelwerk in Unternehmen, und CSR kein Schönwetterprogramm sein, so der Grundtenor der Podiumsgäste. Ge-

rade in Krisenzeiten zeige sich, wie ernst die Unternehmenswerte gemeint seien, so Célia Konrad, Leiterin der Rechtsabteilung des Feuerfestkonzerns RHI. „Es gibt keine perfekte Welt, die Umsetzung von

Compliance ist aber der einzige Weg, um an der Verbesserung zu arbeiten“, so Konrad.

„Compliance kann sich aber nur lohnen, wenn sozial schädigendes Verhalten sanktioniert wird. Wer sich den Werten entsprechend ethisch verhält, darf nicht das Gefühl haben, der Dumme zu sein“, betont Wolfgang Brandstetter, Professor für Wirtschaftsstrafrecht an der WU. Das Strafrecht sei dafür die stärkste Waffe. Mit der Erhöhung des Strafmaßes für Korruption wurde dafür schon ein wichtiger Schritt gesetzt.

Um ethisch zu handeln, muss das Unternehmen Geduld aufbringen, schnelle Gewinne seien damit nicht zu machen, so Helmut Reisinger, Senior Vice President Europa der Orange Business Services.

Für Wolfgang Niessner, Vorstandsvorsitzender der Gebrüder Weiss Holding, ist Ethik ein universeller Begriff. „Unsere ethischen Grundsätze werden für die Gewinnmaximierung nicht geopfert“, sagt er. Für ethisches Handeln müsse schon früh ein Unrechtsbewusstsein vermittelt werden, ergänzt Niessner.

Diskutiert wurde auch das angeschlagene Image der Banken. Für Friedrich Sommer, Syndikus RZB, ist klar, dass der Ruf und das Vertrauen nur durch konsequente Compliance-Regeln wiederhergestellt werden kann.

„Ich kehre zu meinen Wurzeln zurück“

Seit November leitet Michaela Peer als erste Frau ein Forstrevier der Österreichischen Bundesforste

Bernhard Madlener

„Der Revierleiterdienst war schon immer mein Traumberuf“, sagt Michaela Peer. Familiär „keineswegs vorbelastet“, nennt sie „die Liebe zur Natur“ als Hauptgrund für die Wahl ihrer Ausbildung. 1987 schloss sie die Höhere Bundeslehranstalt für Forstwirtschaft in Bruck an der Mur ab, als „eines der ersten drei Mädchen, die dort maturiert haben“.

Der Berufseinstieg in die Forstwirtschaft sei für eine junge Frau damals alles andere als leicht gewesen. Peer arbeitete drei Monate bei der Post und kam schließlich in den Salzburger Landesforstdienst. Für die Bezirks-

forstinspektion war sie an drei Standorten tätig: St. Johann, Hallein und Tamsweg. Nach weiteren Jobwechseln bestand Peer 1991 die Staatsprüfung für den Forstdienst.

Zehn Jahre lang leitete sie ein rund 1700 Hektar großes Revier für einen Forstbetrieb, 2002 wechselte sie zum Waldverband Steiermark, wo sie zweieinhalb Jahre arbeitete. Verschiedene selbstständige Tätigkeiten und eine Management-Basisausbildung überbrückten

die Zeit bis zum Eintritt in die Österreichischen Bundesforste (ÖBF). Sie habe erfahren, dass die Leitung des obersteirischen Forstgebiets Frein mit November neu

ausgeschrieben wurde – „und jetzt bin ich da“.

Das Streben nach einer „Karriere“ sei dabei nicht ausschlaggebend gewesen: „Ich kehre einfach zu meinen Wurzeln zurück“, versichert Peer. Wobei „ein Quäntchen Glück“ sicher mit im Spiel gewesen sei. Zu den größtenteils männlichen Kollegen, mit denen sie insgesamt 121 Reviere in zwölf ÖBF-Betrieben leitet, pflege sie ein sehr gutes Verhältnis. Von der Gesamtfläche, die die ÖBF verwalten – stattliche 854.700 Hektar, was zehn Prozent der österreichischen Staatsfläche bzw. 15 Prozent der Waldfläche ausmacht – liegen nun 5400 Hektar in Peers Verantwortung.

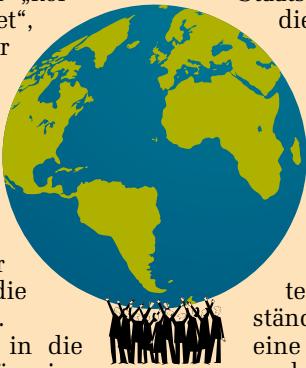


Michaela Peer: erste Revierleiterin der ÖBF.

Foto: Wolfgang Simlinger

Wenn man mit offenen Augen durchs Revier geht, ist das eine faszinierende Welt.“ Der Rohstoff Holz hege in seiner Vielfältigkeit eine zusätzliche Anziehungskraft.

DER STANDARD **Webtipp:** www.oebf.at





RED BULL IS LOOKING FOR A

SALES PROFITABILITY SPECIALIST

We are strengthening our International Sales Team with an experienced Sales Profitability Specialist.

Embedded in a project team you are responsible for the development and worldwide implementation of our new profitability concepts in the sales area. Beyond the development of the necessary processes you are acting as the interface between International Sales and the specialists in Finance, Controlling and IT. You are coordinating the high-quality, international roll-out and support the countries in their daily business.

Your profile:

- University degree or equivalent
- At least 5 years experience in the sales department, ideally also in the area of finance and sales planning
- Project management skills
- Technical background and ideally experiences in SAP ERP, SD, CRM
- Fluent in English
- Willingness to travel
- Analytical and process-oriented

If you are interested in this unique international job opportunity in a fast paced, dynamic environment, please apply online at www.redbull.at/jobs.

Red Bull GmbH, z.H. Bettina Miller
Am Brunnen 1, A-5330 Fuschl am See



Einladung zum alumni Weihnachtsempfang

Der Rektor der Universität für Bodenkultur lädt alle BOKU-AbsolventInnen zum Weihnachtsempfang am **Donnerstag, den 10. Dezember 2009**, um 19 Uhr in den Festsaal im Gregor Mendel Haus, Hausnummer 33, 1180 Wien, ein.

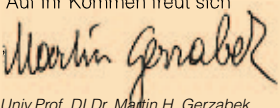
Feierliche **Unterzeichnung des Vertrags** mit dem Absolventenverband der Kulturtechnik und Wasserwirtschaft zum neuen Mitgliedermodell.

Erzählungen aus der Studienzeit von den AbsolventInnen **Maria Gerlinde Hammerschmid**, Statistik Austria und **Rainer Eder**, Agrarverlag.

Musikalische Umrahmung mit Gitarre von **Prof. Peter Schwarzbauer** von Blues über Folk und Fingerpicking.

Buffet mit Glühwein, Fingerfood und süßen Variationen.

Auf Ihr Kommen freut sich



Univ.Prof. DI Dr. Martin H. Gerzabek
Rektor



u.A.w.g. Anmeldungen bis 7. Dezember 2009 Tel: 47654/2022 oder email: alumnivevents@boku.ac.at

Frauenkarriere trotz Männerbarriere

Die Universität für Bodenkultur (Boku) lud zur Podiumsdiskussion. Sechs Fachleute sprachen über die Möglichkeit für Frauen, (nicht nur) im wissenschaftlichen Betrieb Karriere zu machen – und wie diese zu definieren sei.

Beim World Wide Fund for Nature (WWF) in Österreich herrsche „50 zu 50“ bei Führungskräften, sagte Geschäftsführerin Hildegard Aichberger am Dienstag. Sie signalisierte aber Verständnis, falls Männer bevorzugt würden: „Wenn kurz nacheinander zwei Frauen in Schlüsselpositionen schwanger werden, freue ich mich über das private Glück.“ Als Geschäftsführerin bedenke sie aber auch, wie viel in die Leute investiert wurde.

„Irgendwann würde ich vielleicht nur noch Männer in diese Positionen hieven – wenn nicht gerade bei uns eh immer mehr Männer in Karenz gehen würden.“ Mit diesem Statement, dessen Provokationswert sie sich bewusst zeigte, machte Aichberger auf ein Hauptthema der Diskussion um Frauenkarrieren aufmerksam: die Vereinbarkeit von Familie und Job.

Für eine „Familienförderung“

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Frauen in der Forschung. Fakten, Meinungen, Gesichter“, einer Kooperation von Boku First – Females in Research, Science and Technology und der Boku-Koordinationsstelle für Gleichstellung und Gender Studies, diskutierten fünf Expertinnen und Experten über „Frauenkarriere. Männerbarriere?“ – STANDARD-Redakteurin Heidi Aichinger moderierte.

Die wichtigste Barriere sitze in den Köpfen der „älteren Generation“, sagte Eva Schulev-Steindl, Leiterin des Boku-Instituts für Rechtswissenschaften und stellvertretende Senatsvorsitzende. Frauen werde noch „zu wenig zugehört“. Männer sollten sich „über den symbolischen Papamonat hinaus“ in die Kinderbetreuung einbringen.

Frauenförderung müsste „eher eine Familienförderung sein“, meint Hubert Hasenauer, Vorsitzender des Boku-Senats und Leiter des Instituts für Waldbau. Männern, die sich in der Familie einbringen möchten, müsse das auch ermöglicht werden. Genauso gelte es, Frauen zu bestärken: „Ihr könnt alles so gut wie die Männer“ müsse schon im Mädchenalter vermit-



Hildegard Aichberger (Geschäftsführerin WWF), Martin Gerzabek (Neo-Rektor der Boku), Fatima Ferreira-Briza (Boku-Uni-Rätin), Hubert Hasenauer (Boku-Senatsvorsitzender), Eva Schulev-Steindl (stv. Boku-Senatsvorsitzende) und Josef Resch (Lebensministerium) diskutierten mit Heidi Aichinger (STANDARD). F.: Hendrich

telt werden. Auf weibliche Vorbilder, war sich das Podium einig, müsse aktiv hingewiesen werden.

Das Stichwort „Frauenquote“ werde oft „in despektierlicher Weise“ verwendet, glaubt Hasenauer. Fatima Ferreira-Briza, Universitätsrätin an der Boku und Professorin für Molekulare Biologie der Uni Salzburg, meinte: „Momentan ist sie wohl notwendig.“ Das neue Uni-Gesetz, seit 1. Oktober in Kraft, sieht eine Quote von 40 Prozent

Frauen in allen Kollegialorganen der heimischen Unis vor.

Finanzielle Förderungen weiblicher Professuren sind laut Martin Gerzabek, bislang Vize-Rektor und seit Mittwochnachmittag neu gewählter Rektor der Boku, nicht ausschlaggebend für Besetzungen. „In der Wissenschaft sollte selbstverständlich sein, die beste Qualität zu wählen.“ Gerzabek begrüße aber ein finanzielles Startkapital für Professorinnen.

Josef Resch, Leiter der Abteilung Schule/Erwachsenenbildung/Beratung im Lebensministerium, definierte Karriere „über drei Komponenten: Bildung, Beruf und Familie“. Wer stets auf dem Weg an die berufliche Spitze sei, verliere andere Bereiche mitunter aus dem Blick. Was Schulev-Steindl mit Verweis auf ihre 13-jährige Tochter bestätigte: Kinder seien für die persönliche Balance jedenfalls eine Bereicherung. (mad)

Umwelttechnologien im Masterstudium

International vernetztes Angebot am Weiterbildungszentrum der TU Wien

Erneuerbare Energien und Umwelttechnologien spielen auch im Angebot des Continuing Education Center (CEC) an der Technischen Universität Wien eine Rolle.

Gemeinsam mit dem Energiepark Bruck an der Leitha bietet das CEC den viersemestrigen Master-Lehrgang „Renewable Energy in Central & Eastern Europe“ an. Zusammenarbeitet wird innerhalb des Lehrgangs auch mit Hochschulen in Ungarn, der Slowakei, Tschechien, Polen, Slowenien, Kroatien und der Ukraine.

Das englischsprachige Programm läuft berufsbegleitend und

wurde 2005 mit dem Energy Globe Austria ausgezeichnet. Nächster Start: April 2010. Bewerbungen werden bis zum 29. Jänner 2010 angenommen. Die Teilnahmegebühr beträgt 17.500 Euro.

Ebenfalls zwei Jahre, jedoch als Vollzeitprogramm, läuft das Masterstudium „Environmental Technology & International Affairs“. Hier fungiert die Diplomatische Akademie Wien als Kooperationspartner des

CEC. Wie der Studiengang für erneuerbare Energien schließt es mit dem Titel „Master of Science“ (MSc). Bis März 2010 besteht die Möglichkeit

zur Bewerbung, der nächste Durchgang startet Ende September. Die Teilnahmekosten belaufen sich auf 20.000 Euro. (mad)

Weiterführende Informationen und die Bewerbungsunterlagen auf <http://newenergy.tuwien.ac.at> sowie auf www.etia.at.



WKÖ-Präsident und Ministerin honorieren Engagement

Die Absolventen des Unternehmerführerscheins verfügen über „fundiertes betriebswirtschaftliches Wissen“ sowie über „bessere Chancen beim Start in den Beruf“, sagte Christoph Leitl, Präsident der Österreichischen Wirtschaftskammer (WKÖ) am Dienstag in Linz. Gemeinsam mit Bildungsministerin Claudia Schmied fand er sich im Festsaal des Borg Honauerstraße ein, wo die beiden einen Festakt begingen.

Anlässlich des fünfjährigen Bestehens des Unternehmerführerscheins zeichneten Leitl und Schmied Margit Moravi vom steirischen Bundesgymnasium Rein als „Beste und engagierteste Unternehmerführerschein-Lehrerin Österreichs“ aus.

Lehrer und Schüler geehrt

Aber auch die Belehrteten kamen nicht zu kurz: Fünf Schülerinnen und Schüler aus den Gymnasien Baumgartenberg, Klagenfurt, Stainach, Linz und Gmunden wurden als „Engagierteste SchülerInnen des Jahres 2009“ geehrt. Zudem prämiierten die Ministerin und der WKÖ-Präsident das Borg Honauerstraße mit Lehrer Rainer Möstl und dessen Schülergruppe als „Engagierteste Unternehmerführerschein-Schule“. (mad)

DER STANDARD Webtipp:
www.unternehmerfuehrerschein.at

SALES COACHING WORKSHOPS
SEMINARE LEADERSHIP OE-INITIATIVEN TEAM
www.wolffhoffmann.at
WOLFFHOFFMANN
CONSULTING • TRAINING • COACHING

engl sh for bus ness and pleasure
Lernzielgarantie
Gratis Wiederholung
Gratis Einstufung
äglich Kursbeginn
Info W en 01/5956111
Info L nz 0732/771818
www.cambridgeinstitute.at
THE CAMBRIDGE INSTITUTE
BRITISH & AMERICAN ENGLISH
FOR
PLEASURE & BUSINESS

Veränderung kommuniziert

Change Communications Awards 2009 wurden vergeben

Vergangene Woche wurden in Salzburg die Change Communications Awards 2009 für Unternehmen aus dem deutschsprachigen Raum vergeben. Von insgesamt 37 eingereichten Projekten wurden 16 für die Preisverleihung nominiert und jeweils drei Unternehmen in zwei Kategorien platziert bzw. ausgezeichnet.

In der Kategorie Internal Branding belegte Orange Telecommunication Austria den ersten Platz.

Platz zwei ging an das Südtiroler Unternehmen Maico, Platz drei belegte der Münchner Kommunikations- und Markenstrategie Commax.

In der Kategorie Cultural Change belegte die Deutsche Post AG DHL den ersten Platz, gefolgt von der Deutschen Telekom und der Volkswagentochter Autovision. (red)
Die genaue Beschreibung aller Siegerprojekte und Nominierten finden Sie unter www.symbiosis.at oder unter www.internalbranding.eu.

bfi Wien Akademie
Potentiale. Management. Perspektiven.



www.bfi-wienakademie.at